

Brauner Osten – Weiße Westen

**Zur Gleichzeitigkeit von Ossifizierung
und rechter Gewalt**

Luise Böhm, Salome Boßmeyer, Urmila Goel (Hg.)

In aktuellen Debatten wird der Osten Deutschlands häufig mit rechten Einstellungen und Gewalt gleichgesetzt. Dieses Reden vom „Braunen Osten“ kann nach Kathleen Heft als eine ossifizierende Praxis verstanden werden, mit der der Westen Deutschlands von rechten Einstellungen und Gewalt reingewaschen wird. Das Ändern des Ostens wiederum wird von einigen (nicht nur ostdeutschen) Akteur*innen genutzt, um den Vorwurf der Osten sei rechts als Unterstellung zu charakterisieren. Gleichzeitig gibt es im Westen und Osten Deutschlands rechte Einstellungen und Gewalt. Der Band geht dieser Gleichzeitigkeit der Ossifizierung und der Realität von rechter Gewalt nach. Er plädiert für eine genaue ethnografische Analyse spezifischer Kontexte, in denen rechte Einstellungen und Gewalt bedeutend werden können.



Inhalt

Brauner Osten – Weiße Westen. Zur Gleichzeitigkeit von Ossifizierung und rechter Gewalt.

Brauner Osten – Weiße Westen. Eine Einleitung <i>Luise Böhm, Salome Boßmeyer und Urmila Goel</i>	5
Das Management of Hate als un/wirksame Externalisierungspraktik <i>Salome Boßmeyer</i>	19
„Die Leute haben Angst“: Das ‚Management of Fear‘ in Aushandlungsprozessen um Rassismus und Rechtspopulismus <i>Luise Böhm</i>	36
Ossifizierung – ein diskursives Muster in der Wissensproduktion über Ost- und Westdeutschland <i>Kathleen Heft</i>	53
Zwischen Internationaler Solidarität und Rassismus. Ein Gespräch über die Vielschichtigkeit rassistischer Machtverhältnisse und antirassistischen Anspruchs im Kontext der DDR <i>Ilanga Mwaungulu und Urmila Goel</i>	63
„Brauner Osten“ und Berliner Blätter. Reinhardtsdorf-Schöna zum Beispiel <i>Nick Wetschel</i>	75
Alt/Futures: Rechte Zukunftsnarrative für den Osten Deutschlands <i>Julia Leser</i>	86
Rechtsextremismus in Ostdeutschland – Spezifik oder Ossifizierung? Kategorien für eine mehrbenenanalytische Betrachtung <i>Heike Radvan</i>	103



Brauner Osten – weiße Westen. Eine Einleitung

Luise Böhm, Salome Boßmeyer und Urmila Goel

ABSTRACT: In der Einleitung greifen die Herausgebenden die Debatten um den Braunen Osten auf und problematisieren, wer sich dadurch eine weiße Weste verschaffen will. Sie gehen dabei zum einen darauf ein, wie durch das Verweisen rechter Gewalt und Einstellungen in den Osten der Westen davon eingewaschen wird. Zum anderen zeigen sie, dass es dadurch erschwert wird, rechte Gewalt und Einstellungen in spezifischen (ostdeutschen) Kontexten zu verstehen und ihnen entgegenzuwirken. Anhand der im Band versammelten Beiträge und Zugänge diskutiert die Einleitung, wie die Gleichzeitigkeit von ossifizierenden Prozessen und rechten Realitäten im Osten Deutschlands in den Blick genommen werden kann. Die Herausgebenden plädieren für eine differenzierte, intersektionale, rassismuskritische und empirisch fundierte Analyse und stellen dar, wie die methodologischen und epistemologischen Zugänge der Europäischen Ethnologie dazu beitragen können.

SCHLAGWORTE: Brauner Osten, extreme Rechte, Ossifizierung, ethnografische Methoden

ZITIERVORSCHLAG: Böhm, L., Boßmeyer, S., Goel, U. (2025): Brauner Osten – weiße Westen. Eine Einleitung. In: Berliner Blätter 91, 5–18, DOI: 10.60789/911218.

Am 4. April 2023 lud die Stadtbibliothek Magdeburg zu einer Lesung von Dirk Oschmanns Buch *Der Osten: eine westdeutsche Erfindung* ein. Oschmann, Professor für neuere deutsche Literatur an der Universität Leipzig, stand mit seinem populärwissenschaftlichen Buch zu dem Zeitpunkt auf der Sachbuch-Bestsellerliste des Spiegels. Der Offene Kanal Magdeburg (2023) filmte die Veranstaltung und stellte das Video online. Bis Anfang Februar 2025 wurde es bereits mehr als 53.000-mal aufgerufen. Mitveranstalter*innen der Lesung waren eine lokale Buchhandlung und der Verein Miteinander e. V., der „sich für eine offene, plurale und demokratische Gesellschaft in Sachsen-Anhalt und darüber hinaus“ (Miteinander o. D.) einsetzt.

Zu Beginn des Videos ist ein angeregtes Stimmengemurmel zu hören, dann sehen wir einen gut gefüllten Raum in der Stadtbibliothek. Die Kamera filmt die Besuchenden von hinten über ihre Köpfe hinweg, viele davon grauhaarig. Ein Vertreter der Stadtbibliothek, ebenfalls mit weißen Haaren, begrüßt das Publikum, freut sich über das große Interesse, kündigt Dirk Oschmann und David Begrich an und übergibt die Bühne an Oschmann.

Der Autor liest mehrere Passagen aus seinem Buch und erläutert, wie es dazu kam, dass er dieses Buch schrieb. Es geht darum, wie der Osten und die Ostdeutschen vom Westen wahrgenommen, dargestellt, hergestellt und abgewertet werden, wie die deutsche Norm

und Deutungshoheit beim Westen liegen. Oschmann erklärt, dass es ihm beim Schreiben des Buchs nicht um eine differenzierte Betrachtung ging, denn solche gab es vor seinem Buch schon, ohne dass sie Wirkung zeigten. Sein Buch und seine Präsentation hingegen haben Wirkung: Das Buch schaffte es nicht nur auf die Bestsellerliste, sondern kommt auch bei der Veranstaltung an. Durch gezielt gesetzte Pointen nimmt Oschmann das Publikum mit, bekommt Applaus und provoziert Gelächter. Die Stimmung ist gut.

Dann kommt, wie angekündigt, David Begrich von der Arbeitsstelle Rechtsextremismus bei Miteinander e. V. auf die Bühne. Wie Oschmann wuchs Begrich in der DDR auf. Er engagiert sich seit langem gegen Rechtsextremismus, ist ein anerkannter Experte in dem Bereich und setzte sich schon in den 1990ern dafür ein, dass die Zivilgesellschaft in Ostdeutschland mehr gefördert wird. Zum Buch von Oschmann steht er kritisch (Begrich 2023). Er wird weder anmoderiert noch begrüßt. Er setzt sich und kündigt sich als „Advocatus Diaboli“ an – eine Rolle, die er gerne übernehme.

Im Folgenden spricht er die Verantwortung der Ostdeutschen für die Entwicklungen seit 1989 an und erklärt, dass es andere Entwicklungsmöglichkeiten gegeben hätte. Oschmanns Buch hält er nicht für hilfreich, um existierende Probleme anzugehen. Immer wieder wird Begrich durch Zwischenrufe, Gelächter und ungehaltenes Gemurmel unterbrochen. Er muss betonen, dass er kein Westdeutscher ist. Aber das Publikum will nicht ihn, sondern Oschmann hören. Im anschließenden Gespräch zwischen den beiden werden die Fronten weiter gefestigt. Das Publikum und Oschmann stehen auf einer Seite, Begrich versucht dagegenzuhalten.

In der abschließenden Fragerunde wenden sich ältere Männer zustimmend an Oschmann, erzählen von ihren Leistungen und deren fehlender Würdigung, beklagen die Auslöschung von DDR-Geschichte und westdeutsche Dominanz. Oschmann reagiert unterstützend. Begrich versucht ab und zu, eine andere Perspektive einzubringen und produziert so Widerspruch, sowohl beim Publikum als auch bei Oschmann.

Es fühlt sich seltsam an, dieses Video anzuschauen. Vieles von dem, was Oschmann zur Konstruktion und Veränderung der Ostdeutschen sagt, ist tatsächlich schon von anderen differenzierter gesagt worden (Heft 2020; Matthäus/Kubiak 2016; Kollmorgen/Hans 2011; Goel 2010; Ahbe et al. 2009; Roth/Wienen 2008; Cooke 2005; Hörschelmann 2001 u. a.). Beim genauen Zuhören fällt auch auf, dass Begrich einigen dieser Analysen zustimmt (Begrich 2023), was aber beim Publikum nicht anzukommen scheint. Auch wir Herausgebenden haben schon, bevor Oschmann in einem FAZ-Artikel im Jahr 2022 zum ersten Mal öffentlich zu dem Thema Stellung bezog, über solche Prozesse diskutiert und aus diesem Grund diesen Band geplant. Wir wollten mit dieser Veröffentlichung die Veränderung des Ostens – mit Kathleen Heft (2020) gesprochen, Prozesse der Ossifizierung (siehe dazu den Abschnitt „Externalisierungspraktiken“ im Folgenden sowie Heft in diesem Band) – thematisieren, insbesondere in Bezug auf rechte Einstellungen und Gewalt. Eigentlich müsste uns Oschmanns Analyse also gelegen kommen, insbesondere da sich viele Menschen positiv auf sein Buch beziehen.

Aber die Stimmung, die der Mitschnitt der Veranstaltung hervorruft, ist uns beim Ansehen unangenehm. Begrich wird feindselig begegnet. Was er zu sagen hat, will nicht gehört werden. Dieses Publikum will nicht auf die eigene Verantwortung für die Entwicklung Ostdeutschlands angesprochen werden. Es will in seinen Verletzungen und Abwertungen, die es nach der Vereinigung erlebt hat, anerkannt werden und freut sich über Spitzen gegen den Westen. Hierin gleicht die Lesung den Dynamiken bei Bürgerdialogen, die in den letzten Jahren in einigen, mehrheitlich ostdeutschen, Orten eingerichtet wurden, um über das, was als Sorgen von Bürger*innen beschrieben wird und häufig rechte Einstellungen

sind, zu sprechen (siehe Böhm in diesem Band). Oschmann scheint sich in dieser Stimmung wohlfühlen und fördert sie aktiv.

Auf der Lesung geschieht genau das, was jenen, die Prozesse der Veränderung des Ostens analysieren, immer wieder vorgeworfen wird: Durch ihre Analyse würde der Osten entlastet und könne sich seiner Verantwortung entledigen. Nachdem wir uns den Mitschnitt der Lesung angeschaut haben, können wir diesen Vorwurf nicht mehr einfach wegwischen. Er scheint seine Berechtigung zu haben. Das erkennen wir mitten in unserem Produktionsprozess, zu einem Zeitpunkt, an dem die meisten Artikel für unseren Band schon geschrieben sind. Wir stellen die Lesung so prominent an den Anfang, da wir analysieren müssen, was auf der Lesung und im Diskurs schief läuft, und genauer formulieren müssen, was das Ziel unseres Bandes ist.

Anders als Oschmann sind wir im Herausgebendenteam überwiegend westdeutsch sozialisiert. Wir beschäftigen uns auch mit Prozessen der Ossifizierung, weil wir dem Westen und damit der deutschen Norm zugeschrieben werden. An der Diskussion über den „Braunen Osten“ (Heft 2018), also der Konstruktion Ostdeutschlands als besonders durch rechte Einstellungen und Gewalt geprägt, stört uns unter anderem die weiße Weste, also das Freisprechen von rechten Einstellungen und Gewalt, die dem Westen Deutschlands damit gegeben wird. Wir sehen nicht nur die Gefahr, rechte Einstellungen und Gewalt in Westdeutschland zu verharmlosen, sondern auch, dass die ossifizierende Konstruktion des Braunen Ostens es erschwert, rechte Gewalt und Einstellungen zu verstehen und zu bekämpfen.

Betrachten wir aber die Lesung in der Stadtbibliothek Magdeburg, zeigt sich, wie Oschmanns Thesen Ostdeutschen als weiße Westen dienen können, während sie den Mahner Begriff ignorieren. Auch wir wollen dem Osten keine weiße Weste geben. Anders als Oschmann geht es uns um eine differenzierte, intersektionale, rassismuskritische und empirisch fundierte Analyse. Sie soll die Gleichzeitigkeit von ossifizierenden Prozessen und rechten Einstellungen sowie rechter Gewalt im Osten Deutschlands beleuchten. Dazu haben wir Autor*innen zu diesem Band eingeladen, die sowohl die ossifizierende Konstruktion des Braunen Ostens als auch die realen rechten Einstellungen und Gewalt thematisieren. In dieser Einleitung verknüpfen wir unsere theoretischen und ethnografischen Überlegungen mit den Beiträgen des Bandes.¹

Das Rechte

Zunächst ein paar Anmerkungen zu unserer Nutzung des Sammelbegriffs „das Rechte“: Unser Sammelband behandelt das Narrativ des Braunen Ostens und dessen Beziehung zu den damit verbundenen Phänomenen. Dieses Narrativ taucht in Berichten über Neonazis, im Kontext von AfD-Wahlergebnissen und in Diskussionen über Einstellungsstudien auf. Es ist somit ein weites Feld an Gruppierungen, Ideologien, Einstellungen und Praktiken, das wir begrifflich abdecken möchten.

Die ethnografische Forschung zu rechten Phänomenen und Gruppierungen ist relativ jung und verwendet unterschiedliche Begriffe. Im Englischen wird oft „far right“ (Ashe et al. 2020; Blee 2007), aber auch „populism/right-wing populism“ (Ostiguy et al. 2021; Ranieri 2016; De Genova 2018) und „fascism“ (Holmes 2019) genutzt. Im Deutschen gibt es in der Forschung so unterschiedliche Begriffe wie „Neonationalismus“ (Banks/Gingrich 2006) oder „neoreaktionär“ (Hark/Oloff 2018). Die Wahl des Begriffs hängt vom Blickwinkel, Untersuchungsgegenstand und den theoretischen Perspektiven der Forschenden ab.

In unserem Band wollen wir uns nicht auf einen Untersuchungsgegenstand oder analytischen Blick festlegen. Wir möchten die Breite des Feldes und der Zugänge aufzeigen. Daher wählen wir in dieser Einleitung den weitgefassten Begriff „das Rechte“, um über dieses Feld zu sprechen. Ähnlich wie der Europäische Ethnologe Patrick Wielowiejski dies für „die Rechte“ tut, fassen wir damit Einstellungen, Gruppierungen und Praktiken zusammen, die von einer grundlegenden Ungleichheit der Menschen ausgehen und diese zumindest aufrechterhalten, wenn nicht erweitern wollen (Wielowiejski 2024, 24).

Den Autor*innen dieses Bandes haben wir es überlassen, selbst zu entscheiden, mit welchen Begriffen sie arbeiten möchten.² Dies ermöglicht ihnen, sich im ethnografischen Sinne an den Praktiken und Inhalten ihrer jeweiligen Gegenstände zu orientieren, ohne diese an einen eng gefassten, fokussierten, aber auch ausschließenden Begriff anpassen zu müssen.

Die Offenheit des Sammelbegriffs „das Rechte“ ermöglicht es uns, den unterschiedlichen Beiträgen gerecht zu werden. Wir wollen dabei auch Abgrenzungen zwischen verschiedenen Ausprägungen des Rechten aufbrechen, um tieferliegende Überschneidungen, Gemeinsamkeiten und Kontinuitäten jenseits einer vermeintlich selbstverständlichen Externalisierung des Rechtsextremismus in den Blick zu nehmen.

Externalisierungspraktiken

In diesem Band wollen wir erkunden, wie die erwähnten weißen Westen im Zusammenhang mit dem Rechten entstehen und wirken. Dabei haben sich für uns vor allem zwei theoretische Grundlagen als „good to think with“ erwiesen: Nitzan Shoshans (2016) Analyse der Externalisierungspraktiken des Rechten und Kathleen Hefts Konzept der Ossifizierung, auf das wir bereits hingewiesen haben.

Der aus Israel stammende Anthropologe Nitzan Shoshan widmete sich in seiner Dissertation an der Universität Chicago den gesellschaftlichen Reaktionen auf rechte Jugendliche in Ostberlin; er versuchte, diese Reaktionen mittels teilnehmender Beobachtung besser zu verstehen. Seine Ethnografie *The Management of Hate* (2016) analysiert, wie die deutsche Gesellschaft mit der extremen Rechten umgeht. Shoshan zeigt, wie das extrem Rechte im politischen Diskurs und in der politischen Praxis abgegrenzt und ausgelagert und zugleich hergestellt wird. Unter „Management des Hasses“ fasst er Praktiken, (gesetzliche) Regelungen und Narrative, mit denen staatliche wie nicht-staatliche Institutionen und Akteur*innen illegitime, also als Nationalsozialismus-nah geltende Nationalismen an den Rand der Gesellschaft drängen und sich von diesen abgrenzen. So präsentiert sich die Bundesrepublik auf nationalen wie internationalen Bühnen als frei von diesen „schlechten“ Nationalismen (Shoshan 2016, 11).

Im Rahmen dieses Managements wird das „right-wing extremist thing“ (ebd., 169) ständig verortet. Lokalisiert wird das Rechte meist dort, wo „old ghosts“ auf „new poor“ (ebd., 15), also illegitime Nationalismen auf Menschen in prekären Lebensbedingungen treffen. Seit den Neunzigerjahren verdichtet sich so das Bild des extremen Rechten in der Figur des prekären, jugendlichen, ostdeutschen Nazis (ebd., 42). Shoshan argumentiert, dass das extrem Rechte nicht nur politisch, sondern auch räumlich in den Osten verbannt wird (ebd., 39). Diese doppelte Externalisierung erlaubt es, sich in einem Zug von zwei unliebsamen deutschen Vergangenheiten – dem Nationalsozialismus und der DDR – abzugrenzen (ebd., 203).

Dabei bleibt inhaltlich vage, was genau externalisiert werden soll (siehe Böhm sowie Boßmeyer in diesem Band). Diese Offenheit schafft einen großen Spielraum, um zu definieren,

was als „zu rechts“ aus dem legitimen politischen Diskurs ausgeschlossen wird (siehe Boßmeyer in diesem Band). So können sich fast alle als „nicht zu rechts“ positionieren. (Shoshan 2016). Gleichzeitig lassen sich Diskriminierungsmechanismen wie Rassismus in das externalisierte (zu) Rechte auslagern, damit von der Mitte der Gesellschaft abspalten und der gesellschaftlichen Auseinandersetzung entziehen.

Shoshan betont die affektive Seite des Managements des Hasses (ebd., 19): Hier der illegitime Hass, der ausgegrenzt werden soll, dort die Sorgen und Ängste, die als legitim gelten. Er versteht dabei affektgeladene Diskurse als Objekte und Effekte von Governance. Sein Fokus liegt auf den sozialen und politischen Strategien zur Herstellung, Regulierung und Neutralisierung affektiver Öffentlichkeiten (ebd., 17). Luise Böhm greift dies in ihrer ethnografischen Analyse in diesem Band auf. Sie zeigt, wie das Management des Hasses die Mitte der Gesellschaft adressiert, wenn Affekte durch Bürgerdialoge reguliert werden sollen. Böhm nennt dies, in Anlehnung an Shoshan, das „Management der Angst“. Dessen Ziel ist es, die auf weiße Menschen reduzierte Bürger*innenschaft im politisch akzeptablen Rahmen zu halten. Hass und Angst werden hier also weniger als individuelle Gefühle, sondern im Hinblick auf ihre öffentliche Artikulation, ihre Wirkung, ihr politisches Management und ihre vermeintliche Kontrolle untersucht. Dabei zeigt sich, dass nicht Rassismus an sich, sondern nur Nationalsozialismus-nahe Rassismen als illegitimer Hass gelten.

Wie Shoshan untersucht auch Böhm die Verortung des Rechten im Osten Deutschlands. Die von ihr analysierte Stadtverwaltung muss mit der Zuschreibung, Teil des Braunen Ostens zu sein, umgehen. Zur Analyse nutzt Böhm das Konzept der Ossifizierung von Kathleen Heft. Die Kulturwissenschaftlerin Heft beschreibt damit, wie verschiedene gesellschaftliche Probleme als spezifisch ostdeutsch oder aus der DDR stammend gerahmt, dadurch in den Osten verschoben und dort festgeschrieben werden (siehe Heft in diesem Band). Der Westen wird durch diese diskursive Praxis von diesen entlastet, während der Osten als anders, problematisch oder unterentwickelt konstruiert wird. Wie Shoshan gibt Heft damit einem gesellschaftlich normalisierten und daher unbenannten Prozess einen Namen und schafft so ein Werkzeug, um die Diskurse über den Braunen Osten besser zu verstehen. Mit Heft fragen wir: Was am Sprechen über den Braunen Osten ist ossifizierende Praxis? Was an den beobachteten rechten Einstellungen und Handlungen hat eine orts- und geschichtsbedingte Spezifik? Und wie können wir darüber sprechen, ohne ossifizierende Stereotype zu bedienen? Was genau Heft unter Ossifizierung versteht – und was nicht – legt sie in ihrem Beitrag dar.

Heike Radvan beleuchtet in ihrem Beitrag die Debatte über extrem Rechte im Osten seit den 1990er Jahren. Sie zeigt, dass der Diskurs zwei Phänomene umfasst: erstens die ossifizierende Verschiebung extrem rechter Phänomene in den Osten, die den Westen entlastet. Zweitens die empirische Spezifik rechter Phänomene und speziell rechter Gewalt in Ostdeutschland. Besonders in Zeiten, in denen extrem rechte Parteien in zahlreichen ostdeutschen Bundesländern überdurchschnittlich viele Stimmen gewinnen, ist es wichtig, beides gleichzeitig im Blick zu behalten.

Sowohl Heft als auch Shoshan analysieren, wie dichotome Bilder von Westen und Osten beziehungsweise von Demokratischem und Rechtsextremem entstehen. Diese gehen an der Komplexität der empirischen Realität vorbei und erleichtern es, Unerwünschtes in das als Außen markierte – den Osten oder den Rand des Rechtsextremen – auszulagern. In der Berichterstattung über rechte Vorfälle oder den Aufstieg rechter Parteien werden diese oft als typisch ostdeutsch eingeordnet. Dabei wird diskutiert, wie die DDR-Erfahrung dafür verantwortlich sei (siehe Heft sowie Radvan in diesem Band). Rechtsextremismus wird so als ostdeutsches Phänomen gerahmt und unterstellt, Ostdeutschland sei in seiner demokratischen Kultur noch nicht so weit entwickelt wie Westdeutschland. Rechte Strukturen und

Einstellungen im Westen bleiben unsichtbar, „sodass es mithin so erscheint, als bedürfe es keiner Auseinandersetzung mit dem Braunen Westen“ (siehe Heft in diesem Band). Zudem wird der Osten als weiß konstruiert, während die Geschichten rassifizierter Menschen und von Migration im Osten ausgeblendet werden. Ilanga Mwaungulu lenkt in diesem Band mit ihrer Familiengeschichte den Blick auf die Erfahrungen und Wissensbestände Schwarzer Ostdeutscher. Gleichzeitig arbeitet sie Kontinuitäten und Spezifika von Rassismus in der DDR heraus.

Homogenisierende Darstellungen des Ostens dienen der kollektiven Abwehr von Rassismuskorrekturen – sowohl in West- als auch in Ostdeutschland. Das zeigte sich auch bei der Magdeburger Lesung von Oschmann (siehe Böhm sowie Mwaungulu in diesem Band). Die Schwarze ostdeutsche Soziologin Katharina Warda nannte diese Dynamik in einem Gespräch mit uns Herausgebenden „Rassismus-Pingpong“ (siehe auch Warda 2021). Rassismus wird wie ein Ball ständig den Anderen zugespielt und damit sofort abgewehrt – ohne ihn aufzugreifen und zu hinterfragen: Was genau wird da zurückgespielt? Und wie können wir konstruktiv damit umgehen, statt nur abzuwehren? Das Pingpong entlastet davon, sich mit den komplexen und verwobenen Mechanismen von Diskriminierung auseinanderzusetzen – und damit auch mit der Frage, wie das Eigene und die eigenen Institutionen dazu beitragen.

Das Rechte im Osten Deutschlands

Betrachten wir die ostdeutsche Seite dieses Pingpong-Spiels genauer, zeigt sich, dass rechte Probleme hier zu oft als westdeutsche Stigmatisierung abgetan werden. Radvan beschreibt in diesem Band ein aktuelles Beispiel: Menschen, die auf rechte Strukturen und Einstellungen hinweisen, erfahren nicht Unterstützung, sondern Repression. Sie werden als Nestbeschmutzer*innen ausgegrenzt. Dieses Muster wird auch in den anderen Beiträgen des Bandes beschrieben. Sowohl Böhm als auch Mwaungulu thematisieren das als Abwehrreaktion auf die Verortung des Rechten im Osten. Zugleich argumentieren sie, dass dies aus einem Selbstbild resultiert, das sich frei von Rassismus und rechten Einstellungen wähnt. So werden die Existenz von Rassismus und rechten Akteur*innen verleugnet, wie Mwaungulu auch für die DDR zeigt: Dort galt die Annahme, sozialistische Gesellschaften könnten nicht rassistisch sein (siehe Mwaungulu in diesem Band). Gleichzeitig sehen Teile der Gesellschaft Rassismus und das Rechte nicht als Problem. Stattdessen gelten jene, die darauf hinweisen, als Verursachende des Problems. Nick Wetschel beschreibt in seinem Beitrag, wie eine entpolitisierte Sicht auf rechte Akteur*innen und Strukturen zu deren Normalisierung führt. Beispielsweise, wenn die örtliche Nazigewalt als Jugendkriminalität abgetan, oder der NPD-Kandidat als gewöhnlicher Klempnermeister dargestellt wird. Diese Verharmlosung führt dazu, dass die Bedrohungslage für Betroffene rechter Gewalt kaum wahrgenommen wird – wie auch Radvans Beispiel zeigt.

Leidtragende dieses gegenseitigen Zuschreibens sind damit die Betroffenen von rechter Gewalt und Rassismus in Ost- und Westdeutschland. Dass Rassismus ein gesamtgesellschaftliches Problem ist, das weder räumlich noch zeitlich eingegrenzt werden kann und daher gesamtgesellschaftliche Antworten erfordert, wird durch dieses Pingpong ignoriert.

Aus dem Blick geraten in der externalisierenden Debatte außerdem historische Perspektiven auf die Kontinuität von rechten Bewegungen und Rassismus in der DDR wie in der Bundesrepublik. Eine Ausprägung davon findet sich in Oschmanns Buch. Er vertritt die These, rechte Einstellungen hätten sich in Ostdeutschland als „self-fulfilling prophecy“ durch das „unablässige Sachsen-Bashing“ (Oschmann 2023, 128) verstärkt. Die Westdeutschen

hätten den Braunen Osten durch ständige Wiederholung selbst heraufbeschworen. Ähnlich argumentieren manche, ostdeutsche Rechte seien Opfer der Verführungskunst von westdeutschen Rechten. Tatsächlich spielten westdeutsche Agitator*innen in der rechten Mobilisierung im Ostdeutschland der Nachwendezeit eine Rolle – und tun dies bis heute. Auffällig ist etwa der hohe Anteil westdeutscher AfD-Politiker*innen im Osten (Süddeutsche Zeitung 2019). Doch Rassismus und völkisches Denken mussten nicht erst aus dem Westen importiert werden (siehe Mwaungulu in diesem Band).

Neben der Externalisierung des Rechten zeigt sich in der Debatte um Oschmanns Buch noch eine weitere problematische Tendenz. Oschmann stilisiert in seinem Buch ostdeutsche Männer zu der am meisten benachteiligten gesellschaftlichen Gruppe der Nachwendezeit (Oschmann 2023, 37). Sie seien die in der Regel übersehenen Hauptleidtragenden einer systematischen Ausgrenzung, Entwertung, Arbeits- und Perspektivlosigkeit – verschärft durch den Wegzug junger Frauen. Dabei ignoriert Oschmann komplexere Analysen zu Männlichkeit (Scholz 2022) und Weiblichkeit (Nickel 2022) in Ostdeutschland. Er folgt stattdessen einem rechten Narrativ, das von einer „Krise der weißen Männlichkeit“ spricht (Radvan/Sauer 2024). Damit betreibt er implizit eine weiße ostdeutsche Identitätspolitik und stärkt die populäre Vorstellung einer homogenen ostdeutschen Gesellschaft. Indem er den ostdeutschen (heterosexuellen, weißen) Mann zum zentralen Opfer der Nachwendezeit erklärt, blendet Oschmann nicht nur dessen fortbestehende Privilegien aus. Gleichzeitig macht er die Erfahrungen anderer Menschen unsichtbar – insbesondere die schmerzhaften Erfahrungen jener Menschen, die in den sogenannten Baseballschlägerjahren von rechter Gewalt betroffen waren. Eine solche weiße ostdeutsche Opfererzählung funktioniert nur durch die Ausgrenzung von nicht-dominanten ostdeutschen Erfahrungen (Warda/Schulze 2023). Eine solche Opfererzählung sieht gerade deshalb keine Gemeinsamkeiten. Sie fördert keine Solidarisierung, sondern grenzt ab, dient der Selbstbestätigung und schützt eigene Privilegien.

Die Abgrenzungsfunktion einer solchen ostdeutschen Identitätspolitik wird gegenwärtig von Rechten instrumentalisiert, wie Julia Leser in ihrer Analyse des AfD-Wahlkampfs in Ostdeutschland zeigt (siehe Leser in diesem Band). In der weißen ostdeutschen Identitätskonstruktion steckt das Bild eines ostdeutschen Widerstands gegen die westdeutsche Dominanz – ein moderner David gegen Goliath. Leser beschreibt, wie rechte Utopien gezielt auf Ostdeutschland und die widerständigen Momente in seiner Geschichte Bezug nehmen. „Vollende die Wende“, lautet etwa ein Wahlkampfslogan der AfD. Diese rechte Aneignung ist, so zeigt Leser, kein Zufall, sondern Ausdruck der problematischen, ausschließenden Opfererzählung, die Ostdeutschland prägt.

Das Analysewerkzeug der Ossifizierung, das auf post- und dekoloniale Theorie zurückgreift, eröffnet hingegen einen differenzierten Blick auf intersektionale Gleichzeitigkeiten. So wird beispielsweise sichtbar, dass „Ostdeutsche sowohl Marginalisierung erfahren als auch machtvollen, hegemonialen Positionen einnehmen können“ (Heft 2023, 29). Wie bei der Magdeburger Lesung fehlt es in aktuellen West-Ost-Debatten jedoch oft an Differenzierung. Heft betont, dass es nicht ausreicht, den Blick nur auf die Rolle des Westens zu lenken: Das würde den Osten auf eine passive Opferrolle reduzieren (ebd.). Aspekte der Erzählung vom Braunen Osten – wie der steigende Anteil rechter Wähler*innen oder die anhaltend hohe Zahl rechter Gewalttaten (VBRG 2023; Radvan in diesem Band) – sind zwar real. Gleichzeitig verdeckt diese Erzählung andere ostdeutsche Realitäten – denn natürlich ist der Osten nicht nur braun, und natürlich ist nicht nur der Osten braun. Eine angemessene Analyse muss derartige Widersprüche zuzulassen und die Gleichzeitigkeit der westdeutschen Projektion und der ostdeutschen Realität anerkennen.

Im aktuellen Diskurs über Ost-West-Ungleichheiten werden Rassismus und das Rechte stattdessen im Pingpong beständig abgewehrt, wodurch eigene Verstrickungen verdrängt werden. Ambivalenzen und intersektionale Verflechtungen geraten ebenso aus dem Blick wie die Vielfalt des Ostens. Begrich (2023) beschreibt in einer Replik auf Oschmann die Widersprüchlichkeit ostdeutscher Entwicklungen: Den Osten, wie er im Diskurs gezeichnet wird, gibt es nicht. Stattdessen entfalten sich zwischen Metropolen, Klein- und Mittelstädten sowie ländlichen Regionen verschiedene ostdeutsche Realitäten. Auch die ostdeutsche Geschichte ist von vielfältigen und teils unterschiedlichen Erfahrungen geprägt.

Ethnografische Perspektiven

Um die Analyse zu schärfen, gilt es, Besonderheiten sichtbar zu machen, die Komplexität der Geschichte/n anzuerkennen und west- wie ostdeutsche Erfahrungen im Plural zu betrachten. Radvan und Sauer fordern „eine ‚Doppelspur der Kritik‘: Es braucht eine differenzierte [...] Analyse des Rechtsextremismus in Ostdeutschland und Westdeutschland“ (Radvan/Sauer 2024, Hervorh. im Original). Für „eine regionalspezifische, historisch-rekonstruktive Analyse extrem rechter Erscheinungsformen“ empfiehlt Radvan in diesem Band Kategorien für eine Mehrebenenanalyse.

Wetschel kritisiert in seinem Beitrag den dominanten Fokus der Sozialwissenschaften, insbesondere der quantitativen Forschung zum Rechten, auf die Makroebene. Diese Ansätze, so Wetschel, könnten der Komplexität auf der Mikroebene selten gerecht werden. Mit ihm plädieren wir in der Auseinandersetzung mit dem Braunen Osten für einen ethnografischen Ansatz. Wir sind davon überzeugt, dass die methodischen und epistemologischen Zugänge der Europäischen Ethnologie vieles zur Forschung über das Rechte beitragen können.

Dabei bauen wir, nicht nur theoretisch, auf Shoshans (2016) Ethnografie über Rechte in einem Ostberliner Bezirk auf. Wir greifen die Ansätze des Studienprojekts von Falk Blask und Cordula Endter (2007) auf, die Wetschel in diesem Band neu interpretiert. Salome Boßmeyer und Luise Böhm haben sich in *gemeinsamforschen.qt* (2018) ebenfalls mit der Neuen Rechten als gesellschaftlichem Phänomen auch im Osten auseinandergesetzt. Angeregt hat uns zudem die ethnografische Forschung von Patrick Wielowiejski (2024) zu AfD und Homosexualität. Dabei birgt gerade das ethnografische Forschen über das Rechte besondere Herausforderungen. Diese wurden unter anderem von Blask und Endter (2007) und im Rahmen des Workshops „Ethnography in Times of Populism“ 2018 am Institut für Kulturanalyse an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt diskutiert (Wielowiejski 2018). Besonders herausfordernd ist der Umgang mit der Nähe zum Forschungsfeld, wenn die Forschenden dessen politische Forderungen und Handlungen grundsätzlich ablehnen. Wie kann mit diesem Widerspruch umgegangen werden? Wie kann Empathie für das Feld entstehen, wenn keine Sympathie besteht? Wie kann vermieden werden, den Rechten eine Bühne zu bieten? Wie schützen sich Forschende vor Gefährdungen? Und wie lassen sich unter diesen Bedingungen forschungsethische Standards, wie das Einholen informierter Zustimmung, einhalten? Unsere Autor*innen haben sich diesen Fragen in unterschiedlicher Weise gestellt, ihre je eigenen Umgangsweisen gefunden und sind dabei auch auf Hürden gestoßen – etwa den nachträglichen Entzug der Zustimmung zur Nutzung eines Interviews.

Wir wollen die Gleichzeitigkeit des Braunen Ostens als ossifizierende diskursive Praxis und als reale rechte Gewalt in Ostdeutschlands untersuchen. Daraus ergeben sich für unser Projekt neue methodologische und epistemologische Herausforderungen. Wie Böhm es in ihrem Beitrag formuliert, kann es weder darum gehen, den Braunen Osten zu bestätigen,

noch darum, ihn zu widerlegen. Wir fragen, wie er entsteht und welche Folgen das hat. Wir wollen weder dem Westen noch dem Osten eine weiße Weste verschaffen, sondern erkunden, wie beide Seiten sich reinwaschen – und welche Konsequenzen das hat. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, ist es zentral, leere Begriffe wie Osten oder Westen zu hinterfragen, Verallgemeinerungen zu vermeiden und den jeweiligen Kontext ernst zu nehmen. Alle Beitragenden dieses Bandes tun das.

Wesentlich für ethnografische Forschung ist das tiefe Eintauchen in ein Feld, dort viel Zeit mit Akteur*innen, Dingen und Themen zu verbringen, sich überraschen zu lassen und offen für Neues zu bleiben. Das gilt für gegenwärtige wie für historische Studien. Ethnograf*innen erkunden, was im jeweiligen Kontext relevant ist – Rahmenbedingungen, Geschichte, Akteur*innen, Netzwerke, Ereignisse etc. – und verstehen so, welche Prozesse wie ablaufen. Das ermöglicht, wie Mwaungulu in diesem Band fordert, ostdeutsche Felder so zu behandeln wie andere auch, das heißt, sie in ihrer Spezifik zu untersuchen. Dabei kann herauskommen, dass es ostdeutsche Besonderheiten gibt. Dies wird aber nicht von vornherein unterstellt. Anderen Deutungen, Komplexität und Ambivalenzen wird Raum gelassen. Ein differenziertes Vorgehen ist der einzige Weg, um zu verhindern, in die Fallen von Ossifizierung oder Ostalgie zu verfallen, wie Mwaungulu erklärt.

Ethnografische Forschung verbindet unterschiedliche Methoden, um auf ein Forschungsfeld einzugehen und den Akteur*innen in diesem Feld zu folgen. Im Zentrum steht die teilnehmende Beobachtung. Hinzu kommen Interviews, informelle Gespräche, Archivrecherche, die Analyse von Publikationen und Online-Quellen oder die Re-Lektüre, wie Wetschel sie in diesem Band vornimmt. Welche Methoden sich besonders eignen, um das Feld besser zu verstehen, ergibt sich aus der Forschungsfrage, den Besonderheiten des Kontexts und dem Forschungsprozess. Leser etwa greift auf Videos von AfD-Veranstaltungen zurück, wenn sie an diesen nicht selbst teilnehmen kann. Die Flexibilität ethnografischer Methoden kann Forschende damit in einem möglicherweise feindseligen Feld auch schützen. In einem politisch so aufgeladenen und medial beobachteten Kontext stellt sich zudem für Forschende wie Forschungspartner*innen die Frage der Pseudonymisierung (siehe Böhm in diesem Band): Wie kann diese gewährleistet werden, so dass Gesprächspartner*innen nicht identifiziert werden können und gleichzeitig die Analyse nicht darunter leidet? Forschungsethische Fragen bekommen damit eine neue Facette. Es geht nicht nur darum, vulnerable Forschungspartner*innen zu schützen, sondern auch, sich gegenüber machtvollen Forschungspartner*innen abzusichern und ihnen dennoch gleiche Rechte wie anderen zu garantieren.

Die Stärke der Europäischen Ethnologie liegt in der Analyse von Praktiken. Sie zeigt, wie Prozesse verlaufen und auch anders hätten verlaufen können. Wir verstehen, wie Heft, Ossifizierung und auch den Braunen Osten als diskursive Praktik. Mit ethnografischen Mitteln können wir so nachvollziehen, wie das Doing Osten beziehungsweise Doing Brauner Osten geschieht. Böhm zeigt das am Beispiel der Stadtverwaltung einer ostdeutschen Stadt, Leser für die AfD, Mwaungulu für den antifaschistischen Aktivismus und Wetschel bei einem Studienprojekt. Boßmeyer wiederum analysiert, wie politisch Aktive aus der Mitte der Gesellschaft das Rechte externalisieren – das Doing Externalisierung. Immer wieder geht es darum, zu erkunden, was über das Rechte sagbar ist und wie Rassismus verstanden wird.

Das Ziel dieses Bandes ist nicht, zu (ver)urteilen, einzuteilen oder zuzuordnen. Wir wollen vielmehr verstehen – was nicht bedeutet, etwas gutzuheißen. Wir interessieren uns für spezifische Kontexte, für Prozesse des Werdens und für Kontingenzen, weil sie das Potenzial bergen, dass sich etwas verändert. Wir betonen zudem die zeitliche Verortung von Praxen und Prozessen, weil sich nur so Kontinuitäten und Veränderungen analysieren lassen. Besonders die historischen Perspektiven von Mwaungulu und Wetschel zeigen,

dass sich vieles geändert hat und anderes bleibt, wenn auch in einem anderen Gewand. So verdeutlicht Mwaungulu, dass Rassismus über verschiedene deutsche Nationenbildungen hinweg Kontinuität hat und dabei jeweils spezifische Formen annimmt. Wetschels Re-Lektüre zeigt, wie sich der Blick weiterhin auf Rechtes in Ostdeutschland, aber auf andere Aspekte richtet. Auch Heft beschreibt, wie sich der Gegenstand von Ossifizierungspraktiken ändern kann, während die Veränderung des Ostens als diskursive Praktik gleichbleibt (Heft 2020). Boßmeyer wiederum arbeitet in ihrem Beitrag heraus, wie politische und gesellschaftliche Veränderungen einen Handlungsbedarf erzeugen.

Seit den ethnografischen Feldforschungen der Beitragenden zu diesem Band und auch seit Beginn dieses Publikationsprojekts hat es viele Veränderungen gegeben. So wandelten sich in der Zwischenzeit sowohl das Management des Hasses, auf das sich Shoshan und Boßmeyer beziehen, als auch das Management der Angst, das Böhm in ihrem Feld beobachtete. Die Magdeburger Lesung von Oschmann zeigte uns die Fallen einer undifferenzierten Analyse der Veränderung des Ostens; das Abschneiden der AfD bei den Wahlen in Ostdeutschland führte die Realität rechter Einstellungen vor Augen. Die Beiträge dieses Bandes konnten auf diese Ereignisse nicht mehr reagieren, die Einleitung, die zuletzt entstand, gerade noch. Doch die Lesenden werden aus ihren zeitlichen Verortungen heraus sicher Fragen stellen, die hier noch nicht, noch nicht so oder noch nicht ausreichend behandelt sind.

Die Analysen von Böhm, Boßmeyer und vor allem Leser zeigen zudem, wie sich mit ethnografischen Mitteln Affekte erfassen und analysieren lassen – und wie wichtig das gerade für die Analyse des Rechten ist. Affekte spielen eine zentrale Rolle in gesellschaftspolitischen Diskursen. Sie helfen Menschen einerseits, die gesellschaftlichen Verhältnisse, in denen sie leben, zu verstehen. Andererseits zeigt Shoshan, dass das Erleben von Affekten weder individuell noch neutral, sondern in Machtbeziehungen eingebunden ist – und dass auch Governance affektiv aufgeladen ist (Shoshan 2016, 17). Als performative Praktiken lassen sich Affekte ethnografisch untersuchen. Ihre Analyse kann dahinterstehende gesellschaftliche Normen, Kategorisierungen und Unterscheidungen aufdecken. So betrachtet Boßmeyer Hass, Böhm Angst und Leser Hoffnung als bedeutsame Faktoren. Sie zeigen auch, dass die Aufforderung, mit Rechten zu reden, zu kurz greift, weil sie Rationalität voraussetzt und die Bedeutung von Affekten ignoriert.

Viele Beiträge dieses Bandes plädieren für eine weitere Stärke ethnografischer Forschung: Ungehörten Geschichten Gehör zu verschaffen, um mehr Bewusstsein für Pluralität, aber auch für die Gemeinsamkeiten von Erfahrungen zu schaffen. Wetschel sieht im Aufspüren und Erzählen der Stimmen, die im dominanten Diskurs über die „braunste Kommune Ostdeutschlands“ fehlen, den erkenntnisreichsten Beitrag des Studienprojekts von Blask und Endter (2007). Böhm fordert, ostdeutsche Pluralität sichtbar zu machen, etwa durch diskriminierungssensible Dialogforen. Und Mwaungulu gibt Hoffnung: „Wenn wir Räume finden, in denen wir das [verschiedene Geschichten erzählen und zuhören, die Herausgebenden] tun können, ohne die Erzählstränge, die so viel abschneiden, dann ist das empowernd und macht es möglich, dass sich auch an den Narrativen etwas ändert.“

Europäisch-ethnologisch Forschen bedeutet mehr, als ethnografische Methoden anzuwenden. Es bedeutet auch, permanent die theoretische Brille, mit der auf das Feld geschaut wird, und das empirische Material, das erhoben wird, in einen Austausch zu bringen. Beide beeinflussen sich im Forschungsprozess wechselseitig (ähnlich wie in der Grounded Theory, Hirschauer 2015). Dadurch ändern sich Forschungsfragen sowie methodisches und theoretisches Vorgehen fortlaufend. Daher genügt es nicht, vor Ort zu sein und sorgfältig Material zu erheben. Forschende müssen auch anerkennen, dass jedes empirische Material schon von theoretischen Annahmen geprägt ist. Wer auf den Osten Deutschlands, das Rechte

oder den Braunen Osten schaut, tut dies stets durch eine theoretische Brille – ob bewusst oder unbewusst. Wir plädieren deshalb dafür, dass Forschende sich ihrer theoretischen Vorannahmen bewusstwerden und fundierte Entscheidungen über ihre theoretischen Zugänge treffen. Als Herausgebende dieses Bandes sind wir überzeugt: Für die Analyse unseres Feldes braucht es ein fundiertes Verständnis von Rassismus, dem Rechten und von Ossifizierung.

LUISE BÖHM studierte Europäische Ethnologie an der Humboldt-Universität zu Berlin und Empirische Kulturwissenschaft an der Eberhard Karls Universität Tübingen. Derzeit berät sie im Verein Opferperspektive Betroffene von Diskriminierung. Zuvor arbeitete sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin im partizipativen Projekt „Ostdeutsche Migrationsgesellschaft selbst erzählen“ an der Technischen Universität Dresden. Sie forscht u. a. zu Rassismus, Migration und Erinnerungskultur mit Schwerpunkt Ostdeutschland.

SALOME BOSSMEYER studierte Sozial- und Kulturanthropologie an der Freien Universität Berlin sowie Europäische Ethnologie mit Schwerpunkt Kritische Europäisierungsforschung an der Humboldt-Universität Berlin. Im Studium beschäftigte sie sich vor allem mit Postkolonialer Theorie, Rassismusforschung und Hegemonie(-selbst-)kritik. Im Master konzentrierte sie sich auf die ethnografische Erforschung und Analyse nationalistischer und rassistischer Gruppierungen und Narrative im europäischen Kontext. Derzeit arbeitet sie in der Rechtsextremismusprävention.

URMILA GOEL  ist Vertretungsprofessorin am Institut für Europäische Ethnologie und Mitglied am Zentrum für transdisziplinäre Geschlechterstudien an der Humboldt-Universität zu Berlin. Die Kulturanthropologin forscht zu Fragen rund um Migration, Geschlecht und Intersektionalität sowie zu West-Ost-Ungleichheiten in Deutschland.

Endnoten

- 1 Wir danken den Kolleg*innen aus dem AK West-Ost für die anregenden Diskussionen über die Lesung in Magdeburg und die produktiven Kommentare zu dieser Einleitung. Zudem danken wir Ulrike Mausolf und Kathleen Heft für ihr gewissenhaftes Lektorat von verschiedenen Beiträgen dieses Bandes.
- 2 Ebenso haben wir den Autor*innen des Bandes freigestellt, die Form ihres gendersensiblen Schreibens selbst zu wählen.

Literaturverzeichnis

- Ahbe, Thomas u. a. (Hg.) (2009): Die Ostdeutschen in den Medien. Das Bild von den Anderen nach 1990. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag.
- Ashe, Stephen D. u. a. (Hg.) (2020): Researching the Far Right: Theory, Method and Practice (1. Auflage). London: Routledge, DOI: <https://doi.org/10.4324/9781315304670>.

- Banks, Marcus/Andre Gingrich (2006): Neo-nationalism in Europe and beyond. Perspectives from social anthropology. New York: Berghahn.
- Begrich, David (2023): Im Osten nichts Neues: Ein Buch der Wut. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 5/23, 100-102. URL: www.blaetter.de/ausgabe/2023/mai/im-osten-nichts-neues-ein-buch-der-wut, aufgerufen am 24.6.2024.
- Blask, Falk/Cordula Endter (Hg.) (2007): Dorf voller Narren. Karneval – Idylle – Rechtsextremismus. Berliner Blätter, Sonderheft 43. Berlin.
- Blee, Kathleen M. (2007): Ethnographies of the Far Right. In: Journal of Contemporary Ethnography 36/2, 119-128.
- Cooke, Paul (2005): Representing East Germany since unification: from colonization to nostalgia. Oxford: Berg.
- De Genova, Nicholas (2018): Rebordering "the People": Notes on Theorizing Populism. In: South Atlantic Quarterly 117/2, 357-374.
- gemeinsamforschen.qt (Hg.) (2018): Die ‚neue Rechte‘ als gesellschaftliches Phänomen. Berlin: Selbstverlag.
- Goel, Urmila (2010): Westprivilegien im vereinten Deutschland. In: telegraph 120/121, 8-15.
- Hark, Sabine/Aline Oloff (2018): Normalisierung neoreaktionärer Politiken. Einleitung. In: Feministische Studien 36/2, 243-250.
- Heft, Kathleen (2023): Wie über den Osten sprechen? Von der Kolonisierung zur Ossifizierung. In: Lernen aus der Geschichte – LaG-Magazin 6/23, 25-32. URL: <https://lernen-aus-der-geschichte.de/Lernen-und-Lehren/content/15498>, aufgerufen am 24.6.2024.
- Heft, Kathleen (2020): Kindschmord in den Medien. Eine Diskursanalyse ost-westdeutscher Dominanzverhältnisse. Opladen u. a.: Budrich Academic Press.
- Heft, Kathleen (2018): Brauner Osten – Überlegungen zu einem populären Deutungsmuster ostdeutscher Andersheit. In: Feministische Studien 36/2, 357-366.
- Hirschauer, Stefan (2015): Die Empiriegeladenheit von Theorien und der Erfindungsreichtum der Praxis. In: Herbert Kalthoff u. a. (Hg.): Theoretische Empirie. Zur Relevanz qualitativer Forschung (2. Auflage). Frankfurt/Main: Suhrkamp, 165-187.
- Holmes, Douglas R. (2019): Fascism at eye level. In: Focaal – Journal of Global and Historical Anthropology 84, 62-90. DOI: doi.org/10.3167/fcl.2019.840105.
- Hörschelmann, Kathrin (2001): Breaking Ground – Marginality and resistance in (post)unification Germany. In: Political Geography 20, 981-1004.
- Kollmorgen, Raj/Torsten Hans (2011): Der verlorene Osten. Massenmediale Diskurse über Ostdeutschland und die deutsche Einheit. In: Raj Kollmorgen u. a. (Hg.): Diskurse der deutschen Einheit. Kritik und Alternativen. Wiesbaden: VS, 107-165.
- Matthäus, Sandra/Daniel Kubiak (Hg.) (2016): Der Osten. Neue sozialwissenschaftliche Perspektiven auf einen komplexen Gegenstand jenseits von Verurteilung und Verklärung. Wiesbaden: Springer VS.
- Nickel, Hildegard Maria (2022): ‚Ost-Frau‘ – Mythen und Fakten. Geschlechterverhältnisse in der Transformation. In: Karin Aleksander u. a. (Hg.): Feministische Visionen vor und nach 1989. Geschlecht, Medien und Aktivismen in der DDR, BRD und im östlichen Europa. Opladen u. a.: Barbara Budrich, 179-198.
- Oschmann, Dirk (2023): Der Osten: eine westdeutsche Erfindung. Berlin: Ullstein.
- Oschmann, Dirk (2022): Wie sich der Westen den Osten erfindet. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4.2.2022. URL: www.faz.net/aktuell/feuilleton/deutschland-wie-sich-der-westen-den-osten-erfindet-17776987.html, aufgerufen am 27.10.2024.
- Ostiguy, Pierre u. a. (Hg.) (2021): Populism in Global Perspective. A Performative and Discursive Approach. New York/London: Routledge.
- Radvan, Heike/Birgit Sauer (2024): „Brauner Osten“? Ein Gespräch über Rechtsextremismus und die Sehnsucht nach dem autoritären Staat in Deutschland. In: Geschichte der Gegenwart, 24.3.2024. URL: geschichtedergegenwart.ch/brauner-osten-ein-gespraech-ueber-rechtsextremismus-und-die-sehnsucht-nach-dem-autoritaeren-staat-in-deutschland/, aufgerufen am 24.6.2024.
- Ranieri, Maria (Hg.) (2016): Populism, Media and Education. Challenging discrimination in contemporary digital societies. London/New York: Routledge.
- Roth, Kersten Sven/Markus Wienen (Hg.) (2008): Diskursmauern. Aktuelle Aspekte der sprachlichen Verhältnisse zwischen Ost und West. Bremen: Hempen.
- Scholz, Sylka (2022): „Oh, Ostmann!“ Mediale Zuschreibungen, empirische Befunde und diskursive Leerstellen. In: Karin Aleksander u. a. (Hg.): Feministische Visionen vor und nach 1989. Geschlecht, Medien und Aktivismen in der DDR, BRD und im östlichen Europa. Opladen u. a.: Barbara Budrich, 197-216.
- Shoshan, Nitzan (2016): The Management of Hate. Nation, Affect, and the Governance of Right-Wing Extremism in Germany. Princeton: Princeton University Press.
- Süddeutsche Zeitung (2019): Ost-AfD im Steigflug – und viele Westdeutsche am Schalthebel, 14.6.2019. URL: www.sueddeutsche.de/politik/parteien-ost-afd-im-steigflug-und-viele-westdeutsche-am-

- schalthebel-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-190614-99-643639, aufgerufen am 24.6.2024.
- VBRG (Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e.V.) (2023): Rechte, rassistische und antisemitische Gewalt in Deutschland 2022 – Jahresbilanzen der Opferberatungsstellen, 9.5.2023. URL: verband-brg.de/rechte-rassistische-und-antisemitische-gewalt-in-deutschland-2022-jahresbilanzen-der-opferberatungsstellen/#pressemitteilung, aufgerufen am 24.6.2024.
- Warda, Katharina (2021): Ostdeutsche of Color. Im Rahmen des Projektes RISE – Plattform für Jugendkultur, Medienbildung und Demokratie. URL: rise-jugendkultur.de/artikel/ostdeutsche-of-color/, aufgerufen am 27.10.2024.
- Dies./Heiner Schulze (2023): Die Kolonisierungs-Analogie auf dem Prüfstand In: Lernen aus der Geschichte – LaG-Magazin 6/23, 52-67. URL: lernen-aus-der-geschichte.de/Lernen-und-Lehren/content/15501, aufgerufen am 24.6.2024.
- Wielowiejski, Patrick (2024): Rechtspopulismus und Homosexualität. Eine Ethnografie der Feindschaft. Frankfurt/New York: Campus.
- Wielowiejski, Patrick (2018): Tagungsbericht „Ethnography in Times of Populism. Mind the Gap 2“. In: Österreichische Zeitschrift für Volkskunde, 121/1, 164-169.



Copyright: © 2025 The Author(s)



Das Management of Hate als un/wirksame Externalisierungspraktik

Salome Boßmeyer

ABSTRACT: In diesem Beitrag beleuchte ich die Grenzen und Schwachstellen des Management of Hate (Shoshan 2016). Diese Regierungstechnik soll dafür sorgen, als NS-nah gelesene und somit als schlecht bewertete Nationalismen an den gesellschaftlichen Rand auszulagern und die Abgrenzung zu ihnen sicherzustellen. Ziel ist es, Deutschland als demokratische Gesellschaft zu repräsentieren, die sowohl frei von den Übeln der Vergangenheit als auch resistent gegen diese ist. Das darin transportierte Bild des ‚zu Rechten‘ korreliert jedoch nicht mit dem Aufschwung neuer rechter Gruppierungen in Deutschland seit 2015. Das erfordert neue Einordnungen, die ich hier als Perspektive der Kontinuität und Perspektive der Reaktion konzipiere. Aus der Perspektive der Kontinuität stellen sich neue rechte Gruppierungen und Akteur*innen als eine Neuauflage altbekannter, als schlecht eingeordneter Nationalismen dar, die ausgelagert und bekämpft werden müssen. Die Perspektive der Reaktion verortet dieselben Phänomene als notwendiges Korrektiv einer als ‚zu links‘ oder ‚zu liberal‘ wahrgenommenen gesellschaftlichen Entwicklung – und legitimiert sie damit als nicht ‚zu rechts‘. Trotz der gegensätzlichen Einordnungen verbindet diese Perspektiven eine Reihe an Gemeinsamkeiten, die schlussendlich Fallstricke in den Externalisierungspraktiken des Managements of Hate verdeutlichen: Unerwünschtes wird ausgelagert, wodurch Diskriminierungsmechanismen schwerer zu thematisieren sind. Sie erscheinen dann nicht als strukturelle gesellschaftliche Phänomene, sondern nur als Ideologie-Elemente des ‚zu Rechten‘.

SCHLAGWORTE: Governance, Rechtsextremismus, Externalisierung, Rassismus, Nationalismus

ZITIERVORSCHLAG: Boßmeyer, S. (2025): Das Management of Hate als un/wirksame Externalisierungspraktik. In: Berliner Blätter 91, 19–35, DOI: 10.60789/911190.

Seit 2015 hatte ich ein Gefühl, dem ich mit der Forschung zu meiner Masterarbeit nachgehen wollte: Etwas ist anders. Die Großdemonstrationen von Pegida und ihren Ablegern sowie das Erstarken der AfD lösten Diskussionen aus: Dürfen Vertreter*innen dieser Organisationen zu bestimmten Veranstaltungen eingeladen werden? (Wie) reden wir mit ihnen? Einer der Menschen, die ich für meine Masterarbeit interviewte, beschrieb mir dieses Dilemma – und brachte damit mein Gefühl auf den Punkt:

„Das Thema liegt inzwischen deutlich auf dem Tisch, weil sie faktisch einen Umgang finden müssen und das so ganz noch nicht haben. [...] Und das betrifft die ganzen jahrzehntelang eingeübten Veranstaltungsformate, [...] normalerweise hat man immer

alle [...] Fraktionen eingeladen und das war auch kein Ding. Aber jetzt plötzlich sieht das anders aus. Diese Problemstelle gibt's für eine ganze Reihe von staatsnahen oder staatlichen Gremien. Also zum Beispiel beim Bündnis für Demokratie und Toleranz, was ein vom Innenministerium aufgebautes Netzwerk ist, wo einmal im Jahr ein Demokratiepreis vergeben wird. Und das hat einen Beirat [...] und jetzt sitzt die AfD da drin, und die haben jetzt allen Ernstes Pegida als Botschafter der Toleranz nominiert [kurzes Auflachen]. Die sind sozusagen jetzt überall, und das hat zur Folge, dass man ständig auch klären muss, wie halten wir's denn mit ihnen." (Interview Olaf¹ 2018)

Die angesprochenen „jahrzehntelang eingeübten Veranstaltungsformate“ verweisen darauf, dass bestimmte Abläufe und Prozedere als selbstverständliche ‚so macht man das eben‘-Formate erschienen. Es gab einen unhinterfragten, klaren Umgang damit („normalerweise“). Doch nun ist etwas anders, und die hier ausgedrückte Unvermitteltheit der Veränderung („plötzlich“), die Aussage, dass es bisher keine Probleme gab („das war bisher auch kein Ding“), und die Wahrnehmung einer gesellschaftlich weitreichenden Veränderung („die sind jetzt überall“) potenzieren sich gegenseitig zu einem Bild einschneidenden Wandels.

Doch was hat sich eigentlich verändert? Und woher rührt dieses starke Unbehagen, der Drang, nun eindeutige Antworten finden zu müssen? Im folgenden Abschnitt gehe ich diesen Fragen nach und zeige anschließend auf, welche Einordnungen meine Interviewpartner² im Rahmen dieses Wandels für sich vornahmen. Darin wird deutlich, dass trotz aller Unterschiede in ihren Deutungen für alle ein Tabubereich des ‚zu Rechten‘ existiert, von dem es sich abzugrenzen gilt. Durch die Betrachtung der Gegensätze wie Gemeinsamkeiten dieser Einordnungen schaue ich näher auf die Fragilität und die Fallstricke der hier vorgestellten Externalisierungspraktik des ‚zu Rechten‘.

Der Text stützt sich auf informelle und formelle Interviews mit politisch unterschiedlich verorteten Menschen, sowie Feldtagebuchnotizen und Fotos, die ich 2018 während meiner Masterarbeitsforschung zum Thema „Umgang der Kirchen mit ‚zu Rechten‘“ erstellt habe. Den Bezugsrahmen Kirche beleuchte ich hier nicht – meine Interviews über die aktuelle gesellschaftspolitische Debatte gingen weit über diesen hinaus und mein Interesse fokussierte sich auf die alle Materialien durchziehende Navigation der Abgrenzung vom ‚zu Rechten‘ vor dem Hintergrund einer neuen Unsicherheit, was darunter zu fassen sei.

Die Geister der Vergangenheit

Im obigen Zitat schwingt etwas Unausgesprochenes mit, eine grundlegend wichtige Vorannahme, um das angesprochene Dilemma der staatlichen und staatsnahen Gremien und ihr Ringen um Abgrenzung zu verstehen: Es gibt einen Tabubereich des ‚zu Rechten‘. In meinen Interviews war dieser ein impliziter Common Sense, trotz der sehr unterschiedlichen Aussagen und politischen Positionierungen meiner Interviewpartner. ‚Zu rechts‘-Sein oder auch bereits ‚Rechts‘-Sein wurde negativ gewertet beziehungsweise als gesellschaftlich negativ konnotiert dargestellt. Dies geschah über implizite Aussagen und Negativ-Vergleiche. So sagte beispielsweise einer meiner Interviewpartner über eine für mich klar im Bereich des ‚zu Rechten‘ verortete Person: „Jemand, der so konservativ ist, rechts will ich gar nicht sagen...“ und machte so deutlich, dass eine Benennung als „rechts“ für ihn einer Abwertung entspreche, die er in diesem Fall nicht treffen wollte. Dass (mindestens) Nazis, der Holocaust und allgemein die NS-Zeit in einen Bereich des politisch nicht Verhandelbaren gehören, war eine geteilte Selbstverständlichkeit zwischen mir und meinen

Interviewpartnern. Sie führten nicht aus, warum sie Nazis ablehnen oder den Holocaust für schlimm halten, und ich fragte auch nicht nach einer Erklärung, da es für mich keine Irritation gab – so selbstverständlich sind diese Annahmen auch für mich.

Die selbstverständliche Ausgrenzung von ‚zu Rechtem‘ beobachtet auch Nitzan Shoshan in seiner Studie *The Management of Hate. Nation, Affect and the Governance of Right-Wing Extremism in Germany* (2016). Er konzipiert diese Externalisierungspraxis als das Management of Hate, ein machtvolleres Wissens- und Praxisfeld (Shoshan 2014, 151), eine „Form von Governance“ (ebd., 152)³. Es hat zum Ziel, „unzulässigen Nationalismus“ (Shoshan 2016, 13) auszugrenzen und öffentliche Bilder über diesen als abgegrenztes, veräußertes Randphänomen zu erzeugen (ebd., 19). Dadurch kann Deutschland sich als kosmopolitisches, demokratisches Land darstellen, das seine „Dämonen“ (ebd., 6) unter Kontrolle hat, und somit machtvoll Positionen sowohl in der EU als auch auf der internationalen Bühne beanspruchen (ebd., 11).

Als „unzulässigen Nationalismus“ ordnet Shoshan alles ein, was in Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit steht – so, wie ich es auch in meinen Interviews antraf. Diese Vergangenheit beschreibt er als „old ghosts“ (ebd., 15), die Deutschland auch heute noch heimsuchen und Angst und Schrecken verbreiten. Diese Geister-Metapher fiel mir auch in meinen Interviews auf, in denen beispielsweise der Wunsch geäußert wurde, „dass das ein Spuk ist, der auch bald vorbei ist“ (Interview Johannes 2018). Darüber hinaus erinnerte mich Shoshans Metapher an zwei popkulturelle Werke. So inszenierte Falk Richter 2015 ein Theaterstück an der Schaubühne Berlin, in dem er rechtes Gedankengut, verkörpert durch Pegida und AfD, als Zombies auferstehen und erneut auf der Erde wandeln ließ. Das Stück trug bezeichnenderweise den Namen *Fear*. Auch Kobito und Spezial-K beschwören in ihrem Rapsong *The Walking Deutsch*, dessen Titel auf die US-Zombie-Serie *The Walking Dead* anspielt, diese Bilder herauf:

„Spucken Blut, voller Wut, denn sie sind das Volk
Werden mehr, kommen näher – The Walking Deutsch
Totgeglaubt, voller Staub, sie sind wieder stolz
Stehen auf, werden mehr, The Walking Deutsch!“⁴

Zeilen, die mir Gänsehaut über den Rücken laufen lassen. Diese Beispiele weisen darauf hin, dass die Metapher des auferstehenden Horrors der Vergangenheit gesellschaftlich weit verbreitet ist und die Dimension der Angst, die auch Shoshan anspricht, eine wichtige Rolle spielt. Der Tabubereich des ‚zu Rechten‘ kann ihm zufolge deshalb als „konstitutives Außen“ (Shoshan 2016, 9) verstanden werden. Damit ist ein Außerhalb gemeint, das aufgrund seiner Möglichkeit, die dystopische Zukunft zu sein, gefürchtet wird – und daher kontrolliert werden soll.

„It reveals [...] not so much what one is not but rather the nature of deep anxieties about the potential of becoming – or, indeed, already being contaminated by – one's nightmares; hence, the profound discomfort and angst that physical proximity to right-wing extremist ‚things‘ seems to provoke among many Germans.“ (ebd.)

Das politische Konzept für dieses konstitutive Außen bildet für Shoshan der Begriff Rechtsextremismus (ebd., 8-9). Rechtsextremismus wird seit Mitte der 70er Jahre von staatlichen Behörden genutzt, um Dinge, Personen und Organisationen zu kennzeichnen, die sie als nicht verfassungskonform einordnen (Virchow 2015, 39). Mit der Extremismustheorie

wurde zudem eine wissenschaftliche Grundlage für diese Einordnung geschaffen (ebd.). Diese konzeptioniert eine nicht-ideologische demokratische gesellschaftliche Mitte, an deren Rändern sich klar abgrenzbare Extremismen befinden (Bruns u. a. 2016, 24). Neben Rechtsextremismus werden vor allem Linksextremismus und islamistischer Extremismus aufgeführt (ebd.). Die Extremismustheorie wird vielfach kritisiert (vgl. zum Beispiel Butterwegge 2002; Stöss 2007; Salzborn 2014; Virchow 2016): So ist die Unterscheidung zwischen demokratisch und extremistisch empirisch nicht belegbar und wird der Komplexität sozialer Wirklichkeit nicht gerecht (Virchow 2015, 40-41). Außerdem findet durch diese Gegenüberstellung eine Gleichsetzung der als extremistisch eingeordneten Bereiche statt (ebd.). Dabei wird vor allem die Gleichsetzung von Linksextremismus und Rechtsextremismus scharf kritisiert und eine „Banalisation rechtsextremer Ideologie“ (Bruns u. a. 2016, 25) ausgemacht. Die Herkunft der Extremismustheorie, konkret die teilweise Eingebundenheit ihrer Expert*innen in Inlandsgeheimdienste, wirft Fragen nach ihrer wissenschaftlichen Distanz auf (Perinelli 2019). Trotz dieser vielstimmig geäußerten Kritik arbeiten zahlreiche Forschende – wie die oben zitierten Bruns u. a. (2016) – selbst mit dem Begriff Rechtsextremismus. Er ist trotz der anhaltenden grundlegenden Kritik „der im deutschsprachigen politischen und wissenschaftlichen Diskurs am meisten gebrauchte Begriff“ (Virchow 2015, 39) für politische Verortungen im ‚zu rechten‘ Bereich. Shoshans Theoretisierung dieses Begriffs als Bezeichnung für das im Management of Hate Auszugrenzende, den Tabubereich des ‚zu Rechten‘, erscheint mir als eine einleuchtende Erklärung für diese Beharrungskraft.

Von diesem Randbereich Rechtsextremismus erzeugt das Management of Hate ein ganz bestimmtes Bild. Das ‚zu Rechte‘ wird an der Schnittstelle aus nationalistischer Ideologie und prekären jungen Menschen (Shoshan 2016, 19), dem Zusammentreffen von „new poor“ und „old ghosts“ (ebd., 15), ausgemacht. Dabei findet auch eine geografische Verortung statt, indem hauptsächlich der Osten Deutschlands als Neonazi-Ort imaginiert wird (ebd., 38). Das Management of Hate ermöglicht so eine Distanzierung zu „nationalsozialistischen wie kommunistischen Vergangenheiten“ (ebd., 20). Die neue Bundesrepublik kann sich durch Abgrenzung zum vergangenen wie gegenwärtigen Osten – zur DDR wie ihrem (vermeintlichen) Nachhall – ihrer liberalen Grundwerte versichern und damit gleichzeitig ihre Ferne zum Dritten Reich belegen (ebd., 41). Das Zusammendenken dieser beiden „alten Geister“ ist auch deshalb nicht fern, da durch den Extremismuskurs Nazismus und Kommunismus in einen Bezugsrahmen gestellt werden (ebd., 42). Die Lebenswelt prekärer nationalistischer Jugendlicher in Ostdeutschland ist somit das Hauptziel der Interventionen durch das Management of Hate. Gleichzeitig verdichten sich die Imaginationen des Rechtsextremen in dieser Figur, die somit eine zentrale Rolle einnimmt: „The figure of the right-wing extremist has been key to this dialectical constitution of a liberal Germany against its own internal negativity, its own limits; its own specters.“ (ebd.) In dieses Othering, die Abgrenzung von dem eigenen Anderen, fließen erhebliche gesellschaftliche Ressourcen (ebd.). Der Staat greift dabei mit verschiedenen Mechanismen ein (ebd., 9), die auch nach Regierungswechseln in ihren Grundzügen bestehen bleiben (ebd., 19). Neben gesetzlichen Verboten, die polizeilich und juristisch durchgesetzt werden, gibt es Regierungskampagnen sowie ein breites Feld an Bildungs- und Sozialarbeitseinrichtungen, die als Bestandteil des Managements of Hate die Ränder der anerkannten politischen Gemeinschaft sichern (ebd., 141-142). Der Tabubereich des ‚zu Rechten‘ wird abgetrennt, in der Figur des/der rechtsextremen ostdeutschen Jugendlichen verortet und durch zahlreiche staatliche wie zivilgesellschaftliche Interventionen bekämpft.

(Un)klare Grenzziehungen

In der eingangs zitierten Interviewpassage geht es jedoch um die Unsicherheit dieser Einteilung. Die dort genannten Akteur*innen – „staatsnahe und staatliche Gremien“ – lassen sich mit Shoshan als Bestandteile des Managements of Hate verstehen. Nach der obigen Erzählung gab es für diese eingeübte, selbstverständliche Abläufe. Nun jedoch gibt es eine Störung. Die Unsicherheiten, die hier angesprochen werden, lassen sich auf die Frage zurückführen, wie AfD und Pegida im Hinblick auf den Tabubereich des ‚zu Rechten‘ einzuordnen sind. Ihr Auftreten, ihre Sprache und auch das Ausmaß ihres Zuspruchs passen nicht mit dem Bild des Rechtsextremen zusammen, für das die Figur des prekären, ostdeutschen und nationalistischen Jugendlichen steht. Somit greift hier das Konzept des Rechtsextremismus allem Anschein nach nicht mehr, um eine sichere Einordnung vorzunehmen. Die Gewissheiten und routinierten Abläufe im Umgang mit ‚zu Rechten‘ wurden offensichtlich profond gestört. Dementsprechend befinden sich zahlreiche Akteur*innen in einem Prozess des Umgang-Findens. Da die Grenzziehung zum ‚zu Rechten‘ immens wichtig für die eigene Selbstdarstellung als demokratisch und nicht anfällig für die Geister der Vergangenheit ist, ist diese Einordnung gesellschaftsweit relevant und bewegt viele Menschen. Wie und wo grenzen sie sich ab und welche politischen Einstellungen, aber auch Akteur*innen verorten sie als politisch akzeptabel oder nicht? Diese Einordnungen, das Verständlich-Machen der geänderten Situation, zogen sich durch die Interviews. Dabei konnte ich zwei unterschiedliche Perspektiven ausmachen. Ich nenne sie die Perspektive der Reaktion und die Perspektive der Kontinuität und beleuchte sie im Folgenden exemplarisch anhand zweier Interviews.

Die Perspektive der Kontinuität

„Also das Kernanliegen [unserer Organisation, SB] ist es, kritische Diskussionen über gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit voranzutreiben“, erzählt mir Lukas zu Beginn unseres Gesprächs (Interview Lukas 2018). „Ausgangspunkt war ganz stark die Auseinandersetzung mit Neonazismus. Ein Anlass der Gründung war ein damals regelmäßig stattfindender Neonaziaufmarsch in Dresden einmal im Jahr zum Jahrestag der Bombardierung der Stadt. [...] Ein weiteres wesentliches Thema, vor allem so ab 2015, wo wir mit Abstand die meisten Anfragen zu haben, ist Rechtspopulismus und Neue Rechte. Also viele bei uns haben sich eigentlich mit militanten Neonazis lange beschäftigt, also ich auch, und jetzt haben wir aber umgesattelt, auf Herrn Kubitschek und so“, führt er weiter aus und lacht. Lukas unterscheidet in dieser Aussage zwischen Neonazismus, Rechtspopulismus und Neuer Rechter⁵. Dabei scheinen diese Bereiche für ihn jedoch ähnlich genug zu sein, um von Menschen mit Expertise zu einem der drei Bereiche bearbeitet werden zu können. Er und seine Mitarbeiter*innen haben sich zuerst mit Neonazismus beschäftigt und erst in den letzten Jahren die anderen Themenbereiche einbezogen; oder, in seinen Worten, auf diese „umgesattelt“. Im Interview frage ich Lukas nach diesem „Umsatteln“: „Liegt das an den Anfragen, oder ist das auch von eurer inhaltlichen Ausrichtung her so?“. „Na das hat was mit politischen Notwendigkeiten zu tun, würde ich sagen“, erklärt mir Lukas und führt aus:

„Also die haben einfach irrsinnig an Gewicht bekommen. Und ich weiß noch, vor 10 oder 15 Jahren war ich mal auf einer Tagung von Herrn Kubitschek, und der war echt glücklich, wenn er 150 Leute im Raum hatte, und plötzlich spricht er dann vor 10.000

auf einer Bühne in Leipzig. Und das heißt, da muss man wirklich drauf gucken. Ja, und der Aufstieg der AfD war halt auch schon vor ihren Wahlergebnissen deutlich erkennbar. Und das war der Punkt, wo dann viele von uns thematisch sehr stark in das Feld reingegangen sind. Nicht nur, weil es halt so viele Anfragen gab, sondern auch, weil es einfach schlicht und ergreifend politisch notwendig ist.“ (ebd.)

Lukas bezeichnet es als politische Notwendigkeit, gegen ein von ihm ausgemachtes Problem vorzugehen. Unter das Problem fasst er alle drei: Neonazismus, Rechtspopulismus und Neue Rechte. Warum diese ein Problem sind, führt er im Interview nicht aus. Zwischen uns gibt es eine unausgesprochene Einigkeit darüber, dass diese in den Tabubereich des ‚zu Rechten‘ fallen. Ihre Grenzen verschwimmen in Lukas’ Begründung des „Umsatteln“. Hier nennt er unterschiedslos die Ausweitung der Einflussbereiche von Götz Kubitschek, einem Ideologen, den er in der Neuen Rechten verortet, und der AfD, in der nach ihm verschiedene Flügel, Strömungen sowie Interessen existieren. So wirken sie in seiner Erzählung wie verschiedene Ausformungen ein und desselben Problems. Mit dem Management of Hate gedacht, gehören sie für ihn alle zu den Nicht-Akzeptablen, weil an die NS-Vergangenheit anknüpfenden Nationalismen.

Besonders spannend finde ich dabei, dass er das Vorgehen gegen diese nicht mit dem, was er an ihnen ablehnt, begründet, sondern mit Zahlen: Statt 150 werden nun 10.000 Personen erreicht. Aus der Perspektive des Managements of Hate, in dessen Logik diese nicht-akzeptablen Nationalismen nur am Rand der Gesellschaft vorkommen, besteht der Handlungsbedarf also deshalb, weil dieser Rand nun überschritten wurde und die Verbreitung dieser Nationalismen wieder eingedämmt werden muss.

Diese Begründung verweist auf einen weiteren Aspekt in Lukas’ und meinem Denken über extrem rechte Phänomene, den ich im Folgenden ausführe: „Habt ihr denn so eine Art Zielformulierung oder eine Vorstellung davon, was ihr erreichen wollt mit eurer Arbeit?“, frage ich ihn. „Nein, die kann es nicht geben“, antwortet er prompt. „Also jedenfalls nicht so geframed: Wir stellen unsere Arbeit ein und haben das Projekt erledigt, wenn irgendwie wir den Anteil von Rassismus unter ein bestimmtes Level gedrückt haben oder so.“ Dann führt er weiter aus:

„In der Gesellschaft ist das ja immer ein fluider Prozess. Und da das Ganze ohnehin diskursiv angelegt ist, kann man da auch nicht immer in Meilensteinen, die sich dann in AfD-Wahlergebnissen oder so ausdrücken, rechnen. [...] Da gibt’s bei dem Thema immer Latenz- und Manifestphasen und jetzt sind wir halt in der Ausprägung Rechtspopulismus und Neue Rechte wieder in eine manifeste Phase gekommen.“ (ebd.)

Die Zahlen, die er als Begründung für die Notwendigkeit des Themenwechsels anführt, wirken für ihn also nicht in die andere Richtung: Es reicht nicht aus, wenn die gesellschaftliche Reichweite gering genug ist. Er begründet dies, indem er die Problematik im diskursiven Raum, gekennzeichnet durch fließende Übergänge und Prozesshaftigkeit, verortet. Implizit sagt er damit auch, dass klare Grenzziehungen nicht möglich sind. Stattdessen gibt es seiner Meinung nach „Latenz- und Manifestphasen“. Das bedeutet, das politisch Nicht-Akzeptable ist für ihn mal klar präsent (manifest), aber selbst, wenn es das nicht ist, ist es nicht weg, sondern nur verborgen (latent) und kann jederzeit, nach dem Bild der sich beständig abwechselnden Phasen, wieder auftauchen. Das politisch Nicht-Akzeptable erscheint damit als gesellschaftliches Grundrauschen. Dieses kann seinen Klang oder seine Intensität wechseln, manchmal ist es auch nicht zu hören, aber es ist immer da. Somit

besteht die beständige Gefahr, es nicht genügend einzudämmen, und ständige Handlungsbereitschaft ist geboten.

Vor der Schablone des Managements of Hate beschreibt Lukas also Neonazis, Neue Rechte sowie Rechtspopulismus als unterschiedliche Manifestationen der „alten Geister“ des Nationalsozialismus, deren Ausbreitung selbstverständlich eingedämmt werden muss. Sie existieren als gesellschaftliches Grundrauschen, das Vorsicht gebietet, da sie hinter jeder Ecke lauern und sich jederzeit zu konkreten Gefahren verdichten können. Aus diesem Grund nenne ich diese Perspektive die Perspektive der Kontinuität: Dieses Grundrauschen wirkt als gegebener Bestandteil der Gesellschaft, der sich in der ein oder anderen Form konsolidieren kann, aber nicht verschwindet.

Die Perspektive der Reaktion

„Weil die Amtskirche sich so weit links einordnet und denkt, zum Beispiel in der Flüchtlingsfrage, [...] gibt es einen Laienbereich, Gegenbewegung, die würden vielleicht sogar sagen Notwehr, die sich dann ganz rechts, ganz konservativ, als Reaktion, als Antwort verorten.“ (Interview Johannes 2018)

Dies erklärt mir Johannes gleich zu Beginn des Interviews. In seiner Aussage treten drei Gruppen zutage: Zuerst führt er die kirchlichen Eliten an („Amtskirche“) und kritisiert deren Ausrichtung als „so weit links“. Die zweite Gruppe, die ‚einfachen Menschen‘ oder auch ‚normalen Bürger*innen‘ („Laienbereich“) würden dadurch in Gefahr gebracht („Notwehr“) und müssten daher ein Gegengewicht bilden („ganz rechts [...] als Reaktion“). Die dritte Gruppe tritt nur passiv auf: die „Flüchtlinge“. Die Diskussion über den Umgang mit ihnen bildet seiner Meinung nach den Rahmen, in dem sich die Verortungen von Eliten und Laien abspielen. Dass diese auch der Grund für die Gefährdung der „Laien“ seien, benennt er im Interview sehr deutlich.

Diese Darstellung erinnert mich an beispielsweise von der AfD genutzte Diskurse, die (alten) politischen Eliten (‚die Altparteien‘, ‚das Establishment‘) würden sich nicht mehr für die Anliegen der Bürger*innen interessieren und stattdessen eine Gefährdung durch nicht-zugehörige Andere zulassen. Stefanie Mayer u. a. nennen dies einen „doppelten Antagonismus“ (2016, 84). Dabei wird die „positiv konnotierte Wir-Gruppe ‚des Volkes‘ (näher definiert oder nicht) in starken Kontrast zu ‚Eliten‘ (konstruiert als unfähig, korrupt oder böswillig) und zu Minderheiten-Gruppen (konstruiert als mit ‚dem Volk‘ um materielle wie soziale und kulturelle Werte rivalisierend) gesetzt“ (ebd., eigene Übersetzung).

Diese drei Gruppen werden im Interview von Johannes genauer umrissen. Wie schon im oben genannten Zitat beschreibt er die erste Outgroup, die kirchlichen Leitungen, als „zu links“ und führt als Beispiel dafür ihre „Offenheit“ gegenüber „Flüchtlingsen“ beziehungsweise „Muslimen“ an (Interview Johannes 2018). Er fordert, dass hier „Klarheit“ bestehen sollte, in Form von eindeutigen Grenzziehungen gegenüber diesen als muslimisch markierten Anderen, die seines Erachtens jedoch nicht vorgenommen werden. Stattdessen gebe es eine klare Grenzziehung in Richtung der sich aus seiner Perspektive als Reaktion „ganz rechts“ verortenden „Laien“, hier fordert er jedoch mehr Offenheit ein:

„Und dazu muss auch ne Kirchenleitung in der Lage sein und offen sein. Und sagen: Wir, als Kirchenleitung, sind für ganz viele Menschen verantwortlich. Und in deren Interesse, in deren Auftrag müssen wir eben auch für Klarheit sorgen.“ (ebd.)

Die „Klarheit“, die er hier als verantwortungsvolles Handeln einfordert, findet für ihn also in der Abgrenzung der Eliten von veränderten und als muslimisch markierten Menschen statt. Offensichtlich gehören diese nicht zu den „ganz viele[n] Menschen“, für die die Kirchenleitungen seiner Meinung nach Verantwortung tragen. Sein Argumentationsschema folgt dabei dem, was Justus Uitermark u. a. „populist politics“ (2014, 241) nennen: Die als zu liberal angegrangerte gesellschaftliche Elite wird angegriffen, indem ein „verschobener Klassendiskurs“ herangezogen wird (ebd.). Statt in ökonomischen wird dabei in kulturellen Kollektiven gedacht (ebd.). Die Ingroup ist die weiße Arbeiter*innenklasse, die als Opfer eines kulturellen Liberalismus der Eliten dargestellt wird (ebd.). Als Lösung wird ein kultureller Protektionismus gefordert (ebd.). Die von Johannes angegrangerte zu große Offenheit meint mit dieser Linse den vermeintlichen kulturellen Liberalismus, den er als „zu links“ betitelt, und die geforderte „Klarheit“ meint einen kulturellen Protektionismus, der Grenzbeziehungen entlang imaginierter kultureller Kollektive stärken soll.

Muslimisierte Menschen als zweite Outgroup im Bild des doppelten Antagonismus nehmen einen großen Raum im Interview ein. Sie erscheinen in der Gestalt „der Flüchtlinge“, der „Türken vor Wien“ oder der Terroristen des 11. Septembers 2001 und werden von ihm als homophob, frauenfeindlich und antisemitisch charakterisiert. Damit folgt seine Darstellung diskursiven Mustern des antimuslimischen Rassismus. Nach Yasemin Shooman ist dieser ein „Ausgrenzungsmechanismus“ (2014, 219), bei dem die Religion oft nur als Vorwand dient, um kollektive Zuweisungen zu machen. „Die Rassifizierung von Musliminnen und Muslimen verknüpft das Muslim-Sein mit ethnischer Herkunft und leitet religiöse und kulturelle Zugehörigkeit genealogisch über ‚Abstammung‘ her“ (ebd.). In Johannes' Ausführungen werden Muslime und Musliminnen darüber hinaus zu „Dämonen“ (Castro Varela/Mecheril 2016, 9), die „für Angst und Schrecken und den Verlust von Sicherheit“ (ebd.) stehen. Sie wirken wie eine Bedrohung für eine vermeintlich harmonische Gemeinschaft (ebd.). In Abgrenzung davon umreißt er das „wir“, die Ingroup, im Bild des doppelten Antagonismus, zum Beispiel beim Sprechen über „unsere Werte“:

„Und wollen wir auch in Zukunft noch hier unsere Werte haben? Das heißt, dass Frauen gleichberechtigt sind? [...] Dass die Juden hier überall Kippa tragen können? Dass Schwule Lebenspartnerschaften schließen können? Wollen wir das auch in Zukunft noch haben?“

Uitermark u. a. (2014) haben in ihrer Untersuchung von Parteien, die in den Niederlanden als rechtspopulistisch eingestuft sind, solche Agitationen gegen Muslimisierte im Namen von sexueller Emanzipation „sexual politics“ genannt (ebd., 236). Dabei werden muslimisch markierte Menschen als intolerant und gefährlich für eine progressive moralische Ordnung, die als die eigene vertreten wird, hergestellt.

„European identities and nationalisms have become reimagined as progressive and tolerant while Muslims have become framed as homophobic, sexually backward, and stuck in traditional family and religious values.“ (ebd.)

Dem entspricht Johannes' Sichtweise, wenn er ein modernes Selbst in Abgrenzung von einem traditionellen Anderen formt. Mit ihrer Studie zeigen Uitermark u. a., dass sexuelle Progressivität und Toleranz als Diskurse der Macht genutzt werden können, durch die migrantische und religiöse Andere als kulturell anders produziert und von einer neu definierten nationalen Gemeinschaft ausgeschlossen werden können (ebd., 237).

Johannes' Rhetorik der Aufklärung kann mit Gabriele Dietze (2010) des Weiteren als Okzidentalismus verstanden werden. Mit dem Begriff beschreibt sie die bewusste oder unbewusste Konstruktion von „Abendländischkeit“ als „überlegene' Kultur“ gegenüber einem Orient (ebd., 24). Beim Okzidentalismus werden zum Selbstnarrativ des Aufgeklärt-Seins unpassende Machtmechanismen wie Antisemitismus und Sexismus ausgelagert und so deren Existenz in dem, was als Eigenes verstanden wird (zum Beispiel ‚die deutsche Gesellschaft und ihre Leitkultur' oder ‚das jüdisch-christliche Europa') verschleiert. In Johannes' obenstehender Aussage zu unseren vermeintlichen Werten zeigt sich dies deutlich. Er stellt implizit Gleichberechtigung für Schwule und Frauen als gegeben und Antisemitismus als in der Wir-Gruppe überwunden dar, indem er diese Werte als allein von außen bedroht konstruiert. Dietze arbeitet heraus, dass durch diese Negativ-Fixierung auf „Ausländischkeit“ eine positive affektive Bindung ans Deutsch-Sein möglich wird (ebd., 28). Einige meiner Interviewpartner bemängelten, dass eine positive Bindung an Deutsch-Sein negativ konnotiert sei. Johannes fordert explizit ein, dem entgegenzutreten. Er erzählt mir, wie er Anfang der 90er Jahre der Aussage „Ich bin stolz ein Deutscher zu sein und ihr sagt, ich bin ein Nazi“ begegnete und sich seitdem als stolzer Deutscher, Europäer und Weltbürger bezeichnet. „Womit viele Leute, die sozusagen in die rechte Ecke gedrängt worden sind, gemerkt haben: ‚Okay, ich darf also sagen, ich bin stolz, ein Deutscher zu sein' [...] und ich habe denen eine neue Heimat gegeben.“ Analog zu den oben bereits getroffenen Aussagen, die Kirchen hätten Verantwortung für eine ganz bestimmte Gruppe von Menschen, legt er mir hier dar, wie er Menschen ins Boot holt und beheimatet, die er offensichtlich als zugehörig empfindet. In beiden Fällen redet er dabei von Menschen, die er anscheinend als ausgeschlossen, weil „in die rechte Ecke gerückt“ wahrnimmt. In seiner Erzählung wirken sie fast wie eine Minderheitengruppe, deren gesellschaftliche Gleichstellung erkämpft werden müsse. María do Mar Castro Varela und Paul Mecheril (2016) verweisen jedoch darauf, dass die Praxis der Dämonisierung, die ich hier bei Johannes antreffe, vor allem der Privilegiensicherung diene. Sie bietet eine Grundlage, um mehr Sicherheit durch den Ausschluss migrantisierter Menschen zu legitimieren. „Weil die Anderen dämonisch und ungezügelt sind, so die vielleicht kürzeste Analyseformel, sind wir befugt, uns vor ihnen und unsere Vorrechte zu schützen“ (ebd., 9-10). Dies wirft zumindest ein Fragezeichen auf die (Selbst-)Darstellung als marginalisierte Gruppe.

Das Bemühen um deren Wahrnehmung als nicht ‚zu rechts', sondern als normal, sowie die Forderung nach mehr gesellschaftlicher Integration erinnern mich an die Beobachtungen einer Studierenden-Forschungsgruppe zu Rechtsextremismus in einem sächsischen Dorf (siehe Blask 2007 sowie Wetschel in diesem Band). Büchner und Ottovay (2007, 153) untersuchten dort „die Herstellung kollektiver Normalität, in der Nazi-Sein ermöglicht wird“. Sie resümieren:

„Uns drängte sich die Notwendigkeit auf, gerade die von uns erlebte Verdichtung von Entschuldigungs-, Dethematisierungs- und Entpolitisierungsnarrativen, die auf einer Gemeinschaftskonstruktion und Zusammengehörigkeitsrhetorik fußen, als das Fundament dieser Normalität zu begreifen.“ (ebd., 151)

Auch in den Ausführungen von Johannes habe ich den Eindruck, auf eine Gemeinschaftskonstruktion zu stoßen, die (ebenfalls) dadurch funktioniert, dass er Problematisches der als zugehörig dargestellten Menschen relativiert und stattdessen Negatives an Nicht-Zugehörigen hervorhebt. Das Deutsch-Sein, das er dabei anspricht, scheint mir Züge des Integralismus, wie Douglas R. Holmes (2000) ihn definiert, zu tragen. Demzufolge handelt

es sich um eine essentialistische Gesellschaftsauffassung (ebd., 7), die sich geistig aus der Gegenaufklärung und den Gedanken Herders speist (ebd.). Im Gegensatz zur Idee des Gesellschaftsvertrags der Aufklärung wird hier eine „Vorstellung von natürlicher und wesenhafter Gemeinschaftlichkeit [vertreten], die sich einer ‚inneren Wahrheit‘ gemäß in kulturellen Praxen ausdrückt“ (Büchner/Ottovay 2007, 154). Es ist deutlich, dass Johannes die Wir-Gruppe nicht entlang der Staatsbürgerschaft, sondern entlang imaginierter kultureller Gruppen im Sinne einer gewachsenen Gemeinschaft denkt. Eine positive Identifikation mit dieser wird durch eine Negativ-Fixierung auf Andere möglich. Das ermöglicht die unhinterfragte Selbstzuschreibung von Errungenschaften der Aufklärung, während diese Diskurse der Toleranz gleichzeitig als Diskurse der Macht und Ausgrenzung von muslimisierten Anderen fungieren.

Dieses Weltbild des doppelten Antagonismus entwirft ein Bedrohungsszenario, verstärkt durch die Dämonisierung der muslimisierten Anderen und die Darstellung der Wir-Gruppe als (beinahe) marginalisiert. Daraus ergibt sich als scheinbar logische Konsequenz, dass eine Reaktion erforderlich sei, als Korrektiv sowie zum Schutz der Wir-Gruppe. Das Erstarken ‚rechter‘ Parteien und Bewegungen wird als eben diese Reaktion aufgefasst. Der doppelte Antagonismus legitimiert die Wir-Gruppe zu ihrer eigenen Verteidigung zu handeln (Johannes: „Notwehr“). In seiner gewaltvollsten Auslegung kann dieses Gedankenbild zur Tötung vieler Menschen führen, wie das Attentat von Breivik zeigte (Foroutan 2016, 102-103).

Aus der Perspektive der Reaktion werden aktuelle rechte Bewegungen damit als eine – durch Diskurse des doppelten Antagonismus sowie der Dämonisierung plausibilisierte – notwendige beziehungsweise vernünftige Reaktion eingeordnet. Dieses Vorgehen bezeichnet Dietze mit Balibar (1990, 30) als Meta-Rassismus (Dietze 2010, 32). Sie erläutert, dass die so Argumentierenden, die meist aus machtvollen Positionen sprechen, sich dabei „nicht als RassistInnen, sondern als objektive BeobachterInnen der Auswirkungen von ‚zu vielen‘ AusländerInnen“ sehen (ebd., 31). Die Lösung der gesellschaftlichen Problematik eines Aufstiegs von ‚zu Rechten‘ werde dementsprechend nicht „über antirassistische Erziehung betrieben, sondern über die vermeintliche Beseitigung ihrer ‚Ursachen‘, also [durch] restriktive [...] Ausländerpolitik“ (ebd.). Schuld an dem ‚zu Rechten‘ tragen in dieser Einordnung also Veränderte.

„Mit Nazis haben wir nichts zu tun!“

Das Management of Hate als wirksame Externalisierungspraktik brachte meine Interviewpartner dazu, mir Erklärungen zu geben, was und wer aus welchen Gründen Teil des Tabubereichs des ‚zu Rechten‘ ist oder warum dies nicht zutrifft. Dabei gab es einige, die neue rechte Phänomene ganz klar als Kontinuität und damit als zugehörig zum politisch Nicht-Akzeptablen sahen. Andere beschrieben diese mithilfe des Narrativs des doppelten Antagonismus als Resultat der Umstände, die aber eben nicht ‚zu rechts‘ seien, und ungerechtfertigt in den Bereich des Auszuschließenden („die rechte Ecke“) eingeordnet würden. Der breite gesellschaftliche Konsens, welcher die Ausgrenzung des Rechtsextremen mit einer Verortung in der Figur des/der rechtsextremen ostdeutschen Jugendlichen ermöglicht, greift in Bezug auf rezente rechte Strömungen nicht. Im Ringen um die Einordnung wird nicht nur die Angst der Nähe zur gefürchteten Vergangenheit deutlich, sondern auch, dass die Abgrenzungslogiken des Managements of Hate nicht entlang inhaltlicher Gesichtspunkte verlaufen. ‚Zu rechts‘-Sein kann innerhalb dieser Logiken sehr unterschiedlich bewertet werden. Gruppierungen und Aussagen, die Menschen mit der Perspektive der Kontinuität

im gesellschaftlichen Rand des Nicht-Akzeptablen sehen, werden von Menschen mit der Perspektive der Reaktion nicht dort verortet, sondern in der ‚normalen‘ gesellschaftlichen ‚Mitte‘ – denn in ihren Augen sind diese Aussagen, Phänomene und Gruppierungen nicht rassistisch oder ‚zu rechts‘, sondern eben vernünftig und notwendig.

Hinzu kommt, dass in meinen Interviews an mehreren Stellen Menschen und Gruppen, die mit dem Eigenen assoziiert wurden, von meinen Gesprächspartnern mit verschiedenen Erklärungsversuchen als ‚nicht zu rechts‘ eingeordnet wurden. Benjamin, der sich viel in Kontexten der evangelischen und der katholischen Kirche bewegt, erklärte mir beispielsweise: „Wenn man richtig viele Leute treffen möchte, die nie Sonntagmorgen in die Kirche gehen, und die auch keinen kirchlichen Bezug mehr irgendwie in ihrem Alltag haben, sollte man Montagabend zu Pegida gehen“ (Interview Benjamin 2018). Mit dieser besonderen Kirchenferne verortete er Pegida also als weit weg von seinem Bezugsraum. Auf mehrmaliges Nachhaken meinerseits führte er aus, dass es durchaus „pietistische Milieus“ gebe, die „zum Aufstieg der AfD in Baden-Württemberg wesentlich beigetragen“ hätten (ebd.). Diese brachte er vor allem mit Evangelikalen in Verbindung, und damit nicht mit der ‚regulären‘ evangelischen oder katholischen Kirche. Es gebe jedoch „beides gleichzeitig sozusagen“ (ebd.), also sowohl die Unterstützung für extrem rechte Positionen als auch die Ferne zu diesen seitens der Kirchenmitglieder. „Aber das Dominante würde ich sagen ist die Unterrepräsentanz der AfD in den Wahlergebnissen von Kirchenmitgliedern und die Unterrepräsentanz von Kirchenmitgliedern in der AfD-Bundestagsfraktion“ (ebd.). Dass AfD und Pegida für Benjamin unerwünscht sind, zog sich durch das ganze Interview. An dieser Stelle wird besonders deutlich, dass es ihm wichtig war, sich und sein Umfeld von diesen abzugrenzen.

Eine andere Form der Abgrenzung traf ich in Toms Erzählung an. Auch Tom ist in einer christlichen Kirche aktiv. Er erzählte mir von Menschen in „Verzweiflung“, die „in ihrer Not bereit sind, sozusagen rechtspopulistische oder in Teilen dann auch rechtsextremistische Positionen für wählbar zu halten oder sie sogar zu vertreten“ (Interview Tom 2018). Für ihn war klar, dass diese Menschen nicht ‚zu rechts‘ sind. Davon grenzte er sie deutlich ab, indem er für sie sprach: „Also mit Nazis haben wir nichts zu tun! Und wenn hier Nazis sind, also entweder die oder ich. Damit hab‘ ich nichts zu tun. Ich bin aus Angst [hier]“ (ebd.). In seiner Vorstellung vertreten diese Personen nicht eine politische Position, eine rational erwogene Überzeugung, sondern lassen sich aufgrund ihrer starken Affekte zur Unterstützung der AfD, die er als ‚zu rechts‘ verortete, verleiten. Auch Tom verspürte also das Bedürfnis, sich und sein Umfeld als fern von ‚zu rechten‘ Überzeugungen („rechtspopulistische“, „rechtsextremistische“, „Nazis“) darzustellen. Er tat dies, indem er die Motivation der Unterstützung des ‚zu Rechten‘ als emotionale Reaktion („Angst“) begründete.

Selbst die als rechtsextrem verorteten Neonazis, die Shoshans Forschungssubjekte waren, nutzten diese Abgrenzungsmöglichkeit: „many [...] carved a moderate and reasonable space for themselves in the so-called extreme, positing always the next one over as the real, mean, violent, racist, and extremist Nazi“ (Shoshan 2016, 77). Diese Beobachtungen verweisen auf die Gefahr, dass in der Externalisierungslogik des Managements of Hate immer nur Andere als die wahren Vertreter*innen des politisch Nicht-Akzeptablen gesehen werden, während das Eigene als Teil der Gesellschaft gesehen wird und damit nicht zum Tabubereich des ‚zu Rechten‘ gehören kann. Somit begünstigt es blinde Flecken für die eigene Verwobenheit in und Reproduktion von Diskriminierungsmechanismen – auch bei denen, die sich gegen Diskriminierung einsetzen.

Bunt statt Braun?

Die beiden hier aufgezeigten Perspektiven scheinen sich auf den ersten Blick diametral gegenüberzustehen, sind sie doch sehr unterschiedlich in der Bewertung dessen, was in den Tabubereich des ‚zu Rechten‘ gehört und was nicht. Der letzte Abschnitt hat bereits gezeigt, dass es auch Gemeinsamkeiten zwischen beiden Einordnungen gibt. Neben der Selbstverortung als nicht ‚zu rechts‘ fällt mir als weitere Überschneidung auf, dass in beiden Perspektiven migrantisierte Andere eine Rolle spielen. In der Perspektive der Reaktion traten diese als antagonistische Outgroup im Weltbild des doppelten Antagonismus auf. In den Erzählungen von Menschen mit der Perspektive der Kontinuität wurden sie oft als Beleg herangezogen, dass Menschen nicht ‚zu rechts‘ seien. So betonte beispielsweise Stefan im Interview, als ich ihn nach rechten Tendenzen in den Kirchen und deren Umgang damit fragte:

„Wenn man versuchen will zu bestimmen, was eigentlich kirchliches Leben in den letzten Jahren in Deutschland ausgemacht hat, würde ich sagen, war das bestimmende Merkmal die ehrenamtliche Unterstützung von Geflüchteten. Das war das, was Gemeindeleben im Alltag wirklich ausgemacht hat und nicht irgendwelche AfD-Nähen oder so.“ (Interview Stefan 2018)

Während ich mit meinen Fragen und Themensetzungen die Diskussion über ‚zu Rechtes‘ in die Interviews einbrachte, wurden Veränderte jeweils durch meine Gesprächspartner thematisiert. Es hat den Anschein, als könnten meine Interviewpartner das von uns besprochene Thema nicht ohne diese Bezugnahme verhandeln. Dies deutet darauf hin, dass beide Debatten auch gesamtgesellschaftlich verknüpft sind, und beim Sprechen über rezente rechte Formationen Debatten über Zugehörigkeit von und Umgang mit als anders Markierten mitgedacht werden. Nach Nicholas De Genova (2018) ist dies kein Zufall: Das Denken in politischen Gemeinschaften entlang nationaler Zugehörigkeit ist in nationalstaatlichen Demokratien angelegt, da mit dem demokratischen ‚Volk‘ eines Staates nicht die Gesamtheit aller Menschen gemeint ist und es dementsprechend abgegrenzt werden muss (ebd., 362-363). Als Gegengewicht zu dieser in Grenzen eingeteilten Welt sieht er migrierende Menschen und deren Kämpfe, die die Logik der nationalstaatlichen Zugehörigkeit durch ihre quer dazu verlaufenden Praktiken herausfordern (ebd., 371). So sei es logisch, dass nationalistische Bewegungen in Reaktion auf migrierende Andere erstarken (ebd.). Es ist gut möglich, dass dieses Denken auch bei mir und meinen Interviewpartnern (unbewusst) vorhanden ist. So wurde das mögliche ‚Zu rechts‘-Sein als anders markierter Menschen in meinen Interviews nicht thematisiert; sie waren vielmehr wie im obigen Beispiel eine kollektive Leinwand, vor deren Hintergrund das ‚Zu rechts‘-Sein von nicht-migrantischen, nicht-rassifizierten Menschen ausgehandelt wurde. Die Andersgemachten wirken damit als unzugehörig zu der Gruppe, in der und für die diese Einordnung relevant ist.

Bei der Aushandlung des ‚Zu rechts‘-Seins wird oft der Bereich der Geflüchtetenunterstützung als Gegenstück zur Unterstützung extrem rechter Bewegungen gedacht, so wie Stefan es oben zum Ausdruck brachte. Diese Schlussfolgerung muss mit Vorsicht genossen werden, denn nur „die willkommen heißende Instanz kann entscheiden, wer wann und warum dazu gehört und wer nicht. Sie kann außerdem die Bedingungen für die Willkommensgeste aussprechen und auf diese Weise die Schranken der Gastfreundschaft deutlich machen“ (Amir-Moazami 2016, 24). Laut Shirin Amir-Moazami legen somit beide hier angeführten Seiten Konditionalitäten der Zugehörigkeit fest (ebd.) und tragen dazu bei, dass „‚Minderheiten‘ stets aufs Neue markiert und produziert“ (ebd., 27) werden. Dabei

würde „eine flexible, aber unmarkierte Norm erzeugt, die die Passfähigkeit des Anderen verwaltet“ (ebd.).

Diese Gegenüberstellung bringt mich zurück zum Management of Hate, denn auch hier wird der Gegensatz zwischen ‚zu Rechtem‘ und Offenheit für gesellschaftliche Pluralität aufgemacht. Neben der Abgrenzung vom und der Bekämpfung des ‚zu Rechten‘ zielt das Management of Hate ebenfalls darauf ab, „affektive Beziehungen zu Differenz“ in der gesamten Gesellschaft zu lenken (Shoshan 2016, 202). Vor dem historischen Hintergrund der passiven Zivilbevölkerung im Nationalsozialismus zeigen sich hier die moralischen Werte, die die Bundesrepublik vertreten möchte: eine Bevölkerung, die Diversität schätzt und gegen das ‚zu Rechte‘ einschreitet (ebd., 208). Neben millionenschweren Bundesprogrammen – aktuell Demokratie leben! – hat sich ein ganzes aufgeladenes Vokabular entwickelt, in dem sich dieses Ziel des Managements of Hate widerspiegelt. Schlagworte wie „Vielfalt und Toleranz“ sind meines Erachtens allgegenwärtig und transportieren das Bild einer offenen, diversen und gleichberechtigten Gesellschaft. So begegnete mir beispielsweise während meines Forschungsprozesses ein Werbeplakat im öffentlichen Raum mit der Aufschrift „Made in Germany – Made by Vielfalt“, bei dem neben jedes Wort ein Quadrat in jeweils unterschiedlichen Farben gesetzt wurde. Die Botschaft lautet: Deutschland und Vielfalt gehören zusammen. Wir sind eine diverse Gesellschaft und stehen für diese ein. Die bunten Farben neben dem Text erinnern dabei an zahlreiche Kampagnen, die sich gegen das politisch Auszugrenzende richten und „bunt statt braun“ heißen. Diese Kampagne ist jedoch von keiner politischen Gruppe, sondern aus einem Zusammenschluss von 50 deutschen Unternehmen entstanden, mit dem Ziel, „ein eindeutiges Zeichen für mehr Toleranz und gegen Fremdenfeindlichkeit zu setzen“⁶. Aus der Kampagne wird auch die Verbindung zwischen der Förderung des Erwünschten („Toleranz und Weltoffenheit“) und der Bekämpfung des Unerwünschten („Fremdenfeindlichkeit“) deutlich, die Shoshan im Management of Hate sieht. Dass führende Wirtschaftsakteur*innen die Notwendigkeit sehen, eine solche Kampagne zu starten, macht jedoch gleichzeitig deutlich, dass die vielfältige Gesellschaft, die hier als Norm propagiert wird, nicht von allen gewünscht ist und somit die Notwendigkeit besteht, Werbung und Überzeugungsarbeit für diese zu leisten. Mit Blick auf solche Phänomene fragt auch Shoshan: Wer soll hier erreicht werden – eine von diesen Werten überzeugte Öffentlichkeit, die diese nun nur noch nach außen tragen muss, oder eine, der diese Werte der nationalen Gemeinschaft noch beigebracht werden müssen? (Shoshan 2016, 208) Hier zeigt sich ein weiteres Mal die Ebene der Selbstdarstellung Deutschlands als demokratisches Land, frei von den Dämonen der Vergangenheit. Auch im eingangs angeführten Zitat meines Interviewpartners Olaf über das Gefühl des Wandels und die Notwendigkeit der Einordnung ist diese Ebene vorhanden: Dort erzählte er ungläubig, dass die AfD beim „Bündnis für Demokratie und Toleranz“ Pegida als „Botschafter der Toleranz“ nominiert hatte. Dieser Unglaube, der zum Ausdruck bringt, dass diese Konstellation für ihn absurd ist, zeigt deutlich, dass auch für ihn Begriffe wie Demokratie und Toleranz als Marker für das Gegenteil des Tabubereichs des ‚zu Rechten‘ stehen. Diese Gegenüberstellung des demokratischen und vielfältigen Deutschlands gegen sein inneres Veräußertes fiel mir in folgender Situation während eines Trainings gegen Rechtsextremismus besonders auf.

„Wir teilen uns in Gruppen auf und erhalten Zettelchen, auf denen Thesen stehen, wie ich sie schon oft von der AfD gehört habe (‚Rentner und Obdachlose leben in Armut, aber für die Flüchtlinge ist plötzlich Geld da?‘ und Ähnliches). Die Teamerin fordert uns auf, dass jeweils eine von uns diese These vertritt, während die andere aus der

‚demokratischen Position‘ dagegen argumentieren soll. [...] In der Auswertung sagt Nele, die die AfD-These vertreten hat: ‚Ich habe mich aber gar nicht undemokratisch gefühlt.‘ (Feldnotiz vom 25.4.2018)

Hier verdichtet sich das Management of Hate in einer sozialen Situation. Die das Training veranstaltende Nichtregierungsorganisation setzt sich „gegen Rechtsextremismus“ und für „Vielfalt“ und „Demokratie“ ein. Sie bietet einen Workshop an, dessen Ziel es ist, die Teilnehmenden zum Mitwirken am Ausschluss von ‚zu Rechtem‘ zu befähigen. In dem Workshop wird eine „demokratische“ Gemeinschaft gegenüber diesem Unerwünschten in Stellung gebracht. Diese Gegenüberstellung trägt zu einer homogenisierenden Repräsentation beider Bereiche bei. Somit suggeriert das Management of Hate Zusammengehörigkeit innerhalb des Demokratischen und des Rechtsextremen, und dazwischen eine klare Grenze – analog zur Extremismustheorie. Die suggerierte Trennlinie zwischen Mitte und Rand verlagert die im Workshop besprochenen Problematiken, wie zum Beispiel Rassismus, in den Bereich des Auszugrenzenden. Rassismus wird dann vorrangig als ‚zu Rechtes‘ und nicht als gesamtgesellschaftliches Problem besprochen. ‚Demokratisch‘ zu sein oder gegen Nazis zu sein ist jedoch in keiner Weise gleichbedeutend damit, nicht rassistisch zu sein (El-Tayeb 2017). Durch das Management of Hate drängt sich dieser angenehme Umkehrschluss jedoch auf. Birgit Rommelspacher hat bereits 1992 auf diese Problematik aufmerksam gemacht:

„Die sozialwissenschaftliche Diskussion um Nationalismus und Rassismus in unserer Gesellschaft hat ihre Zielgruppe gefunden: Es sind die rechtsextremen männlichen Jugendlichen, um die die wesentlichen Analysen kreisen. Das ist für mich bis zu einem gewissen Grad ein Ablenkungsmanöver. In der Konzentration auf diese Gruppen wird verschleiert, daß wir alle in einer rassistischen Gesellschaft leben, d.h. daß sich der Reichtum unserer Gesellschaft auf die Ausbeutung von Menschen aus anderen Ländern stützt und zur Legitimation dieser Ausbeutung diese Menschen abgewertet und ausgegrenzt werden.“ (ebd.)

Sie bringt klar auf den Punkt, dass in Bezug auf Rassismus nicht eine ‚zu rechte‘ Lebenswelt die Grundproblematik darstellt, sondern dass alle Menschen Rassismen verinnerlicht haben, „wenn sie in dieser Gesellschaft aufgewachsen sind und nicht gelernt haben, sich bewusst davon zu distanzieren“ (ebd.). Rassist*innen sind nicht nur die jungen Neonazis oder die AfD-Wähler*innen in Ostdeutschland, Rassismus ist ein struktureller Diskriminierungsmechanismus, verankert in unserer Gesellschaft. Ihn zu externalisieren macht ihn weniger besprechbar, so wenig, dass Tupoka Ogette für diese Externalisierungspraxis in Bezug auf Rassismus einen eigenen Begriff geschaffen hat: Das *Happyland*, in dem „Rassismus das Vergehen der Anderen ist“ (Ogette 2017, 17). Da Rassismus ausschließlich als Teil des ‚zu rechten‘ Rands gesehen wird, „kommt es für den oder die Happyländer:in auch einer schweren Beleidigung gleich, des Rassismus bezichtigt zu werden“ (ebd.) – denn in dieser Auffassung bedeutet es, in den Tabubereich des ‚zu Rechten‘ gesetzt zu werden.

Die komplexen Zusammenhänge gesellschaftlicher Unterdrückungsmechanismen wie Rassismus werden im vom Management of Hate kreierten Bild also ausgelagert und Kontinuitäten verdeckt. Für das Ziel des Managements of Hate, die Selbstdarstellung Deutschlands als frei von den Geistern der Vergangenheit, reicht es aus, einen punktgenau verorteten ‚schlechten Nationalismus‘ als veräußertes Phänomen darzustellen, das von der großen Mehrheit der Gesellschaft abgelehnt und bekämpft wird. Für das Ziel, eine gerechtere Gesellschaft ohne oder zumindest mit weniger starker struktureller Diskriminierung

zu ermöglichen, kann es dagegen hinderlich sein, denn es verdeckt Kontinuitäten und erschwert das Sprechen über diese. Aus den Externalisierungslogiken des Managements of Hate auszubrechen, kann dementsprechend zu einer Verunsicherung eigener politischer Selbstverständlichkeiten führen: Nicht (bloß) die ‚(zu) Rechten‘ zu bekämpfen, sondern Themen wie Rassismus, Sexismus etc. zu thematisieren und aufzuarbeiten, bedeutet viel konsequenter, sich selbst und seine eigenen Leerstellen zu prüfen. Um rezente rechte Bewegungen analytisch zu greifen und beschreibbar zu machen und so informiert ihren Ungleichheitsforderungen etwas entgegenzusetzen, ist dies meines Erachtens notwendig, da ihre Artikulationen tief in unserer Gesellschaft, und nicht an deren Rand, verortet sind.

SALOME BOSSMEYER hat Sozial- und Kulturanthropologie an der Freien Universität Berlin und Europäische Ethnologie mit einem Schwerpunkt in Kritischer Europäisierungsforschung an der Humboldt-Universität zu Berlin studiert. In ihrem Studium beschäftigte sie sich vor allem mit Postkolonialer Theorie, Rassismusforschung und Hegemonie(-selbst-)kritik. Im Master fokussierte sie sich dabei auf die ethnografische Erforschung und Analyse nationalistischer und rassistischer Gruppierungen und Narrative im europäischen Kontext. Derzeit arbeitet sie im Bereich der Rechtsextremismusprävention.

Endnoten

- 1 Hinweis zu Anonymisierung und Pseudonymisierung: Alle Interviewten in diesem Artikel sind anonymisiert. Das heißt, alle Angaben wie Name, Arbeitsbereich etc. werden so umbenannt oder abstrahiert, dass die Personen nicht für andere zu erkennen sind. Da an einigen Stellen personenbezogene Angaben für den Kontext relevant sind, habe ich manchen Interviewten mehrere Pseudonyme gegeben, um eine Zuordnung zu verhindern.
- 2 Ich habe nur mit Männern gesprochen, beziehungsweise mit Personen, die ich als männlich lese. Dies war nicht konzeptionell angelegt, sondern hat sich aus den Interviewmöglichkeiten ergeben. An dieser Stelle wäre interessant zu schauen, inwieweit nicht-männliche Perspektiven andere Einordnungen und Narrative einbringen würden.
- 3 Hier und im Folgenden sind die auf Deutsch wiedergegebenen Zitate von Shoshan (2014; 2016) von mir übersetzt.
- 4 Kobito feat. Spezial-K (2015): The Walking Deutsch. feat. Spezial-K. audiolith records. URL: <https://audiolith.net/de/release/al240/>, aufgerufen am 13.9.2019.
- 5 Eine solche Einteilung und die damit verbundenen Definitionen können beispielsweise bei Hajo Funke nachgelesen werden (Funke 2016, 177-180). Ich folge in diesem Beitrag keiner solchen Einteilung.
- 6 Made in Germany – Made bei Vielfalt: Eine Initiative deutscher Familienunternehmen. URL: <https://www.presseportal.de/pm/122571/4227904>, aufgerufen am 26.08.2025.

Literaturverzeichnis

Amir-Moazami, Shirin (2016): Dämonisierung und Einverleibung: Die ‚muslimische Frage‘ in Europa. In: María do Mar Castro Varela u. a. (Hg.): Die Dämonisierung der Anderen. Rassismuskritik der Gegenwart. 1. Auflage Bielefeld: transcript, 21-39.

- Balibar, Étienne/Emmanuel Wallerstein (1990): *Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten* Hamburg: Argument.
- Blask, Falk (Hg.) (2007): *Ein Dorf voller Narren. Karneval – Idylle – Rechtsextremismus*. Berliner Blätter, Sonderheft 43. Münster: LIT, 143-160.
- Bruns, Julian u. a. (2016): *Die Identitären. Handbuch zur Jugendbewegung der Neuen Rechten in Europa*. 2. Auflage Münster: UNRAST.
- Büchner, Abel/Kathrin Ottovay (2007): *Researching against. Kritische Kulturanthropologie gegen Rechtsextremismus*. In: Falk Blask (Hg.): *Ein Dorf voller Narren. Karneval – Idylle – Rechtsextremismus*. Berliner Blätter, Sonderheft 43. Münster: LIT, 143-160.
- Butterwegge, Christoph (2002): *Rechtsextremismus*. Freiburg: Herder.
- Castro Varela, Maria do Mar/Paul Mecheril (2016): *Die Dämonisierung der Anderen. Einleitende Bemerkungen*. In: dies. (Hg.): *Die Dämonisierung der Anderen. Rassismuskritik der Gegenwart*. Bielefeld: transcript, 7-20.
- De Genova, Nicholas (2018): *Rebordering "the People": Notes on Theorizing Populism*. In: *South Atlantic Quarterly* 117/2, 357-374.
- Dietze, Gabriele (2010): *Okzidentalismuskritik. Möglichkeiten und Grenzen einer Forschungsperspektivierung*. In: dies. u. a. (Hg.): *Kritik des Okzidentalismus. Transdisziplinäre Beiträge zu (Neo-)Orientalismus und Geschlecht*. 2. Auflage, Bielefeld: transcript, 23-54.
- El-Tayeb, Fatima (2017): *Political Climate Change? Racism and the Mainstreaming of the New Right*. Diskussion mit Naika Foroutan, Gökçe Yurdakul, Antje Schumann. Berlin, 21.9.2017.
- Foroutan, Naika (2016): *Nationale Bedürfnisse und Soziale Ängste*. In: Maria do Mar Castro Varela/Paul Mecheril (Hg.): *Die Dämonisierung der Anderen. Rassismuskritik der Gegenwart*. Bielefeld: transcript, 97-105.
- Funke, Hajo (2016): *AfD Pegida Gewaltnetze. Von Wutbürgern und Brandstiftern*. Berlin: Verlag für Berlin-Brandenburg.
- Holmes, Douglas R. (2000): *Integral Europe. Fast-capitalism, multiculturalism, neofascism*. Princeton/N.J.: Princeton University Press.
- Mayer, Stefanie u. a. (2016): *Gendering 'the people'. Heteronormativity and 'ethno-masochism' in populist imaginary*. In: Maria Ranieri (Hg.): *Populism, Media and Education. Challenging discrimination in contemporary digital societies*. London/New York: Routledge, 84-103.
- Ogette, Tupoka (2017): *exit RACISM. rassismuskritisch denken lernen*. Münster: UNRAST.
- Perinelli, Massimo (2019): *Situiertes Wissen vs. korruptiertes Wissen. Die migrantische Perspektive und die Extremismusforschung*. In: Barbara Dunkel u. a. (Hg.): *Nicht zu fassen. Das Extremismuskonzept und neue rechte Konstellationen. Sammelband zur Konferenz „Nicht zu fassen: Das Extremismuskonzept und neue rechte Bewegungen“ 9. und 10. Juni 2017, TU Berlin*. Berlin, 101-124.
- Rommelspacher, Birgit (1992): *Rechtsextremismus und Dominanzkultur*. In: Andreas Foitzik (Hg.): *„Ein Herrenvolk von Untertanen“*. Rassismus, Nationalismus, Sexismus. Duisburg: Diss. URL: www.diss-duisburg.de/Internetbibliothek/Buecher/Herrenvolk/K4.htm, aufgerufen am 19.5.2025.
- Salzborn, Samuel (2014): *Rechtsextremismus*. Baden-Baden: Nomos.
- Shooman, Yasemin (2014): *„... weil ihre Kultur so ist“*. Narrative des antimuslimischen Rassismus. Bielefeld: transcript.
- Shoshan, Nitzan (2014): *Managing Hate: Political Delinquency and Affective Governance in Germany*. In: *Cultural Anthropology* 29/1, 150-172.
- Shoshan, Nitzan (2016): *The Management of Hate. Nation, Affect, and the Governance of Right-wing Extremism in Germany*. Princeton u. a.: Princeton University Press.
- Stöss, Richard (2007): *Rechtsextremismus im Wandel*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Uitermark, Justus u. a. (2014): *Populism, Sexual Politics, and the Exclusion of Muslims in the Netherlands*. In: John R. Bowen u. a. (Hg.): *European States and Their Muslim Citizens. The Impact of Institutions on Perceptions and Boundaries*. New York: Cambridge University Press, 235-255.
- Virchow, Fabian (2015): *Extreme Rechte, Radikale Rechte, Neue Rechte – Begriffsklärungen und Forschungsüberblick*. In: Sonja Angelika Strube (Hg.): *Rechtsextremismus als Herausforderung für die Theologie*. Freiburg u. a.: Herder, 37-47.
- Virchow, Felix (2016): *„Rechtsextremismus“: Begriffe – Forschungsfelder – Kontroversen*. In: Ders. u. a. (Hg.): *Handbuch Rechtsextremismus*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 5-42.



„Die Leute haben Angst“: Das ‚Management of Fear‘ in Aushandlungsprozessen um Rassismus und Rechtspopulismus

Luise Böhm

ABSTRACT: Der Beitrag untersucht die Reaktionen einer ostdeutschen Stadtverwaltung auf eine erfolgreiche rassistische Bewegung und, damit einhergehend, auf die ‚zu rechten‘ Einstellungen ihrer Bürger:innen. Mit einem affekttheoretischen Fokus stellen sich die Lösungsansätze der Mitarbeiter:innen der Stadtverwaltung als ‚Management of Fear‘ dar. Auf diese Weise werden – auch vor dem gemeinsamen Erfahrungshintergrund der Wende- und Nachwendezeit – rassistische Einstellungen als Sorgen und Ängste legitimiert und vom illegitimen Hass des rechten Rands abgegrenzt. Die Untersuchung zeigt zugleich, dass etablierte Strategien des Umgangs mit ‚rechts‘ an neuen populistischen Inszenierungen rechter Akteur:innen scheitern, gerade weil sie gesamtgesellschaftlichen Rassismus dethematisieren.

SCHLAGWORTE: Brauner Osten, Stadtverwaltung, Rassismus, Rechtspopulismus

ZITIERVORSCHLAG: Böhm, L. (2025): „Die Leute haben Angst“. Das ‚Management of Fear‘ in Aushandlungsprozessen um Rassismus und Rechtspopulismus. In: Berliner Blätter 91, 36–52, DOI: 10.60789/911179.

Einleitung

„Nicht Laustadt ist das Problem – der Rassismus einiger Leute ist ein Problem.
Nicht Laustadt ist das Problem – mangelnde Bereitschaft zur Integration
ist ein Problem.

Nicht Laustadt ist das Problem – Straftaten sind ein Problem.

Nicht Laustadt ist das Problem – fehlende Kapazitäten in Kitas und in Schulen
sind ein Problem. Nicht Laustadt ist das Problem – politischer Extremismus [...] ist ein Problem.

Nicht Laustadt ist das Problem – Hass und Frust, Perspektivlosigkeit und
Unsicherheit sind Probleme.“ (Rede des Oberbürgermeisters, 31.1.2018)

Laustadt ist offenbar eine Stadt mit Problemen. Laustadt selbst ist aber laut Aussage des Oberbürgermeisters eindeutig nicht das Problem – obwohl die Stadt „als ‚braunes Nest‘ oft im Mittelpunkt“ (ebd.) medialer Berichte stand und steht. In Laustadt kommt es zwischen 2017 und 2018 wiederholt zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Bewohner:innen

mit und ohne Fluchterfahrung. In der damaligen medialen Berichterstattung wird die Stadtgesellschaft als tief gespalten über den Zuzug von Geflüchteten dargestellt. Und während es durch zahlreiche Initiativen, Bündnisse und Vereine schon lange eine Gegenwehr gegen bestehende rechtsradikale Strukturen in der Stadt gibt, zieht etwa zeitgleich mit der beginnenden medialen und stadtpolitischen Debatte auch noch der Verein Landliebe¹ mit seinen rassistischen Kundgebungen in die Laustädter Innenstadt, wo er ein großes lokales wie überregionales Publikum anzieht.

Was unternimmt eine Stadtverwaltung angesichts von Bürger:innen, die mit ihrem Handeln die vermeintlich gemeinsame Wertebasis in Frage stellen? Nach dem ‚Sommer der Migration‘ stellt sich diese Frage mitnichten nur in Laustadt: Bundesweit wird die sogenannte Willkommenskultur schon wenig später von Entsolidarisierungsprozessen abgelöst, bundesweit wird gegen Zuwanderung und Migration mobilisiert und Geflüchtetenunterkünfte werden im ganzen Land angegriffen (Blickle u. a. 2015). In diesem Beitrag gehe ich mit auf die Problemsuche der Laustädter Stadtverwaltung. Dabei nehme ich eine postmigrantische Perspektive ein, mit der Migration keine Ausnahme oder Krise darstellt, sondern den dauerhaften Status einer Einwanderungsgesellschaft kennzeichnet. Der „Fokus [soll] auf gesellschaftspolitischen Kernkonflikten um Anerkennung, Chancengerechtigkeit und Teilhabe“ (Foroutan 2019, 14) liegen, die mit allgegenwärtigen Debatten um Zuzug und Migration verwoben sind.

Laustadt heißt eigentlich anders. Ort und Kontext dieser Untersuchung werden pseudonymisiert: Vor allem, um das möglicherweise bereits voreingenommene Bild von dieser ostdeutschen Stadt als „braunes Nest“ (Rede des Oberbürgermeisters, 31.1.2018) zu irritieren. Denn ich will die Gleichzeitigkeit in den Blick nehmen, in der rassistische Verhältnisse sowie rechtsradikale Strukturen in Ostdeutschland eine unentschuldbare Realität sind, und diese darüber hinaus im bundesweiten Diskurs vor allem dort verortet werden. Während ich den Laustädter Aushandlungsprozess in seiner Spezifik untersuchen möchte, sehe ich rassistische Ausgrenzungspraktiken in der wiedervereinigten Bundesrepublik aber nicht als eine originär ostdeutsche, sondern als gesamtgesellschaftliche Problematik an. Das Narrativ des ‚Braunen Ostens‘ (Heft 2018) soll im Folgenden als solches weder widerlegt noch reproduziert, sondern in seiner Funktion als Externalisierungspraktik kontextualisiert werden. Dieser Beitrag reiht sich damit gerade nicht in die Suche nach einer Erklärung für die in Ostdeutschland immer wieder nachgewiesenen hohen rassistischen und rechtsradikalen Einstellungswerte ein. Stattdessen spüre ich mit der Untersuchung den institutionellen Erklärungsmustern und Lösungsansätzen für diese Einstellungswerte nach, die mit dem Narrativ des ‚Braunen Ostens‘ wiederum eng verknüpft sind.

„Laustadt, Nazistadt“

Was ist also zum Zeitpunkt der Untersuchung, im Jahr 2019, in Laustadt los?² Im Interview mit einem Mitarbeiter einer Beratungsstelle für Betroffene rechter Gewalt berichtet mir dieser von einem „wahnsinnigen Anstieg von rassistischer Gewalt“ in Laustadt. Auch das gesellschaftliche Klima habe sich zwischen 2017 und 2018 nachhaltig verschoben: „Die Veränderung, die passiert ist, ist realer Zuzug von Geflüchteten plus rassistische Mobilisierung, die sich massiv auf der Straße bei den Aufmärschen gezeigt hat“. Mitverantwortlich für diese Mobilisierung ist der Verein Landliebe, der seine radikalen Inhalte populistisch zu verpacken weiß. Anders als einige meiner Forschungspartner:innen verstehe ich Rechtspopulismus nicht als inhaltliche Ausrichtung oder politische Programmatik, sondern als spezifische

Form der Ansprache und Inszenierung rechtsradikaler und völkisch-nationalistischer Inhalte (Häusler 2021, 71). Statt mit dem Begriff ‚weniger rechte‘ Positionen zu markieren, verstehe ich unter Rechtspopulismus also eine modernisierte Kommunikationsform, mit der rechtsradikales Gedankengut niedrigschwellig, weil zunächst harmlos erscheinend, verbreitet wird (Häusler 2008, 48).³ Der Verein Landliebe aktiviert bei den monatlichen Veranstaltungen nicht nur Teile der Laustädter Bevölkerung, sondern erreicht auch durch breite Allianzen im regionalen und überregionalen rechtsradikalen Spektrum zwischenzeitlich vierstellige Teilnehmendenzahlen. Im Publikum der Laustädter Demonstrationen finden sich etwa neben AfD-Abgeordneten auch Hooligans des Laustädter Fußballvereins, Akteur:innen der lokalen rechtsradikalen Kampfsport- und Musikszene sowie Mitglieder der Identitären Bewegung. Auch zu Pegida in Dresden bestehen personelle und inhaltliche Parallelen.

Laustadt wird in den Kundgebungen von Landliebe als Exempel für einen Konflikt zwischen Bundespolitik und ostdeutschem ‚Volk‘ dargestellt. Schließlich ist die Region um Laustadt seit Jahrzehnten eine der wichtigsten Kohle- und Energielieferantinnen des Landes – und steht damit heute erneut vor einem grundlegenden Strukturwandel, der in der rechten Argumentation nur die Spitze des Eisbergs ostdeutscher Abwertungserfahrungen bildet. Mit der Strategie, sich gerade diese in Ostdeutschland vorhandenen Abwertungserfahrungen anzueignen, sie in rassistische Feindbilder zu übersetzen und sich als ‚Wende 2.0‘ darzustellen, ist Landliebe im rechten Spektrum keineswegs allein (Häusler 2021, 76 sowie Leser in diesem Band). Auch, dass rechte Akteur:innen sich mediale Diskurse um lokale Gewaltereignisse zu eigen machen, ist seit dem ‚Sommer der Migration‘ vielfach zu beobachten (Hauke 2019, 53). So nutzen die Organisator:innen von Landliebe die fortlaufende, lokale und mediale Debatte über eine Reihe gewalttätiger Straftaten in Laustadt als Ausgangspunkt ihrer Mobilisierung. Sie erreichen im innerstädtischen Diskurs eine weitgehende Ethnisierung der Gewalttaten von Geflüchteten, während die in Laustadt ebenso stattfindende rassistisch motivierte Gewalt gleichzeitig entpolitisiert und als Jugendgewalt verharmlost wird (Fröschner/Warnecke 2019, 34).

Meine Laustädter Interviewpartner:innen stellen zu dieser Zeit übereinstimmend einen „Medienhype“ fest – und ein starkes Framing in der überregionalen Berichterstattung über die Situation in Laustadt. So erklärt eine:r der Interviewpartner:innen, der mediale Diskurs, der „überregional sagt, Laustadt – Nazistadt“, sei unangemessen, stigmatisierend und polarisierend gewesen und habe damit zur Verschärfung der Situation geführt. Der Oberbürgermeister findet, Laustadt müsse „als gefundenes Fressen, als Klischee des verseuchten Ostens herhalten“ (Rede des Oberbürgermeisters, 21.4.2018). „[U]nser Problem mit dem Rechtsextremismus“ (Rede des Oberbürgermeisters, 31.1.2018) wird als solches zwar nicht abgestritten. Doch als beispielsweise im Frühjahr 2019 aufgrund der Veröffentlichung des Verfassungsschutzberichts medial über Laustadt als „Hochburg des Rechtsextremismus“ berichtet wird, erklärt der Oberbürgermeister zu der „beschämenden Schlagzeile“ und zu dem „fast schon reflexhaft[en] Ruf, dass man doch etwas dagegen tun müsse“ (Rede des Oberbürgermeisters, 27.3.2019):

„Das gleiche Problem gibt es leider auch in Berlin und Dortmund [...] und in vielen, vielen anderen Städten in Deutschland. Überall muss etwas dagegen getan werden. Ich kann Ihnen gerne diese Sätze wiederholen, die dann kommen, und die auch von mir erwartet werden, und die ich auch oft gesagt habe: Rechtsextremismus hat in Laustadt keinen Platz.“ (ebd.)

An seiner Stellungnahme wird einerseits deutlich, dass die Auseinandersetzung mit Rechtsradikalismus und seinen strukturellen Voraussetzungen hier allein über die Distanzierung von diesem ‚Rand‘ erfolgt: Die Abgrenzung vom Rechtsextremen ist so selbstverständlich, dass sie beinahe inhaltsleer erscheint. Andererseits ist in der Stellungnahme des Oberbürgermeisters auch ein über diesen gesellschaftlichen Automatismus hinausgehender Erwartungsdruck erkennbar: Schließlich seien derartige Schlagzeilen „Wasser auf die Mühlen derer, die Laustadt pauschal in die rechte Ecke stellen“ (ebd.). Einige meiner Interviewpartner:innen beobachten in dem skandalisierenden Diskurs um Laustadt die von Kathleen Heft beschriebene „Ossifizierung“ von Rechtsradikalismus (Heft 2018, 364 sowie Heft in diesem Band), gilt Laustadt in diesem bundesweiten Diskurs und in der medialen Berichterstattung doch als Verkörperung des ‚Braunen Ostens‘, der nicht hinterherkommt. Rechtsradikalismus und Rassismus können damit sowohl räumlich als auch zeitlich aus der westdeutsch geprägten Gegenwart in den spiegelbildlich als ‚anders‘ und rückschrittlich konstruierten Osten verschoben werden. Gleichzeitig ermöglicht dieses diskursive Bild es vor Ort in Laustadt wiederum, die Problematisierung von Rechtsradikalismus als mediale, westdeutsch geprägte Zuschreibung zu relativieren. Die Stellungnahme des Oberbürgermeisters scheint demnach vielmehr repräsentativ für die von ihm, spezifisch als Vertreter einer ostdeutschen Stadt, geforderte Distanzierung zu stehen, als sich tatsächlich auf die dringend nötige Auseinandersetzung mit rechtsradikalen Strukturen und Rassismus in Laustadt zu beziehen.

In den Reaktionen der Stadtverwaltung auf diese stadtgesellschaftliche Situation lassen sich, wie sich im Folgenden zeigen wird, verschiedene abwehrende, normalisierende und entlastende Umgangsweisen ablesen. Bereits hier wird jedoch deutlich, dass die rassistische Mobilisierung rund um Ländliebe sowie der Anstieg rassistischer Gewalt in der Stadt gerade nicht den Ausgangspunkt dieser Laustädter Aushandlung bilden (Raab/Radvan 2020, 10). Der städtische Aushandlungsprozess entfaltet sich stattdessen an der als Stigmatisierung wahrgenommenen Diskrepanz zwischen Fremd- und Selbstbildern (Bürk 2012) und problematisiert damit zentral das Image der ostdeutschen Stadt im bundesweiten Diskurs.

Die ‚besorgte Bürger:innenschaft‘ in der Krise

Die Reaktionen der Stadtverwaltung auf diese Krisensituation sowie die Art und Weise, wie meine Interviewpartner:innen diesen Reaktionen Sinn verleihen, geben Einblicke in die Herstellung gesellschaftlicher Verhältnisse. Wie sich zeigt, werden gerade entlang der in Laustadt gefundenen Lösungen Grenzen der Zugehörigkeit und des Ausschlusses gezogen. An den institutionellen Erklärungsmustern für ‚zu rechte‘ Einstellungen in Laustadt und aus den daraus hervorgehenden Maßnahmen lässt sich die Ein- und Abgrenzung einer scheinbar klar bestimmbar Bürger:innenschaft ablesen. Zentral ist dabei das Narrativ der Krise in Laustadt: Die Gruppenkonstruktion der Bürger:innenschaft wird von meinen Interviewpartner:innen in der Stadtverwaltung gerade vor dem Hintergrund einer von ihnen wahrgenommenen stadtgesellschaftlichen Bedrohungslage beschrieben. Laut der Historikerin Fatima El-Tayeb ist es dieses Krisennarrativ in Debatten über Selbstbilder und Zugehörigkeiten der deutschen Nachwendegesellschaft, „das es erlaubt, eskalierende verbale und physische Aggressionen gegen Minorisierte als (verständliche, wenn nicht entschuldbare) Panikreaktion darzustellen“ (El-Tayeb 2016, 210). Auch im Laustädter Aushandlungsprozess bildet das wesentliche Recht, sich sicher fühlen zu können, ein zentrales Element. Wie sich zeigt, gilt dieses Recht jedoch nicht für alle (ebd., 211).

Welches Bild zeichnen meine Forschungspartner:innen in Gesprächen und Reden also von den Laustädter Bürger:innen, die mit AfD und Landleibe sympathisieren? Von welchen Menschen gehen die Mitarbeiter:innen der Stadtverwaltung aus, an wen richten sich ihre daraus folgenden Schritte? Ein:e Interviewpartner:in beschreibt mir jene Laustädter:innen wie folgt:

„Dieses System, das ihnen sowieso immer schon aufdrückt, du bist nichts, du hast nichts, du kannst nichts [...], ich glaube, das macht die Menschen nicht glücklich. [...] Und wenn du nicht glücklich bist, dann bist du eben der, der da bei Höcke steht und sagt, ja, vielleicht macht der mich irgendwie ja endlich glücklich.“

Die mit dem Rechten sympathisierenden Laustädter Bürger:innen tauchen in den Erzählungen der Mitarbeiter:innen nicht nur als unglücklich auf, sondern auch als frustriert und verwirrt, als unwissend und träge, „zu faul, zu bequem [...], mal tiefgründiger zu gucken“. Ein:e andere:r Mitarbeiter:in erklärt zudem, die Laustädter:innen hätten angesichts des in der Kohleabbauregion in den nächsten Jahren zu erwartenden Strukturwandels „Angst [...], dass dasselbe wie 1991 passiert“. Denn neben dem Kohleabbau bildete Laustadt bis in die 1990er Jahre auch das Zentrum der Textilindustrie, die nach der Wende ersatzlos zusammengebrochen ist. Wie in vielen anderen ostdeutschen Regionen stieg die Arbeitslosigkeit in Laustadt in den 1990er Jahren stark an. Die Stadt schrumpfte daraufhin durch die Abwanderung insbesondere junger Menschen. Obwohl Laustadts Bevölkerungszahl – auch durch Zuwanderung – heute auf einem konstanten Niveau ist, bildet diese kollektive Abstiegs Erfahrung einen gemeinsamen Bezugspunkt. Während der Oberbürgermeister dies explizit von einem im hegemonialen Diskurs häufig angeschuldigten „Ossi-Jammern“ abgrenzt (Rede des Oberbürgermeisters, 25.9.2019; Goel 2010, o. S.), führt auch er aus:

„Die Menschen in unserer Stadt und in der Region haben einen solchen Strukturbruch also schon einmal durch. Möge sich niemand wundern über Ängste und Befürchtungen, dass es noch einmal so kommen könnte. Möge sich niemand die Augen reiben über Wahlergebnisse und über das darin zum Ausdruck kommende Misstrauen.“ (ebd.)

Jene Laustädter:innen erscheinen meinen Forschungspartner:innen aufgrund einer ökonomisch und sozial ungewiss wirkenden Zukunft als besorgt, misstrauisch und ängstlich. Gerade vor dem Hintergrund des von der Bundespolitik aufgedrückten Strukturwandels, der traumatische Wende- und Nachwendeerfahrungen zu reaktivieren droht, scheinen sie kaum eine andere Wahl zu haben, als sich in ihrem Protest der AfD und Landleibe zuzuwenden.

Dieses Argumentationsmuster ähnelt jenen sozialwissenschaftlichen Theorien, die den Zuwachs rechter Formationen in Europa als Abwehr gegen einen zunehmend kosmopolitischen Mainstream erklären. So beschreibt auch der Sozialanthropologe Don Kalb die Zunahme von rassistischen und nationalistischen Einstellungen in der europäischen Politik als „symptom that expresses the ‚return of the repressed‘“ (Kalb 2011, 14). Diese Einstellungen seien Ausdruck materieller und kultureller Erfahrungen der Entfremdung und Entrechtung, die gegenwärtig nicht anders artikuliert werden könnten, „weil [...] die politischen, beruflichen und unternehmerischen Eliten ‚kosmopolitisch‘ geworden sind und ihr Interesse an der Zusage national garantierter sozialer Rechte verloren haben“ (ebd., 1; eigene Übersetzung). Mit Abstiegsängsten verwobene Klassenerfahrungen würden schließlich abseits des Rechtspopulistischen, im hegemonialen Diskurs „durch Diskurse

über Ethnizität, Einwanderung und Integration zum Schweigen gebracht und unterdrückt werden“ (ebd.; eigene Übersetzung).

Dazu ist anzumerken, dass die klassistische Homogenisierung einer grundsätzlich rechten ‚working class‘ die Lebensrealitäten großer Teile dieser heutigen Arbeiter:innenklasse ignoriert, welche von rechtspopulistischer Rhetorik selbst betroffen sind. Stattdessen wird diese Arbeiter:innenklasse mit der Working-class-populism-These als *weiß* und männlich imaginiert – und damit als vom Aufstieg bisher marginalisierter gesellschaftlicher Gruppen in ihren Privilegien bedroht. Die Prekarisierung des Subjekts „*weißer*, arbeitender Mann“ wird in dieser Argumentationslogik also weiterhin prioritär behandelt (van Dyk/Schütz 2021, 144f.). Diese Erklärung wiederholt sich in den Erzählungen einiger meiner Interviewpartner:innen aus der Stadtverwaltung: Sie sehen den mit rechten Akteur:innen sympathisierenden Anteil Laustädter Bürger:innen in einer prekären Lage, indem sie durch fehlende staatliche Anerkennung und Unterstützung vom sozialen Abstieg bedroht sind – und das gerade im Unterschied zu Westdeutschland.

„Da ist die Gewissheit [...], mal wieder vergessen, abgehängt, [...] nicht so bedeutsam zu sein. Da ist immer noch der Unterschied zu vielen Regionen in Westdeutschland. [...] In Bund und Land sollte man endlich wieder von den Menschen hier reden, sonst erleben wir hier bald eine politische ‚Dunkelflaute‘.“ (Rede des Oberbürgermeisters, 29.11.2017)

Es zeigt sich, dass Migration und Zuzug nur auf den ersten Blick als problematisches bis bedrohliches Zentrum des Laustädter Aushandlungsprozesses erscheinen. Bei genauerer Betrachtung stellen sich migrationsbezogene Themen als „Metanarrativ“ (Foroutan 2019, 166) dar, das den eigentlichen Inhalt – von der Bundespolitik übergangene Ängste vor dem gesellschaftlichen Wandel, ein Anerkennungsdefizit – verdeckt. Demnach skizzieren die Mitarbeiter:innen der Stadtverwaltung in ihren Ausführungen eine Gruppe von passiven und affektgeleiteten ‚besorgten Bürger:innen‘, deren ablehnende Einstellung gegenüber Geflüchteten in Laustadt lediglich ein Ausdruck ihrer Überforderung und Unzufriedenheit mit der gesellschaftlichen Gesamtsituation zu sein scheint. Analog dazu tauchen in den Beschreibungen der Mitarbeiter:innen nach Laustadt geflüchtete Menschen einzig in ihrer Rolle als nicht-zugehörige Affektauslöser:innen auf. So erklärt auch der Oberbürgermeister zu den wachsenden Demonstrationen im Frühjahr 2018, einige Bürger:innen sähen sich „in täglicher Konfrontation mit dem Fremden, dem Ungewohnten, [...] dem nicht Gewollten. Diese Haltung, egal woraus sie sich speist, darf man niemandem absprechen“ (Rede des Oberbürgermeisters, 21.4.2018). Wieso aber wird hier die Gleichsetzung des „Fremden“ mit dem „nicht Gewollten“ beständig vorausgesetzt, und weshalb darf man diese Gefühle laut dem Oberbürgermeister niemandem absprechen, wenn sie im Kern doch rassistisch sind?

Auch die Anthropologin Sara Ahmed beschäftigen Fragen zum Zusammenhang von Affekten und Gruppenkonstruktionen. Ahmed zufolge spielen Gefühle eine entscheidende Rolle in Othering-Prozessen, in der Bildung von Kollektiven und deren Grenzen zum Außen: Kollektivität und Zugehörigkeit werden demnach über die Affekte geformt, die ‚Andere‘ auszulösen scheinen, sie ordnen die Empfindenden einem Kollektiv zu (Ahmed 2004, 26). Zugleich spielt dabei die homogenisierende Attribution von Affekten eine Rolle: „Emotions become attributes of collectives, which get constructed as ‚being‘ through ‚feeling‘“ (Ahmed 2014, 2). Gruppen wie jene ‚besorgten Bürger:innen‘ werden also nicht nur über tatsächlich gemeinsame Gefühle, sondern auch über die Zuschreibung dieser Gemeinsamkeit gebildet. Die kollektivierende Zuschreibung von Emotionalität erfolgt, so Ahmed, stets

aus einer Machtposition heraus, da diese die Unterscheidung zwischen Subjekt und Objekt der Gefühle beinhaltet (ebd., 32). Affekte konstruieren nach Ahmed in ihrer zuordnenden Kategorisierung sowohl das ‚Selbst‘ und das ‚Andere‘ als auch die dazwischenliegende Grenzziehung (ebd., 10).

So sind etwa Gefühle wie Liebe zum ‚eigenen Land‘ oder Angst gegenüber dem ‚Fremden‘ zentral für die Konstitution und Festigung jenes nationalen Wir, das die Unterscheidung zwischen ‚eigen‘ und ‚fremd‘ auszumachen scheint. Dabei wird das ‚Fremde‘ im gesteigerten nationalistischen Narrativ als Grund und Ursprung negativer Gefühle wie Angst und Überforderung konstruiert und reproduziert (ebd., 44). Somit sind die ‚Anderen‘ Ursache des eigenen Hasses, der eine legitime Verteidigung darstellt: ein defensiver ‚Hass aus Liebe‘, welcher die ‚Anderen‘ als Bedrohung beschreibt. Die beständige Wiederholung und Legitimierung dieses Narrativs im öffentlichen Diskurs sorgt laut Ahmed dafür, dass es sich zu „sticky words“ (ebd., 46) entwickelt und sich die Vorstellung von migrantisierten ‚Anderen‘ als Ausgangspunkt dieser Affekte in weiten Teilen der Bevölkerung normalisiert, „produced as an effect of its circulation“ (ebd., 45). Die Wahrnehmung der ‚Anderen‘ als Auslöser:innen negativer Gefühle ist dabei keineswegs als individuell-situativ zu betrachten, sondern als historisch und gesellschaftlich geprägt – es sind „histories that stick“ (Ahmed 2004, 39). Die Angst liegt demnach nicht im Objekt der Angst selbst begründet; stattdessen ist diese Verknüpfung Teil sozialer Imaginationen: „The fear opens up past histories of association [...], which allows the white body to be constructed as apart from the black body in the present“ (Ahmed 2014, 63). Ahmed sieht somit beschriebene Ängste vor den vermeintlich ‚Anderen‘ als begründet etwa in der Geschichte des Kolonialismus, und dennoch verknüpft mit der funktionalen Absicherung gegenwärtiger gesellschaftlicher Strukturen. Grundlage dieser von ihr als ‚Politics of Fear‘ beschriebenen Dynamik ist die Konstruktion einer existenziellen Bedrohung durch das objektivierte ‚Andere‘ zur Legitimation der eigenen privilegierten Machtposition (ebd., 67).

Ahmed führt darüber hinaus aus, dass in einer solchen Krisenerzählung die Produktion des Normalen selbst erfolgt – zur Normalität wird das stilisiert, was nun bereits durch das ‚Andere‘ bedroht zu sein scheint (Ahmed 2004, 26). Mithilfe von Sara Ahmeds Überlegungen wird klar: Dass die Ankunft von geflüchteten Menschen in Laustadt stellenweise unwidersprochen als Bedrohungsszenario erzählt werden kann, normalisiert die öffentliche Abwertung migrantisierter ‚Anderer‘ in der Stadtgesellschaft und verweist auf eine grundsätzlich rassistische Gesellschaftsordnung. Die Angst vor konkreter Kriminalität und Gewalt in Laustadt, aber auch vor einer generellen gesellschaftlichen Pluralisierung, sichtbar an Migration und Zuzug, heißt nicht, dass von Angst betroffene Subjekte tatsächlich gefährdet sind, oder dass alle Subjekte die gleiche Angst empfinden müssten. Die Angst ist „an effect of this process, rather than its origin“ (Ahmed 2014, 72).

Die gesellschaftliche Wahrnehmung, wer Angst auslösen und wer Angst haben sollte, hat trotzdem häufig konkrete Auswirkungen in Form von räumlichen und sozialen Einschränkungen. Aus der wahrgenommenen gesellschaftlichen Angst vor den ‚Anderen‘ gehen, so Ahmeds Beobachtung, Mobilitäts- und Migrationspolitiken hervor, die soziale Räume den asymmetrischen gesellschaftlichen Machtbeziehungen angleichen (ebd., 70). Nachvollziehbar wird diese Beobachtung an den sicherheitspolitischen Maßnahmen, die die Laustädter Stadtverwaltung zwischen 2017 und 2018 durchsetzt. Als Ausgangspunkt dieser Maßnahmen beschreibt mir ein:e Mitarbeiter:in der Stadtverwaltung, dass sich das Sicherheitsgefühl der Bürger:innen aufgrund der medialen Debatte über Gewalt in Laustadt stark verschlechtert habe. In der Folge wird die Videoüberwachung öffentlicher Plätze erhöht, ein Alkoholverbot verhängt sowie Polizei und Migrationssozialarbeit personell aufgestockt (Fröschner/

Warnecke 2019, 38). Hinzu kommt, dass der Innenminister des Bundeslands auf wiederholten Antrag des Laustädter Oberbürgermeisters im Januar 2018 verfügt, dass aufgrund der gewalttätigen Vorfälle vorerst keine weiteren Geflüchteten aus Erstaufnahmeeinrichtungen in Laustadt untergebracht werden sollen (ebd., 59). Dazu erklärt der Oberbürgermeister vor der Stadtverordnetenversammlung, der Zuzug von Geflüchteten sei „den Bürgerinnen und Bürgern von Laustadt derzeit nicht zuzumuten“ (Rede des Oberbürgermeisters, 31.1.2018).

„Einfach nur zuhören und sich Gehör verschaffen“

Aus der Konstruktion dieser ‚besorgten Bürger:innenschaft‘ folgt eine für meine Forschungspartner:innen in der Stadtverwaltung wichtige Schlussfolgerung: Grundlegend für ihre Reaktionen ist die Annahme, dass die Laustädter Bürger:innen, die die Demonstrationen von Landliebe besuchen, trotzdem klar vom rechten politischen Spektrum abgegrenzt werden können. Besonders deutlich macht das der Oberbürgermeister in einer seiner Reden vor der Stadtverordnetenversammlung, in der er auf den steigenden Zulauf bei den Demonstrationen von Landliebe zu Beginn des Jahres 2018 eingeht:

„Natürlich weiß jede und jeder, der zu Kundgebungen wie beispielsweise von Landliebe geht, mit wem er da oft Schulter an Schulter steht. Wir sollten aus diesem Umstand heraus aber nicht alle Teilnehmer zu Rechtsextremen und auch nicht alle zu Rechtspopulisten erklären. Manche Teilnehmer wollen dort einfach nur zuhören und sich Gehör verschaffen.“ (Rede des Oberbürgermeisters, 31.1.2018)

Die diffizile Grenzziehung, die hier aufgemacht wird, verläuft zwischen normal und extrem, zwischen Mitte und Rand. Wie die meisten meiner Forschungspartner:innen steckt der Oberbürgermeister das Feld politischer Spektren über das Extremismuskonzept ab und ordnet die Teilnehmer:innen in Abgrenzung von „Rechtsextremen und [...] Rechtspopulisten“ der gesellschaftlichen Mitte zu. Er verdeutlicht damit ein grundlegendes Prinzip des bundesdeutschen politischen Diskurses: Die vermeintliche Normalität seiner Mitte wird über Abweichung seiner Ränder erklärt (Eitel 2019, 142). Der in die Gesellschaftsstruktur eingeschriebene Rassismus „im Innenraum der politischen Normalität“ kann somit in das „bedrohliche Außen des Extremismus“ (ebd., 149) verdrängt werden. Das Bild eines klar abgrenzbaren Rechtsextremismus erzeugt ein feindliches Äußeres legitimer demokratischer Diskurse und Praktiken.

Die diesem ausklammernden Prinzip zugrundeliegende Strategie affektiver Governance untersucht der Anthropologe Nitzan Shoshan als ‚Management of Hate‘ (Shoshan 2016 sowie Boßmeyer in diesem Band). Michel Foucaults Konzept der Gouvernamentalität (u. a. Foucault 2006) bildet dabei seinen theoretischen Ausgangspunkt. Shoshan überträgt es auf Affekte: Mit dem Management of Hate untersucht er ein „regime of neoliberal governance that clusters distinct discourses and practices and that seeks to orchestrate public affects“ (Shoshan 2016, 19). Die Absicht dieser Regierungspraktiken ist die versuchte, aber zum Scheitern verurteilte Lokalisierung und Externalisierung des phantomhaften „right-wing extremist thing“ (ebd., 169). Denn mit der von Shoshan als beinahe zwanghaft beschriebenen, ständigen Externalisierung des Illegitimen im politischen Raum geht einher, dass ebendieses tabuisierte Andere spiegelbildlich in politische Diskurse eingeschrieben wird, „traversed by [...] a voyeuristic desire to see precisely that which is so strongly tabooed“ (ebd., 20).

Losgelöst von Personen und Gruppierungen bildet das Rechtsextreme die Repräsentation einer diffusen Bedrohung der demokratischen Ordnung, und ist daher Objekt des Managements. Die personalisierte Imagination dieser Bedrohung sieht Shoshan hingegen in der gesellschaftlichen Angst vor unkontrollierbaren, aufbegehrenden Unterschichten (ebd., 15). Dort, wo „old ghosts“ und „new poor“ zusammenkommen, scheint in dieser Imagination die Keimstätte des politisch Illegitimen zu liegen – eine Vorstellung, die mich an den von Kalb befürchteten „return of the repressed“ (Kalb 2011, 14) denken lässt. Shoshan beobachtet das Management of Hate in einem breiten Feld unterschiedlicher Diskurse und Praktiken und in der Mobilisierung verschiedenster gesellschaftlicher Akteur:innen der Demokratieförderung. Sie alle stecken explizit und implizit die Ränder der anerkannten politischen Gemeinschaft ab und reproduzieren dabei die Vorstellung eines bestimmten politisch Illegitimen. Die Logik dieses Management of Hate zielt damit nicht ausschließlich auf rechtsradikale Personen, Gruppen und Spektren selbst, sondern vielmehr auf die sogenannte Mitte der Gesellschaft. Ziel ist die Herausbildung eines darüber legitimierten nationalen Projekts, eines gezügelten und kontrollierbaren – sowohl vom historischen Nationalsozialismus als auch vom heutigen Rechtsextremen als konstitutives Äußeres abgrenzbaren – Nationalismus (Shoshan 2016, 13). Durch das Management of Hate entsteht ein „otherwhere [that] indicates what one is not“ (ebd., 9). So ist es auch meinen Forschungspartner:innen in Laustadt gemeinsam, dass die Abgrenzung vom Rechtsextremismus für sie selbstverständlich ist. Auch wenn sich stark unterscheidet, was sie unter diesem Rechtsextremen verstehen und wo sie es verorten, bildet das Rechtsextreme für alle die jeweils am weitesten entfernte und fraglos illegitimste politische Einstellung.

Doch durch populistische Mobilisierungspraktiken ist gerade diese Grenzziehung zwischen Mitte und Rand herausgefordert: Das Management of Hate, das auf einem klar definierbaren Bild des Rechtsextremen beruht, scheitert an der rechtspopulistischen Inszenierung beispielsweise von Landliebe, weil die vorausgesetzte Unterscheidung zwischen Bürger:innen und Rechtsextremist:innen hier unklar wird. Statt des Klischeebilds jugendlicher Springerstiefelträger sehen die Teilnehmer:innen der Demonstrationen zu einem großen Teil ganz ‚normal‘ aus. Die eindeutige Einordnung und Abgrenzung des ‚zu Rechten‘ scheint auch angesichts des Auftretens und der Größe des Protests in Laustadt instabil und problematisch geworden zu sein. Dem entspricht, dass es großen Teilen des rechtsradikalen Spektrums gegenwärtig nicht darum geht, durch Andersheit aufzufallen, Angst zu verbreiten oder sich Respekt zu verschaffen. Das Ziel ist vielmehr, rechte Inhalte in der Mitte des politischen Diskurses zu verankern. Selbsternannte Vordenker:innen dieser Bewegung, wie Götz Kubitschek und Martin Sellner, bezeichnen das als „Metapolitik“ (Sellner 2017, 57) im „vopolitischen Raum“ (Kubitschek 2017, 43), die radikale Inhalte massentauglich verpackt. Mit dieser „Selbstverharmlosung“ (ebd.) sollen nationalistische, antidemokratische und rassistische Vorstellungen im öffentlichen Diskurs etabliert werden, um schließlich auch die parlamentarische Politik zu beeinflussen. Auch mit Gruppen wie Landliebe werden bisherige Trennlinien so bewusst überschritten.

Das ‚Management of Fear‘

Nitzan Shoshan hat seine empirische Forschung zum Management of Hate Mitte der 2000er Jahre in Berlin durchgeführt. Im 2016 hinzugefügten Nachwort zur Studie merkt er an, dass sich unter anderem mit der europäischen Finanz- und Schuldenkrise und dem ‚Sommer der Migration‘ 2015 inzwischen neue Herausforderungen für das von ihm beschriebene

„national project“, einen legitimen und gezügelten Nationalismus, stellen (Shoshan 2016, 262). Shoshan beobachtet neben dem Aufstieg der AfD in Deutschland eine zunehmende Sag- und Sichtbarkeit von nationalistischen und rassistischen Positionen im öffentlichen Diskurs.

Diese weit verbreiteten und sich verändernden Nationalismen stellen die Logik des Management of Hate in Frage. Denn sowohl Shoshans Untersuchung als auch die von ihm beschriebenen affektiven Regierungspraktiken gehen von einer klaren Grenze zwischen gesellschaftlicher Mitte und unmissverständlich erkennbarem Rechtsextremismus aus – etwas, das in dieser Deutlichkeit heute also weder spektrenübergreifend auf die rechtsradikale Szene, noch auf den in dieser Logik als Mitte bezeichneten Teil der Gesellschaft zutrifft. Shoshan beobachtet daher einen neuen „response mechanism [...] to contain them, to govern their hate“ (ebd., 264). Zur Darstellung kommentiert Shoshan in seinem Nachwort ein Zitat der damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel, in dem sie Verständnis für die Teilnehmer:innen der zu dieser Zeit aufkommenden Pegida-Demonstrationen in Dresden äußert. Diese scheinen für sie zwar fehlgeleitet, aber aus nachvollziehbaren Gründen besorgt zu sein, sie erscheinen unschuldig und verletzlich. Das gleiche Verständnis bringt sie jedoch nicht für die Organisator:innen dieser Demonstrationen auf, die im Gegensatz dazu in ihrem Handeln nicht durch Ängste, sondern durch Hass motiviert zu sein scheinen:

„To be sure, in exculpating and humanizing the marching masses while singling out the culprits, Merkel's words struggle to isolate and control the menace of bad nationalism. [...] Merkel's distribution of sympathy and censure between naive followers and manipulative leaders at the same time acknowledges and embraces the formers' (Islamophobic) feelings, concerns, and demands.“ (ebd., 261)

Merkel versucht also, ebenso wie meine Forschungspartner:innen in der Laustädter Stadtverwaltung, deutlich zwischen der legitimen Angst der Vielen und dem illegitimen Hass Einzelner zu unterscheiden. Dieser Versuch muss jedoch, wie dargestellt, erfolglos bleiben, denn mit ihm geht die entpolitisierende Anerkennung rassistischer Einstellungen einher: Solange ein gewisses Maß eingehalten wird, solange eine bestimmte Grenze nicht überschritten wird, werden auch diese ‚Sorgen und Ängste‘ in ihrer Legitimität nicht in Frage gestellt.

Den Prozess der Neuaushandlung dieser Grenzziehung möchte ich im Anschluss an Nitzan Shoshans Überlegungen zum Management of Hate sowie in Anlehnung an das Konzept der Politics of Fear von Sara Ahmed als ‚Management of Fear‘ greifbar machen. Das Management of Fear beruht auf der Legitimation und Normalisierung der Vorstellung, die ‚Anderen‘, etwa die Geflüchteten, könnten Auslöser:innen gesellschaftlicher Ängste sein. Es wurzelt in der Ein- und Abgrenzung dieser beobachteten Ängste von jenem Illegitimen, das das Management of Hate definiert. Mit den rechtsradikalen Strukturen in der Stadt sind die ‚Sorgen und Ängste‘ in dieser Logik also nicht gleichzusetzen. Damit geht auch die vorangegangene beschriebene Viktimisierung jener Bürger:innen einher, die die Demonstrationen von Landliebe besuchen: Sie erscheinen nicht nur als Opfer ihrer Ängste, die scheinbar durch die ‚Anderen‘ verursacht werden, sondern auch als Opfer der Verführungskunst von Extremist:innen. Der in diesem Verständnis unberechtigten, medialen Kritik an den Zuständen in Laustadt scheinen sie ebenso ausgeliefert zu sein.

Das Ziel des Management of Fear ist die Regulierung und Kontrolle dieser vermeintlichen Ängste – „to orchestrate their political expression, to regulate their public performance, to manage them“ (Shoshan 2016, 261). Damit bezweckt das Management of Fear, ‚besorgte

Bürger:innen' in der demokratischen Gemeinschaft ‚behalten‘ zu können – ein Narrativ, das mir in Laustadt immer wieder begegnet. So erklärt der Laustädter Oberbürgermeister zum Umgang mit den Demonstrationen von Landliebe: „Wir müssen höllisch aufpassen, dass die Mitte der Gesellschaft nicht zerbröselt, sich noch mehr Menschen abwenden oder gar an die extremen Ränder verloren gehen“ (Rede des Oberbürgermeisters, 31.1.2018). Noch deutlicher macht mir eine:r der Mitarbeiter:innen der Stadtverwaltung das Motiv des ‚Verlorengehens‘, ‚Zurückholens‘ und ‚Behaltens‘ der ‚besorgten Bürger:innen‘:

„Also ich sehe das so, dass man den Menschen nur so erreicht und auch sozusagen behalten kann, indem man miteinander spricht. [...] Wenn man jetzt zum Beispiel ein Kind hat, was auf eine Bahn geraten ist [...]. Ich verliere es ja dann, wenn ich sage, ich rede nicht mehr mit dir oder du hast eine andere Weltanschauung und die akzeptiere ich nicht.“

Ausgehend von dieser Infantilisierung einer als passiv imaginierten ‚besorgten Bürger:innen-schaft‘ wird deutlich, dass Affekte einerseits Gegenstand von Regierungspraktiken sein können, letztere andererseits aber ebenso affektiv aufgeladen sind: Jene:r Mitarbeiter:in der Stadtverwaltung sorgt sich um Bürger:innen ähnlich wie um Kinder, die auf die schiefe Bahn zu geraten drohen. Shoshan beschreibt Praktiken einer solchen „affective governance“ als „societal and political projects of regulating, generating, and neutralizing affective publics“ (Shoshan 2016, 17), welche kollektive und individuelle Zukunftsvorstellungen, die Affinität gegenüber der Staatlichkeit, Imaginationen des Nationalen sowie das Verhältnis zum ‚Anderen‘ beeinflussen könnten (ebd.).

Als beispielhaft für ein solches Projekt sehe ich die Laustädter Bürgerdialoge, die ab 2018 monatlich von der Stadtverwaltung veranstaltet wurden. So ist es, wie es der Oberbürgermeister beschreibt, Ziel dieser Dialogveranstaltungen „miteinander im Gespräch zu bleiben [...] und den einen oder anderen wieder aus den Blasen herauszuholen“ (Rede des Oberbürgermeisters, 25.9.2019). Die Bürgerdialoge werden von einem Pfarrer moderiert, während Oberbürgermeister und Stadtverordnetenvorsitzender gemeinsam mit wechselnden Podiumsgästen Publikumsfragen beantworten. Zentraler konzeptioneller Grundstein ist meinen Interviewpartner:innen zufolge, dass die Vertreter:innen der Stadtverwaltung den Meinungen der Bürger:innen zuhören, ihren Empfindungen begegnen und auf ihre Rückmeldungen unmittelbar reagieren können. Gemäß ihrer Erklärung für das Erstarken der rechten Bewegung in Laustadt und der Wahrnehmung einer abgewandten Staatlichkeit, verbindet etwa ein:e Mitarbeiter:in mit den persönlichen Gesprächen eine „besondere Wertschätzung“, die den Bürger:innen hier zuteilwürde. Die Verwaltungsspitze wolle in den Veranstaltungen „nicht als Oberlehrer [...] vors Volk treten und denen erklären, was wir hier machen“ – die Trennung zwischen „die da‘ und ‚wir hier‘“ (Rede des Oberbürgermeisters, 21.4.2018) solle aufgehoben werden. Denn meine Forschungspartner:innen in der Stadtverwaltung sehen genau hier das stadtgesellschaftliche Grundproblem: Sie gehen von einer gestörten Kommunikation zwischen Landes- wie Bundespolitik und Demonstrierenden aus. Mit mehr Anerkennung und Fürsorge für die Bürger:innen und ihre Anliegen, zumindest von der Laustädter Stadtverwaltung, so die Vermutung, verkleinerten sich auch die Demonstrationen von Landliebe. Das gemeinsame Selbst, das Laustädter ‚Wir‘, wird in den Dialogveranstaltungen damit (re-)konstituiert (Raab/Radvan 2020, 24). Als Management of Fear richten sich die Bürgerdialoge der Stadtverwaltung also ebenso wenig an geflüchtete Bewohner:innen der Stadt, wie sie sich mit dem beschriebenen Illegitimen, den Rechtsextremen auseinandersetzen. Im Zentrum stehen vielmehr weiterhin die von diesen beiden

monolithisch erscheinenden Gruppen abgegrenzten ‚besorgten Bürger:innen‘, welchen in den Bürgerdialogen wertschätzend begegnet wird.

Doch auch, wenn sich in Konzeption und Inhalt der Veranstaltungen deutlich deren angenommene Bedürfnisse widerspiegeln, wird dieser Fokus auf die ‚besorgten Bürger:innen‘ von meinen Interviewpartner:innen in der Stadtverwaltung nicht reflektiert. Ein:e Mitarbeiter:in beschreibt mir die Laustädter Bürgerdialoge als wertfreie Plattform für die stadtpolitische Diskussion, zu der grundsätzlich „jeder hinkommen“ kann, auch wenn hauptsächlich „die Laustädterinnen und Laustädter miteinander [...] und nicht Auswärtige über Laustadt reden“ sollen. Die Stadtverwaltung verbleibe durch die Zurücknahme in einer neutralen Position. Ziel sei es, dass der Aushandlungsprozess offen und damit vermeintlich demokratisch abläuft:

„Das ist der Anspruch, aber [...] ans Publikum. [...] Wenn eben drei Rechte reden und kein Linker meldet sich, das ist dann Dialog. Da wollen wir dann in gewisser Weise [...] neutral bleiben. Und wir wollen auch keinen überzeugen, [...] jeder soll seine Meinung haben, und wir, oder andere aus dem Publikum, sagen unsere Meinung oder ihre Meinung, und dann geht jeder nach Hause.“

Zweck der Bürgerdialoge ist es dabei im Sinn des Management of Fear, die affektiv aufgeladene, stadtpolitische Diskussion zu versachlichen. Die gleiche Person erklärt mir, dass die Bürgerdialoge auch dazu dienen würden, dass die ‚besorgte Bürger:innenschaft‘ ihre Gefühle überdenken könne, „dass man da seine Gefühle vielleicht auch versucht ein bisschen einzuordnen“. Aus der Angst und dem Misstrauen unter den Bürger:innen und gegenüber der Stadtverwaltung könne sich im Austausch von Meinungen und Informationen ein akzeptierender Umgang entwickeln.

„Wir hören uns zu“ (Rede des Oberbürgermeisters, 28.5.2018), „Zuhören ist die Devise“ (Rede des Oberbürgermeisters, 26.9.2018) und „das ist vielleicht auch einer der großen Ansätze: Zuhören“ – immer wieder begegnet mir dieser Grundsatz in der Laustädter Stadtverwaltung. Gemäß der Imagination einer ‚besorgten Bürger:innenschaft‘, deren klare Abgrenzbarkeit vom tatsächlich Rechtsextremen hier weiterhin vorausgesetzt wird, soll diese laut einem der Organisator:innen bei den Bürgerdialogen also „Raum bekommen, ihre Ängste und Sorgen zu äußern“. Dieser vertrauensvolle Umgang zwischen Bürger:innen und Stadtverwaltung stellt – zumindest in der Zielstellung meiner Forschungspartner:innen – die verloren gegangene Nähe und Anerkennung wieder her.

Wie genau diese Emotionen in den Bürgerdialogen geäußert werden, und damit auch, ob dieser Raum schließlich zur rechtspopulistischen Inszenierung genutzt wird, tritt deshalb zunächst in den Hintergrund. Weil das Ziel ein „offener Dialog“ sei, wird nur in Einzelfällen in Wortmeldungen eingegriffen: „Für uns ist die Grenze da, wo es strafrechtlich relevante Geschichten gibt, [...] wenn da einer anfängt, den Holocaust zu leugnen oder sowas, dann wird eingegriffen. Aber ansonsten, [...] wir wollen tolerant miteinander umgehen, und Toleranz heißt erdulden“. Indem in die Diskussionen der Bürgerdialoge kaum eingeschritten wird, begegnet die Stadtverwaltung auch dem geläufigen rechten Vorwurf eines ‚Redeverbots‘ im öffentlichen Diskurs. In der juristischen Definition von Hassrede, auf die sich mein:e Interviewpartner:in hier bezieht, liegt jedoch ein um den historischen Nationalsozialismus zentriertes Verständnis von Rassismus vor, wie es auch das Management of Hate beschreibt: Diese Definition geht also von der Annahme aus, dass allein rassistische Äußerungen, die inhaltlich oder affirmativ im Zusammenhang zum Nationalsozialismus stehen, die Würde anderer Menschen angreifen könnten (Cremer 2017, 143). Gerade deshalb können die Dialogveranstaltungen von rechten Akteur:innen als willkommene Bühne

genutzt werden für ihre Inszenierung als oppositionelle Vertretung der Laustädter:innen gegenüber einer inaktiven Verwaltung. Die Dethematisierung der rechten Mobilisierung als Ausgangspunkt der Dialogveranstaltungen und die dadurch fehlende Problembestimmung der Veranstaltenden eröffnen einen Diskursraum, in dem rechte Akteur:innen ihre eigene Problemdeutung darstellen können (Raab/Radvan 2020, 14). Aus den meist polemischen Wortmeldungen der Teilnehmenden von AfD und Landliebe ergibt sich während der Bürgerdialoge eine selbstbestätigende Dynamik, durch die die Diskussionen immer wieder auf Fragen rund um Migration und Zuzug zurückgeführt werden. Im Verlauf der Veranstaltungen ist eine rechte Themensetzung zu beobachten: Migration erscheint in Wortmeldungen unwidersprochen als „großes, womöglich katastrophentartiges Problem“ (ebd.), vom Publikum thematisierte soziale Probleme in Laustadt werden zusätzlich migrantisiert. Es zeigt sich, dass das Konzept der Bürgerdialoge, das auf die direkte Kommunikation mit der ‚Bürger:innenschaft‘ abzielt, gerade deshalb für die populistische Selbstdarstellung rechter Akteur:innen besonders anfällig ist.

Die Laustädter Stadtverwaltung verbleibt in dieser Gemengelage in einer reagierenden Position, aus deren Sicht äußere Umstände dafür sorgen, dass lediglich ‚besorgte Bürger:innen‘ in ihrem Protest ‚zu rechte‘ Einstellungen vertreten (Boßmeyer 2019, 38). So bleibt hier unausgesprochen, dass rassistische Einstellungen eben kein Merkmal des extremen Rands, sondern in der vermeintlichen Mitte der Gesellschaft fest verankert sind. Diese Einstellungswerte, von denen die alltäglichen Rassismuserfahrungen Betroffener erzählen, können seit Jahrzehnten auch in quantitativen Umfragen belegt werden (Quent 2021, 240). Die von der Laustädter ‚besorgten Bürger:innenschaft‘ verkörperte Popularisierung rechter Inhalte macht die Bereitschaft, diese Werte auch auf die Straße zu tragen, lediglich sichtbar.

Meine Forschungspartner:innen in der Stadtverwaltung stellen hingegen ein anderes Motiv für das hohe Mobilisierungspotenzial der Laustädter Bürger:innen voran. Sie sehen die Distanz zwischen Bundespolitik und ostdeutschen Bürger:innen, die fehlende Anerkennung ostdeutscher Belange, als Hauptursache für deren Zustimmung zur rassistischen Protestbewegung. Zwar kann mit dieser Argumentation die im ‚Braunen Osten‘ verortete Abweichung von der Norm einer offenen Gesellschaft plausibilisiert werden. Auch das Selbstbild einer grundsätzlich toleranten und dieser Norm entsprechenden Stadtgesellschaft kann beibehalten werden, obwohl die teilweise Ablehnung derselben deutlich sichtbar ist. Die ungleichen Machtbeziehungen zwischen Ost und West und damit verbundene Abwertungserfahrungen werden in dieser Argumentationslogik aber allein auf *weiße* Ostdeutsche bezogen: Sie werden als zugehörige Bürger:innenschaft konstruiert, deren Privilegien gegenüber Neuhinzukommenden gesichert werden. Auch daran zeigt sich, dass einige meiner Forschungspartner:innen rassistische Grundmuster wie das Aberkennen der gesellschaftlichen Zugehörigkeit von nicht-*weißen* Menschen nicht als solche wahrnehmen. Im Fokus ihres Handelns stehen folglich weiterhin die Laustädter:innen, die nicht von Rassismus betroffen sind.

Rassismus hier zu benennen, heißt keineswegs, andere Unterdrückungsformen außen vor zu lassen. Die Widersprüchlichkeiten und Ambivalenzen, die mir in Laustadt begegneten, sind schließlich ein Argument für den Wert eines mehrdimensionalen Blicks auf parallel bestehende gesellschaftliche Machthierarchien, die hier aufeinandertreffen. Der Laustädter Aushandlungsprozess ist geprägt von der intersektionalen Verschränkung *weißer* Privilegierung einerseits, und der Entwertung ostdeutscher Positionen im hegemonialen Diskurs andererseits. Diese Gleichzeitigkeit ist kein abstrakter Faktor, sondern schlägt sich in einzelnen Subjektpositionen nieder (Arndt 2021, 154) und prägt auch die Argumentation meiner Laustädter Forschungspartner:innen. Gerade in der Untersuchung nicht-dominanter

gesellschaftlicher Gruppen wird so deutlich, dass „die innerhalb der dominanten Gesellschaft Diskriminierten nicht nur qua falschem Bewusstsein an der Aufrechterhaltung von Rassismus interessiert [sind], sondern eben auch um der Stärkung ihrer eigenen Position und Bewahrung ihrer Privilegien willen“ (Rommelspacher 1998, 53).

Ausblick

Anstatt gesellschaftliche Ungleichheiten offen zu kritisieren und sich solidarisch für soziale Gerechtigkeit starkzumachen, greifen die Lösungsansätze in Laustadt einseitig und reproduzieren damit das Bild einer homogenen Gesellschaft. Entgegen dem selbst gesetzten Ziel können diese Ansätze die gesellschaftliche Anerkennung rechter Bewegungen sogar erhöhen, indem die Ursprünge realer Entwertungserfahrungen der Wende- und Nachwendezeit sowie Statusverlustängste der Gegenwart ignoriert bzw. diese ursächlich ‚Anderen‘ zugeschrieben werden.

In diesem Zusammenhang beobachtet Cash Hauke, dass die spezifisch ostdeutsche Ansprache in rechten Mobilisierungen auf den „fruchtbaren Boden von unaufgearbeitetem Rassismus sowie ungehörten intersektionalen Geschichten politischer Kämpfe“ treffen kann (Hauke 2019, 46). Dem Diskurs um den ‚Braunen Osten‘ kommt dabei laut Hauke eine besondere Rolle zu: Damit wird nicht nur der Blick auf die gesamtdeutschen rassistischen Verhältnisse verstellt, in Konfliktsituationen wie in Laustadt kann auch jegliche Rassismuskritik als westdeutsche Zuschreibung abgewehrt werden (ebd., 47). Wie auch im Laustädter Fall, bleiben in Analysen und Lösungsansätzen die Stimmen derer, die selbst von Rassismus betroffen sind, und damit auch die Pluralität ostdeutscher Erfahrungen, meist ungehört: Obwohl ‚der Osten‘ schon immer vielfältig ist, bleibt die Gruppe der Ostdeutschen in diesem Diskurs in ihrer homogen *weißen* Konstruktion bislang oft unhinterfragt. Gegenwärtigen Diskussionen in und über Ostdeutschland fehlt der Blick auf die Verschiedenheit ostdeutscher Erfahrungen und das Bewusstsein für eine Migrationsgeschichte, die weit über den ‚Sommer der Migration‘ 2015 hinaus reicht. Gerade das Sichtbarmachen dieser ostdeutschen Pluralität könnte aber die Basis für neue Bündnisse und gemeinsame Kämpfe bilden.

Obwohl es als mutig hervorzuheben ist, dass bei den Laustädter Bürgerdialogen ein zumindest dialogisch konzipierter Prozess gewählt wurde, wird hier eine solche selbstreflexive und verbindende Auseinandersetzung mit den städtischen Verhältnissen verpasst. Ihr Verlauf macht stattdessen den Nachholbedarf an rassismuskritischer Bildung in der postmigrantischen Gesellschaft deutlich. Dialogveranstaltungen wie die Laustädter Bürgerdialoge könnten grundsätzlich einen Anlass und Ansatzpunkt dazu bieten, wenn ihre Konzeption maßgeblich umgestaltet werden würde – etwa den Handlungsempfehlungen von Raab und Radvan (2020, 35f.) folgend, die neben vielen anderen Punkten als Basis der Veränderung einen grundlegenden Diskriminierungsschutz bei solchen Veranstaltungen fordern. Dazu wäre es jedoch nötig anzuerkennen, dass es sich bei einer rassistisch strukturierten Gesellschaft um ein „gemeinsames Problem handelt, das allerdings sehr unterschiedlich erlebt werden kann – je nachdem, welche Machtposition ich einnehme und welche Privilegien ich genieße“ (Messerschmidt 2009, 20).

Mit diesem rassismuskritischen Verständnis könnten gängige Zuhörpolitiken radikal auf den Kopf gestellt werden: Sie könnten dann nicht mehr unhinterfragt allein als Plattform der als ‚eigen‘ konstruierten Bürger:innenschaft dienen. Würde hier ein Setting geschaffen, in dem Erfahrungen in ihrer Verschiedenheit zur Sprache kommen und gehört werden, dann könnten städtische Dialogveranstaltungen auch Austauschforen für multiple Perspektiven

auf die ostdeutsche Gegenwart und Vergangenheit sein. Mit einer diskriminierungssensiblen und wertschätzenden Basis wären solche Dialoge sogar als Reflexionsort für gemeinsame Erfahrungen der Abwertung, Stereotypisierung und fehlenden Repräsentation denkbar: Gerade hier könnten hegemoniale Deutungsmuster und Rollenzuschreibungen wie die des ‚Braunen Ostens‘ gemeinsam hinterfragt und die zugewiesene Konkurrenz zwischen homogenen Gruppenkonstruktionen wie die ‚der Ostdeutschen‘ und ‚der Migrant:innen‘ aufgebrochen werden. Dialogveranstaltungen, die die gleichwertige Teilhabe wirklich aller Stadtbewohner:innen ermöglichen, könnten Orte der Gegenerzählung sein, die eigenständige, plurale Stimmen hörbar und ein Bewusstsein für gemeinsame Erfahrungen von Ungleichheit und Diskriminierung möglich machen.

LUISE BÖHM hat Europäische Ethnologie an der Humboldt-Universität zu Berlin und Empirische Kulturwissenschaft an der Eberhard Karls Universität Tübingen studiert. Derzeit arbeitet sie in der Antidiskriminierungsberatung des Vereins Opferperspektive. Zuvor war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin im partizipativen Projekt „Ostdeutsche Migrationsgesellschaft selbst erzählen“ an der Technischen Universität Dresden. Sie arbeitet unter anderem zu den Themen Rassismus, Migration und Erinnerungskultur mit einem Schwerpunkt in Ostdeutschland.

Endnoten

- 1 Bei dem in diesem Beitrag verwendeten Vereinsnamen handelt es sich um ein Pseudonym.
- 2 Dieser Beitrag beruht auf ethnografischem Material, das ich 2019 im Zuge meiner Masterarbeit sammeln konnte. Den Schwerpunkt meiner Analyse bilden qualitative Interviews mit Mitarbeiter:innen der Laustädter Stadtverwaltung auf verschiedenen Arbeitsebenen. Zudem stütze ich mich auf teilnehmende Beobachtungen der städtischen Bürgerdialoge, welche die Stadtverwaltung seit 2018 als öffentliche Veranstaltungen durchführte. Ich habe darüber hinaus Reden des Oberbürgermeisters von Laustadt analysiert, die dieser monatlich vor der Stadtverordnetenversammlung gehalten hat. Ergänzt wird das Material durch Expert:inneninterviews in Beratungsstellen, die im Feld der Demokratieförderung in Laustadt tätig sind.
- 3 In der Forschung zu rechten Ideologien und Bewegungen gibt es verschiedene Sichtweisen auf Begriffe wie Rechtsradikalismus, Rechtsextremismus oder extreme Rechte. Birgit Rommelspacher definiert Rechtsextremismus als politische Ideologie, die auf die politische Verfasstheit der Gesellschaft abzielt und auf einer biologistischen Theorie ‚natürlicher‘ Hierarchien beruht (Rommelspacher 2011, 29). Obwohl ich dieser Abgrenzung zustimme, verwende ich im Folgenden für ein solches geschlossenes politisches Einstellungsmuster den Begriff Rechtsradikalismus, der sich trotz seiner weiter bestehenden Schwächen stärker vom Extremismuskonzept abgrenzt (Möller 2016, 133). Insgesamt bleiben beide Begriffe strittig, weil sie suggerieren, dass auch einzelne, damit verbundene Einstellungen Merkmale des ‚extremen‘ oder ‚radikalen‘ ‚Rands‘ seien.

Literaturverzeichnis

- Ahmed, Sara (2004): Collective Feelings. Or, The Impressions Left by Others. In: Theory, Culture & Society 21/2, 25-42.
- Ahmed, Sara (2014): The Cultural Politics of Emotion. London: Routledge.
- Arndt, Susan (2021): Ostdeutschland inmitten intersektionaler Zukünfte. In: Ilko-Sascha Kowalczyk u. a. (Hg.): (Ost)Deutschlands Weg. 35 weitere Studien, Prognosen & Interviews. Teil II – Gegenwart und Zukunft. Berlin/Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 149-169.

- Blickle, Paul u. a. (2015): Gewalt gegen Flüchtlinge. Es brennt in Deutschland. In: Zeit Online, 3.12.2015. URL: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2015-11/rechtsextremismus-fluechtlingsunterkuenfte-gewalt-gegen-fluechtlinge-justiz-taeter-urteile>, aufgerufen am 2.12.2022.
- Boßmeyer, Salome (2019): Perspektiven auf Neo-Nationalismus. Einordnungen eines gesamtgesellschaftlichen Phänomens im Schnittfeld von Kirche und Politik. Humboldt-Universität zu Berlin [unveröffentlichte Masterarbeit am Institut für Europäische Ethnologie].
- Bürk, Thomas u. a. (2012): Stigmatisation of Cities. The Vulnerability of Local Identities. In: Raumforschung und Raumordnung 70, 337-347.
- Cremer, Hendrik (2017): Verbreitung rassistischen Gedankenguts – Meinungsfreiheit hat Grenzen. In: Wissen schafft Demokratie 1/2, 139-147.
- Eitel, Hannah (2019): Sorgen auf Sächsisch. Zur Verharmlosung des Rechtsrucks in Sachsen und Deutschland. In: Barbara Dunkel u. a. (Hg.): Nicht zu fassen. Das Extremismuskonzept und neue rechte Konstellationen. Sammelband zur gleichnamigen Konferenz am 9. und 10. Juni 2017, TU Berlin. Berlin, 141-162.
- El-Tayeb, Fatima (2016): Undeutsch. Die Konstruktion des Anderen in der postmigrantischen Gesellschaft. Bielefeld: transcript.
- Foroutan, Naika (2019): Die postmigrantische Gesellschaft. Ein Versprechen der pluralen Demokratie. Bielefeld: transcript.
- Foucault, Michel (2006): Geschichte der Gouvernementalität I. Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Vorlesungen am Collège de France 1977/1978. Berlin: Suhrkamp.
- Fröschner, Joschka/Jakob Warnecke (2019): Dynamiken rechter Formierung. Potsdam: Aktionsbündnis Brandenburg gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Rassismus.
- Goel, Urmila (2010): Westprivilegien im vereinten Deutschland. In: telegraph 121, 8-15.
- Hauke, J. Cash (2019): Rechte Identitätspolitik und ‚der Osten‘. Eine Analyse aus intersektionaler Perspektive. In: Friedrich Burschel (Hg.): Autoritäre Formierung. Der Durchmarsch von rechts geht weiter. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung, 46-59.
- Häusler, Alexander (2008): Rechtspopulismus als Stilmittel zur Modernisierung der extremen Rechten. In: ders. (Hg.): Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien. Wiesbaden: Springer VS, 37-51.
- Häusler, Alexander (2021): Von Rechtsaußen in die Mitte? Politische Gelegenheitsstrukturen des völkisch-autoritären Populismus in Deutschland. In: Johannes Schütz u. a. (Hg.): Die neue Mitte? Ideologie und Praxis der populistischen und extremen Rechten. Köln: Böhlau, 61-77.
- Heft, Kathleen (2018): Brauner Osten. Überlegungen zu einem populären Deutungsmuster ostdeutscher Andersheit. In: Feministische Studien 36/2, 357-366.
- Kalb, Don (2011): Introduction. Headlines of Nation, Subtexts of Class. Working-Class Populism and the Return of the Repressed in Neoliberal Europe. In: ders./Gábor Halmai (Hg.): Headlines of Nation, Subtexts of Class. Working-Class Populism and the Return of the Repressed in Neoliberal Europe. New York: Berghahn Books, 1-36.
- Kubitschek, Götz (2017): Selbstverharmlosung. In: Sezession 76, 42-44.
- Messerschmidt, Astrid (2009): Antirassistische Bildungsarbeit zwischen Entnormalisierung und Rassismuskritik. In: Stephan Bundschuh u. a. (Hg.): Holzwege, Umwege, Auswege – Perspektiven auf Rassismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit. Düsseldorf: IDA e. V., 16-21.
- Möller, Kurt (2016): Rechtsextremismus und pauschalisierende Ablehnungen. Alte Probleme mit neuen Herausforderungen. In: Wolfgang Frindte u. a. (Hg.): Rechtsextremismus und „Nationalsozialistischer Untergrund“. Wiesbaden: Springer VS, 131-147.
- Quent, Matthias (2021): Was ist neu in der Mitte? In: Johannes Schütz u. a. (Hg.): Die neue Mitte? Ideologie und Praxis der populistischen und extremen Rechten. Köln: Böhlau, 229-242.
- Raab, Michael/Heike Radvan (2020): Dialog-Veranstaltungen als Demokratisierung? Ergebnisse eines Forschungsprojektes. In: MIKOWA Arbeitspapiere 1. Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg.
- Rommelspacher, Birgit (1998): Dominanzkultur. Texte zu Fremdheit und Macht. 2. Auflage, Berlin: Orlanda.
- Rommelspacher, Birgit (2011): Was ist eigentlich Rassismus? In: Claus Melter/Paul Mecheril (Hg.): Rassismuskritik. Band 1: Rassismustheorie und -forschung. Schwalbach im Taunus: Wochenschau, 25-38.
- Sellner, Martin (2017): Die Macht der Gewaltlosigkeit. In: Sezession 76, 56-59.
- Shoshan, Nitzan (2016): The Management of Hate. Nation, Affect and the Governance of Right-Wing Extremism in Germany. Princeton University Press.
- van Dyk, Silke/Johannes Schütz (2021): Ökonomische Notwehr oder autoritäre Wende? Ein Interview zu den Kontroversen um das Erstarken der Neuen Rechten in Europa. In: Johannes Schütz u. a. (Hg.): Die neue Mitte? Ideologie und Praxis der populistischen und extremen Rechten. Köln: Böhlau, 143-157.



Ossifizierung – ein diskursives Muster in der Wissensproduktion über Ost- und Westdeutschland

Kathleen Heft

ABSTRACT: Der Diskussionsbeitrag stellt das Konzept Ossifizierung am Beispiel des medial-öffentlichen Diskurses über den Braunen Osten vor. Ossifizierung wird dabei als diskursive Praxis verstanden, die (gesamt-)gesellschaftliche Phänomene, wie (extrem) rechte Positionen und Praxen, als spezifisch ostdeutsch markiert und diese Besonderheit auf die DDR und ihr Erbe und/oder auf die Transformationserfahrungen der Ostdeutschen seit den 1990er Jahren zurückführt. Darüber hinaus wird Ossifizierung als analyseleitendes Konzept eingeführt, das Impulse aus der post- und dekolonialen Theorie aufnimmt, um eine Auseinandersetzung mit aktuellen ost-westdeutschen (Selbst-)Verhältnissen zu bereichern. Vor dem Hintergrund, dass die Kategorie Ostdeutsch als komplexe und widersprüchliche Subjektposition, Identitätskategorie sowie Selbst- und Fremdzuschreibung verstanden wird, plädiert der Beitrag für ein intersektionales und hegemonie(-selbst-)kritisches Verständnis von Ossifizierung.

SCHLAGWORTE: Deutschland (Östliche Länder), Diskurs, Postkoloniale Theorie, Intersektionalität, Brauner Osten

ZITIERVORSCHLAG: Heft, K. (2025): Ossifizierung – ein diskursives Muster in der Wissensproduktion über Ost- und Westdeutschland. In: Berliner Blätter 91, 53–62, DOI: 10.60789/911188.

Wenn es im Osten mal wieder...

In seinem Kommentar „Die große Ost-Verharmlosung“ (Kraske 2022) schreibt der Journalist und Autor Michael Kraske im Sommer 2022 auf *Spiegel Online* über die Gefahren einer vermeintlichen Verharmlosung des Braunen Ostens¹. Die Grundkonstellation der medial-öffentlichen Debatte skizziert er darin folgendermaßen:

„Es gibt ein deutsch-deutsches Déjà-vu. Wenn es im Osten mal wieder knallt, wenn Rechtsextremisten mit Fackeln vor dem Wohnhaus einer Ministerin aufmarschieren oder die AfD wie bei den Bundestagswahlen in Thüringen und Sachsen stärkste Kraft wird, springt ein ritualisierter Mechanismus an. Aus dem Westen wird naiv gefragt: Wie rechts ist eigentlich der Osten? Im Osten erwachen daraufhin Abwehr-Reflexe:

Schließlich gab es rechten Terror ja nicht nur in Halle an der Saale, sondern auch in Hanau. [...] Kritik an Missständen [wird] als Beleidigung abgetan.“ (ebd.)

Der Umgang mit dem Braunen Osten wird in diesem Zitat als festgefahrener Ritual im deutsch-deutschen Verhältnis dargestellt. Wenn im Osten „mal wieder“ (extrem) rechte Ereignisse stattfinden, wird aus dem Westen mit besorgt-naivem Unverständnis nach dem wirklichen Ausmaß des Rechts-Seins des Ostens gefragt. Als wolle man nicht wahrhaben, was allseits bekannt sein sollte: dass der Osten politisch (extrem) rechts steht. Im Osten hingegen würde die westdeutsche Kritik am Braunen Osten reflexhaft abgewehrt, anstatt sich ihrer zu stellen.

Der kritisch-besorgte Blick richtet sich aus dem Westen auf den Osten. Aus dem Westen werden die offenkundigen Missstände im Osten thematisiert und dessen Larmoyanz kritisiert. Im Osten zeige man hingegen auf den Westen, wo es auch rechte Ereignisse gibt, und verharre in beleidigter Abwehr: Ich war es nicht, der war es auch. Diskurse über eine eigenständige „Ost-Identität“ würden, so Kraske weiter, „die Gründe und Verantwortlichen für gesellschaftliche Fehlentwicklungen im Osten stets im Westen“ suchen (ebd.). Schuldzuweisung und Schuldumkehr als ostdeutscher Debattenmodus. Stattdessen empfiehlt er dem Osten, sich „hier und da an westlicher Praxis zu orientieren. Etwa das Tabu zu beherzigen, nicht für Rechtsextremisten abzustimmen“ (ebd.).

In diesem Problemaufriss stehen sich Ost- und Westdeutsche² als klar voneinander getrennte Gruppen gegenüber, die im (Diskurs um den) Braunen Osten diametral unterschiedliche Perspektiven und Rollen einnehmen und unvereinbare Praxen leben. Beide Seiten, so Kraskes Darstellung, agierten allerdings auf unterschiedliche Weisen inadäquat und sorgten dafür, dass der Braune Osten verharmlost statt bekämpft würde.

An diesen Auszügen aus Michael Kraskes Kommentar möchte ich Ossifizierung als diskursive Praxis und analyseleitendes Konzept erläutern. Dazu bedarf es zunächst eines Überblicks über das Konzept Ossifizierung.

Grundlagen: Was ist Ossifizierung?

Ossifizierung ist die diskursive Praxis, die (gesamt-)gesellschaftliche Phänomene als spezifisch und typisch ostdeutsche Besonderheit versteht, sie auf die DDR und ihr Erbe und/oder auf die (Transformations-)Erfahrungen der Ostdeutschen seit den 1990er Jahren zurückführt und mit diesen erklärt. Ossifizierung verschiebt und externalisiert ein (gesamt-)gesellschaftliches Phänomen in den Osten. Der Westen erscheint hingegen als impliziter Standard, an dem die Devianz des Ostens sichtbar wird und für den keine spezifischen Ursachen und Gründe gesucht werden. Der Neologismus Ossifizierung setzt sich aus dem umgangssprachlichen und bisweilen pejorativ verwendeten Begriff Ossi und der Endung -ifizierung zusammen, die das Gemacht-Werden und damit die Praxis der diskursiven Herstellung von etwas oder jemandem als ostdeutsch betont.³

Ossifiziert werden insbesondere Phänomene und Praxen, die als Normabweichung und Belastung für die Gesellschaft als Ganze wahrgenommen und kritisiert werden. Im Diskurs über den Braunen Osten werden Positionen und Ereignisse der (extremen) Rechten auf Erfahrungen in der DDR und Nachwendezeit zurückgeführt (Heft 2018). Ein Beispiel hierfür ist die „Töpfchentese“, die 1999 in der medialen Öffentlichkeit diskutiert wurde und die behauptete, dass rechte Gewalt in Ostdeutschland aus Gruppen heraus begangen würde und auf die Sauberkeitserziehung in DDR-Kinderkrippen zurückzuführen sei (Heft

2020a, 169-180; Schochow 2013). Neben dem Diskurs über den Braunen Osten finden sich ossifizierende Muster im Diskurs der 2000er und 2010er Jahre über Mütter, die ihre Kinder töten (Heft 2020a), im Diskurs über Corona-Inzidenzen zu Beginn der Corona-Pandemie (Heft 2025) oder auch in positiv konnotierten Diskursen ostdeutscher Besonderheit, wie sie in ostalgischen und ostdeutschen Avantgarde-Diskursen sowie in (extrem) rechten Diskursen zu ostdeutscher Identität gepflegt werden (Hauke 2022 sowie Leser in diesem Band). So heißt es in (extrem) rechten Diskursen gelegentlich, dass Ostdeutsche noch nicht im gleichen Maße ‚verwestlicht‘ seien wie Westdeutsche, und dadurch (extrem) rechten Weltbildern und Positionen zugewandter wären. Auch hier wird der Westen als Standard aufgerufen und der Osten als Besonderheit markiert, wobei der (extrem) rechte Diskurs die Erfahrung des Ossifiziert-Werdens aufgreift und positiv umwendet, indem er behauptet, dass der Osten besonders sei und sich deswegen gegen die westdeutsche Norm stelle. Letzteres Beispiel verdeutlicht, dass auch positive Bezugnahmen auf ostdeutsche Besonderheit und Differenz als Ossifizierung verstanden werden können.

Michael Kraskes Kritik an einer vermeintlichen Verharmlosung des Braunen Ostens verstehe ich in diesem Sinne als ossifizierende Kritik. Es ist vor allem die dichotome, homogenisierende und hierarchische Art und Weise, über Ostdeutschland (und Westdeutschland) zu schreiben. In Kraskes Text erscheinen die Grenzen zwischen Ost und West eindeutig, die Positionen und Rollen klar verteilt. Die Norm und Normalität werden im westdeutschen *Wir* verortet. Diese Art der Wissensproduktion über *den* Osten und *den* Westen knüpft an bestehende hegemoniale Diskurse grundlegender Differenz und Devianz des Ostens an (siehe z. B. Ahbe 2009; Kollmorgen/Hans 2011; Heft 2020a) und schreibt diese fort. Dazu gehört die (Re-)Produktion der sich ausschließenden Kategorien ostdeutsch und westdeutsch und die damit einhergehenden Zuschreibungen von Eigenschaften, Erfahrungsräumen und Handlungsmöglichkeiten. Differenzen und Komplexitäten innerhalb der als homogen und gegensätzlich verstandenen Einheiten werden dabei weitgehend unsichtbar. Zentral ist zudem das hierarchische Verhältnis der Kategorien ost- und westdeutsch, das sich in spezifische Perspektiven, Problemdefinitionen und Wertungen übersetzt. In Kraskes Text erscheint der Osten als (unerzogenes) Kind, das nicht in der Lage oder willens ist, Verantwortung für seine Taten und Positionen zu übernehmen und vom Vorbild des (erwachsenen) Westens zu lernen.

Ein solcher Problemaufriss erschwert es, Gemeinsamkeiten und Unterschiede als Produkte – im doppelten Wortsinn – geteilter, also unterschiedlicher und dennoch miteinander verwobener, aufeinander bezogener Erfahrungen und Prozesse in Geschichte und Gegenwart zu verstehen (Conrad/Randeria 2013). Hinzu kommt, dass die westdeutsche (extreme) Rechte sowie der vermeintlich routinierte und Maßstäbe setzende Umgang mit dieser (extremen) Rechten im Diskurs über den Braunen Osten in gewisser Weise normalisiert und nahezu unsichtbar werden. Diese Diskrepanz ist typisch für den ossifizierenden Diskurs: Das Augenmerk liegt auf dem Sonderfall Ostdeutschland, auf den geblickt, der erklärt und kritisiert wird, während der implizite Normalfall Westdeutschland dahinter verschwindet, sodass es mithin so erscheint, als bedürfe es keiner Auseinandersetzung mit dem Braunen Westen bzw. den komplexen Zusammenhängen und Entwicklungen, die über eine Auseinandersetzung mit der (extremen) Rechten in den Grenzen des nationalen Containers hinausweisen.

Um dem Vorwurf entgegenzutreten, dass differenzierende Analysen der (extremen) Rechten im Osten (un-)bewusst dazu dienen, Kritik abzuwehren, sei hier noch einmal genannt, was ich *nicht* unter Ossifizierung verstehe. Es ist nicht ossifizierend, (extrem) rechte Positionen und Ereignisse im Osten Deutschlands zu benennen und deren Bekämpfung

voranzutreiben. Ossifizierend ist es auch nicht, Differenzen zwischen (extrem) rechten Verhältnissen in Ost- und Westdeutschland darzustellen und nach unterschiedlichen und spezifischen Bedingungen in Vergangenheit und Gegenwart zu fragen. Schlussendlich ist es auch nicht ossifizierend, abwehrende und gekränkte Reaktionen mancher ostdeutscher Akteur*innen oder erstaunte und überforderte Reaktionen mancher westdeutscher Akteur*innen in der medial-öffentlichen Auseinandersetzung mit dem Braunen Osten zu thematisieren. Vielmehr ist es die grundlegende Differenzzuschreibung und Hierarchisierung, die die ossifizierende Praxis in dieser dringend notwendigen Auseinandersetzung mit der (extremen) Rechten in (Ost-)Deutschland ausmacht.⁴

Bezüge des Ossifizierungskonzepts

Das Konzept Ossifizierung nimmt unverkennbar Anleihen bei diskursanalytischen Perspektiven aus dem Feld der post- und dekolonialen Theorie. Dies trifft insbesondere auf die Analyse des Otherings Ostdeutschlands und der damit einhergehenden Ko-Konstruktion des Westens zu, für die neben anderen Edward Said (2003) und Fernando Coronil (2013) theoretische Grundlagen liefern. Othering lässt sich mit Veränderung übersetzen und meint die diskursive Herstellung von Anderen, denen Eigenschaften und Praxen zugeschrieben werden, die im Eigenen (dem Westen) nicht vorkommen sollen und dürfen.

Das Orientalismus-Konzept von Said verdeutlicht, dass und wie der Orient in der europäischen Aufklärung und im europäischen Kolonialismus Produkt einer fortlaufenden machtvollen Wissensproduktion über den Orient als Anderes des Westens ist. Bei Said wird zudem deutlich, dass der Westen nur als Gegenstück zum Orient denkbar wird. Folglich sind weder Orient noch Okzident einfach vorhandene, von sich aus gegebene Entitäten. An dieser Stelle setzt Coronils Okzidentalismus-Kritik an, die dazu anregt, sich damit auseinanderzusetzen, wie sich der Westen über die Herstellung von (post-)kolonialen Anderen konstituiert. Er fordert, den „Blick auf den Zusammenhang zwischen den Beobachteten und den Beobachtern, zwischen den Produkten und der Produktion, zwischen dem Wissen und den Orten seiner Entstehung“ zu werfen (Coronil 2013, 472). Übertragen auf den deutsch-deutschen Kontext können diese Ansätze zu einer Auseinandersetzung darüber anregen, welche Rolle die fortlaufende Konstruktion von Ost- und Westdeutschland und die Ossifizierung des Ostens im Diskurs unter anderem über den Braunen Osten spielt.

Für den (ost-)europäischen Kontext wurden seit den 1990er Jahren eine Reihe von Adaptionen dieser und anderer post- und dekolonialer Ansätze vorgeschlagen, die weitere Anstöße für eine Analyse des deutsch-deutschen Diskursraums geben können.⁵ Diese Ansätze können als *traveling theory* (Said 1998; Hladík 2011) verstanden werden, die in unterschiedlichen Kontexten rezipiert und für diese adaptiert wird. Der Philosoph Radim Hladík bemerkt mit Blick auf die Reisen postkolonialer Theorie in postsozialistische Kontexte: „For a traveling theory to be transformed, the distance it has traveled should be properly acknowledged. [...] [T]he case for post-colonial theory tends to be argued in the opposite manner: it aims to postulate the essential identity of both historical conditions“ (Hladík 2011, 585). Hladík stellt also fest, dass die Distanz und damit die mitunter gravierenden Unterschiede zwischen den Entstehungs- und Anwendungskontexten postkolonialer Theorie in der bisherigen Forschung oft ausgeblendet wurden, anstatt sie anzuerkennen und mit ihnen zu arbeiten.

Als analyseleitendes Konzept behauptet Ossifizierung nicht, dass der Osten eine Kolonie des Westens sei und deshalb mit post- und dekolonialer Theorie analysiert werden könne (Heft 2023).⁶ Ansätze der post- und dekolonialen Theorie ermöglichen Erkenntnisse über

die Strukturiertheit moderner, westlicher Gesellschaften – wie der deutschen Nachkriegsgesellschaft in Ost und West –, die sich im Kontext des europäischen Kolonialismus und der Aufklärung herausgebildet haben. Unser (Selbst-)Verständnis vom Osten und Westen, vom Eigenen und Anderen, von Norm und Abweichung werden nach wie vor von (post-)kolonialen Mustern geprägt. Vor diesem Hintergrund erfolgt auch der Vorschlag, einen eigenen Begriff für die Analyse der Veränderung des Ostens im Kontext des vereinten Deutschlands zu nutzen. Eine direkte Übernahme von Begriffen, wie Orientalismus, Balkanismus (Todorova 1997) oder anderer Konzepte aus dem Repertoire dieser vielfältigen Ansätze, verdeckt mithin, wie weit diese Theorien gereist sind. Mit dem Begriff Ossifizierung wird der Geltungsrahmen des Konzepts auf das vereinte Deutschland begrenzt und Distanz zur These einer Kolonisierung des Ostens gehalten.

Intersektionalität und Hegemonie(-selbst-)kritik

Vor allem in der Auseinandersetzung mit den (extrem) rechten Realitäten im Osten Deutschlands wurde Kritik und Unbehagen angesichts der Analyse des Ostens als ‚Opfer‘ von Ossifizierung geäußert. Können wir uns der Ossifizierung des Ostens zuwenden, wenn die Beobachtung im Raum steht, dass, wie es Patrice Poutrus formuliert, eine „Unfähigkeit oder [ein] Unwille [besteht], den virulenten Rassismus in Ostdeutschland als ein spezifisch ostdeutsches Problem anzuerkennen“ (Poutrus 2022, o. S.)?⁷ Wie kann das analyseleitende Konzept Ossifizierung der Komplexität und Widersprüchlichkeit gerecht werden, die dem Osten als Subjektposition, Fremd- und Selbstzuschreibung und Identitätskategorie innewohnt?

Dementsprechend heißt es, sich bewusst zu machen, dass der Osten sowohl ossifiziert wird als auch an hegemonialem Deutsch-Sein teilhat. Sandra Matthäus spricht auch von einer „Doppelzugehörigkeit“ des Ostens (Matthäus 2019, 133) und schlägt vor, den Osten „als Teil ‚des Westens‘ wie ‚des (sozialistischen) Rests‘“ zu verstehen (ebd., 131; Heft 2020a, 282-285). Ostdeutsch besetzt sowohl nicht-hegemoniale und ossifizierte als auch hegemoniale Positionierungen und Perspektiven. Je nach Kontext und Perspektive wird es aus (West-)Deutsch-Sein ausgeschlossen oder kann am Deutsch-Sein partizipieren (Goel 2025).⁸

Ich verstehe Ossifizierung mit Gabriele Dietze als hegemonie(-selbst-)kritisches Konzept (Dietze 2008; Dietze 2009),⁹ das zwei Perspektiven verpflichtet ist: einerseits der Hegemoniekritik der Ossifizierung und andererseits der (Selbst-)Kritik an hegemonialen Aspekten von Ostdeutsch-Sein im vereinten Deutschland. Hegemonie(-selbst-)kritik bedeutet, dass eine Auseinandersetzung mit hegemonialen Verhältnissen, wie sie im ossifizierenden Ost-West-Verhältnis begründet sind, die „Reflexion der Existenz unmarkierter hegemonialer Aspekte innerhalb kritischer Positionen“ (Dietze 2008, 35) einbeziehen muss. Das bedeutet auch, die grundlegende Intersektionalität/Interdependenz (Walgenbach 2007) der Kategorie und Subjektposition Ostdeutsch im Blick zu behalten. Nicht alle Ostdeutschen (und Westdeutschen) werden in der ossifizierenden Praxis gleich positioniert und verändert, Schwarze Ostdeutsche und Ostdeutsche, die selbst oder deren Eltern migriert sind, sind mithin anders aufgestellt und von Ossifizierung betroffen als weiße Ostdeutsche; Ostdeutsche, die in der DDR als Oppositionelle verfolgt wurden oder nicht studieren durften, haben möglicherweise eine andere Perspektive als jene, die nicht diesen Gruppen angehörten. Diese komplexen Überschneidungen und Verstrickungen von Machtverhältnissen können mit einer dezidiert intersektionalen und hegemonie(-selbst-)kritischen Herangehensweise aufgefangen und bearbeitet werden.

Die Analyseperspektive Ossifizierung schafft damit in erster Linie Aufmerksamkeit für die diskursive Praxis Ossifizierung, also für den medial-öffentlichen Diskurs, der den Osten als Anderes des Westens herstellt und damit (gesamt-)gesellschaftliche Phänomene in den Osten externalisiert. Die Diagnose Ossifizierung kann allerdings nur ein erster Schritt sein, hin zu einem anderen Diskurs und damit einhergehend auch zu anderen (Forschungs-) Fragen und Praxen angesichts (extrem) rechter Verhältnisse im gegenwärtigen Deutschland und darüber hinaus.

Statt immer wieder den Braunen Osten als Praxis der Anderen im Osten heraufzubeschwören und zu verurteilen, ist eine Auseinandersetzung mit den komplexen (rechten) Verhältnissen, geteilter Geschichte und Gegenwart wünschenswert. Diese sollte weder eine (grundlegende) Differenz zwischen Ost und West als gegeben voraussetzen und erneut festschreiben noch den Blick verschließen vor Spezifika sowie eigenen Möglichkeitsbedingungen und Ausprägungen (extrem) rechter Politiken, die sich *auch* in der DDR und der Nachwendezeit begründen können (Poutrus u. a. 2000). Das heißt vor allem, auch den Westen mit in den Blick zu nehmen und ihn nicht implizit als „stille Norm“ (Dietze 2009) und Standard zu setzen.

KATHLEEN HEFT  ist Kulturwissenschaftlerin. Sie forscht zum Diskursraum Ostdeutschland, Postkolonialer Theorie in postsozialistischen Kontexten, Migration in die DDR sowie Ostdeutschland als postmigrantischer Gesellschaft. Ihre Dissertation *Kindsmord in den Medien. Eine Diskursanalyse ost-westdeutscher Dominanzverhältnisse* erschien 2020. Als Co-Herausgeberin veröffentlichte sie 2022 den Sammelband *Feministische Visionen vor und nach 1989*. Am Fachinformationsdienst Sozial- und Kulturanthropologie koordiniert sie das DFG-geförderte Projekt „EthnOA – Open Access in den ethnologischen Fächern“.

Endnoten

- 1 Der Braune Osten wird in diesem Text als Diskurs verstanden, der (extrem) rechte Positionen und Ereignisse, wie beispielsweise (extrem) rechte Gewalt oder die Wahl von (extrem) rechten Parteien, als Problem des Ostens verhandelt. Ostdeutschland wird in diesem Diskurs anders diskursiviert als Westdeutschland, wobei Unterschiede als Abweichung des Ostens vom Westen verstanden werden (Heft 2018). Im Diskurs über den Braunen Osten gibt es unterschiedliche Begriffe und Konzepte für (extrem) rechte Positionen und Ereignisse, darunter Rechtsextremismus und Rechtspopulismus. Zudem verhandelt der Diskurs ein breites Spektrum an Phänomenen und Praxen als (extrem) rechts. Ich habe mich entschieden, alle im Diskurs verhandelten vielfältigen Phänomene und Praxen, Positionen und Ereignisse als (extrem) rechts zu benennen. Ich danke dem AK West-Ost, insbesondere Heike Radvan, Christin Jänicke und Daniel Kubiak, für einen erhellenden Austausch zu unterschiedlichen Konzepten und Begriffen in der Forschung zur (extremen) Rechten in (Ost-)Deutschland.
- 2 Ich verstehe die Begriffe ost- und westdeutsch als Kategorien in einem Diskurs, der Differenzen zwischen ost- und westdeutsch herstellt und ihnen Bedeutung beimisst. Ost- und westdeutsch können Subjektposition, Fremd- und Selbstzuschreibung oder/und Identitätskategorie sein. Wer oder was genau damit gemeint ist, hängt vom konkreten Gebrauch im Diskurs ab. In der Regel wird ostdeutsch für Personen und Orte, Gegenstände und Praxen gebraucht, die mit (einer Herkunft aus) der DDR oder den ostdeutschen Bundesländern, mit deren Geschichte oder Gegenwart in Verbindung gebracht werden. Ich nutze sowohl ost- und westdeutsch als auch Osten und Westen und beziehe mich damit in diesem Text immer auf den deutschen Kontext.

- 3 Der Begriff Ossifizierung wurde bereits vereinzelt seit den 1990er Jahren im medialen Diskurs verwendet, um eine „Verseuchung“ von westdeutschen Standards durch ostdeutsche Abweichungen und damit einhergehende Veränderungen zum Schlechten zu bezeichnen (Heft 2020a, 245f.). Der Begriff Ossifizierung lässt sich nicht ohne Abstriche ins Englische übertragen. Insbesondere der semantische Gehalt der Bezeichnung Ossi, ihr historischer Kontext und ihre abschätzige Konnotation (Wedl 2009), gehen in der gängigen Übersetzung von Ossi als East German verloren. Sowohl die Übersetzung als ossification als auch die Nutzung des deutschen Neologismus Ossifizierung bedürfen der Erläuterung und Kontextualisierung. Außerdem muss bedacht werden, dass ossification im Englischen (und im Deutschen) bereits als medizinischer Fachbegriff existiert und Verknöcherung meint.
- 4 In Texten, die sich mit der (diskursiven) Herstellung von Ost- und Westdeutschland und deren dominanten Begrifflichkeiten, Kategorien und Hierarchien auseinandersetzen, finden sich oftmals ähnliche Disclaimer, die die Lesarten (den Vorwurf) der Schuldumkehr und der Selbstviktimsierung sowie der Verharmlosung des Braunen Ostens vorwegnehmen und zu entkräften suchen (siehe hierzu etwa das Kapitel „Sprechen und Sprecher: „Jammern““ in Oschmann 2023).
- 5 Zu den Weiterentwicklungen post- und dekolonialer Theorie für den ost-west-europäischen und postsozialistischen Kontext zählen Larry Wolff: *Inventing Eastern Europe* (1994), Melica Bakić-Hayden: „Nesting Orientalisms: The Case of Former Yugoslavia“ (1995), Maria Todorova: *Imagining the Balkans* (1997), Matti Bunzl: „The Prague Experience: Gay Male Sex Tourism and the Neocolonial Invention of an Embodied Border“ (2000), Paul Cooke: *Representing East Germany since Unification: from Colonization to Nostalgia* (2005), Michał Buchowski: „The Specter of Orientalism in Europe: From Exotic Other to Stigmatized Brother“ (2006) und Iveta Jusová: „Situating Czech Identity. Postcolonial Theory and ‚the European Dividend‘“ (2016), um nur einige wenige zentrale Texte zu nennen.
- 6 Dazu sei angemerkt, dass diese Position durchaus vertreten und kritisch diskutiert wird (Dümcke/Vilmar 1995; Cooke 2005; kritisch zur Gleichsetzung von „post“ in postkolonial und postsozialistisch: Moore 2001).
- 7 Poutrus äußert Vorbehalte gegenüber der Analogiebildung zwischen Ostdeutschen und Migrant*innen bzw. Muslim*innen (siehe auch Heft 2020b).
- 8 Ähnlich argumentiert Jusová mit ihrem Konzept der „europäischen Dividende“ (Jusová 2016). Tschechische Feministinnen partizipieren demnach an Europa bzw. Europäisch-Sein, wodurch ihnen eine „europäische Dividende“ zufällt, eine Zugehörigkeit zu Europa und damit einhergehende symbolische Erträge, obwohl sie zugleich innerhalb Europas als östlich marginalisiert werden.
- 9 Eine weitere Verwandtschaft besteht mit den Konzepten Westzentrismus oder Critical Westness, die seit Anfang der 2000er Jahre mit Blick auf das vereinigte Deutschland formuliert wurden (Watson 2001; Goel 2010; Schulze 2019).

Literaturverzeichnis

- Ahbe, Thomas (2009): Die Ost-Diskurse als Struktur der Nobilitierung und Marginalisierung von Wissen. Eine Diskursanalyse zur Konstruktion der Ostdeutschen in den westdeutschen Medien-Diskursen 1989/90 und 1995. In: ders. u. a. (Hg.): *Die Ostdeutschen in den Medien. Das Bild von den Anderen nach 1990*. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag, 59-112.
- Bakić-Hayden, Melica (1995): *Nesting Orientalisms: The Case of Former Yugoslavia*. In: *Slavic Review* 54/4, 917–931.
- Buchowski, Michał (2006): *The Specter of Orientalism in Europe: From Exotic Other to Stigmatized Brother*. In: *Anthropological Quarterly* 79/3, 463-482.
- Bunzl, Matti (2000): *The Prague Experience: Gay Male Sex Tourism and the Neocolonial Invention of an Embodied Border*. In: Daphne Berdahl u. a. (Hg.): *Altering States. Ethnographies of Transition in Eastern Europe and the Former Soviet Union*. Ann Arbor: University of Michigan Press, 70-95.
- Conrad, Sebastian/Shalini Randeria (2013): *Einleitung: Geteilte Geschichten – Europa in einer postkolonialen Welt*. In: ders. u. a. (Hg.): *Jenseits des Eurozentrismus. Postkoloniale Perspektiven in den Geschichts- und Kulturwissenschaften*. 2., erweiterte Auflage, Frankfurt/Main/New York: Campus, 32-70.
- Cooke, Paul (2005): *Representing East Germany since Unification: from Colonization to Nostalgia*. Oxford/New York: Berg.
- Coronil, Fernando (2013): *Jenseits des Okzidentalismus. Unterwegs zu nichtimperialen geohistorischen Kategorien*. In: Sebastian Conrad u. a. (Hg.): *Jenseits des Eurozentrismus. Postkoloniale*

- Perspektiven in den Geschichts- und Kulturwissenschaften. 2., erweiterte Auflage, Frankfurt/Main/New York: Campus, 466-505.
- Dietze, Gabriele (2008): Intersektionalität und Hegemonie(selbst)kritik. In: Wolfgang Gippert u. a. (Hg.): Transkulturalität. Gender- und bildungshistorische Perspektiven. Bielefeld: transcript, 27-43.
- Dietze, Gabriele (2009): Okzidentalismuskritik. Möglichkeiten und Grenzen einer Forschungsperspektivierung. In: dies. u. a. (Hg.): Kritik des Okzidentalismus. Transdisziplinäre Beiträge zu (Neo)Orientalismus und Geschlecht. Bielefeld: transcript, 23-54.
- Dümcke, Wolfgang/Fritz Vilmar (1995): Was heißt hier Kolonialisierung? Eine theoretische Vorklärung. In: dies. (Hg.): Kolonialisierung der DDR. Kritische Analysen und Alternativen des Einigungsprozesses. Münster: Agenda, 12-21.
- Goel, Urmila (2010): Westprivilegien im vereinten Deutschland. In: telegraph 120/121, 8-15.
- Goel, Urmila (2025): Von ‚Ostdeutschen‘, ‚Migrant:innen‘ und hegemonialem Deutschsein. In: Sandra Matthäus (Hg.): Der andere Blick auf „den Osten“. Zum Paradigmenwechsel in der Ostdeutschlandforschung. Bielefeld: transcript, 83-105.
- Hauke, J. Cash (2022): Wer ist das Volk? Erinnerungspolitische Leerstellen als Aktionsfeld rechter Ostdeutschlandpolitik. In: Karin Aleksander u. a. (Hg.): Feministische Visionen vor und nach 1989. Geschlecht, Medien und Aktivismen in der DDR, BRD und im östlichen Europa. Opladen u. a.: Barbara Budrich, 295-314.
- Heft, Kathleen (2018): Brauner Osten – Überlegungen zu einem populären Deutungsmuster ostdeutscher Andersheit. In: Feministische Studien 36/2, 357-366.
- Heft, Kathleen (2020a): Kindsmord in den Medien. Eine Diskursanalyse ost-westdeutscher Dominanzverhältnisse. Opladen u. a.: Budrich Academic Press.
- Heft, Kathleen (2020b): Die Migrantisierung der Ostdeutschen? Im Gespräch mit Naika Foroutan. In: Lydia Lierke/Massimo Perinelli (Hg.): Erinnern stören. Der Mauerfall aus migrantischer und jüdischer Perspektive. Berlin: Verbrecher, 423-447.
- Heft, Kathleen (2023): Wie über den Osten sprechen? Von der Kolonisierung zur Ossifizierung. In: LaG-Magazin – Lernen aus der Geschichte 06/2023, 25-32. URL: <http://lernen-aus-der-geschichte.de/Lernen-und-Lehren/content/15498>, aufgerufen am 15.8.2023.
- Heft, Kathleen (2025): Ossifizierung in medialen Krisen-Diskursen. Othering und zeitliche Distanzierung im Kindsmord-Diskurs. In: Sandra Matthäus (Hg.): Der andere Blick auf „den Osten“. Zum Paradigmenwechsel in der Ostdeutschlandforschung. Bielefeld: transcript, 107-132.
- Hladík, Radim (2011): A Theory's Travelogue: Post-Colonial Theory in Post-Socialist Space. In: *Teorie Vědy / Theory of Science* 33/4, 561-590.
- Jusová, Iveta (2016): Situating Czech Identity. Postcolonial Theory and "the European Dividend". In: dies./Jiřina Šiklová (Hg.): *Czech Feminisms: Perspectives on Gender in East Central Europe*. Bloomington: Indiana University Press, 29-45.
- Kollmorgen, Raj/Torsten Hans (2011): Der verlorene Osten. Massenmediale Diskurse über Ostdeutschland und die deutsche Einheit. In: Raj Kollmorgen u. a. (Hg.): *Diskurse der deutschen Einheit. Kritik und Alternativen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 107-165.
- Kraske, Michael (2022): Die große Ost-Verharmlosung. In: Spiegel Online, 16.7.2022. URL: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/rechtsextremismus-die-grosse-ost-verharmlosung-a-0d6f3d33-d9d4-452e-9970-c91ee8dae2b7>, aufgerufen am 20.7.2022.
- Matthäus, Sandra (2019): ‚Der Osten‘ als Teil ‚des Westens‘ und ‚des Rests‘. Eine unmöglich knappe Skizze der Potenziale Postkolonialer Theorien für eine Analyse ‚des Ostens‘. In: *Femina Politica* 28/2, 130-135.
- Moore, David Chioni (2001): Is the Post- in Postcolonial the Post- in Post-Soviet? Toward a Global Postcolonial Critique. In: *PMLA* 116/1, 111-128.
- Oschmann, Dirk (2023): *Der Osten: eine westdeutsche Erfindung*. Berlin: Ullstein.
- Poutrus, Patrice G./Jan C. Behrends/Dennis Kuck (2000): Historische Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in den neuen Bundesländern. In: *APuZ B* 39, 15-21.
- Poutrus, Patrice G. (2022): Fremd im eigenen Land? Ostdeutsche als Migrant:innen? Eine skeptische Entgegnung. In: *Bpb.de*, 13.4.2022. URL: www.bpb.de/themen/migration-integration/kurzdossiers/507194/fremd-im-eigenen-land-ostdeutsche-als-migrant-innen-eine-skeptische-entgegnung/, aufgerufen am 17.3.2023.
- Said, Edward W. (1998): *Traveling Theory*. In: Rainer Ganahl (Hg.): *Imported: A reading seminar*. New York: Semiotext(e), 157-181.
- Said, Edward W. (2003): *Orientalism*. New York: Vintage.
- Schochow, Maximilian (2013): Erzählungen über ein fremdes Land. Die Töpfchen-These oder: Von der richtigen Erziehung. In: Rebecca Pates/ders. (Hg.): *Der „Ossi“*. Mikropolitische Studien über einen symbolischen Ausländer. Wiesbaden: Springer VS, 175-187.

- Schulze, Heiner (2019): Critical Westness: Unsichtbare Normen und (west)deutsche Perspektiven. In: Ost|Journal 5/2019, 38-43.
- Todorova, Maria (1997): Imagining the Balkans. New York/Oxford: Oxford University Press.
- Walgenbach, Katharina (2007): Gender *als* interdependente Kategorie. In: dies. u. a. (Hg.): Gender als interdependente Kategorie. Neue Perspektiven auf Intersektionalität, Diversität und Heterogenität. Opladen/Farmington Hills: Barbara Budrich, 23-64.
- Watson, Peggy (2001): Gender and Politics in Postcommunism. In: Gabriele Jähnert u. a. (Hg.): Gender in Transition in Eastern and Central Europe. Proceedings. Berlin: trafo, 37-48.
- Wedl, Juliette (2009): Ein Ossi ist ein Ossi ist ein Ossi. Regeln der medialen Berichterstattung über „Ossis“ und „Wessis“ in der Wochenzeitung *Die Zeit* seit Mitte der 1990er Jahre. In: Thomas Ahbe u. a. (Hg.): Die Ostdeutschen in den Medien. Das Bild von *den Anderen* nach 1990. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag, 113-133.
- Wolff, Larry (1994): Inventing Eastern Europe. The Map of Civilization on the Mind of the Enlightenment. Stanford: Stanford University Press.



Zwischen Internationaler Solidarität und Rassismus. Ein Gespräch über die Vielschichtigkeit rassistischer Machtverhältnisse und antirassistischen Anspruchs im Kontext der DDR

Ilanga Mwaungulu und Urmila Goel

ABSTRACT: In ihrer Masterarbeit hat Ilanga Mwaungulu das Verhältnis von Internationaler Solidarität und Rassismus in der DDR beleuchtet, indem sie die Solidaritätskampagne für Angela Davis in der Frauenzeitschrift *Für Dich* untersuchte. Im Gespräch mit Urmila Goel spricht Mwaungulu über ihre Motivation für diese Forschung, ihre zentralen Erkenntnisse und deren Rezeption. Dabei geht sie auch auf ihre Schwarze ostdeutsche Familiengeschichte, ihre Rassismuserfahrungen sowie antirassistischen Aktivismus ein. Sie plädiert dafür, Rassismus in der DDR und in Ostdeutschland sowohl in seiner Spezifik als auch in seiner gesamtdeutschen Kontinuität zu verstehen sowie die Konsequenzen eines „Ost-Bashings“ zu betrachten.

SCHLAGWORTE: Rassismus, DDR, Internationale Solidarität, Brauner Osten, Ossifizierung

ZITIERVORSCHLAG: Mwaungulu, I., Goel, U. (2025): Zwischen Internationaler Solidarität und Rassismus. Ein Gespräch über die Vielschichtigkeit rassistischer Machtverhältnisse und antirassistischen Anspruchs im Kontext der DDR. In: *Berliner Blätter* 91, 63–74, DOI: 10.60789/911183.

G OEL: Du hast über Rassismus in der DDR Deine Masterarbeit (Mwaungulu 2020)¹ geschrieben. Was war Deine Motivation dafür?

MWAUNGULU: Ich habe mich viel mit Rassismus in Deutschland beschäftigt. Die Auseinandersetzung war aber sehr westdeutsch geprägt. Eine DDR-Perspektive kam in dem, was mir begegnet ist, sehr wenig bis gar nicht vor. Da ich aus einer Schwarzen ostdeutschen Familie komme, fehlte mir da etwas.

GOEL: Was hat dir gefehlt?

MWAUNGULU: Das finde ich gar nicht so leicht zu formulieren. Schon allein die Kategorien haben nicht gepasst. Die westdeutsche Erzählung war sehr stark von den Erfahrungen sogenannter Gastarbeiter*innen und ihrer Kinder geprägt. Das ist eine ganz andere Geschichte als die der Vertragsarbeit in der DDR, die aber wiederum auch nicht meine Familiengeschichte ist. Die westdeutschen Rassismusreferenzen spielen also zu einer anderen

Zeit und es geht um andere Gruppen. Auch der gesellschaftliche Rahmen war ein anderer. In der westdeutschen Gesellschaft musste die Frage, was Rassismus für eine sozialistische Gesellschaft heißt, nicht gestellt werden. Der Fokus derer, die sich engagiert haben, lag auf Rassismus in einer kapitalistischen Gesellschaft. Für Westdeutschland macht das total Sinn, aber für die DDR kann das zumindest nicht ungebrochen übernommen werden.

Internationale Solidarität

MWAUNGULU: In meiner Familie ist Internationale Solidarität ein großes Thema. Mein Großvater wäre ohne sie nicht nach Deutschland gekommen. Er ist allerdings auch aus der DDR abgeschoben worden. Dass einem Kommunisten in einem sozialistischen Land das Exil ermöglicht und dann wieder entzogen wird, das war eine Erfahrung, die ich nicht gefunden habe in westdeutschen Erzählungen.

GOEL: Kannst Du etwas zur Geschichte Deines Großvaters sagen?

MWAUNGULU: Mein Großvater war Teil einer antikolonialen kommunistischen Bewegung und hatte die Möglichkeit, zum Studium in die DDR zu kommen. Zur Befreiung des Landes, in dem er gelebt hat, ist er dorthin zurückgegangen. Statt dort den Sozialismus mit aufbauen zu können, wurde er aber verfolgt und ist ins Exil in die DDR zurückgekommen. Die Ehe mit meiner weißen deutschen Großmutter und sein Status als verfolgter Kommunist haben ihm die Möglichkeit gegeben, in der DDR zu leben. Ungefähr ein oder zwei Jahre nach der Scheidung meiner Großeltern wurde er abgeschoben. Er konnte nicht in das Land zurück, in dem er vor seinem Exil gelebt hatte, und konnte auch in der DDR nicht mehr bleiben. Da er staatenlos war, ist er dann nach Westberlin gegangen.

GOEL: Du verbindest seine Geschichte mit dem Label Internationale Solidarität?

MWAUNGULU: Ja. In seiner Erzählung war es ganz bedeutend, dass er als Kommunist in einem sozialistischen Land im Exil war und von da aus auch weiter politisch aktiv sein konnte. Er war aus der DDR heraus ein führendes Mitglied der Ostblock-Sektion seiner politischen Partei, die nur im Exil arbeiten konnte. Diese Möglichkeit zu haben, politisch weiter seine Sachen voranzutreiben, war stark an diesen Rahmen von Internationaler Solidarität gebunden. Auch, dass er als Kommunist im Exil war und weiterhin für den Sozialismus arbeitete.

GOEL: Du hast gesagt, er wurde abgeschoben. Was heißt das im DDR-Kontext?

MWAUNGULU: Ihm wurde gesagt, er darf nicht mehr in der DDR bleiben und muss ausreisen. Wie das war, ob er ins Gefängnis kam, weiß ich nicht genau. Mir ist auch nicht immer klar, was ich aus der Forschung (Pampuch 2013) weiß und was ich aus der Familienerzählung weiß. Das sind unterschiedliche Sachen. In meiner Familienerzählung liegt der Fokus auf der Enttäuschung, die es für ihn bedeutet hat, als Kommunist nicht mehr geschützt zu werden von einem sozialistischen Staat. Für mich war prägend zu wissen, dass Solidarität wieder entzogen werden kann. Dabei klingt Internationale Solidarität nach einer Solidarität auf Basis von geteilten Werten oder Interessen. An seinem Beispiel wird aber deutlich, dass es ein krasses Machtgefälle gab. Die DDR-Regierung konnte sagen, jetzt geben wir ihm die Solidarität und jetzt entziehen wir sie ihm, ohne dass er das verstehen musste. Deswegen ist es auch gar nicht so wichtig, was die Forschung dazu sagt, warum sie ihm entzogen wurde. Das war am Ende irrelevant. Ihm wurde das nicht erklärt, es wurde gesagt, jetzt ist es vorbei. Dann musste er in die BRD gehen. Als Kommunist gezwungen zu sein, in die BRD zu gehen, war bestimmt ganz schön hart. Dort musste er einen Kampf führen, um Asyl zu bekommen. Am Ende wurde es ihm gewährt, aber es hat lange gedauert.

GOEL: Das heißt, der Ausgangspunkt für Deine Masterarbeit war, zu erkennen, dass die westdeutsch geprägte Diskussion über Rassismus Deine Familienerfahrungen nicht fassen kann?

MWAUNGULU: Ja, die Masterarbeit war auch ein Versuch, die Geschichte meiner Familie besser zu verstehen. Ich wurde noch kurz vor der Wende geboren und habe den ganzen Nachwende-Rassismus in Ostdeutschland, vor allem in Ostberlin, erlebt. Ich war einerseits mit dem Bild der Internationalen Solidarität konfrontiert und gleichzeitig mit der Erfahrung, dass der Osten für mich und meine Familie gefährlich ist. Solange ich in Ostberlin war, musste ich mich damit noch nicht so sehr beschäftigen. Aber ab dem Moment, wo ich mehr mit Leuten zusammengekommen bin, die Rassismus in Westdeutschland erlebt hatten, musste ich mich damit auseinandersetzen, wie die darauf reagiert haben, wo ich herkomme und was für Bilder damit verknüpft sind. Andere Schwarze und People of Color haben mir gesagt: Da fahr ich nicht hin. Aber ich bin da aufgewachsen, ich hatte gar nicht die Möglichkeit, da nicht hinzufahren. Gleichzeitig finde ich es gut, dass ich jetzt in Westberlin lebe und nicht mehr die ganze Zeit in Ostdeutschland sein muss. Die Masterarbeit war auch der Versuch, einen Weg zu finden, meine eigenen Erfahrungen besser einzubetten. Aber ich wollte mich nicht schwerpunktmäßig mit dem Rassismus nach der Wende beschäftigen, den ich erlebt habe, sondern in die DDR-Geschichte schauen, weil da ein Schlüssel liegt.

GOEL: Was meinst Du damit?

MWAUNGULU: Ein Schlüssel, um die Nachwendegesellschaft zu verstehen, die ich erlebt habe. Aber auch ein Schlüssel zu dem diffusen Gefühl, dass da Erzählungen fehlen. In den rassismuskritischen Diskursen fehlte etwas, wo ich mich und meine Familiengeschichte wiederfinden kann. Über ein Verständnis der Familiengeschichte oder der Geschichten der Generationen vor mir kann ich mich selber situieren und meine Erfahrungen einbetten.

GOEL: Die Internationale Solidarität war dabei der Punkt, mit dem Du Dich mehr auseinandersetzen wolltest?

MWAUNGULU: Ja, wegen meines Großvaters, aber auch weil ich oft erlebe, dass weiße Ostdeutsche in einer bestimmten Generation ein bestimmtes antirassistisches Wissen haben, das weiße Westdeutsche dieser Generation nicht haben. Namen wie Paul Robeson, Angela Davis, Martin Luther King oder Miriam Makeba, die wichtige Figuren in antirassistischen Kämpfen waren, sind mir öfters in einem ostdeutschen Kontext begegnet. Leute kennen sie und verbinden Geschichten mit ihnen. Das finde ich interessant. Gleichzeitig ist mir aber eben dieser Rassismus begegnet, von Leuten, die in der DDR sozialisiert wurden. Einerseits gibt es also dieses Wissen und dieses starke antirassistische Narrativ, das auch etwas bewirkt hat bei Leuten, was man daran erkennen kann, dass sie mir heute noch davon erzählen und das emotional mit Ereignissen in ihrem Leben verbinden können. Gleichzeitig gibt es diesen Rassismus, den ich beobachte und erlebe und über den mir auch meine Familie von früher berichtet. Ich fand es interessant, zu schauen, in was für einem Verhältnis das zueinander steht, was das miteinander zu tun hat und welche Erzählungen das vermittelt. Erstmal ist es ja ein Widerspruch. Mich hat interessiert, wie das in der DDR erzählt wurde, um zu sagen: Nein, das ist kein Widerspruch, das passt gut zusammen.

Solidaritätskampagne für Angela Davis

GOEL: Wie bist Du vorgegangen in Deiner Masterarbeit?

MWAUNGULU: Ich habe mir die Solidaritätskampagne für Angela Davis Anfang der 1970er-Jahre angeschaut, vor allem in der Frauenzeitschrift *Für Dich*.

GOEL: Was war das für eine Kampagne? Und warum hast Du Dich für sie und für diese Zeitschrift entschieden?

MWAUNGULU: Also erstmal zum Hintergrund: Angela Davis ist eine bekannte Antirassistin, Feministin und Kommunistin aus den USA. 1970 wurde zunächst ihr Vertrag als Dozentin an der University of California gekündigt, weil sie Mitglied der Kommunistischen Partei war. Im gleichen Jahr wurde sie dort verhaftet und kam mit dem Vorwurf, Terrorismus unterstützt zu haben, ins Gefängnis. Das war ein so offensichtliches rassistisches und antikommunistisches Unrecht, dass sich überall auf der Welt Menschen für ihre Freilassung einsetzten. 1972 wurde sie schließlich erst auf Kautions entlassen und dann auch freigesprochen, woraufhin sie in viele Länder reiste, in denen es eine Solidaritätsbewegung für sie gegeben hatte, so auch in die DDR.

Für die Solidaritätskampagne für Angela Davis habe ich mich entschieden, weil sie eine der größten und einflussreichsten in der DDR war (vgl. auch Lorenz 2020). Ein wirklich sehr großer Teil der Bevölkerung hat sich an dieser Kampagne beteiligt. Mein Punkt war ja, dass Internationale Solidarität auch für einen Großteil der DDR-Bevölkerung wichtig war. Dafür war Angela Davis ein Paradebeispiel. Sie wurde fast wie ein Popstar verhandelt. Sehr viele Leute aus Ostdeutschland können etwas mit Angela Davis anfangen, oft mit leuchtenden Augen.

An der *Für Dich* fand ich interessant, wie das in einer Frauenzeitschrift verhandelt wird. Meine Frage war: Was für Geschlechterbilder werden da vermittelt? Welche Frauenbilder? Denn die Leser*innenschaft wurde sich weiblich vorgestellt und die Zeitschrift hat es sich auch zur Aufgabe gemacht, Bilder der kommunistischen Vorbildfrau zu transportieren.

GOEL: Was konntest Du in der Analyse herausarbeiten?

MWAUNGULU: Wie gesagt, hat mich das Verhältnis von Internationaler Solidarität und Rassismus interessiert. In der Analyse der Solidaritätskampagne wurden Widersprüche und Spannungsfelder klar. Auf der einen Seite wurde antirassistisches Wissen vermittelt und andererseits musste immer erklärt werden, dass die DDR keine rassistische Gesellschaft sei. Dieses Spannungsfeld finde ich interessant. Es wäre möglich gewesen, antirassistische Kämpfe oder Perspektiven in der DDR anzudocken. In meiner Familienerzählung gibt es da auch immer mal Punkte, dass Familienmitglieder in die Schule gegangen sind und gesagt haben, dieses Lehrbuch ist rassistisch, auf Verständnis gestoßen sind und dann die Leute etwas machen mussten. Der antirassistische Anspruch war einerseits das – womit man Leute kriegen konnte für antirassistische Zwecke. Andererseits fand dadurch, dass klar war, dass Rassismus etwas ganz Schlimmes ist, das nicht zu ‚uns‘ gehört, die ganze Zeit eine Leugnung statt. Wenn die angekratzt wurde, indem Leute gesagt haben, das hier ist rassistisch, kam eine extrem starke Abwehr. Das Angebot an die Mehrheitsgesellschaft, ohne eine eigene Auseinandersetzung antirassistisch sein zu können, indem man im Rahmen der Solidaritätskampagne eine Postkarte an Angela Davis schreibt, war vielversprechend für Viele.

GOEL: Anders als in der BRD gab es in der DDR antirassistische Ikonen, die Raum bekommen haben und über die zum Beispiel im Kontext dieser Solidaritätskampagne antirassistisches Wissen hergestellt wurde?

MWAUNGULU: Genau, viel stärker als in der BRD. Ich glaube nicht, dass es das in der BRD gar nicht gab, aber in Nischen und nicht vom Staat.

GOEL: Die Internationale Solidarität wurde tatsächlich umgesetzt, auf einer diskursiven Ebene, aber auch auf der Ebene, Angela Davis einzuladen?

MWAUNGULU: Ja, auch auf einer praktischen Ebene. Zum Beispiel wurden einige Kämpfer*innen der namibischen Unabhängigkeitsbewegung SWAPO in der DDR medizinisch versorgt. Der ANC in Südafrika wurde finanziell unterstützt. Es gab durch den

DDR-Staat sowohl diskursive als auch praktische Unterstützung von antikolonialen, anti-rassistischen Kämpfen.

GOEL: Aber nur die Unterstützung von antikolonialen, antirassistischen Kämpfen außerhalb der DDR?

MWAUNGULU: Genau, das ist ganz wichtig, außerhalb der DDR. Das macht aber trotzdem etwas mit der Gesellschaft innerhalb der DDR, wenn sie zum Beispiel antirassistisches Wissen über Mainstream-Zeitungen bekommt. Ganz oft habe ich mich beim Lesen der Artikel gefragt: Warum haben Leute, die das lesen, nicht gedacht, das ist doch eigentlich bei uns auch so? Es war so naheliegend.

GOEL: Kannst Du ein Beispiel nennen?

MWAUNGULU: Es wird in der *Für Dich* viel über rassistische Gewalt gesprochen, also wie Schwarze in den USA körperlich angegriffen wurden. Diese Angriffe gab es auch in der DDR und auch zu dieser Zeit (Waibel 2017). Außerdem geht es um strukturellen Rassismus, zum Beispiel, dass Schwarze in den USA die schlechteren Jobs bekommen. Hier wurden auch Parallelen zu den sogenannten Gastarbeiter*innen in der BRD gezogen. Aber die DDR begann selbst Mitte der 1970er-Jahre, migrantische Arbeitskräfte ins Land zu holen, die auch oft in unbeliebten und schlecht bezahlten Bereichen arbeiten mussten (Mende 2010; Riedel 1994; Uladh 2005a). Manche dieser sogenannten Vertragsarbeiter*innen haben sich individuell oder gemeinsam gegen die Bedingungen gewehrt. All das hätte reflektiert werden können.

In meiner Familie werden oft Geschichten erzählt, wie sich mein Großvater mit anderen afrikanischen Studierenden gegen rassistische Bezeichnungen und Bilder über Afrikaner*innen eingesetzt hat, so etwas wurde aber überhaupt nicht in der Kampagne besprochen. Sie hat sogar stellenweise selbst eine rassistische Sprache verwendet.

In einem Artikel über Angela Davis gab es zudem eine Stelle, die mir in Erinnerung geblieben ist. Da wird über rassistische Schönheitsideale gesprochen und dass Angela Davis in den USA mit rassistischen Abwertungen von Schwarzen Körpern konfrontiert wurde. Viele würden sagen, dass sie das auch aus der DDR kennen.

Allerdings hat mir meine Mutter aus den 1970ern auch erzählt, dass ihre weißen Freundinnen sie um ihren Afro beneidet haben, weil sie versucht haben, auch einen Angela-Davis-Afro zu bekommen. Das zeigt, dass sich etwas geändert hat, zumindest in der Generation für eine Zeitlang. Es gab auch ein Schönheitsideal, so auszusehen wie Angela Davis.

Ich finde interessant, dass es beides gleichzeitig gibt. Aber auch, dass diese Übersetzungen im DDR-Kontext sehr wenig stattgefunden haben. Man kann es nicht so genau sagen, weil das nicht in der Zeitung gelandet ist, wenn es stattgefunden hat. Aber wenn ich mit Weißen aus der DDR in der Generation meiner Mutter oder auch meiner Großmutter spreche, ist die Erzählung, dass es keinen Rassismus in der DDR gab. Das Angebot, das wegzuleugnen, wurde angenommen. In der Solidaritätskampagne wird das sehr stark gemacht. Es fällt kaum ein Satz, in dem Rassismus erklärt wird, der nicht gleich darauf sagt: Aber in der DDR ist es nicht so. Da bleibt kein Zweifel.

Rassismus in BRD und DDR

GOEL: Siehst Du hier eine Differenz zum BRD-Rassismus? Wo siehst Du Ähnlichkeiten, Gemeinsamkeiten?

MWAUNGULU: Geleugnet wurde und wird der eigene Rassismus in beiden deutschen Staaten, allerdings mit unterschiedlichen Erzählungen. Ansonsten sehe ich ziemlich viele

Gemeinsamkeiten. In meinen Augen gibt es da drei große Stränge: Erstens, die Prägung durch die Vergangenheit des Nationalsozialismus und des Kolonialismus, die natürlich auch die DDR-Bevölkerung geprägt hat, auch wenn die Führung der DDR zu den Verfolgten des Nationalsozialismus gehört hat. Aber der Großteil der Bevölkerung nicht: Der gehörte zu denen, die mitgemacht, sich an den Verbrechen beteiligt und sich damit nie ernsthaft auseinandergesetzt haben. Für den Kolonialismus gilt das noch ungebrochener als für den Nationalsozialismus. 1949 wurde die DDR gegründet. Ein Großteil der Bevölkerung hat den deutschen Kolonialismus noch miterlebt, inklusive der Kolonialpropaganda und der Versuche im Nationalsozialismus, den deutschen Kolonialismus nochmal wiederzubeleben. Die Erzählungen der Entlastung von der Beteiligung an den kolonialrassistischen und nationalsozialistischen Verbrechen waren vielleicht unterschiedlich in der DDR und der BRD, aber es gab sie. In beiden Gesellschaften fand lange Zeit keine ernsthafte Auseinandersetzung damit statt und deswegen waren die Kontinuitäten stark. Sowohl, was das Wissen angeht, als auch welche Personen welche Positionen innehatten und wer über Finanzen verfügte. Die Besitztümer waren in der DDR vielleicht ein bisschen gebrochener. Nicht alle ehemaligen Nazis und Profiteur*innen konnten ihre Fabriken behalten, aber bis zu einer bestimmten Machtebene die Posten. Eine große Parallele zwischen DDR und BRD ist, dass sie deutsche Gesellschaften sind.

Die zweite Parallele sind Nationalismus und Nationalstaat. Auch die DDR war ein Nationalstaat und die ganze sogenannte realsozialistische Welt war national organisiert. Auch die Internationale Solidarität war national organisiert. Es ging selten um einzelne Personen. Es ging um Bewegungen oder Staaten. Diese Bewegungen wurden in der Regel national verstanden. Es kam selten vor, dass aus einem Land zwei verschiedene kommunistische Bewegungen unterstützt wurden, sondern es wurde festgestellt, das ist jetzt die, die dieses Volk richtig vertritt. Volk war ein Konzept, das auch in der DDR total stark war, auch in den Internationalen Solidaritätskampagnen. Die Vorstellung war, Menschen gehören an einen bestimmten Platz und sollen da den Sozialismus voranbringen und nicht woanders. Auch für die Migrationspolitik der DDR ist das zentral gewesen. Exil wurde nicht so verstanden, dass Leute in die DDR kommen und Teil der DDR-Gesellschaft sind. Das Verständnis war, dass sie zurückgehen, wenn es geht, und den Sozialismus aufbauen. Auch die Vertragsarbeiter*innen sollten nicht Teil der DDR-Gesellschaft werden. Es war ganz klar, die sollen hier arbeiten und dann wieder in das Land zurückgehen, aus dem sie gekommen sind.

Zudem gab es postkoloniale Machtunterschiede zwischen den Staaten. Diese haben in die zwischenstaatlichen Verhandlungen über die Bedingungen für die Vertragsarbeiter*innen reingespielt, wurden aber nicht als solche benannt. Nach den marxistischen Fortschrittsvorstellungen wurden den Gesellschaften unterschiedliche Positionen danach zugeordnet, wie weit sie auf dem Fortschrittsplan schon gekommen waren. In der BRD gab es ähnliche Vorstellungen ohne marxistischen Unterbau.

Die dritte Parallele ist, dass auch die DDR eine Konkurrenzgesellschaft war. Vielleicht nicht so stark wie im westlichen Kapitalismus, aber auch in der DDR gab es keinen Zugang zu gesellschaftlichem Reichtum und schon gar nicht zu gesellschaftlicher Teilhabe für alle. Das rassistische Wissen konnte genutzt werden, um die eigene Berechtigung zu diesen gesellschaftlichen Ressourcen zu behaupten. Es war möglich, ins Feld zu führen: Ich bin weiß und deutsch und deswegen habe ich das Recht auf ... – wie das auch in der BRD gemacht wurde und während der Wende. Das hat eine Grundlage gehabt. Es wurde gesellschaftlich und auch staatlich akzeptiert, dass eine Zugangsberechtigung so begründet werden kann.

Die Analyse oder Darstellung von Rassismus, die in der DDR immer wieder bemüht wurde, sagt, dass Rassismus im Kapitalismus stattfindet, im Interesse der Herrschenden.

Die Analyse ging nicht weiter. Dabei wäre die Frage gewesen, was haben denn die weißen Arbeiter*innen im Kapitalismus davon, rassistisch zu handeln? Und was haben weiße DDR-Bürger*innen im ‚Realsozialismus‘ davon, rassistisch zu handeln? Dass dahin nicht geschaut wurde, war keine Dummheit. Es hätte sehr viel auf den Kopf gestellt, wenn sie da weiter gegangen wären. Zu erkennen, dass DDR-Bürger*innen rassistisch sein können, ohne dass es Firmenbosse gibt, die die Arbeiter*innen gegeneinander ausspielen wollen, hätte dem Rassismusverständnis in der DDR und auch ihrem ganzen gesellschaftlichen Selbstverständnis widersprochen.

GOEL: Auf welche Reaktionen stößt Du mit Deiner Masterarbeit?

MWAUNGULU: Ich bekomme positive Rückmeldungen, vor allem, dass Leute Sachen erzählen, die ich sonst nicht so oft höre. Das finde ich das Wertvollste, dass mir andere Leute aus der DDR und Ostdeutschland, die Schwarz oder of Color sind und/oder Migrationsgeschichte haben, ihre Geschichten erzählen und es einen Austausch gibt. Das habe ich schon öfters erlebt. Da lerne ich viel von anderen Perspektiven und habe das Gefühl, es ist nicht nur mein Bedürfnis, zu sprechen und zu verstehen, sondern von ganz vielen anderen auch. Wenn wir Räume finden, in denen wir das tun können, ohne die Erzählstränge, die so viel abschneiden, dann ist das empowernd und macht es möglich, dass sich auch an den Narrativen etwas ändert.

Es gibt aber auch negative Reaktionen, besonders von weißen Leuten, die in der DDR sozialisiert wurden und Sorge haben, dass ich ihnen etwas absprechen will, das sie geleistet haben oder ihnen mal wichtig war. Daran merke ich vor allem, wie stark der Diskurs ist, der die DDR komplett für wertlos erklären will, weil ich finde, das tu ich gar nicht. Ich sage, die DDR war rassistisch, klar. Wenn man sich komplett damit identifiziert, fühlt man sich dann angegriffen. Aber ich sag eben nicht, alles in der DDR war schlecht. Das steht mir auch nicht zu, das zu sagen. Daran merke ich vor allem, dass das eben trotzdem so stark wirkt.

DDR-Bashing

GOEL: Was wirkt da?

MWAUNGULU: Ein DDR-Bashing. Als ich die Publikationen zu Rassismus in der DDR gelesen habe, waren dabei einige richtig tolle Texte, von denen ich viel gelernt habe. Dazu gehören besonders Knoll (2011), Mende (2010; 2013), Riedel (1994) und Uladh (2005a; 2005b) sowie die (Auto-)Biografien von Alberto (2014), Aukongo (2004), Engombe (2004) und Nguyen (2011), auch die neuen Projektpublikationen in Enzenbach, Kollath und Oelkers (2019) sowie Piesche (2019). Es gab aber auch ganz viel, wo ich enttäuscht war, wie wenig analytisch das ist. Ich hatte den Eindruck, da will jemand beim Schreiben nicht wirklich eine Gesellschaft verstehen, sondern da will jemand nochmal sagen, dass die DDR total schlimm war und vor allem implizit: die BRD ist besser. Das ähnelt den Artikeln über Angela Davis in der *Für Dich*, die die ganze Zeit erzählen wollen, dass die DDR echt top knorke ist und die BRD und die westliche Welt rassistisch und böse. Ich finde erstaunlich, dass wissenschaftliche Publikationen von heute in so einer Kalter-Krieg-Logik bleiben, die ich gar nicht mehr so richtig nachvollziehen kann, denn die DDR gibt es ja nicht mehr. Man könnte meinen, dass es möglich ist, auf diese Gesellschaft zu blicken und sie erstmal zu analysieren und nicht nur zu verurteilen.

An den Reaktionen von Leuten, die sich angegriffen fühlen, merke ich, wie stark dieser DDR-Verurteilungsdiskurs ist, der gleichzeitig die Menschen und alles, was sie jemals geleistet und getan haben, mit in die Mülltonne der Geschichte schmeißt, ohne genauer

hinzuschauen, was es eigentlich ist und dass es durchaus Sachen gibt, die Leute vielleicht bewahren wollen würden für die heutige Gesellschaft.

GOEL: Das heißt, die Leute hören gar nicht, was Du sagst, sondern hören das, was sie häufiger hören, wogegen sie sich wehren wollen?

MWAUNGULU: Genau, die hören, dass ich sage, die DDR war rassistisch und dann kommt glaube ich in ihrem Kopf noch der Rest, den Leute, die das sagen, auch oft sagen: die DDR in eine Reihe zu stellen zum Nationalsozialismus zum Beispiel. Das ist mittlerweile nicht mehr so dominant, aber war lange Zeit ein sehr dominanter Diskurs, der sagt: Der Rassismus des Nationalsozialismus und der Rassismus der DDR sind eigentlich die gleiche Geschichte. Damit wird natürlich so was wie Internationale Solidarität komplett unsichtbar gemacht, so wie auch die im Kleinen oder Großen erfolgreichen antirassistischen Interventionen komplett unsichtbar gemacht werden.

GOEL: Kannst Du Beispiele für antirassistische Interventionen nennen?

MWAUNGULU: Zum einen Arbeitskämpfe von Vertragsarbeiter*innen, sowohl individuell als auch organisiert (Dennis 2005, 35f.; Uladh 2005a, 55f.; Mende 2010, 87-97 und 104-107; Enzenbach u. a. 2019). Zum anderen habe ich mich vor der Masterarbeit mit einem Kinderbuch beschäftigt, das Nobi heißt (Renn 1962). Das hieß vorher Der N* Nobi und wurde umbenannt. Ich weiß immer noch nicht ganz genau, warum eigentlich, aber es gibt eine Erzählung, dass es Leute gab, die auf die Umbenennung gedrängt haben. Das finde ich interessant, weil es schon in den 1960ern war. In der BRD hat die Debatte erst vor zehn Jahren zu Umbenennungen geführt.

Nachwende-Rassismus

GOEL: Nochmal zurück zum Nachwende-Rassismus. Was war da besonders?

MWAUNGULU: Ich sehe vor allem diese Leugnung. Es gab dieses starke Angebot an die Dominanzgesellschaft, Rassismus wegzuleugnen, sich auf der guten Seite zu wähen. Rassismus gab es nach der Wende nicht nur in Ostdeutschland. Was ich aber aus Erzählungen heraus höre, ist, dass die gesellschaftliche Akzeptanz in vielen Orten in Ostdeutschland größer war, dass es die Normalität war, dass organisierte oder auch nicht-organisierte Nazis und Rassist*innen Angriffe gestartet haben in einer vollen S-Bahn und niemand hat etwas gesagt.

Das fand ich nach der Wende eine der für mich prägendsten Erfahrungen: diese Passivität der ‚Normalbevölkerung‘, die gar kein Problem gesehen hat, obwohl um sie herum die ganze Zeit Leute angegriffen wurden, noch viel krasser als in der DDR.

Die Jugendclubs, die haben fast alle irgendwann akzeptierende Jugendarbeit gemacht. Das hieß, die meisten Jugendclubs wurden Nazi-Jugendclubs. Der Jugendclub, in dem ich als älteres Kind war, wo es Kicker und Billard und so gab, da war die lokale Naziclique und dann war klar, ich kann da nicht mehr reingehen. Gleichzeitig wurde gesagt, die sind ein bisschen auf dem falschen Pfad, da quatschen wir mal mit denen, aber ernstnehmen muss man das nicht. Ernsthaft wurde – abgesehen von selbstorganisierten linken Projekten und Gruppen – gegen Nazis erst Mitte der 2000er etwas gemacht. Ich habe es sehr stark so empfunden, dass es von großen Teilen der Bevölkerung verleugnet wurde oder es, wenn ich Sachen erzählt habe, wegdiskutiert wurde.

GOEL: Wie hängt der Nachwende-Rassismus und das Leugnen mit der DDR zusammen?

MWAUNGULU: Ich habe nicht wahrgenommen, dass eine spezielle DDR-Erzählung genutzt wurde. In Ostdeutschland war die Situation aber eine andere als im Westen, weil

durch die Wende die Sicherheiten von davor und die Existenzgrundlage von den Allermeisten weggebrochen sind. Es gab einen stärkeren Kampf um Ressourcen und Teilhabe, in dem Leute ihr Weißsein und Deutschsein ins Feld geführt haben. Der Rassismus ist schon eine Kontinuität, aber keine spezifisch ostdeutsche Kontinuität. Dass der Moment so krass war, ist spezifisch ostdeutsch wegen der Wende.

Der Braune Osten

GOEL: Das Thema unseres Berliner-Blätter-Bandes ist der Braune Osten als Projektion des Westens. Kannst Du mit damit was anfangen?

MWAUNGULU: Ich finde das immer sehr ambivalent. Als Jugendliche habe ich das Bild angenommen, weil es mir eine Möglichkeit gegeben hat, zu sagen, dass ich richtig bin und die anderen, die mich angreifen, nicht. Auch im Gespräch mit meinen weißen linken Freund*innen ging es die ganze Zeit nur darum, wie furchtbar der Osten ist. Wir haben das nicht weiter analysiert, wir haben das nur so gesagt, die ganze Zeit. Daher gibt es eine emotionale Verbindung zu diesem Narrativ. Es hat mir ermöglicht, mich auf eine Art zu ermächtigen.

Gleichzeitig ist es aus einer westdeutschen Perspektive eine ganz andere Bewegung, weil es darum geht, zu sagen: Rassismus findet nicht hier statt, sondern nur da bei den Anderen. Das ist natürlich einerseits falsch und andererseits hilft das auch im Osten nicht. Wenn Schwarze und People of Color sagen, da gehe ich nicht hin, dann ist die Frage: Aber wenn man da wohnt, was macht man dann? Auch den linken und antifaschistischen Strukturen in, in meinem Fall, Ostberlin und Brandenburg hilft es nicht. Zum Beispiel, als ich in Berlin-Lichtenberg aktiv war als Jugendliche in antifaschistischen Strukturen, gab es von einer großen Innenstadt-Antifa eine Kampagne. Die sind nach Lichtenberg gegangen und haben etwas gegen Nazis gemacht. Wir durften die Plakate kleben und wurden ansonsten inhaltlich nicht eingebunden. Das gibt es viel, dass die Strukturen vor Ort nicht richtig ernstgenommen werden und nicht wahrgenommen wird, dass der Osten auch nicht gleich der Osten ist. Ostberlin ist nicht Dresden. Mit was für einem Ort habe ich es hier genau zu tun? Was ist hier eigentlich vor Ort los? Was passiert hier? Wie sind die Nazistrukturen? Wie sind die Dominanzgesellschaftsstrukturen? Dafür braucht man Leute, die sich vor Ort gut auskennen, zu diesem Osten gehören und da was anderes machen wollen.

Wenn man dann so eine Erzählung hat aus westdeutscher Perspektive, dass der ganze Osten rassistisch und Nazi und böse ist, dann passiert es außerdem schnell, dass antifaschistische Strukturen vor Ort als Nestbeschmutzer diffamiert werden. Wenn du da bist, brauchst du aber lokale Verbündete. Du kannst nicht einfach als kleine Gruppe was machen gegen so eine Übermacht. Du brauchst Leute, die das mit dir zusammen machen und das sind oft Leute, die sich nicht wiederfinden in einem Gebashe von Ostdeutschland und dann mit einer Gegenwehr reagieren, was ich auch teilweise berechtigt finde. Wir brauchen sie als Verbündete und nicht als Gegner*innen. Dafür hilft es nicht, den Osten pauschal abzuurteilen.

Gleichzeitig ist es wichtig, sagen zu können, dass es bestimmte Strukturen gibt. Das sind allergrößtenteils Nachwendestrukturen, die befördern und befördert haben, dass bestimmte Arten von rassistischer Organisation in ostdeutschen Bundesländern besser gedeihen konnten, zum Beispiel sogenannte akzeptierende Jugendarbeit. Dass es viele Orte im Osten gibt, die immer noch extrem gefährlich sind für Leute, die von Rassismus oder Nazigewalt betroffen sind, das finde ich wichtig, gleichzeitig zu sagen. Ich wohne nicht mehr im Osten, aber es geht um eine Erfahrung, die ich als ostdeutsche Schwarze in Ostdeutschland mache.

Differenzieren und Kontextualisieren

GOEL: Wie kann man das gleichzeitig machen? Sich gleichzeitig mit dem, was Kathleen Heft Ossifizierung nennt, beschäftigen, also zu sagen, dass da Externalisierungsstrategien im Westen passieren und der Osten auf eine bestimmte Art und Weise konstruiert wird, und auf der anderen Seite zu sagen, aber es gibt reale rechte und rassistische Gewalt.

MWAUNGULU: Einerseits die Differenzierung stärken. Andererseits auf den Rassismus im Osten blicken, wie überall sonst auch. Man schaut sich Rassismus ja immer in einem bestimmten gesellschaftlichen Kontext an und da gehört natürlich die DDR und die Wende dazu, aber nicht nur. In Cottbus oder Ostberlin gibt es ganz viele Sachen, die wichtig sind, um zu analysieren: Wie funktioniert Rassismus da? Ähnlich, wie wenn ich mir Rassismus in Köln anschauen würde, dann würde ich ja auch analysieren: Was ist das eigentlich für ein gesellschaftlicher Rahmen, in dem Rassismus da stattfindet? Sich nicht so auf diese Verengungen einlassen. Gewalt benennen, als die Gewalt, die sie auch ist, und sie zu analysieren in ihrem gesellschaftlichen Kontext, der auch ostdeutsch ist, aber eben nicht nur ostdeutsch. Sondern auch deutsch zum Beispiel. Und auch ländlich oder städtisch.

GOEL: Vielen Dank.

MWAUNGULU: Danke Dir.

ILANGA MWAUNGULU ist kurz vor der Wende in Ostberlin geboren. Seit ihrer Jugend ist sie politisch aktiv und brennt für machtkritische Bildung. Sie betrauert das Scheitern des Kommunismus – vor allem an seiner eigenen Gewalt – und die Kommunist*innen und anderen Menschen, die ihm zum Opfer fielen. Sie hat Gender Studies und Europäische Ethnologie an der Humboldt-Universität Berlin studiert und schrieb ihre Masterarbeit über das Verhältnis von Internationaler Solidarität und Rassismus in der DDR.

URMILA GOEL  ist Vertretungsprofessorin am Institut für Europäische Ethnologie und Mitglied am Zentrum für transdisziplinäre Geschlechterstudien an der Humboldt-Universität zu Berlin. Die Kulturanthropologin forscht zu Fragen rund um Migration, Geschlecht und Intersektionalität sowie zu West-Ost-Ungleichheiten in Deutschland.

Endnoten

- 1 Zur besseren Einordnung und Recherchierbarkeit der Inhalte wurde das Interview im Anschluss mit Quellenangaben versehen.

Literaturverzeichnis

- Alberto, Ibraimo mit Daniel Bachmann (2014): Ich wollte leben wie die Götter. Was in Deutschland aus meinen afrikanischen Träumen wurde. Köln: Kiepenheuer & Witsch.
- Aukongo, Stefanie-Lahya (2009): Kalungas Kind. Wie die DDR mein Leben rettete. Hamburg: Rowohlt.
- Dennis, Mike (2005): Die vietnamesischen Vertragsarbeiter und Vertragsarbeiterinnen in der DDR, 1980–1989. In: Katrin Weiss/ders. (Hg.): Erfolg in der Nische? Die Vietnamesen in der DDR und in Ostdeutschland. Münster: LIT, 15-49.
- Engombe, Lucia mit Peter Hilliges (2004): Kind Nr. 95: Meine deutsch-afrikanische Odyssee. Berlin: Ullstein.
- Enzenbach, Isabel u. a. (2019): Eigensinn im Bruderland. URL: www.bruderland.de, aufgerufen am 15.3.2024.
- Knoll, Regina (2011): Heute haben wir viel mehr Sorgen als damals. Vertragsarbeiterinnen – Alltagserfahrungen und Strategien zur Zeit der DDR und nach der Wende. URL: <https://www.projekte.hu-berlin.de/de/migrationddr/migration-in-die-ddr-und-brd/projekte/vietnam>, aufgerufen am 15.3.2024.
- Lorenz, Sophie (2020): „Schwarze Schwester Angela“ – Die DDR und Angela Davis. Kalter Krieg, Rassismus und Black Power, 1965–1975. Bielefeld: transcript.
- Mende, Christiane (2010): (Arbeits-)Migration aus der Volksrepublik Mocambique in die Deutsche Demokratische Republik (1979–1989/90). Wissenschaftliche Arbeit zur Erlangung des Grades Magistra Artium im Fach Neuere und Neueste Geschichte am Institut für Geschichtswissenschaften der Philosophischen Fakultät I der Humboldt-Universität zu Berlin. URL: www.projekte.hu-berlin.de/de/migrationddr/mocambique, aufgerufen am 15.3.2024.
- Mende, Christiane (2013): Migration in die DDR. Über staatliche Pläne, migrantische Kämpfe und real-existierenden Rassismus. In: Duygu Gürsel/Zülfukar Çetin/Allmende e. V. (Hg.): Wer Macht Demo_kratie? Kritische Beiträge zu Migration und Machtverhältnissen. Münster: edition assemblage, 151-164.
- Mwaungulu, Ilanga (2020): „Schwarze Schwester Angela“. Die Solidaritätskampagne für Angela Davis in der DDR-Frauenzeitschrift Für Dich zwischen Identifikation mit antirassistischen Kämpfen und Leugnung von Rassismus in der DDR. URL: <https://edoc.hu-berlin.de/handle/18452/22155>, aufgerufen am 15.3.2024.
- Nguyen, Angelika (2011): Mutter, wie weit ist Vietnam? In: Karsten Krampitz u. a. (Hg.): Kaltland. Eine Sammlung. Berlin: Rotbuch, 66-70.
- Piesche, Peggy (2019): Labor 89: Intersektionale Bewegungsgeschichte*n aus West und Ost. Berlin: Yilmaz-Günay.
- Pampuch, Sebastian (2013): Ein malawischer Exilant im geteilten Berlin: Mahoma Mwakipunda Mwaungulu. In: Oumar Diallo/Joachim Zeller (Hg.): Black Berlin. Die deutsche Metropole und ihre afrikanische Diaspora in Geschichte und Gegenwart. Berlin: Metropol, 151-157.
- Renn, Ludwig (1962): Nobi. Berlin: Kinderbuchverlag.
- Riedel, Almut (1994): Erfahrungen algerischer Arbeitsmigranten in der DDR: „...hatten ooch Chancen, ehrlich!“. Opladen: Leske + Budrich.
- Uladh, Damian Mac Con (2005a): Alltagserfahrungen ausländischer Vertragsarbeiter in der DDR: Vietnamesen, Kubaner, Mozambikaner, Ungarn und andere. In: Katrin Weiss/Mike Dennis (Hg.): Erfolg in der Nische? Die Vietnamesen in der DDR und in Ostdeutschland. Münster: LIT, 51-68.
- Uladh, Damian Mac Con (2005b): Studium bei Freunden? Ausländische Studierende in der DDR bis 1970. In: Christian Th. Müller/Patrice G. Poutrus (Hg.): Ankunft – Alltag – Ausreise. Migration und interkulturelle Begegnung in der DDR-Gesellschaft. Köln/Wien: Böhlau, 175-220.
- Waibel, Harry (2017): Die braune Saat. Antisemitismus und Neonazismus in der DDR. Stuttgart: schmetterling.



„Brauner Osten“ und Berliner Blätter. Reinhardtsdorf-Schöna zum Beispiel

Nick Wetschel

ABSTRACT: Reinhardtsdorf-Schöna ist eine Gemeinde im Landkreis Sächsische Schweiz-Ost-erzgebirge, die vor allem 2004/05 bundesweite Medienaufmerksamkeit erfuhr. Damals konnte die NPD Wahlergebnisse bis zu 25,2 Prozent erreichen – u. a., weil ein angesehener Handwerker und Gemeinderat aus einer Wählervereinigung zur NPD wechselte und sich die Stimmen für ihn im Vergleich zur vorherigen Wahl sogar verdoppelten. In den Debatten um das Rechte wurde der Ort so zum zeitweiligen Superlativ und Symbol rechter Wahlhochburgen. Für die Gemeinde interessierte sich auch eine Exkursion von Studierenden der Europäischen Ethnologie der Humboldt-Universität zu Berlin 2005/06. Die Forscher*innen suchten nach Erklärungen für die rechte Wähler*innenpräferenz und veröffentlichten die Forschungsergebnisse in einem Sonderheft der Berliner Blätter (2007). Der Band zählt zu den frühen Arbeiten, die sich mit dem Rechten in Ostdeutschland und qualitativer Rechtsextremismusforschung dazu befassen. Das Beispiel Reinhardtsdorf-Schöna ist schließlich auch instruktiv für zwei aktuell diskutierte Phänomene: Verschwörungserzählungen und Aneignungen der Rede vom „Braunen Osten“. Es verdeutlicht, wie sich rechtsextreme Positionen normalisieren. Darüber hinaus erlaubt es Einblicke in die Reflexion von Möglichkeiten und Grenzen ethnografischen Forschens in schwierigen oder feindlichen Feldern.

SCHLAGWORTE: Ostdeutschland, Sachsen, Rechtsextremismus, Dorf, Verschwörungserzählung

ZITIERVORSCHLAG: Wetschel, N. (2025): „Brauner Osten“ und Berliner Blätter. Reinhardtsdorf-Schöna zum Beispiel. In: Berliner Blätter 91, 75–85, DOI: 10.60789/911181.

Der Osten der Republik ist braun – besonders in Sachsen. Und die Sächsische Schweiz „kommt noch ein wenig brauner daher als der Rest des Freistaates. Dabei liegt die absolute Nazi-Hochburg in der Gemeinde Reinhardtsdorf-Schöna an der Grenze zu Tschechien: ‚Dunkeldeutschland pur!‘ so lautete der Grundtenor vieler Medien hierzulande. Doch wie sieht das Ganze in der Realität aus?“ (Kaufmann 2018, 12)

Dieser Einführungsteil eines Zeitungsartikels verortet Reinhardtsdorf-Schöna auch für diejenigen, die den Ort bisher nicht kannten, geografisch und zugleich innerhalb des Diskurses über Ostdeutschland als Raum in Debatten um das Rechte. Je präziser die Gemeinde verortet wird – linkselbisch, etwa fünfzig Kilometer südlich von Dresden gelegen, grenznah –, desto schärfer geraten in der journalistischen Zuspitzung die Attribute. Von

solchen Charakterisierungen in der Berichterstattung und den Reportagen einer Mehrheit der Journalismus-Kolleg*innen grenzt sich Kaufmann ab und gibt an, sich stattdessen ein reales Bild machen zu wollen. Auch eine Seminargruppe der Humboldt-Universität zu Berlin war im Rahmen eines Studienprojekts 2005/06 nach Reinhardtsdorf-Schöna gefahren, um sich ein eigenes Bild zu machen. Ihr Dozent, der Europäische Ethnologe Falk Blask, hatte sich für eine erklärtermaßen vom Journalismus abgrenzende (Blask/Endter 2007, 8) Vorgehensweise entschieden. Die Ergebnisse der gemeinsamen und individuellen Feldaufenthalte wurden als Berliner-Blätter-Heft (Blask 2007) dokumentiert.

Eine Relektüre dieser Textsammlung erscheint lohnend, auch wenn sich das Feld rechter, rechtspopulistischer und rechtsextremer Akteur*innen, Themen, Strategien und Praktiken inzwischen verändert hat. Anders als die Teilnehmer*innen des Studienprojektes näherte ich mich nicht mit offenem Ausgang einem Feld, sondern einem abgeschlossenen Text als Quelle. Da eine Archivierung der geführten Interviews und weiterer Forschungsdaten nicht stattfand, sind Sekundäranalysen nicht möglich. Ich stütze mich neben den publizierten Ergebnissen auf ein Gesprächsprotokoll eines Telefonats mit Falk Blask im Februar 2022.

Im Folgenden ergänze ich zunächst die bisher erfolgte Beschreibung des Ortes um die Ereignisse, die 2005 zur Medienaufmerksamkeit führten, und wie diese zum Ausgangspunkt der Exkursion wurden. Anschließend skizziere ich die Zusammenstellung des Heftes. Nachdem ich einige der damaligen Beobachtungen und methodischen Reflexionen besprochen und in den Forschungsdiskurs zu Rechtsextremismus eingeordnet habe, gehe ich abschließend einem Aspekt nach, der implizit in den Beobachtungen 2005/06 eine Rolle gespielt hat: Welche Effekte haben die Debatten um das Rechte im Feld rechter Akteur*innen und Erzählungen? Oder anders formuliert, welcher (nicht intendierte) Nutzen für rechte Akteur*innen kann dabei entstehen? Im eingangs zitierten Zeitungsartikel von 2018 zeigt sich nicht allein der lange Nachhall der medialen Bearbeitung des Falls Reinhardtsdorf-Schöna um 2005. In der Formulierung „Grundtenor vieler Medien hierzulande“ schwingt schon die Verschwörung der Medien mit – und im eigentlichen Artikel wird die Aneignung des Diskurses um den Braunen Osten durch rechte Akteur*innen exemplarisch greifbar. Die Suche nach der Realität vor Ort erschien nämlich in der einschlägigen, wöchentlich erscheinenden *Preußischen Allgemeinen Zeitung*. Im Stile einer Reiseempfehlung berichtet der Autor von der vorgefundenen Selbstverständlichkeit von Heimat, Bodenständigkeit, christlicher Prägung und Rohmilch. Seine Realitätsbeobachtung transportiert mithin eine Vorstellung von imaginer Normalität, die nicht zuletzt von der mindestens als lästig empfundenen Pflicht befreit ist, Asylbewerber*innen und Geflüchtete unterzubringen. Im Artikel dienen „fanatisierte ‚Flüchtlinge‘“ gar als ebenso illegitime wie imminente Infragestellung dieser Normalität.

Zum Beispiel Reinhardtsdorf-Schöna

2002 wurde in Reinhardtsdorf-Schöna die Schließung eines Jugendclubs wegen dessen vorrangiger Frequentierung durch rechts und rechtsextrem eingestellte Jugendliche nötig. Nicht zuletzt handelte es sich dabei um Mitglieder der 2001 verbotenen und 2003 gerichtlich als kriminelle Vereinigung eingestuften Skinheads Sächsische Schweiz (SSS). 2003 sorgten Anfeindungen und Angriffe gegenüber (jugendlichen) Besucher*innen des Naturfreundehauses durch rechte Jugendliche sowie die Wahl zweier Gemeinderäte in den NPD-Kreisvorstand für Aufsehen. Einer der beiden war der später wesentlich für das NPD-Wahlergebnis verantwortliche Michael Jacobi. Der angesehene Klempnermeister war lange Mitglied einer

Wählervereinigung und galt als in jeder Hinsicht verlässlich. Seine Verbindungen zu den SSS und Militariafunde, die erst deutlich später von den ermittelnden Behörden als unbedenklich und juristisch bedeutungslos eingeschätzt wurden, taten dem keinen Abbruch. Zum Gegenstand bundesweiter und zum Teil internationaler Medienaufmerksamkeit wurde die Gemeinde im Sommer und Herbst 2004 in Folge außerordentlich hoher Stimmergebnisse für die NPD in Gemeinderats- (25,5 Prozent), Landtags- (23,1 Prozent) und Bundestagswahlen (14,4 Prozent) (Bringt 2005; Berger 2007, 16f.).

Die Einleitung des Berliner-Blätter-Heftes fasst die mediale Situation zusammen: „Sachsen hatte gewählt, und die Öffentlichkeit zeigte sich über das Ergebnis bestürzt.“ (Blask/Endter 2007, 7) Blask begegnete dieser Bestürzung zunächst als ehemaliger Dorfbewohner – verstört und unverständlich über Wahlergebnisse und Berichterstattung, da er sie mit den Menschen, die er aus Kindheit und Jugend kannte, nicht zusammenbringen konnte. Während er in der Gegend aufwuchs, so berichtet er in der Einleitung des Berliner-Blätter-Heftes und auch noch im Telefongespräch, habe er nur einmal Probleme gehabt – und das war eine Prügelei mit Jacobi. Die Frage, ob diese Anekdote eine Überhöhung einer harmonischen Kindheits- und Jugenderinnerung ist, stellt sich freilich. Jedenfalls ist sie ein Mittel, die Diskrepanz zum Ausdruck zu bringen: Noch heute ist es ihm wichtig zu betonen, dass er die Menschen vor Ort nicht als generell abweisend oder besonders zänkisch erinnern kann. Dieses Verständnisproblem, die Kluft, die sich zwischen der Erinnerung und der medialen Darstellung der Gemeinde auftut, war der Anlass, den Feldforschungsaufenthalt anzugehen. Ein weiterer Aspekt der Kindheits- und Jugenderinnerung von Blask war (und ist) ein landschaftlicher: So näherte sich auch die Seminargruppe der Gemeinde wandernd und im Freien übernachtend. Blask hatte das vorgeschlagen, da nur so ein Verständnis für die Landschaft und deren Wahrnehmung durch die Bewohner*innen wachsen könne.

Eine Sozialraumanalyse des Kulturbüros Sachsen, einer zivilgesellschaftlichen Initiative zur Förderung der Demokratie, trägt den Titel „Wir leben dort, wo andere Urlaub machen“ (Bringt 2005). Die Inszenierung des Raumes als Idylle ist damit als Potenzial und Problem gleichermaßen benannt. Einerseits bietet die Gegend einen hohen Erholungs- und Freizeitwert, ein Aspekt, der nicht außer Acht gelassen werden sollte. Andererseits droht dadurch die Affirmation der Vorstellung eines problem- und konfliktfreien Raumes, der lediglich durch äußere Einflüsse in Gefahr zu bringen sei.

Zu dem offenkundigen biografischen Projekt kam eine hochschuldidaktische und methodologische Haltung, sich in Forschungslehrprojekten gerade für diejenigen Phänomene und Fragen zu interessieren, die einem selbst Neuland sind. Dorfethnografie ist das im Fach sicher nicht gewesen, aber qualitative Zugänge in der sozialwissenschaftlichen Forschung zu Rechtsextremismus und Rechtspopulismus und gerade eine kulturwissenschaftliche Thematisierung derselben Phänomene waren es jedenfalls.

Reinhardtsdorf-Schöna besuchen und beforschen?

Vor dem Ortsbesuch wurde diskutiert, ob es überhaupt möglich sein würde, vor Ort zu forschen: Ob Zugänge gefunden, inwiefern eigene Positionen behauptet werden könnten und ob sich die Teilnehmer*innen nicht sogar gefährden würden. In einzelnen Beiträgen des Heftes ist davon explizit die Rede, von „Fluchttendenzen“ (Osterloh 2007a, 44) gegenüber dem Feld und vom „Abnicken“ (Roths 2007) dessen, was eigentlich Widerspruch herausfordert. Deshalb kam es auch zu (un-)willentlicher Kontaktvermeidung, beispielsweise mit Jugendlichen, weil sie offensichtliche Nazi-Symbole trugen, und damit nicht nur irrelevant für die

forschungsleitende Frage und die Suche nach „anderer“ Jugendkultur erschienen, sondern auch abgelehnt wurden (Schneider 2007, 79). Demgegenüber wird andererseits von dem Gefühl, gar nicht nah an Gesprächspartner*innen heranzukommen, berichtet – und vermutet, dass Journalist*innen schon zu viele Fragen gestellt hätten (Naase 2007, 103). Blask erinnert sich, dass er es gerade aufgrund der Vorbehalte für unbedingt nötig hielt, den Kontakt mit dem Feld zu suchen, das heißt, die Exkursion hatte hier auch einen Anstoß- beziehungsweise Aufforderungscharakter.

Einige wenige Beiträge im Band bleiben aufgrund dieser Zugangsschwierigkeiten theoretische Auseinandersetzungen mit Rechtsextremismus und Dorf als Forschungsgegenstände. So gibt es neben impliziten Klärungen des Rechtsextremismusverständnisses in einzelnen Texten ein Glossar. Entlang (sozialwissenschaftlich) üblicher Einordnungen werden dort Rassismus, Antisemitismus, Nationalismus, Sexismus sowie Geschichtsrevisionismus und Militarismus mit Bezug zum (historischen) Nationalsozialismus als Kernelemente rechtsextremer Weltbilder identifiziert (Petruschke 2007). Das Extremismuskonzept selbst erfährt Kritik, da es das Problem per definitionem an den Rand der Gesellschaft auslagert. Die Annahme einer Mitte der Gesellschaft, in der rechtsextreme Einstellungen ebenso vorhanden seien, wird zurückgewiesen, da auch hier die Konstruktion eines sozialen Rands zugrunde liegt. Eine Auseinandersetzung mit der Auslagerung des Rechtsextremismus in den Osten erfolgte jedoch (noch) nicht.

Jens Wietschorke, der an der Exkursion teilnahm, jedoch im dokumentierenden Heft nicht vertreten ist, schildert in einer anekdotischen Erzählung die schwierigen Versuche, sich Reinhardtsdorf-Schöna als Untersuchungsort anzunähern. Dabei reflektiert er auch die eigene Position und seine Perspektive auf einen vermeintlich homogen rechten Osten. In einem Essay über Forschungen und journalistische Reportagen an Orten mit hohen Wahlergebnissen für rechte oder rechtsextreme Parteien bilanziert er das Vorhaben 15 Jahre später: „Dunkeldeutschland im Karneval, das war die schräge Versuchsanordnung, die intime Einblicke in sächsische Ressentimentstruktur versprach. [...] Wir spähten nach Skinheads und Nazisymbolen, aber wir sahen keine.“ (Wietschorke 2019, 78f.)

Gerade die Beobachtung des Karnevals und seine Einordnung in Debatten um das Rechte dürften jedoch – entgegen der Abgeschlossenheit suggerierenden Einschätzung Wietschorkes – anhaltendes Diskussionspotenzial bieten. Während Andreas Hechler (2007, 194) eine Kostümierung im Stereotyp eines orthodoxen Juden problematisch erscheint, attestiert Wietschorke (2019, 79) rückblickend: „Einfach ein robuster Dorffasching“. Immer wieder sorgt Karneval (nicht nur, aber insbesondere) in den Vereinen des Landkreises Sächsische Schweiz-Osterzgebirge seitdem für mediales Aufsehen und Diskussionen über das Verhältnis des närrischen Treibens zu menschenverachtenden Darstellungen, Rassismus und Rechtsextremismus. Das Motto des Reinhardtsdorfer Karnevalsclubs für die Saison 2005 lautete etwa: „Für bessere Bekanntheitsgrade / kämpft die Reenerschdorfer Olympiade“¹. Es lässt sich unmittelbar als Reaktion auf den Mediendiskurs über den Ort lesen: Weitere, gesteigerte mediale Aufmerksamkeit wird zum Ziel der Faschingsveranstaltungen ausgerufen, die dem Thema des (sportlichen) Wettkampfes um Höchstleistung gewidmet ist. Mindestens lag so ein ironischer Kommentar, wahrscheinlich sogar eine politische Positionierung vor. So war es dem Reinhardtsdorfer Karnevalsclub auch 2015 gelungen, für bessere Bekanntheitsgrade zu sorgen: Unter dem Motto „Der RKC ist originell, eröffnet sein 5-Sterne Hotel.“ kommentierten die Karnevalist*innen die Krise des europäischen Migrationsregimes 2014/15 und die Frage der Unterbringung Geflüchteter. Die Gemeinde selbst war von Unterbringungspflichtigen nicht betroffen. Trotzdem präsentierten Kostüme und Wagen eine „Reisegruppe Aladin“ sowie eine Gruppe „reisefreudige Afrikaner“ inklusive Blackfacing. Der Ausdruck

geht auf ein Interview der *Sächsischen Zeitung* mit dem Investor Winfried Stöcker zurück, in dem dieser im Dezember 2014 die Untersagung eines Benefizkonzerts für Geflüchtete in seinem Kaufhaus in Görlitz begründete (Seibel 2014). Einen Monat nach dem Faschingsumzug war Reinhardtsdorf-Schöna wieder überregional medial präsent. Ein für Öffentlichkeitsarbeit zuständiges Vereinsmitglied gab zu verstehen, dass darin keine (alltags-)rassistische Begebenheit zu erkennen sei, denn „das eine ist Fasching, das andere ist Rassismus“ (zitiert nach Jansen 2015). Somit kann der Reinhardtsdorfer Karneval als Miniatur der Problematiken des Forschungsfeldes gesehen werden: Auf Seite der Forschenden hängt es sehr stark von (theoretischen) Vorannahmen und eigenen Positionierungen ab, wie Beobachtungen eingeordnet und bewertet werden – und überhaupt in den Blick geraten oder nicht. In der Relativierungsformel, die der Karnevalsverein selbst wählt, zeigt sich gleichzeitig beispielhaft, was die noch näher zu betrachtenden Normalisierungsvorgänge ausmacht. Solche Faschings-Kontexte würden sicher weitere Untersuchungen verdienen, die über deren Funktion der Bereitstellung von Homogenitätskonstruktionen für eine kleinstädtische/dörfliche Gemeinschaft hinausblicken.

Beispiele in Reinhardtsdorf-Schöna

Trotz – und manchmal aufgrund – der geschilderten Schwierigkeiten bieten die dokumentierten Feldforschungsberichte Einsichten in die örtlichen Begebenheiten.

Das Sonderheft 43 der *Berliner Blätter* erschien mit dem Titel *Ein Dorf voller Narren* und der Schlagwortfolge *Karneval, Idylle, Rechtsextremismus* als Untertitel. Damit korrespondieren drei Abbildungen auf dem Titel: Eine Bierflasche wird mittels eines Flaschenöffners entkorkt, der per Ausruf „Ich bin dabei!“ auf den und die Zugehörigkeit zum örtlichen Karnevalsverein hinweist. Eine Fotografie vom Klettern am Felsturm Barbarine aus den 1950er oder 1960er Jahren ruft den Eindruck von Idylle auf. Ein Piktogramm von Hitler als Anzugträger, das womöglich redaktionell hergestellt ist, weist auf den Rechtsextremismus hin. Das dörfliche Vereinsleben als Kontroll- und Gemeinschaftsagentur, landschaftliche (Heimat-)Verbundenheit und das Verbergen rechtsextremer Positionen in als anständig geltender Außenwirkung sind so assoziativ greifbar. Nicht abgebildet sind hingegen Gegenstimmen oder die Positionen von Betroffenen alltagsrassistischer Zustände, die durchaus Teil des Forschungsinteresses für den Feldforschungsaufenthalt waren beziehungsweise auch in einzelnen Beiträgen thematisiert werden. Während diese Leerstellen bleiben, folgt das Cover jedoch nicht der allgemeinen medialen Darstellung samt ihrer griffigen (Sprach-)Bilder und vermeintlich treffsicheren Verortungen des Rechtsextremismus, da die Bildreihe in ihrer heterogenen Zusammensetzung (ironisierende) Zwischentöne und kritisches Nachfragen zulässt. Wo die gängige Bebilderungspraxis fehlt, ist sie nicht allein möglicher Anlass zur Verstärkung lokaler Ablehnungs- und Abwehrkulturen, sondern verweist auch auf die Notwendigkeit adäquaten Darstellens: So korrigierte der *Spiegel* 2006 die Kolleg*innen des *Süddeutsche Zeitung Magazins* in ihrer journalistischen Bebilderungspraktik. Der Titel „Hier wohnt der Hass“ war mit einer Dorfansicht Schönas illustriert. Nicht nur hatte die Autorin dieses Fotos, Eva Leitolf, eine solche Verwendung für problematisch befunden – in den Häusern wohnten tatsächlich Menschen, die sich vor Ort als Initiative „Demokratie anstiften“ engagierten und dafür später den Gustav-Heinemann-Bürgerpreis erhalten sollten (Der Spiegel 2006; Süddeutsche Zeitung Magazin 2006; Richter 2008). Falk Blask und Cordula Endter stellen dem Heft eine kurze Einleitung voran, die sie eine Einladung nennen und sich dabei auf eine tatsächlich erfolgte Einladung zu Getränken

an einen Kleingießhübler Gartentisch beziehen. Besagte Einladung erfolgte spontan beim ersten Spaziergang der Forscher*innen durch das Dorf Kleingießhübel, das einen der drei räumlich recht separierten Gemeindeteile bildet. Die Einladung war nicht nur (unerwartet) freundlich – so wie auch andere Bewohner*innen „nette Leute [waren], die nach eigenen Angaben nicht die NPD gewählt hatten“ (Büchner/Ottovay 2007, 149) –, sondern auch für das Forschungsvorhaben zentral: Man sprach über Arbeitslosigkeit und Fremde, doch die als Beispiele genannten Dorfbewohner waren lediglich auf Montage und nur aus Chemnitz zugezogen und nicht ‚Ausländer‘. Damit waren jene Ansätze, die Protest und/oder die ökonomisch-soziale Lage als Erklärungen für rechte Wahlpräferenzen geltend machten – um im Bild zu bleiben – vom Tisch.

Dezidierte Auseinandersetzungen mit dem Verhältnis zum Feld finden sich in einem Beitrag, der Möglichkeiten, Grenzen und notwendige Positionierungen während des „researching against“ (Büchner/Ottovay 2007) reflektiert. Ein anderer Umgang besteht in einer Gegengeschichte über ansonsten unsichtbare beziehungsweise unsichtbar gemachte jüdische Biografien, die programmatisch von der Frage „Wer fehlt?“ (Hechler 2007) angeleitet ist. Indem Hechler hier den dichtesten und am aufwendigsten recherchierten Beitrag vorlegt, zeigt sich, dass gerade Distanz und Gegenpositionierung zum Feld produktive Ergebnisse zeitigen.

In der Auswertung von teilnehmenden Beobachtungen und Interviews tragen weitere Beiträge Beispiele für Elemente rechtsextremer Denkmuster oder Weltbilder zusammen sowie vor allem Hinweise auf Normalisierungsvorgänge und Abwehrstrategien als Merkmale der lokalen Situation. Sie erlauben so Einblicke in die „Wirkmacht eines Zusammenspiels von Akzeptanz und Ignoranz“ (Büchner/Ottovay 2007, 151). Hier wird deutlich, dass lokalisierte Forschungen dem auf die Spur kommen können, was in groben lokalen Zuweisungen und mit Instrumenten zum Beispiel der Einstellungs- und Wähler*innenforschung nicht adäquat fassbar ist. Gerade solche Forschung war zum Erhebungszeitpunkt noch unangefochtener maßgebend für die öffentliche Wahrnehmung sowie politische und sozialarbeiterische/-pädagogische Gegenstrategien, als das gegenwärtig der Fall ist.

Hinsichtlich der Wahlentscheidung für die NPD werden die Rechtfertigungsmuster zur einsichtsreichen Empirie. Die Begründung, dass es ja nicht verboten sei, die NPD zu wählen, kommentiert Eva Berger (nicht ohne Zynismus): „Wenn auch sonst nur wenig am ‚westlichen‘ Gesellschaftssystem geschätzt wird, so scheint man doch zumindest der Rechtsordnung der wiedervereinigten Republik große Achtung entgegenzubringen.“ (Berger 2007, 16) Allerdings zeigen sich die Gesprächspartner*innen gegenüber der gleichen Rechtsordnung und ihren Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden ablehnend, wenn es um das SSS-Verbot geht. Schließlich geben Menschen an, NPD zu wählen, um auf die Stigmatisierung als rechts(-extrem) zu reagieren (Berger 2007, 19). Einen in ähnlicher Weise als Verletzung oder Demütigung vorgetragenen Trotz gibt auch Daniel Schneider (2007, 83) wieder, wenn er die Heimatverbundenheit eines jugendlichen Gesprächspartners zitiert, der sein Desinteresse für andere (Welt-)Gegenden, seine Entscheidung trotz ungünstiger Ausbildungsaussichten vor Ort zu bleiben, mit einer antizipierten Verachtung für seinen Herkunftsort begründet.

Mit Bezug auf jugendliche Lebenswelten und Jugendkultur hält Schneider zwei zentrale Beobachtungen fest: So führe die unwidersprochene und weitgehend alternativlose Präsenz rechter Jugendlicher zu einem geringen Abgrenzungsbedürfnis nach rechts. Das trage dazu bei, eine politische Lesart von Jugendkultur als überzogen wahrzunehmen. Somit wird das Problem scheinbar entpolitisiert. Denn paradoxerweise geschieht das unter Nutzung politischer Begriffe, nämlich indem die politische Positionierung (extremismustheoretisch mit den Polen rechts/links) als eigentlich austauschbar vorgestellt wird. Was Schneider

beschrieben hat, begreift die gegenwärtige Rechtsextremismusforschung innerhalb eines Geländegewinnmodells als „Normalitätsstruktur“ (Hanneforth/Nattke 2020, 354), auf die extrem rechte Akteure hinarbeiten und die, wenn sie erreicht ist, nur schwer aufgebrochen werden kann.

Solchen Rechtfertigungen steht die alltägliche Erfahrung derselben Orte als Angstzonen nur auf den ersten Blick gegenüber. Diese Perspektive findet sich in einer Gesprächsdokumentation mit Mitgliedern der Initiative „AfroEuropäische Familien in der Sächsischen Schweiz“ wieder (Osterloh 2007b). Die Verdrängung von Menschen, die außerhalb des Normalitätsrahmens gesehen werden, sowie die Dethematisierung ihrer Diskriminierung und Bedrohung prägen die Normalität vor Ort. Im Gespräch mit von Diskriminierung und Gewalt Betroffenen findet sich als Spur des offiziellen Umgangs mit historischem Faschismus und Rechtsextremismus/Neonazismus im erklärtermaßen besseren Deutschland die Beschreibung der DDR als relativer Schutzraum. Dessen Sicherheit beruhte auf trügerischer Grundlage, da sie vor allem durch Dethematisierung zustande kam (Osterloh 2007b, 162 und 164; Ransiek 2019, 182f.). Alltagsrassismus und Gewalt erfahren die Betroffenen, während große Teile der Bevölkerung das unter den örtlichen Bedingungen gar nicht (als problematisch) wahrnehmen können – oder wollen (Osterloh 2007b, 166). So bleibt für sie nicht nur die Angstzone unsichtbar, sondern auch die hegemonialen rechten Akteur*innen: Sie sind entweder tatsächlich keine Personen mit gefestigtem rechten Weltbild oder diejenigen, die es sind, sind zugleich in weiteren Rollen im lokalen Geschehen eingebunden und werden vorrangig in diesen wahrgenommen. Katrin Osterloh (2007a, 41) resümiert dementsprechend, dass das, was an Ausgrenzungen und rechter Hegemonie sichtbar wird, keineswegs lokal spezifisch ist. Örtlich besonders sei jedoch, dass zum Zeitpunkt des Feldaufenthalts keine relevanten Widersprüche im Sinne von Gegenrede oder Gegenangebot vorhanden sind und es in der Folge keine Rechtfertigungen und Verschleierungen geben muss.

Thomas Brückmann schreibt über die dazugehörigen Abwehrstrategien, also vor allem das Leugnen und Relativieren rechter Akteur*innen und Aktivitäten. Im Gespräch mit Interviewpartner*innen bedeutet das etwa, dass die Vertreibung der Familie Sendilmen – die in Pirna einen Imbiss betrieben hatte, bis sie nach jahrelangen Angriffen nach Berlin umzog, – plausibilisiert wird, denn „klar wollen sie nicht, dass sie mehr Ausländer hier haben“ (Brückmann 2007, 135). Es handele sich dabei, so sein Gesprächspartner, doch um ein überall anzutreffendes Phänomen. Die alltägliche Normalisierung verdeutlichen viele Gespräche. Auch wenn rassistische sowie migrations- und asylfeindliche Positionen gar nicht notwendigerweise manifest beziehungsweise offensiv geteilt oder sogar verneint werden, werden eigene alltägliche Authentifizierungen der von rechts aufgegebenen Erzählungen angeboten. Sie sind normaler, unhinterfragter Bestandteil des Sprechens über Migration: Dann wird von Vietnames*innen berichtet, die „sich [in Königstein] breit gemacht“ hätten – was sich vermutlich auf das Eröffnen von Läden und Imbiss-Restaurants bezieht – und wütend auf Asylbewerber*innen geschaut, die „mit der neuesten Handysorte auf der Wiese“ lägen, während der Erzähler seiner Arbeit nachgehe (Heilmann 2007, 200).

Verschwörung: Zurückweisen und Aneignen

Aus gegenwärtiger Perspektive ist bemerkenswert, dass eine frühere Version des oben zitierten Artikels von Hans Heilmann laut einem Verweis in einem anderen Beitrag (Hechler 2007, 195) „Die Verschwörung gegen Reinhardtsdorf-Schöna“ geheißen haben muss. Verschwörungserzählungen sind nicht nur konstitutiv für rechtsextreme Weltbilder (Blum/

Urmoneit 2020), sie sind auch wirksam in der Ansprache breiterer Kreise der Bewohner*innen und zentrale Strategie des Akzeptanzgewinns.

Was die Idylle stört, wird von Bewohner*innen und lokalen Repräsentant*innen aus Politik und Gesellschaft als imageschädigend wahrgenommen. Das Interesse für Wahlergebnisse, rechtsextreme Strukturen und Gewalttaten wird kollektiv abgewehrt und delegitimiert, da es als Belästigung und Beschämung empfunden wird. In dieser Deutung wurden die Wahlergebnisse für die NPD um 2005 hochgespielt und eine Kampagne mit dem gefragten Klempnermeister und NPD-Mitglied Jacobi im Zentrum sollte das Bild des Ortes vollends beschädigen. Dass er als angesehener, rühriger Handwerker und nicht als NPD-Mitglied die Stimmen der Wähler*innen erhielt, ist durchaus als Teil der Erklärung des Wahlergebnisses plausibel – verdeckt jedoch die rechten Normalisierungen. Auch in der Reiseempfehlung aus der *Preußischen Allgemeinen Zeitung*, die diesem Text als Einstieg diente, taucht er als selbstverständliches Element der Erzählung über Reinhardtsdorf-Schöna auf. Volksnähe, wie sie dort keineswegs kritisch, sondern affirmativ verstanden wird, gilt als erfolgversprechende politische Eigenschaft. Dabei bleibt nicht unerwähnt, dass nunmehr die AfD in dieser Position ist, in Bundestagswahlen Ergebnisse feiern kann, die nur knapp unter 40 Prozent liegen. Die Konjunktur des aus der rechtsextremen Agitation nie verschwundenen Lügenpresse-Bildes ließ sich durch die angebliche mediale Demontage von Jacobi bestens beleben – und zugleich der Verdacht einer Verschwörung erhärten.

Ein weiteres Beispiel für die nicht intendierten Folgen großer medialer Aufmerksamkeit – das ist es wahrscheinlich, was vom Fall Reinhardtsdorf-Schöna bleibt. Dabei ist zu ergänzen, dass der „Fall Joseph“ diesen Effekt wohl schon vorbereitet hatte: Auf der gegenüberliegenden Elbseite liegend, war Sebnitz im Jahr 2000 der Ausgangspunkt eines Skandals um eine vermeintlich rechtsextrem motivierte und kollektiv gedeckte Tötung eines Jungen im städtischen Schwimmbad (Mükke 2021, 30). Was im Rahmen des „Braunen Ostens“ medialen Absatz fand, stellte sich als Unfall heraus und nährte gleichzeitig grundlegende Skepsis gegenüber der Berichterstattung über rechte Gewalt.

Mit der Abwehrhaltung oder Immunisierung gegen jegliche Problematisierung des Rechten geht auch die aktive Annahme solcher Stigmatisierungen einher: Der eingangs zitierte Artikel über Reinhardtsdorf-Schöna verfolgt nicht allein die Absicht, trotz aller Vorwürfe Idylle zu attestieren. Er nutzt die Rede von der Nazi-Hochburg, um deren Gegenteil zu beweisen und kokettiert gleichzeitig mit einer Aufzählung von Merkmalen, die als bedroht durch den vermeintlichen Mainstream angesehen werden. Damit handelt es sich um eine produktive Aneignung des Stigmas. Das vermeintlich braune Dorf ist der bessere Ort, an dem sich über die Werte dieses Mainstreams entspannt lachen lässt:

„Und entgegen aller Gruselmärchen ist bisher auch kein einziger [Gast] in der Sächsischen Schweiz zu Schaden gekommen. Es sei denn, er stürzte aufgrund seines eigenen Leichtsinns von einem Felsen. Das lag dann aber sicher nicht an der mangelnden ‚Willkommenskultur‘ der Menschen vor Ort!“ (Kaufmann 2018, 12)

NICK WETSCHEL  ist Doktorand im Bereich Volkskunde/Kulturanthropologie des Instituts für Sächsische Geschichte und Volkskunde in Dresden. Er arbeitet zur lokalen Aushandlung von Migration in Ostdeutschland nach 1989/90 am Beispiel der Institution der Ausländerbeauftragten. Zuletzt war er an zwei partizipativen Projekten zu Erzählungen über ostdeutsche Migrationsgesellschaft sowie den Selbstarchiven von Migrant*innenorganisationen beteiligt.

Endnoten

- ¹ www.rkc-ev.de/kalender.html, aufgerufen am 2.2.2024.

Literaturverzeichnis

- Berger, Eva (2007): Der Bürgermeister und die NPD. In: Falk Blask (Hg.): Ein Dorf voller Narren. Karneval – Idylle – Rechtsextremismus. Berliner Blätter, Sonderheft 43. Münster u. a.: LIT, 11-27.
- Blask, Falk (Hg.) (2007): Ein Dorf voller Narren. Karneval – Idylle – Rechtsextremismus. Berliner Blätter, Sonderheft 43. Münster u. a.: LIT.
- Blask, Falk/Cordula Endter (2007): Lauter nette Nachbarn? Eine Einladung. In: Falk Blask (Hg.): Ein Dorf voller Narren. Karneval – Idylle – Rechtsextremismus. Berliner Blätter, Sonderheft 43. Münster u. a.: LIT, 7-10.
- Brückmann, Thomas (2007): Abwehrstrategien auf Sächsisch. In: Falk Blask (Hg.): Ein Dorf voller Narren. Karneval – Idylle – Rechtsextremismus. Berliner Blätter, Sonderheft 43. Münster u. a.: LIT, 130-142.
- Büchner, Abel/Kathrin Ottovay (2007): Researching against. Kritische Kulturanthropologie gegen Rechtsextremismus. In: Falk Blask (Hg.): Ein Dorf voller Narren. Karneval – Idylle – Rechtsextremismus. Berliner Blätter, Sonderheft 43. Münster u. a.: LIT, 143-160.
- Blum, Alice/Michael Urmoneit (2020): Verschwörungsideologie als konstitutives Moment in der extremen Rechten. In: Brigitte Frizzoni (Hg.): Verschwörungserzählungen. Würzburg: Königshausen & Neumann, 127-139.
- Bringt, Friedemann (2005): „Wir leben dort, wo andere Urlaub machen“. Auswertung von Experteninterviews zu Ressourcen und Problemen der Demokratieentwicklung in Reinhardtsdorf-Schöna. Dresden: Kulturbüro Sachsen e. V.
- Der Spiegel (2006): „Plumpe Schlagzeile“. In: Der Spiegel (41/2006), 8.10.2006. URL: www.spiegel.de/politik/plumpe-schlagzeile-a-744b517e-0002-0001-0000-000049133231, aufgerufen am 17.2.2024.
- Hanneforth, Grit/Michael Nattke (2020): Wo sich Rassist und Populist Gute Nacht sagen: Rechtsextremismus im ländlichen Raum am Beispiel Sachsens. In: Uwe Backes/Steffen Kailitz (Hg.): Sachsen – eine Hochburg des Rechtsextremismus? Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 339-360.
- Hechler, Andreas (2007): Wer fehlt – Voids in Reinhardtsdorf-Schöna. In: Falk Blask (Hg.): Ein Dorf voller Narren. Karneval – Idylle – Rechtsextremismus. Berliner Blätter, Sonderheft 43. Münster u. a.: LIT, 171-196.
- Heilmann, Hans (2007): Unterwegs mit dem Busfahrer Alfred O. In: Falk Blask (Hg.): Ein Dorf voller Narren. Karneval – Idylle – Rechtsextremismus. Berliner Blätter, Sonderheft 43. Münster u. a.: LIT, 197-201.
- Jansen, Frank (2015): „Reisefreudige Afrikaner“: So feiert eine NPD-Hochburg Karneval. In: Der Tagesspiegel, 17.3.2015.
- Kaufmann, Wolfgang (2018): Zu Besuch in der angeblichen Nazi-Hochburg. In: Preußische Allgemeine Zeitung (Nr. 26), 29.6.2018, 12.
- Mükke, Lutz (2021): 30 Jahre staatliche Einheit – 30 Jahre mediale Spaltung. Schreiben Medien

- die Teilung Deutschlands fest?. URL: www.otto-brenner-stiftung.de/wissenschaftsportal/informationseiten-zu-studien/30-jahre-mediale-spaltung/, aufgerufen am 5.3.2023.
- Naase, Jessyka (2007): Keine Zeit für Urlaub. In: Falk Blask (Hg.): Ein Dorf voller Narren. Karneval – Idylle – Rechtsextremismus. Berliner Blätter, Sonderheft 43. Münster u. a.: LIT, 98-103.
- Osterloh, Katrin (2007a): „Bei uns leben nur normale Leute“. Reinhardtsdorfer Zustände zwischen Idylle und Rechtsextremismus. In: Falk Blask (Hg.): Ein Dorf voller Narren. Karneval – Idylle – Rechtsextremismus. Berliner Blätter, Sonderheft 43. Münster u. a.: LIT, 28-44.
- Osterloh, Katrin (2007b): „Hier gibt es kein Recht auf seelische Gesundheit“. Gespräch mit der Bürgerinitiative „AfroEuropäische Familien in der Sächsischen Schweiz“. In: Falk Blask (Hg.): Ein Dorf voller Narren. Karneval – Idylle – Rechtsextremismus. Berliner Blätter, Sonderheft 43. Münster u. a.: LIT, 161-170.
- Petruschke, Oliver (2007): Rechtsextremismus. Ein Glossar. In: Falk Blask (Hg.): Ein Dorf voller Narren. Karneval – Idylle – Rechtsextremismus. Berliner Blätter, Sonderheft 43. Münster u. a.: LIT, 202-207.
- Ransiek, Anna-Christin (2019): Rassismus in Deutschland. Eine macht-reflexive, biographie-theoretische und diskursanalytische Studie. Wiesbaden: Springer VS.
- Richter, Bianca (2008): Rechter Alltag. Ein Bericht über die „deutschen Zustände“ in Reinhardtsdorf-Schöna und Kleingießhübel. Berlin: Amadeu Antonio Stiftung.
- Roths, Katharina (2007): Abnicken. Ein methodisches Selbstgespräch. In: Falk Blask (Hg.): Ein Dorf voller Narren. Karneval – Idylle – Rechtsextremismus. Berliner Blätter, Sonderheft 43. Münster u. a.: LIT, 54-56.
- Schneider, Daniel (2007): Mangel an Alternativen. Jugendkultur in Reinhardtsdorf-Schöna. In: Falk Blask (Hg.): Ein Dorf voller Narren. Karneval – Idylle – Rechtsextremismus. Berliner Blätter, Sonderheft 43. Münster u. a.: LIT, 78-87.
- Seibel, Frank (2014): „Sie haben kein Recht, sich hier festzusetzen“. In: Sächsische Zeitung, 18.12.2014. URL: www.saechsische.de/sie-haben-kein-recht-sich-hier-festzusetzen-2997815.html, aufgerufen am 17.2.2024.
- Süddeutsche Zeitung Magazin (2006): Hier wohnt der Hass. Ostdeutschland ist schön. Für Weiße. SZ-Magazin Nr. 39, 29.9.2006.
- Wietschorke, Jens (2019): What's the matter with Fergus Falls? Reisen ins Herz der politischen Rechten. In: Merkur – Deutsche Zeitschrift für Europäisches Denken 73, 76-84.



Alt/Futures: Rechte Zukunftsnarrative für den Osten Deutschlands

Julia Leser

ABSTRACT: Der Beitrag untersucht, welche Bedeutung Zukunftsnarrative für rechte Bewegungen haben und welche Position der Osten Deutschlands in den Wahlkampfstrategien der AfD einnimmt. In Anlehnung an die Konzeption von rechten (Neu-)Erzählungen nationaler Geschichte als Alt/Histories – also als verzerrte Alternative Histories –, führt dieser Beitrag das Konzept der Alt/Futures ein. Es richtet den Blick auf die von rechten Bewegungen entworfenen Zukunftsbilder, die auf den verzerrenden Alt/Histories basieren und auf die (Re)Konstitution einer ‚besseren‘ Nation abzielen. Hoffnung steht im affektiven Zentrum dieser ostdeutschen Alt/Futures und fungiert als zentrale politische Ressource für rechte Bewegungen in der Region. Dies zeigt der Beitrag anhand ethnografischen Materials, das während des AfD-Wahlkampfs in ostdeutschen Bundesländern im Jahr 2019 von einer Gruppe Forscher:innen, zu denen die Autorin gehört, erhoben wurde. Am Beispiel der AfD-Erzählungen über Ostdeutschland wird deutlich, wie Hoffnung auf Zukunft als Ressource in lokalen Kontexten funktionieren kann und wo sie an ihre Grenzen stößt.

SCHLAGWORTE: Ostdeutschland, Alternative für Deutschland (AfD), Rechte Politik, Zukunft, Hoffnung

ZITIERVORSCHLAG: Leser, J. (2025): Alt/Futures: Rechte Zukunftsnarrative für den Osten Deutschlands. In: Berliner Blätter 91, 86–102, DOI: 10.60789/911177.

Einleitung

Der Osten leuchtet, der Westen ist verloren“ – so betitelt der Compact-Herausgeber Jürgen Elsässer einen Leitartikel im gleichnamigen Online-Magazin. Angesichts der, aus seiner Sicht, schwachen Wahlergebnisse für die AfD (Alternative für Deutschland) bei der Bundestagswahl 2021 setzt er sich in diesem mit der Frage auseinander, ob man jetzt lieber auswandern sollte oder ob für Deutschland – aus Perspektive der Rechten – noch Hoffnung bestehe.¹ Anlass für Hoffnung sieht Elsässer in den höheren Wahlergebnissen für die AfD in den ostdeutschen Bundesländern. „Deutschland“, so schreibt er, „kann nur noch im Osten gerettet werden. Der Osten muss sich vom Westen abspalten, bevor auch er vergiftet wird. Ob es dazu einer staatlichen Sezession bedarf und ob diese überhaupt umsetzbar ist [...], ist eine offene Frage.“

Nationalistische Fantasien wie diese stehen im Fokus dieses Beitrags, der diskutiert, welche Rolle Zukunftsnarrative für rechte Bewegungen spielen und welche Position der Osten Deutschlands dabei einnimmt. Prinzipiell ist die Frage, welche Geschichte(n) über Ostdeutschland erzählt werden soll(en), politisiert und umstritten. Während etwa die höheren Wahlergebnisse der AfD im Osten von vielen Beobachter:innen als Bestätigung des seit den 1990er Jahren zirkulierenden Narrativs des ‚Braunen Osten‘ gelesen werden (Einleitung dieses Bandes; Hentschel 2018, 222-223), werden sie aus rechter Perspektive zum Teil als Symptome einer aufstrebenden Widerstandsbewegung gegen eine bevorstehende ‚Umvolkung‘ des ‚wahren deutschen Volkes‘ interpretiert (Pates/Leser 2021, 80-85; Leser u. a. 2019). Für viele rechte Akteur:innen wie beispielsweise Jürgen Elsässer spielt die Handlung des faschistischen Narrativs der ‚nationalen Wiedergeburt‘ im Osten Deutschlands. Ostdeutschland, so Matthias Quent (2019, 231), wird in solchen Erzählungen zur „Projektionsfläche“ zukunftsgerichteter Vorstellungen rechter Bewegungen. Während rechte Narrative der ‚Umvolkung‘ und der ‚nationalen Wiedergeburt‘ global zirkulieren (Davey/Ebner 2019), ist die Rolle des Ostens für rechte Bewegungen im deutschen Kontext eine Besonderheit.

Dieser Beitrag ordnet sich in eine lange Reihe an Versuchen ein, die aktuellen Wahlerfolge rechter Parteien in Ostdeutschland analytisch einzuordnen. Bislang halten monokausale Erklärungen für einen ‚Rechtsruck‘ im Osten einer genaueren empirischen Betrachtung kaum Stand (Dellenbaugh-Losse u. a. 2020). Zielführender bleibt die Untersuchung lokaler und situativer rechter Praktiken, insbesondere Praktiken des Framings lokaler Probleme und ihrer narrativen Einbettung (Leser/Pates 2022, 438). Denn auch Regionen werden auf politische Art und Weise *erzählt*. Solche lokalspezifischen Narrative können die Analysen rechter Topoi – im Fokus stehen meist Narrative der Krise (Kølvraa/Forchtner 2019; Moffitt 2015; Wodak 2021), der Erniedrigung (Homolar/Löffmann 2021) und des Widerstandes (Leser u. a. 2019; Volk 2020, 2022b) – ergänzen und erweitern.

Die Geschichte Ostdeutschlands, argumentiert Anselma Gallinat (2017), ist nicht fixiert, sondern Teil einer kontinuierlichen *memory work*. Ayhan Kaya (2020, 2021) argumentiert in diesem Zusammenhang, dass die Verwendungsweisen der Vergangenheit (*the uses of the past*) zum Erfolg rechter Parteien wie der AfD in dieser Region beitragen: Gut dokumentiert sind narrative Praktiken der Relativierung des Holocaust und der Dämonisierung der DDR-Diktatur (etwa Schneider 1997; Wippermann 2009; Caramani/Manucci 2019; Valencia-García 2020, 7). Darüber hinaus werden ‚die Ostdeutschen‘ von rechten Akteur:innen als besonders widerständig und protestfreudig dargestellt, wobei sie sich Erinnerungen an Widerstandsbewegungen in NS-Zeiten, aber auch an die ‚Friedliche Revolution‘ von 1989 aneignen (Hentschel 2018; Thiele 2021; Weisskircher 2021; Volk 2020, 2022a). Die Vergangenheit Ostdeutschlands wird für rechte Bewegungen (wie PEGIDA) und Parteien (wie die AfD) auf diese Weise zum Vehikel ihrer Mobilisierungsstrategien. Louie Dean Valencia-García bezeichnet solche aneignenden, alternativen (Neu-)Erzählungen nationaler Geschichte als *Alt/Histories*: das heißt Erzählungen, die durch Praktiken der Verzerrung und Dekontextualisierung rechten Bewegungen dazu dienen, Ideologien zu legitimieren und offizielle politische Narrative zu verändern (Valencia-García 2020, 9).

In Anlehnung an die Konzeptionalisierung von *Alt/Histories* erarbeitet dieser Beitrag das äquivalente Konzept der *Alt/Futures*, um hervorzuheben, dass nicht nur verzerrende und dekontextualisierte Bezüge zur Vergangenheit, sondern auch zur Zukunft für gegenwärtige rechte Bewegungen von Bedeutung sind. Die Konzeption von *Alt/Futures* lenkt den analytischen Blick auf die von rechten Bewegungen entworfenen Zukünfte, die auf den imaginierten, zum Teil ahistorischen und verzerrenden *Alt/Histories* basieren und in hoffnungsvoller Erwartung auf die (Re)Konstitution einer ‚besseren‘ Nation abzielen. Im

analytischen Fokus auf dystopische und krisenhafte Narrative rechter Bewegungen kann übersehen werden, dass sie auch utopische Visionen einer ethnisch ‚reineren‘ und homogenen Zukunft entwickeln, die Hoffnung machen sollen (Göpffarth 2021). Hoffnung, so argumentieren Rebecca Bryant und Daniel M. Knight, ist sowohl ein wesentlicher zeitlicher als auch politisch-mobilisierender Affekt: „a form of futural momentum, a way of pressing into the future that attempts to pull certain potentialities into actuality“ (Bryant/Knight 2019, 134). Im Gegensatz zu den gängigen Vorstellungen von rechter Politik sind es nicht nur negative Gefühle wie Wut, Angst und Hass, die ihre Bewegungen und ihren Aktivismus antreiben (Leser/Spissinger 2020). Florian Spissinger (2024, 94) argumentiert, dass ein genauerer Blick in rechte Zukunftsvorstellungen zeigt, dass auch Hoffnung auf eine ‚bessere‘ Nation ein wesentlicher affektiver Antriebsfaktor für rechte Aktivist:innen, Politiker:innen und Anhänger:innen ist. Hoffnung steht im affektiven Zentrum ostdeutscher *Alt/Futures* und fungiert als zentrale politische Ressource für rechte Bewegungen in dieser Region, so argumentiere ich in diesem Beitrag. Darüber hinaus zeigt das Fallbeispiel rechter Zukunftsnarrative für Ostdeutschland, dass die Inszenierung von *Alt/Futures* im Rückgriff auf *Alt/Histories* funktioniert (Kenny 2017, 269). Julian Göpffarth (2021) zeigt beispielsweise am Fall des neuerechten Intellektuellenmilieus in Dresden, wie individuelle und gesellschaftliche Erinnerungen an die sozialistische DDR-Vergangenheit genutzt werden, um Hoffnung auf eine nativistische Zukunft Ostdeutschlands zu machen.

Dieser Beitrag erweitert diese Diskussion um einen ethnografischen Einblick in den Wahlkampf der AfD in den ostdeutschen Bundesländern 2019.² Im Vorfeld dieser Landtagswahlen habe ich in den Jahren 2018 und 2019 Wahlkampfveranstaltungen, Demonstrationen, Stammtische und ‚Bürgerabende‘ besucht und beobachtet, die von der AfD und anderen rechten Parteien (damals: Blaue Partei unter Frauke Petry und ADP, Aufbruch deutscher Patrioten, unter André Poggenburg – beide mittlerweile aufgelöst) in Sachsen, Thüringen und Brandenburg organisiert wurden. Bei den meisten dieser Veranstaltungen war ich vor Ort anwesend; nur in Fällen, in denen eine Teilnahme in Präsenz nicht möglich war (etwa beim parteiinternen Kyffhäuser-Treffen 2019, siehe unten), wurde auf Video-Aufnahmen zurückgegriffen, die die Partei auf ihrem YouTube-Kanal zur Verfügung stellt. Der analytische Fokus bei diesen Feldforschungen lag auf den affektiven Dynamiken rechter Politik (Leser/Spissinger 2020; Pates/Leser 2021; Leser/Pates 2022) sowie auf den methodologischen Herausforderungen, die das ethnografische Forschen in rechten Kontexten begleiten (Spissinger/Leser 2021a; Spissinger/Leser 2021b).

Im ersten Teil dieses Beitrags illustriere ich, welche Zukunft Politiker:innen der AfD dem Osten Deutschlands zuweisen. Im zweiten Teil frage ich nach der Funktion von Hoffnung in ihren Wahlkampfbestrebungen und diskutiere im dritten Teil, wo die Grenzen dieser Zukunftsnarrative für den Erfolg der AfD liegen könnten.

Alt/Futures: Der widerständige Osten

Es ist der 6. Juli 2019. Kurz vor den Landtagswahlen mehrerer ostdeutscher Bundesländer treffen sich AfD-Mitglieder in Leinefelde zum jährlichen Kyffhäuser-Treffen des völkisch-nationalistischen Flügels. Die Wahl des Ortes allein ist eine „geschichtspolitisch mehrdeutige Geste“ (Dümling 2021, 109). Das Denkmal erinnert an die Legende Barbarossas: Wenn er wieder erwacht, dann wird, der Sage nach, auch ‚des Reiches Herrlichkeit‘ wiederkommen. Der Historiker Sebastian Dümling erkennt in diesem Denkmal „einen Supersignifikanten, der eine Vielzahl unterschiedlicher Ideen, Bilder und Bedeutungen referenziert, die in der

Neuen Rechten zirkulieren" (ebd., 110). Diese Referenzen verweisen auf unterschiedliche Zeitlichkeiten: in die Vergangenheit, zum Beispiel auf die Geschichte ‚deutscher Reiche‘, aber auch in die Zukunft – in der Hoffnung, dass Deutschland als Nation wieder so *glorreich* werde, wie es einmal war.

Auch an diesem sommerlichen Julitag 2019 sind die Reden an die AfD-Anhänger:innen bedeutungsschwer von solchen narrativen Anspielungen. In der Rede des thüringischen Landesvorsitzenden, Björn Höcke, geht es heute jedoch nicht nur um die Beschwörung der Auferstehungskraft des deutschen Reiches – in der Figur von Barbarossa –, sondern um die des Ostens. Er betritt die Bühne und stellt sich an ein Podium, über dem ein Transparent mit der Aufschrift „Der Osten steht auf“ angebracht ist, und adressiert zuerst – mit „ungemeinem Stolz“, sagt er – die Thüringer: „Dieser Freistaat Thüringen – das grüne Herz Deutschlands – hat alle Voraussetzungen, um ein AfD-Kernland zu werden.“³

Die Thüringer, so Höcke, hätten ein besonders „positives“ Verhältnis zu ihrer Heimat, und es sei darüber hinaus das „Angstbundesland der Grünen“, die bei Landtagswahlen nicht wirklich Fuß fassen würden. Dennoch: „Der Klimahype hat die Deutschen erreicht“, sagt er, „und die Deutschen sind leider nicht nur ein obrigkeitsfolgsames Volk, sondern auch ein wenig mit einer hysterischen Ader ausgestattet“ und würden daher besonders empfindlich auf die grünen „Hypermoralisten“ und die „Klimahysterie“ reagieren, erklärt er. Die Deutschen müssten „aufwachen“. Die Ostdeutschen hätten immerhin die Diktatur der DDR erlebt und seien daher empfindlicher für diktatorische Entwicklungen. Sie hätten schon einmal ein ungerechtes System gestürzt und, seiner Ansicht zufolge, können und sollen sie es wieder tun. Höcke spricht von einer „Revolution“, die mit den anstehenden Landtagswahlen in Ostdeutschland beginnen und sich auf den Rest der Bundesrepublik ausweiten werde:

„Wir werden gemeinsam hier in wenigen Wochen in Brandenburg und in Sachsen und sechs Wochen später dann hier in Thüringen die politische Sonne über dem Osten wieder aufgehen lassen und wir werden dafür sorgen, dass diese politische Sonne bald über ganz Deutschland wieder scheint, dass der gesunde Menschenverstand wieder zur Herrschaft gelangt, dass ein natürlicher Patriotismus wieder Raum greifen kann, dass wir wieder eine lebendige, frohe Nation, ein lebendiges und frohes Volk sein werden, denn das ist es, was wir wollen!“

Björn Höcke präsentiert sich in dieser Rede als Prophet eines anderen, *alternativen*, zukünftigen Deutschlands. Innerhalb der AfD findet er Unterstützung im völkischen Flügel: Hier scheint es ihm gelungen zu sein, einen Raum zu schaffen, in dem seine völkisch-nationalistische Vision einer neuen deutschen Identität gedeihen kann. Dabei fungiert der Osten als Projektionsfläche.

AfD-Politiker:innen wie Höcke versuchen, den Osten als Region des nationalen Widerstands neu zu erfinden. Besonders deutlich wird dies zum Abschluss seiner Kyffhäuser-Rede von 2019, als Höcke an sein Publikum appelliert:

„Deutschland ist für mich heute eine Maulkorb-Demokratie, die leider auf dem besten Weg ist, zu einer Wohlfühl-Diktatur zu werden. Wir spüren das im Osten viel deutlicher als die Menschen im Westen, die immer noch morgens aufstehen, zur Arbeit gehen, ihren Dienst absolvieren und dann in die Freizeit fallen und nur noch abschalten wollen. Wir haben hier im Osten noch die persönlichen Erfahrungswerte mit einer totalitären Gesellschaft und wir stellen unsere Erfahrungen mit dieser totalitären Gesellschaft, die hier auf dem Gebiet der ehemaligen DDR ihr Unwesen getrieben hat, der im Westen

vorherrschenden Unkultur des Verbots und der Bevormundung entgegen. Ja, liebe Freunde, es fühlt sich wieder so an wie damals in der DDR. Aber das versprechen wir uns heute hier gemeinsam: Wir werden uns nie wieder in eine neue DDR führen lassen. Wir werden uns nicht beugen.“

In Leinefelde stehen die Zuschauer:innen an diesem Tag auf, applaudieren, schwenken Deutschlandfahnen und skandieren unisono: „Höcke! Höcke! Höcke!“ Zumindest hier unter den Parteimitgliedern der AfD findet der Versuch Höckes, eine kollektive Identität ‚der Ostdeutschen‘ – als von Natur aus widerständig und diktatursensibel – zu erfinden, offensichtlich Anklang.

Ähnliche rhetorische Ansätze finden sich bei den GIDA-Bewegungen wieder, wie unter anderem Sabine Volk (2020, 2022b) gezeigt hat. In den politischen Inszenierungen der PEGIDA-Demonstrationen in Dresden wird häufig die Überlegenheit des Ostens gegenüber dem Westen betont: Ostdeutsche hätten ein differenzierteres Gerechtigkeitsempfinden, würden Ungerechtigkeiten aufgrund eingeübter Diktaturerfahrungen leichter erkennen und sich eher dagegen wehren als Westdeutsche. Ein Vertreter der (mittlerweile verfassungsschutzrechtlich verbotenen) THÜGIDA-Bewegung sagte mir in einem Interview: „Thüringen und Sachsen ist so das Gallien, wenn man es mal so bezeichnen will, wo eben noch so ein bisschen Widerstand geleistet wird“ (Interview, THÜGIDA, 9. November 2018). Er erklärte, dass Deutschland einer „Gehirnwäsche“ unterzogen wurde und die Westdeutschen „umerzogen“ worden seien, um sie zu völlig passiven Mitläufer:innen zu machen. „Hier“ im Osten hingegen sei „das eben so ein bisschen noch in den Köpfen manifestiert, sich gegen Unrecht zu erheben“ (ebd.).

Auf Ostdeutschland als letzte ‚gallisch-widerständige‘ Bastion gegen eine ‚römisch-imperiale, invasive‘ Bedrohung nimmt wiederum auch Björn Höcke in seinem 2018 erschienenen Buch *Nie zweimal in denselben Fluss* Bezug:

„Ich erwähnte vorhin den möglichen Rückzug auf Länderebene, wo besonders im Osten noch großes Potential vorhanden ist, daß [sic] inhumane Projekt einer Migrationsgesellschaft zu stoppen. [...] Dann haben wir immer noch die strategische Option der „gallischen Dörfer“. Wenn alle Stricke reißen, ziehen wir uns wie einst die tapferfröhlichen Gallier in unsere ländlichen Refugien zurück und die neuen Römer, die in den verwahrlosten Städten residieren, können sich an den teutonischen Asterixen und Obelixen die Zähne ausbeißen! Wir Deutschen – zumindest die, die es noch sein wollen – sind dann zwar nur noch ein Volksstamm unter anderen. Die Re-Tribalisierung im Zuge des multikulturellen Umbaus wird aber so zu einer Auffangstellung und neuen Keimzelle des Volkes werden. Und eines Tages kann diese Auffangstellung eine Ausfallstellung werden, von der aus eine Rückeroberung ihren Ausgang nimmt.“ (Höcke/Hennig 2018, 253)

Für Höcke hat die ‚nationale Wiedergeburt‘ eine Zeit und einen Ort: Sie wird in der Zukunft Ostdeutschlands stattfinden. Er erzählt eine Geschichte von eingeübter Widerständigkeit im Osten und bereits ‚verlorener‘ Gebiete im Westen. Diese Narrative, auf die Höcke wiederholt in seinen Texten und Ansprachen referiert, sind keine neue Erfindung der AfD, sondern reichen bis ins 19. Jahrhundert zurück. Visionen des ‚großen Austauschs‘, des ‚nationalen Widerstands‘ und der ‚nationalen Wiedergeburt‘ sind steter Begleiter völkisch-nationalistischer politischer Projekte. Heute beobachten wir ein weltweites Erstarken dieser völkischen Erzählungen: „[T]hese concepts have come to dominate the ideology of extreme-right groups,

providing the ideological glue which ties together an increasingly cohesive, networked and transnational extreme-right", wie Jacob Davey und Julia Ebner (2019, 4) argumentieren. Was in den hier zitierten Ausschnitten aus Reden des AfD-Politikers Björn Höcke deutlich wird, ist, dass rechte Narrative nicht nur dystopische Visionen der Zukunft heraufbeschwören, sondern dass das *Endgame* erfolgreicher rechter Politik auf den Eintritt der Utopie eines ‚weißen Ethnostaates‘ hoffen lassen soll – im Sinne eines souveränen Gebietes, in dem die Staatsbürgerschaft auf Mitglieder beschränkt ist, die das Kriterium des ‚Weiß-Seins‘ erfüllen (Nilan 2021, 105).

Aber warum sollte diese Utopie in Ostdeutschland realisiert werden? Warum spielt die Anrufung ‚der Ostdeutschen‘ in den politischen Inszenierungen von AfD, PEGIDA & Co. eine so zentrale Rolle? Warum fungiert gerade der Osten als Ort der imaginierten Realisierung eines ‚weißen Ethnostaates‘? Affektanalytisch ist es in diesem Zusammenhang naheliegend, den Fokus auf die Funktionen von Hoffnung zu legen, die mit dieser rechten Vision verbunden ist.

Die Nation als Produzentin von Hoffnung

Es ist der 18. März 2019. Ich besuche an diesem Abend eine öffentliche Wahlkampfveranstaltung der sächsischen Landesfraktion der AfD in der Bürgerstube Großpösna. Hier stehen Tische, Stühle und Bänke in gutbürgerlicher Optik. An den Wänden hängen Fahnen des lokalen Männergesangsvereins. Vereinzelt stehen Pokale. Die AfD-Leute haben einen Tisch für die Referenten und einen mit Info-Material der Partei aufgebaut, ein Beamer läuft. Auf einem großen Banner steht „Heimat Sachsen“ mit dem AfD-Logo. Hier versammeln sich knapp zwanzig Personen, vorwiegend Männer unterschiedlichen Alters, die an den im Raum verteilten Tischen sitzen. Pünktlich beginnt Jörg Dornau, stellvertretender Vorsitzender des AfD-Kreisverbands Leipzig Land, und begrüßt zunächst Jörg Urban, Landesvorsitzender der AfD Sachsen, als Gast.

Jörg Urban stellt sich zentral im Raum auf, vor dem Beamer, und begrüßt das Publikum. Er wolle an diesem Abend die AfD vorstellen, als Partei, und ein paar Landesthemen anreißen, erklärt er. Im Anschluss wolle er mit dem hier anwesenden Publikum ins Gespräch kommen, vor allem, was die Möglichkeiten zur Kommunalwahl betreffe, „in Sachsen etwas zu verändern“.

Eine seiner Folien trägt den Titel „Ländlicher Raum“ – laut Urban: „die große Baustelle in Sachsen.“ Er erklärt:

„Die ländlichen Räume wurden über Jahrzehnte vernachlässigt zugunsten der großen Städte; man hat zugelassen, dass immer mehr Jugendliche wegziehen, weil es dort keine Arbeit mehr gibt. Wir haben hohe Altersdurchschnitte mit einer wachsenden Tendenz. Durch das Wegziehen der Menschen und der Jobs ist auch die Infrastruktur zurückgegangen. Wo kein Geld ist und keine Kaufkraft, machen Gaststätten und Geschäfte zu. Bahn und Bus fahren nicht mehr so oft. Da kann man politisch lange zuschauen, das Ergebnis haben wir jetzt: einen extrem schlechten ÖPNV in Sachsen, wenig junge Leute, kaum Jobs, fehlende Betriebe, kein 5G.“

Im Anschluss an den kurzen Vortrag fragt Dornau das anwesende Publikum, welche kommunalpolitischen Themen sie interessieren würden. Ein älterer Mann – ein Rentner, wie mir im Verlauf seiner Ausführungen deutlich werden wird, – meldet sich zu Wort:

„Wichtig sind doch die ganzen sozialen Fragen! Überall, wo Du hingehst, das ist doch alles verrottet! Man muss ja nur mal auf die Straße schauen, wie es da aussieht. Die Bahnhöfe... Das haut doch alles nicht hin. Und die erzählen uns sonst was... Alles ist am Boden! Und die sagen, wir sind ein reiches Land; Deutschland hat die meisten Schulden in Europa! Und die Parteien, die sind ja auch nicht in der Lage, auf die sachlichen Argumente der AfD zu antworten! Die gucken weg!“

Dornau und Urban versuchen, dem Redeschwall des Rentners geduldig zuzuhören, sie nicken ab und zu zustimmend und sagen „ja“ – der Rentner redet sich in Rage, im tiefsten Sächsisch, den Rest verstehe ich kaum noch, aber Urban schreitet auch schon ein: „Sie haben jetzt etwas sehr Gutes gesagt: viele Probleme hintereinander“ – der Rentner, endlich still, zuckt die Schulter und sagt „ach!“, als hätte er ein Kompliment bekommen, mit dem er nicht umgehen kann, – „wenn wir das jetzt weiterführen würden mit jedem Einzelnen...“. Urban spricht langsam, macht lange, bedeutungsvolle Pausen; er steht aufrecht und überzeugt in der Mitte des Raumes in seinem äußerst professionell wirkenden Aufzug und schaut nacheinander jede:n im Publikum direkt an – „... dann könnten wir bis morgen früh diskutieren. Das zeigt doch mal auf, wie viel in diesem Land verkehrt läuft!“ – „Ja“, tönt es wie aus einem Mund aus dem Publikum zurück und Urban wiederholt, diesmal eindrücklich betonend: „Wie viel in diesem Land verkehrt läuft!“ – und der Rentner, etwas stiller: „Ja, genauso ist es.“ Urban geht weiter:

„Sie kennen das Programm der AfD, das hat 80 Seiten. Das ist die Kurzform des Programms. Unser Originalprogramm hat 200 Seiten. Und auf die ganzen... ja, nicht auf die ganzen, aber auf viele, viele Probleme, die Sie ansprechen, die wir alle bis morgen früh hier ansprechen könnten, stehen hier drin die Lösungen.“

Urban hält das Wahlprogramm dem Publikum vor die Nasen. Wie eine Bibel. „Und umsetzen können wir das, wenn wir entsprechend gewählt werden.“

Ein Mann – etwa 40 Jahre, schätze ich –, der ganz hinten an einem der Tische sitzt, meldet sich zu Wort und spricht ein anderes Thema an:

„Ich muss mal was sagen. Meine Mutter ist im Pflegeheim. Die haben voriges Jahr die Pflegesätze um 500 Euro erhöht. Sie hat 1.700 Euro Rente, auf einmal musste sie 1.500 Euro für das Pflegeheim zahlen. Das haben wir gerade so hingekriegt. Mein Onkel, der ist auch im Pflegeheim, das haben wir gerade so... Vorige Woche krieg' ich schon wieder Post! Weil ich für die verantwortlich bin. Hundertsechzig Euro schon wieder mehr! Jetzt geht's so weit [seine Stimme wird brüchig], dass sich alle beide beim Sozialamt melden sollen. Obwohl die 40, 45 Jahre eingezahlt haben! Wo soll denn das hinführen? Wer soll das noch bezahlen? Ich kann jetzt... der Vater hat kein Geld mehr! Ich kann jetzt Sozialhilfe beantragen!“

Es ist ernüchternd, zuzuhören. Der Mann ist vollkommen verzweifelt; den Tränen nahe. Urban versucht sich an einer Reaktion: „Ja, ich kenne das Problem.“ – und führt die Problematik weiter aus:

„Wir sind nicht so arm, weil wenn ich sehe, wie viele Milliarden Euro wir in der Welt verteilen an verschiedenste Organisationen, wie viel Geld wir nach Griechenland pumpen, was am Ende nur in die Rettung von Privatbanken fließt, da ist genügend

Geld da, auch Steuergeld, um das in die Pflege reinzugeben. Die Leute, die wir in der Pflege haben, das sind die Leute, die die letzten Jahrzehnte hart gearbeitet haben, die das Land zu dem gemacht haben, was es ist."

Der Mann sagt: „Richtig. Dass man die im Alter einfach nicht hängen lässt — das darf nicht sein!"

Die Diskussion mit den Anwesenden dauert ungefähr eine Stunde und die sich an diesem Abend einstellende Dynamik der Debatte ähnelt zahlreichen anderen AfD-Wahlkampfveranstaltungen, die in diesem Zeitraum in einer Vielzahl ostdeutscher Kleinstädte und Dörfer abgehalten werden. Überall bietet die AfD mit ihren ‚Bürgerabenden‘ einen Raum für die lokale Bevölkerung, sich einmal richtig auszulassen über die zahlreichen strukturellen Probleme, die gerade in vielen Regionen Ostdeutschlands zentraler Teil der gelebten Realität sind. In der Wahrnehmung der an diesem Abend Anwesenden bietet die AfD *dort* einen Raum, wo andere gesellschaftliche, politische oder soziokulturelle Organisationen *keinen* Raum mehr anbieten (Dellenbaugh-Losse u. a. 2020, 71-77). Die AfD-Politiker:innen inszenieren sich in diesen hergestellten Räumen als Hoffnungsgebende: Alles könne besser werden, so wiederholt Urban an diesem Abend immer wieder, wenn die Menschen die AfD wählen würden oder, besser noch, sich angesichts des Personalmangels in der AfD bereit erklären würden, sich aktiv in der Kommunalpolitik für die AfD zu engagieren und beispielsweise Flyer mit den Slogans „Vollende die Wende!" oder „Wende 2.0" im eigenen Dorf zu verteilen. Es scheint zur Strategie zu gehören, Hoffnung auf eine bessere Zukunft anzubieten in Regionen, in denen alle Hoffnung verloren scheint.

In einem Interview im thüringischen Suhl erklärt beispielsweise ein Mann, der den Angeboten der AfD nicht abgeneigt ist, in Suhl sei

„alles weg. Das war früher mal eine Arbeiterstadt, auch Zella-Mehlis. Jetzt steht nichts mehr, alles weg. Und unsere jungen Leute sind alle weg, sind alle nach drüben, oder ins Ausland. Arbeit, unsere Lehrlinge, alles nach drüben. Hier haben sie ja nichts mehr. Was haben wir hier denn noch? Ich will das nicht sagen. Mehr haben wir jetzt nicht mehr, alte Leute und Gangster. Mehr ist doch hier nicht mehr. Wenn man schon sieht, was unten in der Stadt los ist, was da für Leute stehen, trinken. Was haben sie denn davon? Das ist eben so. Die jungen Leute... Jeder Zweite — die fahren jetzt mit dem Rollator umher, weil sie nicht mehr laufen können, weil sie hin sind. Drogen, dann Saufen, mehr ist doch nicht mehr. Die vernünftigen Leute sind alle weg. Hier bauen sie ein Altersheim nach dem anderen. Da gibt es nur noch alte Leute. Eine Oma von 80 Jahren haben sie vor ein paar Wochen zusammengedroschen, nur wegen 20 Euro. Da traut sich doch keiner mehr in der Nacht raus. Es sei denn, es ist mal eine Veranstaltung irgendwo, dann gehen sie in Gruppen dann dahin. Einzeln traut sich doch keiner mehr raus. Die Polizei, die macht auch nichts. Das ist immer so. Das kann man eben nicht ändern. Man muss eben mit der Zeit gehen. Bis jetzt geht es uns gut. Wer Arbeit hat, der kann schon zufrieden sein." (Interview Kulturverein, Suhl, 17. November 2018)

Gespräche wie diese geben einen Einblick in die Perspektiven von Personen auf ihre Heimatorte, die in den Zusammenhang von ökonomischen und sozialen Transformationsprozessen in Ostdeutschland und Geschichten des Verlustes gesetzt werden. In diesem Interviewzitat geht es um den Verlust des Status der „Arbeiterstadt", den Verlust der „jungen Leute" — in den Westen, ins Ausland — und den Verlust der „vernünftigen Leute". Das, was dann noch bleibt, ist für den Gesprächspartner eingefärbt von Hoffnungslosigkeit und Verfall: Er sieht und redet von Schicksalen der Ausweglosigkeit, von Flucht in Drogen und Alkohol, von

zunehmender Kriminalität und lauern den Gefahren. Das Einzige, über das man noch froh sein könne, sei es, Arbeit zu haben. Geschichten wie diese, die von Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung affektiv eingefärbt sind, werden bei den von der AfD organisierten ‚Bürgerabenden‘ eingebracht und politisch aufgefangen.

Angesichts schrumpfender Städte, Abwanderungsbewegungen ganzer Generationen und des Wegfalls von Industrie und Arbeitsplätzen erscheint es naheliegend, dass politische Projekte, die Hoffnung auf Besserung versprechen, gut ankommen. Es ist die These von Ghassan Hage, dass gerade die Hoffnungslosen, die ökonomisch und sozial marginalisierten auf gewisse Art anfälliger seien für völkisch-nationalistische Versprechungen: Hage spricht von den „neuen Marginalisierten“, die an den Zustand der Marginalität und Hoffnungslosigkeit nicht gewöhnt seien und dementsprechend Ängste auf all das projizieren, was als fremd eingestuft wird (Hage 2003, 21). Eingefangen werden solche Ängste von rechten Angeboten und Versprechen einer „guten Nation“ (ebd.), auf die die Hoffnung auf eine bessere Zukunft gerichtet werden kann. Hoffnung ist zentraler affektiver Bestandteil aller politischen Bewegungen, unabhängig davon, wo im politischen Spektrum diese angesiedelt sind. Hoffnung steht im Zentrum politischer Projekte, die versprechen, Menschen vor Ausbeutung, Unterdrückung und Enteignung zu befreien (Bryant/Knight 2019, 141). Doch auch in rechten Projekten spielt das Versprechen auf eine bessere Zukunft eine zentrale Rolle: Die Nation ist dabei in affektanalytischer Perspektive eine beispiellose Hoffnungsproduzentin.

Bei den ‚Bürgerabenden‘ der AfD fällt mir immer wieder auf, dass die AfD-Politiker:innen auf durch das Publikum eingebrachte Geschichten von Verlust, Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung stets auf spezifische Weise reagieren und diese Geschichten in eine bestimmte Richtung lenken. Es geht in den Diskussionen dieser Probleme weniger darum, konkrete politische Lösungsvorschläge zu besprechen, sondern eher darum, diesen Geschichten einen Raum zu geben und sie affektiv in zeitliche Zusammenhänge einzuordnen. Diese Einordnung geht einher mit der Betonung bestimmter Bedeutungszusammenhänge und dem Ausklammern anderer. Felix Ringel erklärt den Wahlerfolg der AfD am Beispiel Hoyerswerda mithilfe dieser Technik der narrativen Rationalisierung: Der AfD-Wahlkampf 2019 adressierte zukünftige existentielle Bedrohungen – den ‚Untergang der Nation‘ –, betonte dabei den Einfluss von Migration, aber nicht der kapitalistischen Wirtschaft, in der zahlreiche der den Osten betreffenden strukturellen Probleme ihren Ursprung haben (Ringel 2021, 1760-1761). Anstatt konstruktive Lösungen für die gegenwärtigen Probleme zu finden, erläutert Ringel, gelinge es der AfD vielmehr, überzeugende zeitliche Rahmungen für Erzählungen über die Region anzubieten, die affektiv von dystopischen Visionen und hoffnungsgebenden Angeboten gefärbt seien (ebd., 1762). Zusätzlich aktiviere die AfD erfolgreich die sozialistische Vergangenheit für ihre Zwecke: Ihre Wahlslogans in den ostdeutschen Landtagswahlen 2019 wie „Wende 2.0“ oder „Der Osten steht auf“, beschwören laut Ringel den Geist der friedlichen Revolution gegen den Staatssozialismus von 1989 als Antreiber für eine erneute Revolution, diesmal unter der Führung der AfD, um die unterstellte verlorene Kontrolle über das Land zurückzugewinnen: „Hol Dir Dein Land zurück!“, wie auf einem der AfD-Wahlplakate 2019 zu lesen war (Ringel 2021, 1762-1762; Schmalenberger 2022; Volk 2022a).

Diese Beschwörungsweisen der Vergangenheit werden auch deutlich in meiner Beobachtung des AfD-Abends in Großpösna im März 2019. Zum Ende der Diskussion an diesem Abend meldet sich ein weiterer Rentner zu Wort:

„Ich zum Beispiel bin Jahrgang 1946. Ich kenne die DDR von A bis Z. Damals durftest du nichts sagen. Heutzutage ist es so, wenn du was sagst, bist du sofort ein Rechter. Das ist ein absoluter Quatsch. Wir werden in eine Ecke gestellt, wo wir nicht hingehören. Wir

haben dieselben Verhältnisse wie damals zu DDR-Zeiten. Und das muss ausnahmslos den Leuten klargemacht werden! Wir sind keine Rechten, sondern wir vertreten eine Politik, die im Interesse der Bevölkerung ist! Darum geht's!"

Worum es ihm geht, ist die Beschwörung der sozialistischen Vergangenheit, die als repressives Regime geframt und mit der aktuellen politischen Lage in einen Bedeutungszusammenhang gestellt wird. In dieser Einordnung durfte ‚man‘ damals wie heute ‚nichts sagen‘, ohne politisch diffamiert bzw. ‚als Rechter‘ beschimpft zu werden. In dieser Interpretation schwingt eine Aufwertung der eigenen Identität als widerständig und kämpferisch mit: Dabei wird ein kollektives ‚Wir‘ geschaffen, das sich aufgrund geteilter Erfahrungswerte nicht wieder unterdrücken lassen werde, sondern „eine Politik“ vertrete, „die im Interesse der Bevölkerung“ sei.

Jörg Urban fängt dieses Framing als Vertreter der AfD an diesem Abend auf und sagt:

„Ich denke, dass wir gerade eine Renaissance erleben, wo die Leute wieder anfangen, politisch zu reden. [...] Ja, lassen Sie uns mal nicht so pessimistisch sein. Bei der Bundestagswahl haben uns 27 Prozent gewählt; in aktuellen Umfragen stehen wir bei 25 Prozent. Wir sind bei den Wahlen *immer* besser gewesen als bei den Umfragen. Unsere westdeutschen Kollegen, *die* tun mir leid! Die haben ein Umfeld, wo alle im Prinzip verblödet sind – über Jahrzehnte! Also bei uns, die Leute, die glauben eben nicht, was in der Zeitung steht. Da haben vor 30 Jahren zumindest viele Ältere noch erlebt, dass da nur gelogen wird. Also wir kennen das ein bisschen. Und drüben ist das ganz anders. Und selbst die Kollegen drüben, die schlagen sich durch, weil sie nicht zuschauen wollen, wie das Land den Bach runtergeht. Wir haben eigentlich für die AfD in Sachsen paradiesische Verhältnisse im Vergleich zu Westdeutschland. Ein Viertel der Menschen hier will uns schon! Also, da kann man auch mal ein bisschen mutig sein!“

Urban versucht, den zahlreichen pessimistischen und von Hoffnungslosigkeit gefärbten Statements der Diskussionsteilnehmenden an diesem Abend die Hoffnung auf „Renaissance“ entgegenzusetzen und gleichzeitig zu betonen, dass ‚die Ostdeutschen‘ schon viel weiter auf dem Weg in die ‚richtige‘ Richtung seien. Er spricht die Anwesenden direkt als ‚Ostdeutsche‘ an und versucht, sie über den Vergleich mit Westdeutschland in dieser Identität aufzuwerten (Spissinger u. a. 2024, 341). Als Ostdeutsche seien sie diejenigen, die auf die Erfahrungen eines repressiven Systems und der Revolte dagegen zurückgreifen könnten, um eine erneute Revolution bei den Landtagswahlen 2019 anzustoßen und die AfD zu wählen, die sich als Treiber der „Wende 2.0“ inszeniert. Es gibt laut Urban in Ostdeutschland keinen Grund, „pessimistisch zu sein“, sondern für Hoffnung auf „paradiesische Verhältnisse im Vergleich zu Westdeutschland“. In seinen narrativen Angeboten sind ‚die Ostdeutschen‘ qua ihrer Erfahrung intrinsisch widerständig und revolutionsbegabt. Im Effekt lenkt der AfD-Vertreter nicht nur die in der Diskussion vorgebrachten Klagen über soziale Unsicherheiten, strukturellen Verfall und Verlusterfahrungen seit der Wende in die Bahn eines bestimmten zeitlichen und ordnungsgebenden rechten Narrativs, sondern er lenkt auch ab von den eigentlichen ökonomischen, politischen und sozialen Ursachen dieser beklagten Zustände. Das affektive Narrativ der AfD ist ein Ablenkungsmanöver.

Bei einem ähnlichen AfD-Event wenige Monate später, Mitte August 2019 in Grimma, wird der Gastgeber dieses Abends, Jörg Dornau, im Spalier von Björn Höcke erneut auftreten und sich an das Publikum im lokalen Rathaus wenden: Hoffnung schöpfe er wieder seit 2015, sagt Dornau, seitdem die Leute in Dresden wieder auf die Straße gehen. Das seien keine

Rechten, „das sind Leute, die sich über die Zukunft dieses Landes Gedanken machen“. Sein AfD-Kollege Jens Maier ergänzt: „Für das, wie es heute ist, bin ich 1989 eigentlich nicht auf die Straße gegangen. Wir sind eigentlich wieder da angekommen, wo wir damals angefangen haben. Das kann nicht sein. Wir müssen die Wende vollenden!“ Und schließlich adressiert Björn Höcke die Anwesenden, die seinen Auftritt mit stehenden Ovationen zelebrieren, mit den Worten: „Wir als AfD haben mit diesem kranken Selbsthass nichts am Hut! Wir wollen Deutschland nicht überwinden! Wir wollen das deutsche Volk nicht abschaffen! Wir wollen seine Kultur nicht globalisieren! Wir wollen eine Zukunft für dieses Land!“

Die Zukunft – mal diffuser, mal enger definiert als weißer Ethnostaat im Gewand eines widerständigen gallischen Dorfes – dient der AfD als Ressource, um ihr politisches Projekt in Ostdeutschland zu legitimieren und Wähler:innen zu mobilisieren. Dieses affektive Angebot des hoffnungsvollen Versprechens ist als Teil einer umfassenden Strategie zu sehen, ein narratives Geflecht von Zeitlichkeit, Räumlichkeit und affektivem *attachment* herzustellen, das darauf abzielt, die ‚Hoffnungslosen im Osten‘ abzuholen, sie zum Wählen und zum Protest auf die Straßen zu bringen. Diese Strategie ist im Grunde ein Mechanismus der Vermittlung einer lokalen Krise – zum Teil erlebt in Form des strukturellen Verfalls öffentlicher, wirtschaftlicher und sozialer Infrastrukturen seit der Wendezeit, der bis heute in zahlreichen Regionen Ostdeutschlands anhält, – durch emotionale und imaginativ aufgeladene Erzählungen der ostdeutschen Vergangenheit und der potenziellen Zukunft der Region. Es ist vorstellbar, dass diese Strategie funktionieren kann – allerdings ist sie bei Weitem kein Automatismus und geht trotz teilweiser Begeisterung einiger AfD-Befürworter:innen oft nicht über leere Phrasen hinaus. Denn es ist eine Sache, dieses Narrativ zu inszenieren, aber eine andere, seine Vermittlung in ein produktives politisches Projekt zu überführen, wie ich abschließend illustrieren werde.

Die Grenzen der Hoffnung

Es ist der 1. Mai 2019. Die AfD hat zum Protest unter dem Banner „Blauer Frühling“ in Erfurt aufgerufen – in jener Stadt also, in der Björn Höcke im Jahr 2015 die „Erfurter Resolution“ auf den Weg brachte und den Flügel als völkisch-nationalistische Alternative zur moderaten AfD-Mitte ins Leben rief.⁴ In seiner Rede im Jahr 2015 beschwor Höcke den Mythos von Barbarossa und erklärte:

„Innere Kraft aus Mythen zu schöpfen, ist in Wendezeiten immer hilfreich gewesen. Und wir leben zweifellos wieder in einer Wendezeit. Wir haben die Aufgabe, uns unsere großartige Geschichte wieder *neu* anzueignen. Ob uns das gelingt, wieder ein neues Gefühl, einen neuen Mythos für unser Volk zu erschließen, das wird darauf ankommen, ob wir als AfD diesen *neuen* Geist in die politische Diskussion einspeisen und durchsetzen können.“⁵

Welche Art von „Geist“ Höcke meint, ist in den ersten Teilen dieses Beitrags bereits deutlich geworden: Es geht ihm darum, die ‚Größe‘ der deutschen Nation wiederherzustellen. Sein Blick richtet sich in die Zukunft: „Ich will, dass wir unser gesenktes Haupt anheben. Ich will, dass wir mit einem klaren und offenen Blick und mit geradem Rückgrat in die Zukunft gehen, und dazu müssen wir unsere Thymos-Spannung erhöhen.“ Den Begriff Thymos, der im Altgriechischen so viel wie Lebenskraft bedeutet, verwendet Höcke hier im Sinne von Mut und Zorn.

Diese von Höcke geforderte „Thymos-Spannung“ entlädt sich nun vier Jahre nach seiner Resolutionsrede zu Beginn der 1.Mai-Demonstration 2019, die ich teilnehmend-beobachtend begleite. Als die etwa 1.000 angemeldeten Teilnehmer:innen ihren Aufzug beginnen, schreien sie: „Wir sind das Volk!“, mit Betonung auf „Wir“ — es ist ein sehr lauter, für mich überaus beängstigender Männerchor. „Das System ist am Ende! Wir sind die Wende!“, „Merkel muss weg! Höcke muss her!“, schreien sie, als sich der Zug langsam in Bewegung setzt. Die Rufe schallen lauter und werden verstärkt, als die Menge unter einer Brücke durchläuft — die Atmosphäre sorgt bei mir für Gänsehaut.

Die Demonstration wird von einem riesigen Polizeiaufgebot begleitet und immer wieder durch Gegendemonstrationen unterbrochen und zum Stillstand gebracht. Wasserwerfer, Blaulicht, Sirenen, Hubschrauber in der Luft. In der Masse dieser Menschen erkenne ich Deutschlandfahnen, AfD-T-Shirts und -Plakate, aber auch Pullover mit Aufschriften wie „Defend Europe“, „Pro Violence“, „Deutschland, Stolz und Ehre“ oder „Chemnitz“ in Frakturschrift, adrett gekleidete junge Männer, die sich über Kampfsportaktivitäten unterhalten, aber überwiegend ältere Männer, die sich die Nationalflaggen über den Rücken binden oder in Form eines Käppis auf dem Kopf tragen. Die Atmosphäre unter den Demonstrant:innen erscheint sehr gelöst und selbstaffirmativ; viele der Gespräche drehen sich darum, wie „kaputt“ Deutschland sei — die Hoffnung auf Besserung wird in die AfD gesetzt.

Am Ende der Demonstrationsroute an der Thüringenhalle hat die AfD eine Bühne aufgebaut, auf der Björn Höcke eine Ansprache hält. Er appelliert an die „fleißigen Arbeiter“, die den „Wohlstand unseres Landes“ erarbeiten, der natürlich „beim eigenen Volk“ bleiben sollte. Er verweist auf das nahende Jubiläum der Wende und kritisiert die Treuhand, die er „Langfinger“ nennt. Die Ostdeutschen, sagt er, „wurden Opfer eines ökonomischen Feldzuges gegen das eigene Volk“, und das führte zur „Verelendung und Heimatzerstörung hier bei uns“. Der Applaus hält sich in Grenzen. „Wir im Osten“, versucht es Höcke weiter, „haben ein Recht darauf zu erfahren, wer uns damals über den Tisch gezogen hat“. Das Publikum weiß nicht recht, so scheint es mir, was es damit anfangen soll. Begeisterung bleibt aus, nur vereinzelt klatschen Leute. „Wenn wir im Osten im Herbst gewinnen, dann werden wir reinen Tisch machen, das versprech' ich Euch“. Er wettert weiter gegen die „Altparteien“ und die EU, die „neofeudal“ und „neoliberal“ seien und schließt mit den Worten: „Dieses Land braucht einen Aufstand der Fleißigen!“ Wieder mäßiger Applaus und auch Alexander Gauland, der im Anschluss eine einschläfernde Polemik gegen die SPD abliefern, vermag es nicht, das Publikum mitzureißen.

Es scheint, als würde sich das heute aufziehende ‚Volk‘ weder für Neoliberalismus- und SPD-Kritik noch für Treuhand-Aufarbeitungspläne begeistern. Es entlädt seine affektive Energie zwar beim Schreien altbekannter Phrasen; es bringt den von Höcke verlangten „Thymos“ also mit zur Demonstration, aber es lässt sich durch die Ansprachen beider Parteivertreter heute nicht mitreißen.

Wie ich im letzten Teil argumentiert habe, versucht die AfD zwar, hoffnungsvolle Zukunftsnarrative anzubieten und diese in einen regionalen Bedeutungszusammenhang zu setzen, das heißt, ‚die Ostdeutschen‘ als prädestinierte Antreiber einer erneuten Revolte unter der AfD für eine ‚bessere‘ Nation in ihrer Identität aufzuwerten. Was ich bei der Demonstration am 1. Mai 2019 in der fehlenden Resonanz des Publikums auf die Reden Höckes und Gaulands jedoch erkenne, ist, dass ihre Appelle nicht den Kern der Erwartungen treffen. Ich frage mich, wer die Leute sind, die dem Aufruf der AfD zu dieser Demonstration gefolgt sind, was sie erwarten und nach welchen politischen Lösungen sie hier suchen. Geht es ihnen um die Aufarbeitung struktureller Vernachlässigungen in Ostdeutschland seit der Wende? Oder sind es doch eher überzeugte Nationalist:innen, die sich an diesem Tag einfach mal gut in

ihrer Haut und akzeptiert in ihrer Meinung fühlen möchten? Wer ist an diesem Tag zum Protest gekommen und wer ist zuhause geblieben?

Felix Ringel argumentiert, dass die AfD zwar fast meisterhaft in der Lage ist, Hoffnung auf eine bessere Zukunft zu machen und damit Wähler:innen potenziell zu mobilisieren. Er teilt jedoch auch die Beobachtung, die ich auf der Demonstration am 1. Mai 2019 mache: Die AfD bietet keine Inhalte, die über die Anziehungskraft ihrer cleveren Slogans und Phrasen hinausgehen (Ringel 2021, 1763). Und auch wenn AfD-Politiker:innen wie Höcke konkreter versuchen, auf Enttäuschungen in der Nachwendezeit und das Machtgefälle zwischen Ost und West einzugehen, weiß das angesprochene ‚Volk‘ nicht viel damit anzufangen. Die Demonstrationsreden von Höcke und Gauland liefern keine konkreten Pläne für ihre diffus versprochene Hoffnung auf Besserung; sie liefern keine Ideen für die Umsetzung konkreter politischer Projekte. Was ich an der Dynamik dieser Demonstration 2019 beobachte, erscheint mir wie die Sackgasse des Ablenkungsmanövers der AfD, in der die hoffnungsvolle Begeisterung an ihr Ende gerät.

Im Verlauf der Forschungen führte ich viele Gespräche mit Menschen, die in ostdeutschen Regionen leben und zahlreiche strukturelle Probleme in die Diskussion einbrachten. Von vielen wurde das Thema AfD ähnlich wie in der Untersuchung von Ringel abgetan: Die AfD sei etwas für Unzufriedene, die ihren Protest damit ausdrücken wollen, aber biete keine eigentlichen Lösungen an. Andere gehen jedoch mit ihrer Unzufriedenheit zu den AfD-Veranstaltungen, wo sie mit offenen Armen und Angeboten auf eine diffuse ‚frohe Zukunft‘ empfangen werden.

Die misslungenen Ansprachen von Höcke und Gauland auf der Demonstration 2019 in Erfurt lassen in diesem Zusammenhang die Annahme zu, dass dem Erfolg und der Anziehungskraft rechter narrativer Angebote in Ostdeutschland Grenzen gesetzt sind – auch wenn die Wahlergebnisse der Landtagswahlen fünf Jahre später im Jahr 2024 deutlich besser ausfallen werden. Am Beispiel des AfD-Wahlkampfes 2019 in den ostdeutschen Bundesländern wird auf der einen Seite zwar erkennbar, wie gut solche affektiven, auf Zeit und Raum zugeschnittenen nationalistischen Versprechungen funktionieren können und welches Potenzial in solchen hoffnungsproduzierenden Narrativen für politische Mobilisierung steckt. Auf der anderen Seite wird deutlich, dass diese Versprechen und identitären Aufwertungen eher nationalistischen Bedürfnissen entgegenkommen, als tatsächliche politische Angebote für fortbestehende Gründe tiefsitzender Unzufriedenheit zu machen – und das gilt nicht nur in Ostdeutschland. Der Vergleich zu den Wahlen im Jahr 2024 zeigt, dass diese nationalistischen Bedürfnisse weiter wachsen.

Schlussbetrachtung

Ostdeutschland ist ein Topos, der in den letzten Jahren zunehmend in den Fokus von rechten Mobilisierungsversuchen gerückt ist. In vielfältigen Zusammenhängen, das heißt auf Demonstrationen und Protesten, auf Wahlkampfveranstaltungen und ‚bürgernahen‘ Diskussionsveranstaltungen sowie in Publikationen und Zeitschriften aus rechter Hand, wird ‚dem Osten‘ eine spezifische narrative Perspektive gegeben: als hoffnungsgebende Region für ‚widerständige‘ Nationalist:innen und als mythischer Auferstehungsort des ‚wahren deutschen Volkes‘. Diese Erzählung Ostdeutschlands funktioniert im Kontext global zirkulierender rechter *master narratives* von ‚Umvolkung‘, ‚nationaler Wiedergeburt‘ und der Vision eines ‚weißen Ethnostaates‘. Sie nimmt jedoch eine regional-spezifische Rolle ein, die sich – wie in diesem Beitrag dargestellt wurde – in den Framings und rhetorischen Angeboten von

AfD-Politiker:innen im Wahlkampf 2019 beobachten lässt. Die AfD beschwört einerseits eine Interpretation der sozialistischen Vergangenheit als repressives System, in der die zentrale Identitätskategorie ‚der Ostdeutschen‘ in ihrer inhärent widerständigen, kämpferischen und systemumwälzenden Verfasstheit angelegt ist. Im Sinne des Konzepts der *Alt/Histories* dient diese Interpretation den politischen Zwecken der AfD, ihre nationalistischen Vorstellungen zu legitimieren. Das bedeutet, dass Bezüge zur Vergangenheit selektiv ausgewählt, normativ aufgeladen und politisch nutzbar gemacht werden. Andererseits macht die AfD diese Vergangenheitsbezüge und Identitätskonstruktionen im Zusammenspiel mit Bezügen zur Zukunft politisch nutzbar, denn die regressiv entworfenen ‚Ostdeutschen‘ in ihrer inhärenten Widerständigkeit seien – wie die von Höcke beschworenen gallischen Dörfer – schicksalhaft prädestiniert für eine erneute nationale Revolte. In dieser rechten Perspektive wird der Mythos der revoltierenden Ostdeutschen gegen dystopische Vorstellungen des nationalen Verfalls und der ‚Umvolkung‘ erst noch eintreten. Der Mythos wird als *Alt/Future* entworfen und in eine breit angelegte zeitliche Erzählung – *da kommen ‚wir‘ her, da gehen ‚wir‘ hin* – narrativ eingebettet.

Rechte Narrative stehen zwar im Fokus zahlreicher aktueller Analysen, dennoch erhalten wir ein komplexeres Bild, wie rechte Politik funktioniert, wenn wir die affektiven und zeitlich-räumlichen Aspekte ihrer Narrative genauer betrachten. Wie ich in diesem Beitrag gezeigt habe, ist Hoffnung eine wesentliche Ressource für rechte Bewegungen, um ihre Anliegen zu legitimieren und potenzielle Wähler:innen zu mobilisieren. Am Beispiel der Erzählungen über Ostdeutschland wird deutlich, wie Hoffnung auf Zukunft als Ressource in lokalen Kontexten funktionieren kann und wo sie auf ihre Grenzen trifft. Hoffnung ist für jedes politische Projekt eine zentrale und wesentliche Ressource, unabhängig davon, ob es sich um rechte oder linke politische Projekte handelt. In ihrem narrativen Angebot für Ostdeutschland greift die AfD auf ein Zusammenspiel von entworfenen *Alt/Histories* und *Alt/Futures* zurück und schafft verschiedene Räume und Bühnen, um ihr hoffnungsgebendes Narrativ auf spektakuläre Art und Weise zu inszenieren: Dieses Spektakel entfaltet sich in dem Versprechen auf eine ‚frohe, lebendige Nation‘, in der Anrufung ‚der Ostdeutschen‘ als ‚widerständig, kämpferisch und diktatursensibel‘ und in der Konstruktion von Ostdeutschland als ‚letzte gallische Bastion‘. Mit diesem Spektakel versucht die AfD, Hoffnungslosigkeit angesichts struktureller Verluste in ostdeutschen Regionen in eine narrative Bahn zu lenken und Begeisterung zu schüren. In ihrer Qualität sind diese Mobilisierungsversuche *spektakulär*; in ihren Inhalten und konkreten politischen Ideen bleiben sie jedoch *leer*. Es könnte diese Einsicht sein, die dem politischen Erfolg der AfD eine Grenze setzt und ihre Strategien als Ablenkungsmanöver enthüllt.

JULIA LESER  ist Fellow am SFB „Dynamiken der Sicherheit“ an der Philipps-Universität Marburg. Ihre Arbeit konzentriert sich auf die Naturalisierung und Normalisierung von sozialen Ordnungen und Ungleichheiten im Kontext der Rechtspopulismusforschung, der kritischen Polizeiforschung und der Affektforschung. Sie koordinierte das Forschungsprojekt „Challenging Populist Truth-Making in Europe“ und ist Ko-Autorin von *The Wolves are Coming Back: The Politics of Fear in Eastern Germany* (Manchester University Press, 2021).

Endnoten

- 1 Siehe www.compact-online.de/zum-afd-ergebnis-der-osten-leuchtet-der-westen-ist-verloren-jetzt-muss-sich-der-osten-vom-westen-befreien-auch-in-der-afd-2, aufgerufen am 21.3.2022.
- 2 Der Beitrag greift auf empirisches Material zurück, das im Rahmen des Forschungsprojekts „Fremde im eigenen Land? Eine Studie über die Veränderbarkeit nationaler Narrative mithilfe Politischer Laboratorien (PoliLab)“ (2018–2021), gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) unter dem Förderkennzeichen 01UM1805Y, erhoben wurde.
- 3 Dieses Zitat und alle folgenden aus https://www.youtube.com/watch?v=gXo8pRXNEEU&ab_channel=F%C3%BcrGerechtigkeit, aufgerufen am 31.3.2022.
- 4 Im März 2015 beschlossen die damaligen AfD-Politiker Björn Höcke und André Poggenburg die sogenannte „Erfurter Resolution“ als Appell gegen den Kurs der AfD unter dem damaligen Parteisprecher Bernd Lucke. Höcke und Poggenburg kritisierten darin die Annäherung der AfD an die etablierten Parteien und den Ausschluss von AfD-Mitgliedern aus der Partei und forderten einen ‚patriotischeren‘ Kurs für die AfD.
- 5 Dieses Zitat und das folgende aus https://www.youtube.com/watch?v=Y_A3Kon9zGA, aufgerufen am 2.2.2022.

Literaturverzeichnis

- Bryant, Rebecca/Daniel M. Knight (2019): *The anthropology of the future*. Cambridge/New York: Cambridge University Press.
- Caramani, Daniele/Luca Manucci (2019): National past and populism: The re-elaboration of fascism and its impact on right-wing populism in Western Europe. In: *West European Politics* 42/6, 1159-1187.
- Davey, Jacob/Julia Ebner (2019): 'The Great Replacement': The violent consequences of mainstreamed extremism. Institute for Strategic Dialogue. URL: www.isdglobal.org/isd-publications/the-great-replacement-the-violent-consequences-of-mainstreamed-extremism/, aufgerufen am 25.11.2022.
- Dellenbaugh-Losse, Mary u. a. (2020): Toxische Orte? Faktoren der regionalen Anfälligkeit für völkischen Nationalismus. In: Lynn Berg u. a. (Hg.): *Rechtes Denken – rechte Räume?* Bielefeld: transcript, 47-82.
- Dümling, Sebastian (2021): Zeit-Politik. Die alten Reiche der Neuen Rechten. In: Johannes Schütz u. a. (Hg.): *Die neue Mitte? Ideologie und Praxis der populistischen und extremen Rechten*. Wien/Köln: Böhlau, 109-123.
- Gallinat, Anselma (2017): *Narratives in the Making: Writing the East German Past in the Democratic Present*. New York/Oxford: Berghahn.
- Göpfarth, Julian (2021): Activating the socialist past for a nativist future: Far-right intellectuals and the prefigurative power of multidirectional nostalgia in Dresden. In: *Social Movement Studies* 20/1, 57-74.
- Hage, Ghassan (2003): *Against paranoid nationalism: Searching for hope in a shrinking society*. Annandale: Pluto Press.
- Heft, Kathleen (2018): Brauner Osten – Überlegungen zu einem populären Deutungsmuster ost-deutscher Andersheit. In: *Feministische Studien* 36(2), 357-366.
- Hentschel, Christine (2018): Dark truths in East German towns in times of Islamophobia. In: Kerry Bystrom u. a. (Hg.): *South and north: Contemporary urban orientations*. London/New York: Routledge, 217-236.
- Höcke, Björn/Sebastian Hennig (2018): *Nie zweimal in denselben Fluss*. Lüdinghausen: Manuscriptum.
- Homolar, Alexandra/Georg Löffmann (2021): Populism and the Affective Politics of Humiliation Narratives. In: *Global Studies Quarterly* 1(1), 1-11.
- Kaya, Ayhan (2020): *Populism and heritage in Europe: Lost in diversity and unity*. Abingdon/New York: Routledge.
- Kaya, Ayhan (2021): The use of the past by the Alternative for Germany and the Front National: Heritage populism, Ostalgia and Jeanne D'Arc. In: *Journal of Contemporary European Studies* 31/2, 318-331.
- Kenny, Michael (2017): Back to the populist future? Understanding nostalgia in contemporary ideological discourse. In: *Journal of Political Ideologies* 22/3, 256-273.
- Kølvraa, Christoffer/Bernhard Forchtner (2019): Cultural imaginaries of the extreme right: An introduction. In: *Patterns of Prejudice* 53/3, 227-235.
- Leser, Julia/Rebecca Pates (2022): *The Framing of Right-Wing Populism: Intricacies of 'Populist'*

- Narratives, Emotions, and Resonance. In: Michael Oswald (Hg.): *The Palgrave Handbook of Populism*. Cham: Palgrave Macmillan, 437-450.
- Leser, Julia/Florian Spissinger (2020): The functionality of affects: conceptualizing far-right populist politics beyond negative emotions. In: *Global Discourse* 10/2, 325-342.
- Leser, Julia u. a. (2019): Performing 'Resistance' – The Far Right's Master Narrative. In: *The Journal of Culture* 8/1, 13-21.
- Moffitt, Benjamin (2015): How to Perform Crisis: A Model for Understanding the Key Role of Crisis in Contemporary Populism. In: *Government and Opposition* 50/2, 189-217.
- Nilan, Pam (2021): *Young people and the far right*. Singapore: Palgrave Macmillan.
- Pates, Rebecca/Julia Leser (2021): *The wolves are coming back: The politics of fear in Eastern Germany*. Manchester: Manchester University Press.
- Quent, Matthias (2019): *Deutschland rechts außen: Wie die Rechten nach der Macht greifen und wie wir sie stoppen können*. München: Piper.
- Ringel, Felix (2021): Postsocialist Dialectics or Postindustrial Critique? On Discomfort in a Former Socialist Model City in East Germany. In: *Europe-Asia Studies* 73/9, 1748-1767.
- Schmalenberger, Sophie (2022): 'Peaceful Revolution' Reloaded? The AfD and the Mobilization of Alternative East German Feelings. 46th Annual Conference of the German Studies Association. Houston. URL: www.researchgate.net/publication/364112897_%27Peaceful_Revolution%27_Reloaded_The_AfD_and_the_Mobilization_of_Alternative_East_German_Feelings, aufgerufen am 25.11.2022.
- Schneider, Ulrich (1997): Rolle rückwärts. Vom politischen Gebrauch der Geschichte. In: Johannes Klotz u. a. (Hg.): *Die selbstbewusste Nation und ihr Geschichtsbild. Geschichtslegenden der Neuen Rechten*. Köln: Ullstein, 8-30.
- Spissinger, Florian (2024): *Die Gefühlsgemeinschaft der AfD: Narrative, Praktiken und Räume zum Wohlfühlen*. Opladen/Berlin/Toronto: Barbara Budrich.
- Spissinger, Florian u. a. (2024): Das Ringen um ‚die Ostdeutschen‘ – über die Beharrlichkeit einer Identitätskonstruktion. In: Lars Vogel u. a. (Hg.): *Ostdeutschland: Identität, Lebenswelt oder politische Erfindung?* Wiesbaden: Springer, 337-357.
- Spissinger, Florian/Julia Leser (2021a): Affektive Komplexität in rechten Kontexten – Methodologische Impulse. In: Ariane Brensstell u. a. (Hg.): *Forum Kritische Psychologie, Neue Folge 3. krise – autoritäre tendenzen – subjektivität*. Hamburg: Argument, 94-112.
- Spissinger, Florian/Julia Leser (2021b): Die Übersetzung situativer ‚Bauchgefühle‘ in eine Analyse politischer Affekte: Potentiale ethnografischer Affektforschung für die Untersuchung von rechter Politik. In: Birgit Blättel-Mink (Hg.): *Gesellschaft unter Spannung. Verhandlungen des 40. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie 2020*. Essen, 1-11. URL: https://publikationen.sozioologie.de/index.php/kongressband_2020/article/view/1336, aufgerufen am 25.11.2022.
- Thiele, Anja (2021): „Wir sind das Volk“. Rechte Geschichtspolitik und die Aufarbeitung der DDR. In: *DDR-Aufarbeitungsforum Heute und Gestern*. URL: <http://h-und-g.info/forum/schwerpunkt-rechts-populismus/default-title-6>, aufgerufen am 10.04.2022.
- Valencia-García, Louie Dean (2020): *Far-right revisionism and the end of history: Alt/histories*. New York: Routledge.
- Volk, Sabine (2020): ‚Wir sind das Volk!‘ Representative Claim-Making and Populist Style in the PEGIDA Movement's Discourse. In: *German Politics* 29/4, 599-616.
- Volk, Sabine (2022a): Contested Memories of the East German Peaceful Revolution: Appeals to 1989 by the Populist PEGIDA Movement. In: Nicolas Maslowski u. a. (Hg.): *Contested Legacies of 1989. Geopolitics, Memories and Societies in Central and Eastern Europe*. Berlin: Peter Lang, 117-134.
- Volk, Sabine (2022b): Resisting 'leftist dictatorship'? Memory politics and collective action framing in populist far-right street protest. In: *European Politics and Society* 24/5, 535-551.
- Weisskircher, Manès (2021): The Importance of Being Eastern German. The Multiple Heartlands of Germany's Far Right. In: Ninna Mörrer (Hg.): *The Many Faces of the Far Right in the Post-Communist Space: A Comparative Study of Far-Right Movements and Identity in the Region*. Huddinge: CBEES, 91-99.
- Wippermann, Wolfgang (2009): *Dämonisierung durch Vergleich: DDR und Drittes Reich*. Berlin: Rotbuch.
- Wodak, Ruth (2021): From Post-Truth to Post-Shame: Analyzing Far-Right Populist Rhetoric. In: Cynthia Gordon (Hg.): *Approaches to Discourse Analysis*. Washington: Georgetown University Press, 175-189.



Rechtsextremismus in Ostdeutschland – Spezifik oder Ossifizierung? Kategorien für eine mehrbenenanalytische Betrachtung

Heike Radvan

ABSTRACT: Ausgehend von einem Fall im Bundesland Brandenburg argumentiert der Artikel für eine regionalspezifische, historisch-rekonstruktive Analyse extrem rechter Erscheinungsformen. Zusammenfassend wird nachgezeichnet, wie der Diskurs über Rechtsextremismus in Ostdeutschland seit den frühen 1990er Jahren verlaufen ist. Der kritische Blick auf den ‚Braunen Osten‘ als Diskurs bedeutet dabei nicht, die durch Forschung und Monitoring belegte Gewalt sowie die Strukturen, die damit in Beziehung stehen, als Erfindung abzutun. Vielmehr lässt sich eine Spezifik extrem rechter Erscheinungsformen in Ostdeutschland nachzeichnen. Zugleich gilt es, die Gleichzeitigkeit zweier Phänomene zu berücksichtigen: Das pauschal abwertende Reden über ‚den Osten‘ und die damit verbundene Entlastung für ‚den Westen‘. Der Artikel fragt, welche Bedingungen berücksichtigt werden sollten, um die extreme Rechte in Ost- und Westdeutschland differenziert zu betrachten. Für eine solche differenzierte Erforschung von Rechtsextremismus werden Kategorien vorgeschlagen, die eine fallspezifische Mehrebenenanalyse ermöglichen und damit versuchen, geografisch-historische sowie aktuelle Entwicklungen angemessen zu behandeln. Ziel ist es, über determinierende und vereinseitigende Zuschreibungen des ‚Braunen Ostens‘ hinauszukommen, gleichzeitig Spezifika untersuchen und Erkenntnisse benennen zu können.

SCHLAGWORTE: Rechtsextremismusforschung, extreme Rechte, Ostdeutschland, Ossifizierung, Mehrebenenanalyse, Rechtsextremismus und Schule

ZITIERVORSCHLAG: Radvan, H.: Rechtsextremismus in Ostdeutschland – Spezifik oder Ossifizierung? Kategorien für eine mehrbenenanalytische Betrachtung. In: Berliner Blätter 91, 103–115, DOI: 10.60789/911189.

Hinführung – ein Beispiel aus Brandenburg

Im April 2023 thematisieren zwei Lehrkräfte in einem offenen Brief, den sie an verschiedene Zeitungen schicken, sowie in darauffolgenden Interviews das von ihnen an einer Schule in Südbrandenburg wahrgenommene Problem mit Rechtsextremismus. Sie schildern darin: Schüler_innen zeigen den Hitlergruß, äußern sich NS-verherrlichend („Arbeit macht frei“) und regelmäßig tauchen Hakenkreuze auf Möbeln oder an Wänden auf. Gleichzeitig bleibt

eine Positionierung von Lehrer_innen aus, die Schulleitung erstattet trotz strafbarer Handlungen wie Volksverhetzung keine Anzeige, obwohl sie wiederholt dazu aufgefordert wird; nicht rechte Schüler_innen werden beleidigt, gemobbt und haben Angst, in die Schule zu gehen (Fröhlich 2023; Schiller/van Capelle 2023). Im Zuge der medialen Thematisierung geraten die beiden Lehrer_innen an ihrer Schule unter Rechtfertigungsdruck. Das verstärkt sich, als das zuständige Schulamt mit dem Verweis auf mögliche Disziplinarverfahren reagiert (Weser/Baumert 2023). Während die beiden Lehrer_innen vor Ort zunehmend diskreditiert werden und als verantwortlich gelten für einen Diskurs, der als Imageschaden für die touristische Region gelesen wird, erhalten sie Unterstützung von regionalen und überregionalen Medien sowie von Politiker_innen der Bundesebene. Infolge der öffentlichen Aufmerksamkeit werden die in Aussicht gestellten beziehungsweise angedrohten Disziplinarmaßnahmen zurückgenommen und seitens der Schulbehörde Gesprächsbereitschaft signalisiert (Halpick/Weser 2023).

Bereits am Beginn der Berichterstattung wird deutlich, dass es sich bei der Problematik nicht um einen Einzelfall handelt (Schönborn 2023; Pauli 2023): Aus Gründen des Schutzes berichten die Lehrer_innen zunächst anonym; als mehrere Schulen bei Journalist_innen nachfragen, ob denn ihre Schule gemeint sei, wird das Ausmaß von Rechtsextremismus an Schulen in der Region deutlich. Mit der Berichterstattung wird der Blick zudem geweitet auf die jeweiligen Gemeinwesen: Beschrieben werden extrem rechte¹ Vorfälle, Vernetzungen rechter Gruppen in die lokale Wirtschaft, das Ehrenamt etc., sowie das Wahlpotenzial rechter Parteien (Schönborn 2023; ARD Kontraste 2023). Schule stellt sich somit nicht als ein isoliertes Symptom dar. Erkennbar werden Dominanzbestrebungen (extrem) rechter Gruppierungen, eine Veralltäglicung rechter Gewalt, die marginalisierte Situation demokratischer zivilgesellschaftlicher Akteure (ebd.) und eine mögliche Tradierung entsprechender Einstellungen in innerfamiliären Diskursen und stadtgesellschaftlichen Strukturen (Radvan 2023). Als das Ausmaß deutlich wird, gründen kritische Lehrkräfte und Eltern von Schüler_innen, die von Alltagsrassismus und rechter Bedrohung betroffen sind, sowie weitere Engagierte ein Bündnis für demokratische Schule. Dem Bündnis gelingt es für mehrere Wochen sehr gut, die Problematik öffentlich zu vermitteln und einen notwendigen Veränderungsprozess an Schulen in der Region einzufordern (RBB 2023). Auch wenn es lokalen und überregionalen Journalist_innen durch ihre kritisch-engagierte Berichterstattung über einen vergleichsweise langen Zeitraum gelingt, zuständige Politiker_innen auf Landesebene und kommunal in Verantwortung zu bringen und Veränderung einzufordern, muss bereits wenige Monate nach Beginn der Debatte konstatiert werden, dass dieser eingeforderte Prozess zum Erliegen gekommen ist. Die beiden Lehrkräfte, die zuallererst Verantwortung für ihre Schüler_innen übernommen haben, reichen Versetzungsanträge ein und werden zum neuen Schuljahr an andere Schulen versetzt (ZDF Heute 2023). Dies ist eine Folge der zu geringen, teils vollständig ausbleibenden Unterstützung von Kolleg_innen, Schulleitung sowie ministeriell und behördlich Verantwortlichen. Nicht zuletzt ist es eine Folge öffentlich sichtbarer Bedrohungen durch extrem rechte Akteure vor Ort und eines Angriffs im Sozialraum gegen einen Lehrer (DLF 2023). Die Betroffenen haben zu ihrer eigenen Sicherheit die Konsequenzen gezogen. Die notwendige Absetzung der Schulleitung erfolgt erst im neuen Schuljahr (Zeit online 2023) und damit zu verzögert, um eine kritische Auseinandersetzung zu befördern und diejenigen Stimmen zu unterstützen, die neben den beiden Lehrer_innen an der Schule für solch einen Veränderungsprozess eintraten. Aktuell ist kein Bestreben vonseiten der Landespolitik, der Schulbehörde oder der zuständigen Akteure der Rechtsextremismusprävention² erkennbar, das Geschehene

aufzuarbeiten. Vielmehr scheint die Hoffnung beziehungsweise ein Trugschluss darüber zu bestehen, dass ein Beschweigen und Ignorieren das Problem unsichtbar oder weniger virulent mache.

Was nun hat diese Hinführung mit dem Thema dieses Artikels zu tun? Das hier beschriebene Geschehen wäre meiner Einschätzung zufolge in dieser Form in Westdeutschland ebenso wie in einigen Kommunen in Ostdeutschland aktuell *so* nicht vorstellbar. In den öffentlichen Debatten der 1990er und 2000er Jahre überwiegt eine Darstellung, die von stereotypisierenden Zuschreibungen wie dem ‚Braunen Osten‘ und ‚Dunkeldeutschland‘ geprägt ist (Heft 2018). Der Blick auf den ‚Braunen Osten‘ als Diskurs bedeutet jedoch nicht, die Gewalt und die Strukturen, die damit in Beziehung stehen, als Erfindung abzutun. Dem Diskurs liegen durchaus statistische und materielle Realitäten zugrunde. Insofern haben wir es mit einer Gleichzeitigkeit zweier Phänomene zu tun, die berücksichtigt werden müssen. So gibt es das pauschale und abwertende Reden über ‚den Osten‘ und die damit verbundene *Entlastung* für den Westen. Gleichzeitig existiert ein *spezifisches* Problem im Osten. Im Artikel³ frage ich danach, (1) wie der Diskurs über Rechtsextremismus in Ostdeutschland seit den frühen 1990er Jahren und danach verlaufen ist und (2), welche Bedingungen Forschung berücksichtigen sollte, um eine differenzierte Thematisierung der extremen Rechten in Ost- und Westdeutschland zu ermöglichen. Ich schlage Kategorien für die Erforschung von Rechtsextremismus vor, mit denen eine fallspezifische Mehrebenenanalyse ermöglicht wird, und somit versucht werden kann, geografisch-historischen sowie aktuellen Entwicklungen angemessen zu entsprechen. Ziel ist es, über determinierende und vereinseitigende Zuschreibungen des ‚Braunen Ostens‘ hinauszukommen; gleichzeitig werden Spezifika untersuchbar und Erkenntnisse benennbar. Insofern schreibe ich diesen Artikel aus einer analytisch-programmatischen Perspektive, die gleichzeitig Erfahrungen Betroffener rechter Gewalt und Bedrohung berücksichtigt (Raab/Radvan 2023), die seit vielen Jahren Ostdeutschland aus Gründen der persönlichen Sicherheit verlassen haben. Viele von ihnen verweisen darauf, dass ihr Alltag in hohem Masse eingeschränkt war und ihre Gestaltungsmöglichkeiten an einem anderen Ort (in Westdeutschland) ungleich positiver und höher sind. Sie beschreiben, dass sie ihren Umzug rückblickend als notwendig erachten, gleichwohl sie ihn bedauern, da sie im kollektiven Engagement für eine demokratische Alltagskultur eine wichtige Aufgabe sehen.

Von der Externalisierung und Zuschreibung zur Differenzierung

Bereits in den frühen 1990er Jahren wird eine mögliche Spezifik extrem rechter Erscheinungsformen in den Bundesländern auf dem Gebiet der ehemaligen DDR sowie deren Ursachen in der Forschung und im öffentlichen Diskurs thematisiert. Anlass waren der deutliche Anstieg von Todesopfern rechter Gewalt nach 1989, extrem rechte Mobilisierungen, Pogrome und pogromartige Übergriffe, deren öffentliche Darstellung zunächst auf die ostdeutschen Orte Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen begrenzt blieb.⁴

Für diejenigen Akteure, die bereits in den 1990er Jahren im öffentlichen Diskurs und durch Politikberatung versuchten, auf die spezifische Problematik des Rechtsextremismus und die Situation der davon Betroffenen in den sogenannten neuen Bundesländern hinzuweisen, war es oft schwierig, Gehör und Unterstützung zu finden (Kahane 2004). Über rechte Gewalt wurde – und das betrifft West- und Ostdeutschland gleichermaßen – meist nur anlassbezogen, nicht jedoch kontinuierlich oder vertiefend berichtet. Der Verweis auf eine Spezifik in Ostdeutschland wurde entweder stereotypisierend skandalisiert bzw. ‚bestätigt‘, als unzutreffende Übertreibung zurückgewiesen oder ihm wurde mit schlichtem Desinteresse

begegnet (ebd.). Dies beginnt sich zu ändern, als die rot-grüne Bundesregierungscoalition im Jahr 2001 mit dem Teilprogramm *CIVITAS – initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern* den Fokus weg von einer täterzentrierten Arbeit⁵ hin zur Förderung demokratischer zivilgesellschaftlicher Projekte legt und dabei die spezifischen Bedingungen in Ostdeutschland als Rahmen der Arbeit berücksichtigt (Rommelspacher u. a. 2003).

Eine Kritik an einer externalisierenden Zuschreibung eines ‚Braunen Ostens‘, die zuallererst dazu diene, ‚den Westen‘ als unproblematisch und demokratisch(er) darzustellen (Heft 2018), wird seit 2012 hörbarer. So verweist der Soziologe Stephan Lessenich darauf, dass die Mitverantwortung für den Wiedervereinigungsprozess „der westdeutschen politischen, wirtschaftlichen und medialen Eliten öffentlich keine Rolle spielen“ (Lessenich 2012, 111). Er wendet damit den Blick ab von Erklärungsmustern, mit denen die Ursachen für rechte Einstellungen und Gewalt vereinseitigend in den Sozialisationsbedingungen der DDR verortet wurden. Vielmehr fragt er nach den Strukturbedingungen und Auswirkungen des Transformationsprozesses. Mit dem „Konzept Ossifizierung“ (Heft 2018, 364) entwirft die Kulturwissenschaftlerin Kathleen Heft (2018, 364-365; 2020) ein Analyseinstrument, mit dem die Veränderung ‚des Ostens‘ in öffentlichen Diskursverläufen inhaltlich und hinsichtlich deren Funktion für die jeweils sprechende Person(engruppe) spezifiziert werden kann. Sie schließt damit an Forschung über Diskursverläufe und Zuschreibungspraxen im Ost-West-Verhältnis an und bezieht diese neben dem Bild der „ostdeutschen Kindsmörderin“ (Heft 2020) auf das Stereotyp vom „Braunen Osten“ (Heft 2018). Kathleen Heft plädiert dafür, „neoreaktionäre Phänomene im Osten Deutschlands als Produkt einer, im doppelten Wortsinn, geteilten Vergangenheit und Gegenwart in Deutschland und Europa in den Blick zu nehmen“ (ebd., 365). Damit ließen sich „gleichermaßen aktuelle und historische Spezifika einer ostdeutschen Neoreaktion herausarbeiten, ohne sie als isolierte Phänomene zu begreifen“ (ebd.).

Für entsprechende Differenzierungen und die Erweiterung der Analyse um die Bedingungen der Transformationszeit und gesamtdeutschen Gegenwart plädieren ebenfalls der Rechtsextremismusforscher Matthias Quent (2016) und der Soziologe Raj Kollmorgen (2022). Wenn auch in der Darstellung unterschiedlich ausführlich, verweisen alle drei Autor_innen auf zwei Entwicklungen. Erstens: Entwicklungen des Rechtsextremismus und -terrorismus in Westdeutschland nach 1945 ebenso wie nach 1989. Sie widerlegen somit das Bild eines ‚demokratischeren Westens‘, in dem es kein signifikantes Problem mit Rechtsextremismus gäbe. Ebenso übereinstimmend benennen die Autor_innen zweitens die Existenz extrem rechter Gruppierungen, ihrer Ideologisierung sowie rassistischer und antisemitischer Gewalt in den 1980er Jahren der DDR, deren Entwicklung bereits in den 1970er Jahren beginnt. Sie widersprechen damit der These, beim Rechtsextremismus in Ostdeutschland handele es sich um eine Art ‚Westimport‘, wie es nicht nur im öffentlichen Diskurs immer wieder behauptet wird (zuletzt Oschmann 2023).⁶ Vielmehr sei es notwendig, sowohl bestehende Forschungsdesiderate in Bezug auf extrem rechte Entwicklungen in der DDR weiter zu schließen, als auch die Transformationszeit mit ihren diversen Einflüssen und Bedingungen vertiefend zu untersuchen. Hinsichtlich einer Differenzierung im Ost-West-Vergleich benennen die drei Autor_innen die Ebenen der Einstellungen, das Wahlverhalten und Ausmaß rechter Gewalt. Für weitere Forschung schließe ich hier an; wobei ich für eine Hinzunahme weiterer Ebenen argumentiere sowie eine Systematisierung von deren Binnenverhältnissen. Welche Kriterien also braucht es, um eine Spezifik (extrem) rechter Erscheinungsformen regional zu analysieren, ohne Vereinseitigungen oder Zuschreibungen an ‚den Osten‘ beziehungsweise im Ost-West-Vergleich zu (re)produzieren?

Kategorien für eine regionalspezifische Mehrebenenanalyse

Seit mehreren Jahren haben sich in der Rechtsextremismusforschung vergleichende Ansätze etabliert, mit denen mögliche Spezifika in begründet ausgewählten Regionen oder Kommunen untersucht werden.⁷ Möglich wird eine „mikroregionale Differenzierung, beispielsweise zwischen abgehängten und prosperierenden Regionen, welche in Ost- und Westdeutschland anzutreffen sind“ (Quent 2016, 113). Bislang fehlt jedoch eine Konzeptualisierung, mit der systematisch mehrere Aspekte für das Entstehen und die Reproduktion (extrem) rechter Erscheinungsformen – über eine sozioökonomische Perspektive hinaus – analytisch erhoben und vergleichend auch mit Blick auf etwaige Ost- oder West-Spezifika ausgewertet werden können. Ich schlage daher im Folgenden mehrere Kategorien für eine regionalspezifische Mehrebenenanalyse⁸ vor, die Vergleichsforschung unterschiedlicher Disziplinen oder transdisziplinär ermöglichen können. Diese Kategorien können an dieser Stelle lediglich kurz skizziert werden.

1. Zustimmung zu autoritären und rechtsextremen Einstellungsmustern

Die Zustimmung zu autoritären und rechtsextremen Einstellungen verläuft im West-Ost-Vergleich nach 1989 sehr unterschiedlich (Quent 2016, 109-110). Während Erhebungen in den frühen 1990er Jahren deutlich höhere Zustimmungswerte in Westdeutschland ergaben, gleichen sich die Daten im Langzeitverlauf an. Mit der über zehn Jahre angelegten Forschung zum Syndrom Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wird eine Vergleichbarkeit der Daten im zeitlichen Verlauf möglich; die Modifikation verschiedener Items und die Erweiterung von Syndromelementen ermöglichen differenzierende Aussagen, auch im Ost-West-Vergleich (Heitmeyer 2002-2012). Seit mehreren Jahren zeigt sich ein Trend, der auf höhere Zustimmungswerte zu rechtsextremen Einstellungen in Ostdeutschland deutet, vor allem hinsichtlich der Items zu Alltagsrassismus, Geschichtsrevisionismus, Chauvinismus und demokratieablehnenden Aussagen (Decker/Brähler 2020; Decker u. a. 2022).

2. Wahlverhalten

Im zeitlichen Verlauf zeigen sich hinsichtlich des Wahlverhaltens belastbare Unterschiede im Ost-West-Vergleich.⁹ So erreichte die NPD in den 2000er Jahren in etlichen ostdeutschen Kommunen ein zweistelliges Ergebnis, in einigen Städten und Kreisen sogar über 20 Prozent Stimmenanteil. Auch hinsichtlich der AfD-Wähler_innenstimmen lässt sich bei den Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen eine deutlich höhere Zustimmung im Osten verzeichnen. Zu beobachten ist eine *nachholende Entwicklung* in Westdeutschland; die Zustimmungswerte steigen aktuell deutlich.

3. Extrem rechte Gewalt aus Perspektive verschiedener Betroffenenengruppen

In Ostdeutschland ist eine besonders hohe Gewaltbereitschaft rechtsextremer Akteure zu verzeichnen, die bereits zu DDR-Zeiten erkennbar ist (Quent 2016, 105). Der Sozialwissenschaftler Daniel Kubiak (2022, 115) konstatiert, „dass seit 1990 in den neuen Bundesländern (92) und Berlin (18) nahezu genauso viele rechte Morde zu verzeichnen waren wie in den

alten Bundesländern, obwohl letztere fast fünfmal so viele Einwohner:innen haben.“ Rechte Gewalt ist „ganz offensichtlich eine relevante und relativ höhere Bedrohung für Menschen in ostdeutschen Dörfern und Städten“ (ebd.). Dass es dennoch Erfahrungen von politisch linken, migrantifizierten und/oder jüdischen Jugendlichen in bestimmten, zumeist ländlich geprägten Regionen Westdeutschlands in den 1990er Jahren gegeben hat, die an Schilderungen von Betroffenen der „Baseballschlägerjahre“ (Bangel 2020) erinnern, zeigt Stella Leder (2021) in ihrem Buch zu ihrer jüdischen Familiengeschichte. Sie schildert, wie sie gemeinsam mit einer Freundin in einer dörflichen Region Hessens von Neonazis verfolgt und gehetzt wurden und weder Schutz noch Gehör fanden.

Die Auswirkungen extrem rechter Dominanzbestrebungen, rechter Gewalt sowie von Alltagsdiskriminierung zeigen sich für verschiedene Betroffenenengruppen im Gemeinwesen verschieden (für das Beispiel Cottbus vgl. Raab/Radvan 2023). Es bedarf dementsprechend fokussierter Forschung, um die Folgen angemessen analysieren zu können.

4. Professionalisierung, Diversität und Vernetzung demokratischer Zivilgesellschaft

Ein Kriterium für die Resilienz demokratischer Alltagskultur und entsprechende Gegenwehr gegen extrem rechte Bestrebungen besteht in einer Zivilgesellschaft, die als demokratisch, professionell, divers und gut vernetzt beschrieben werden kann (Radvan 2022). Historisch betrachtet, hätte es bereits in den 1990er Jahren einer Förderung solcher Strukturen in Ostdeutschland bedurft. Mittlerweile liegt erste Forschung zu basisdemokratischen Gruppen und Selbstorganisationen in den 1980er Jahren der DDR vor. Sie zeigt, dass es sich hierbei nicht um eine komplette Leerstelle handelt, gleichwohl die Bedingungen in der DDR ungleich schwieriger waren.

In der Forschung zu Rechtsextremismus erfährt die Untersuchung von Gegenbewegungen weniger Beachtung als die zweifelsohne notwendige Forschung zu rechten Akteuren und Gruppen. Häufig unbeachtet bleiben demokratisch und antifaschistisch Engagierte, die sich mit sehr viel Mut und Risikobereitschaft – deutlich mehr als im Westen nötig – gegen Neonazis und für Demokratie engagieren. Zahlreiche Graswurzelprojekte gibt es seit 1990. An manchen – oft kaum bekannten Orten – stellen sie sich seit 30 Jahren gegen rechte Kameradschaften und Parteien, argumentieren mit einer Bevölkerung und politisch Verantwortlichen, die keine Aufmerksamkeit für rechte Strukturen wünschen und demokratisch Engagierte als ‚Nestbeschmutzer_innen‘ stigmatisieren (Jänicke/Paul-Siewert 2017). Insofern gilt es in diesem Zusammenhang immer, auch das Verständnis politischen Handelns von Lokalpolitik und Verwaltungsebenen zu untersuchen. Die Auswirkungen einer marginalisierten, weitgehend machtlosen demokratischen Zivilgesellschaft lassen sich besonders in Regionen beobachten, in denen die extrem rechten Dominanzbestrebungen sich stärker durchsetzen konnten (Raab/Radvan 2023; zuletzt Bangel 2023).

5. Extrem rechte Mobilisierung¹⁰

Rechten Gruppierungen gelingt es in unterschiedlichen Regionen sehr verschieden, Menschen für ihre Ideologie und zu Protesten zu mobilisieren. In vielen ländlichen, aber auch urbanen Regionen Ostdeutschlands war die hohe Mobilisierungsfähigkeit zu asylfeindlichen Protesten in den Jahren 2015 und 2017, zur Pandemie 2019 bis 2021 und anlässlich des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine 2022/23 deutlich sichtbar. Gleichermäßen gab

es pandemiebezogene Proteste ebenfalls in Baden-Württemberg; auch verschiedene Gida-Gruppierungen¹¹ und das rassistische Stereotyp vom ‚übergrieffigen Fremden‘ (u. a. in Kandel und Köln) hatten in westdeutschen Kommunen deutlich erkennbares Mobilisierungspotenzial.

6. Rekonstruktion des historischen Gewordenseins dominanter Alltagskulturen

Es braucht zudem eine lokalhistorisch rekonstruierende Perspektive, um aktuelle Spezifika angemessen beschreiben zu können. Raj Kollmorgen (2022, 34) unternimmt den Versuch, hierfür mehrere Jahrhunderte ostdeutscher Mentalitätsaufschichtung zu untersuchen. Er formuliert die These, dass es sich „in Ostdeutschland um eine gegenüber den westlichen Ländern eigentümliche radikale Rechte handelt, die sich langfristig formiert hat, nicht zuletzt im Zuge der Transformations- und Vereinigungsprozesse seit 1989/90.“ Kollmorgen benennt fünf Phasen, in denen sich seit 1990 Mentalitäts- und politische Kulturmuster aufschichteten, aus denen sich die aktuell hohe Zustimmung zu rechtspopulistischen Politiken speist. Damit liefert er eine historische Perspektive, die ein Verstehen der aktuellen politischen Herausforderungen in Ostdeutschland ermöglichen kann.

In jedem Falle bleibt zu berücksichtigen, dass sowohl die DDR als auch die BRD post-nationalsozialistische Staaten¹² waren und – neben Gemeinsamkeiten – sehr unterschiedlich mit der Verantwortung für die NS-Verbrechen umgingen. Auf die Persistenz und Langlebigkeit von Mentalitäten deuten Forschungsergebnisse, denen zufolge in Regionen, deren Einwohner_innen in der Gegenwart hohe Zustimmung zur AfD zeigen, bereits vor der Machtübergabe 1933 hohe Zustimmung zur NSDAP sichtbar war (Cantoni u. a. 2019).

Fazit

Der Artikel macht nachvollziehbar, warum es eine kritische und differenzierte Thematisierung von Rechtsextremismus in Ost- und Westdeutschland braucht. Für das Vorgehen in der Rechtsextremismusforschung benenne ich sieben Kategorien, die im Sinne einer regionalspezifischen Mehrebenenanalyse in einem ersten Schritt jeweils für sich (und hier auch hinsichtlich ihrer historischen Genese) untersucht werden sollten. Das betrifft neben (0) sozioökonomischen Faktoren¹³ die Ebenen (1) Einstellungen, (2) Wahlverhalten, (3) Ausprägung rechter Gewalt, (4) demokratische Zivilgesellschaft, (5) Mobilisierungsfähigkeit (extrem) rechter Gruppen und die (6) historische Genese dominanter Alltagskulturen. Mit der Datenauswertung tritt die Frage nach den Interdependenzen der einzelnen Kategorien untereinander in den Vordergrund. Bezieht man diesen Vorschlag auf die Erforschung von Bedingungen, die zur eingangs beschriebenen Situation extrem rechter Dominanzbestrebungen in einer Gemeinde und Regionalschule in Südbrandenburg führten, würde dies verschiedene Faktoren und deren Bedingtheiten untereinander sichtbar machen. Letztere wären belastbar zu untersuchen erst in einer vergleichenden Perspektive mit maximalen und minimalen Kontrasten – zum Beispiel innerhalb der Region und des Bundeslandes sowie bundeslandübergreifend. In der Kategorie *Alltagskulturen* würde vertiefend gefragt nach der Genese und aktuellen Ausprägung von Schulkultur sowie Erziehungsstilen, aber auch nach der Kommunikationskultur innerhalb des Bildungswesens.

Um ossifizierende Zuschreibungen über den ‚Braunen Osten‘ und Entlastungen für ‚den Westen‘ zu verunmöglichen, bedarf es einer „Doppelspur der Kritik“ (Maurer 2012): Einerseits muss die „Ossifizierung“ (Heft 2018) mitsamt ihrer Funktion für ‚den Westen‘

realisiert, kritisiert und dieser entschieden entgegengetreten werden. Dazu gehört auch, sich solidarisch mit angegriffener demokratischer Zivilgesellschaft im Osten zu verhalten. Zudem braucht es eine systematische, angemessene und nachhaltige Unterstützung von Projekten der primären und sekundären Rechtsextremismusprävention. Die zivilgesellschaftliche Infrastruktur besonders in ländlichen Räumen Ostdeutschlands ist nach wie vor kaum ausgebaut. Gleichzeitig gilt es, das Problem der extremen Rechten im Osten *wie* im Westen zu analysieren und dieses in seinen Spezifika anzuerkennen und zu benennen. Dabei sind beide Großregionen zunächst binnendifferenziert anzuschauen – es gibt weder *den* Osten noch *den* Westen. Die extreme Rechte ist in bestimmten ländlichen Regionen wie etwa der Lausitz, der Sächsischen Schweiz oder Nordvorpommern sowie in Städten wie beispielsweise Chemnitz und Eisenach besonders stark und präsent. Einzelne Stadtteile in Leipzig sind ein Gegenbeispiel. Es existiert auch in Westdeutschland ein gravierendes Problem mit Rechtsextremismus in verschiedenen Ausprägungen und strukturellen Verortungen. So gibt es extrem rechte Gruppen und Hotspots zum Beispiel auch in Dortmund, im Aachener Raum, in der Region um den Edersee in Hessen, um nur einige zu nennen. Zu verweisen ist auch auf die deutlich gestiegenen Zustimmungswerte zur AfD bei den Landtagswahlen in Bayern und Hessen im Oktober 2023. Eine Kontrastierung von Ost/West muss auch im Blick haben, dass weder ‚der Osten‘ noch ‚der Westen‘ ökonomisch und sozial homogen sind – vielmehr leben dort jeweils sehr unterschiedliche Ost- und Westdeutsche und es hat Binnenmigration in beide Richtungen stattgefunden.

HEIKE RADVAN Erziehungswissenschaftlerin; seit Oktober 2024 Professorin für Rechtsextremismusforschung mit den Schwerpunkten Politische und kulturelle Bildung am Institut für Rechtsextremismusforschung der Universität Tübingen (IRex). Sie forscht und lehrt unter anderem zum Umgang mit extrem rechten Dominanzbestrebungen, regionalen Spezifika (extrem) rechter Erscheinungsformen und Ausprägungen zivilgesellschaftlicher Gegenwehr, Gender und Rechtsextremismus, Hochschulen im Umgang mit extrem rechten Einflussnahmen sowie Antisemitismus (in der DDR).

Endnoten

- 1 Mit der Formulierung ‚extrem rechts‘ orientiere ich mich an einer Definition, die eine Alternative zu topologischen Konzepten eröffnet, mit denen vereinfacht formuliert im sogenannten Hufeisenansatz oder in der Extremismustheorie bedrohliche politische ‚Ränder‘ und gleichzeitig eine ‚gute Mitte‘ der Gesellschaft konstruiert werden. Unter Rechtsextremismus wird die Gesamtheit von undemokratischen, antipluralistischen, geschichtsrevisionistischen und autoritaristischen Einstellungen, Verhaltensweisen, politischen Aktivitäten und Aktionen von (nicht-)organisierten Einzelpersonen und Gruppen gefasst, die eine Ungleichheit von Menschen proklamieren und entsprechende Macht- und Herrschaftsverhältnisse etablieren beziehungsweise verstärken (Jaschke

2001, 30; Virchow 2016, 13-17). Extrem rechte Ideologie legitimiert Gewalt, bereits die Vorstellung einer Ungleichwertigkeit von Menschen eröffnet entsprechende Anschlussflächen. Als zentrale Bestandteile der Ideologie des modernen Rechtsextremismus gelten Antisemitismus, Rassismus, Gadjé-Rassismus (der sich gegen Sinti_ zze, Rom_ nja und Jenische richtet), (Hetero-)Sexismus und Antifeminismus, ableism/Behindertenfeindlichkeit, Nationalismus, Ethnozentrismus, Sozialdarwinismus, Heteronormativität und Feindlichkeit gegenüber Trans*Personen. Diese Einstellungen und damit verbundene Formen von Diskriminierung werden überall in der Gesellschaft vertreten, sie sind nicht auf einen ‚rechten Rand‘ begrenzt.

- 2 Die Lehrer_innen wurden von Beginn an parteilich beraten und verlässlich unterstützt von den Fachberater_innen des Vereins Opferperspektive, Beratung für Betroffene rechter Gewalt im Land Brandenburg. Inwiefern eine systemische Beratung an der Institution Schule und dem betreffenden Gemeinwesen in einem Fall, wie dem hier geschilderten, sinnvoll ist und inwiefern ein Fokus auf die Absicherung eines positiven Images der Schule von fachlichen Überlegungen gedeckt ist, sollte Ausgangspunkt einer (selbst-)kritischen Analyse möglicher Fehler im Verlauf der Begleitung durch das Mobile Beratungsteam sein und konzeptionelle Fragen der Beratungsarbeit beinhalten.
- 3 Ich danke Christiane Leidinger für das fachliche Feedback zum Artikel, Michael Raab für die konkreten Hinweise zur Intersektionalen Mehrebenenanalyse.
- 4 In den 1990er Jahren gab es an vielen Orten der ehemaligen DDR rechtsextreme Mobilisierungen, Pogrome und Pogromversuche. Medial und im kollektiven Gedächtnis präsent sind die rassistischen Ausschreitungen in Hoyerswerda und in Rostock-Lichtenhagen, die sich gegen Vertragsarbeiter_innen der DDR und Sinti_ zze und Rom_ nja richteten. Neonazis versuchten auch in Westdeutschland vergleichbare Pogrome zu initiieren, das gelang ihnen – soweit wir bis heute wissen – ‚nur‘ in Mannheim-Schönau (Amadeu Antonio Stiftung 2022). In Solingen (Demirtas u. a. 2023) und Mölln verübten rechtsextreme Täter Brandanschläge, in deren Folge acht Menschen aus türkischen Einwandererfamilien starben. Eine Übersicht über rassistische Pogrome, Pogromversuche, Angriffe und Mobilisierungen in West- und Ostdeutschland der frühen 1990er Jahre findet sich in der Publikation *Jeder ist uns der Nächste*, herausgegeben vom Archiv für Sozialpolitik und Redaktion der konkret (1993).
- 5 Dies war auch eine Antwort auf die Fehler und Folgen der Anwendung des Ansatzes der akzeptierenden Jugendarbeit im Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt, das die Arbeit mit rechten Jugendlichen zwischen 1992 und 1996 förderte, und dessen Schwerpunkt auf Ostdeutschland lag. Damit sollten auch die dortigen Jugendhilfestrukturen aufgebaut werden (zuletzt Lindner 2023; Bruns/Lehnert 2023).
- 6 Es braucht hierzu weitere Forschung; im Fachdiskurs finden sich differente Angaben. So verweist Raj Kollmorgen (2022, 34) darauf, dass „ein beachtlicher Anteil der Führungskräfte rechtsradikaler Akteure auf Bundes- oder ostdeutscher Länderebene nach 1990 aus Westdeutschland [stammt]“. Die Rechtsextremismusexperten David Begrich und Friedemann Bringt warnen davor, den Einfluss rechter Funktionäre, die nach dem 9. November 1989 aus der damaligen Bundesrepublik kommend in Ostdeutschland agieren, zu überschätzen – und umgekehrt den Grad an Organisation und Ideologisierung sowie das Gewaltpotenzial von Neonazi-Gruppen in den letzten Monaten der DDR und den frühen 1990er Jahren zu unterschätzen. Sie verweisen darauf, dass es Missverständnisse beziehungsweise Anschlussprobleme in der Ideologiekommunikation gegeben habe (Begrich/Bringt 2008, 52-55). Zu berücksichtigen ist zudem, dass eine durchaus höhere Anzahl von Neonazis aus DDR-Gefängnissen freigekauft wurde und diese sich in Westdeutschland weiter ideologisierten und vernetzten. Nach dem 9. November 1989 gingen mehrere dieser Kader in die DDR zurück und beteiligten sich am Aufbau rechtsextremer Gruppierungen (Quent 2016, 105-107).
- 7 Beispielhaft sei auf die Forschung „Sozialraumanalysen zum Zusammenleben vor Ort“ (SoRA-ZO) hingewiesen, mit dem der Ansatz gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Sozialräume übertragen wurde, um selbstreflexive und demokratisierende Effekte in Gemeinwesen zu evozieren (Marth u. a. 2010, 61), auf vergleichende Fallanalysen im Bundesland Thüringen (Quent/Schulz 2015) oder auf stadtsoziologische Forschung im Themenfeld. Rainer Becker (2016, 447ff.) benennt sechs Spezifika, anhand derer sich die politische Kultur in sozialen und regionalen Nahräumen herausarbeiten ließe.
- 8 Anders als in der Intersektionalen Mehrebenenanalyse (Winker/Degele 2009) unterscheide ich nicht gesellschaftstheoretisch begründete konzeptionelle Ebenen (symbolische Repräsentationen, Strukturen und Identitätskonstruktionen), sondern in der politischen Analyse begründete Schwerpunkte.
- 9 Für Angaben auf Bundesebene vgl. www.bundestag.de/parlament/wahlen/ergebnisse_seit1949-244692; auf Landes- und kommunaler Ebene siehe www.tagesschau.de/wahlarchiv/chronologie.
- 10 Ich verdanke diesen Hinweis den Kolleg_innen Prof. Dr. Fabian Virchow und Prof.in Dr.in Christiane Leidinger.
- 11 Pegida ist eine Abkürzung der Organisation „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des

Abendlandes“, die zwischen 2014 und 2024 in Dresden antimuslimisch-rassistische und asylfeindliche Hetze verbreitete und deren Ziele als demokratiefeindlich und extrem rechts eingeordnet werden. Ausgehend von Dresden fanden in weiteren Städten in Ost- und Westdeutschland Demonstrationen mit vergleichbaren Inhalten statt, zum Teil mit geringerer Mobilisierung als in Dresden zwischen 2014 und 2017.

- 12 Für eine Auseinandersetzung zur Debatte über die DDR als postnationalsozialistische Gesellschaft, ihre Leerstellen und Funktionsweisen im Ost-West-Diskurs vgl. Heitzer u. a. 2021.
- 13 Sozioökonomische Faktoren sollten – wie auch die anderen Kategorien – ihrer Komplexität entsprechend inhaltlich ausdifferenziert und für den Vergleich operationalisierbar unterschieden werden. An dieser Stelle kann nur eklektizistisch verwiesen werden auf die Erhebung der Finanz- und Investitionslage der Kommune/Gemeinde/Region, der öffentlichen und sozialen Infrastruktur, der Strukturierung des Arbeitsmarktes, der Ausprägung sozialer Ungleichheiten etc.

Literaturverzeichnis

- Amadeu Antonio Stiftung (2010): „Das hat’s bei uns nicht gegeben!“ Antisemitismus in der DDR: Das Buch zur Ausstellung. Berlin: Amadeu Antonio Stiftung.
- Archiv für Sozialpolitik und Redaktion der konkret (Hg.) (1993): „Jeder ist uns der Nächste“. Dokumentation von ausländerfeindlichen und antisemitischen Übergriffen in den Jahren 1991 und 1992. Hamburg/Frankfurt/Main: konkret.
- ARD Kontraste (2023): Ganz normal: Rechtsradikal.
- Bangel, Christian (2023): „Da denkst Du doch nur: Ich geh jetzt. Ich geh jetzt sofort“. In: Die Zeit am Wochenende, 44/2023, 5.11.2023. URL: <https://www.zeit.de/campus/2023-11/ostdeutschland-politische-einstellung-rechte-junge-erwachsene>, aufgerufen am 25.11.2023.
- Bangel, Christian (2022): #baseballschleagerjahre. Ein Hashtag und seine Geschichte(n). 2.12.2022. In: ApuZ, Rechte Gewalt in den 1990er Jahren. URL: www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/rechte-gewalt-in-den-1990er-jahren-2022/515769/baseballschleagerjahre, aufgerufen am 23.11.2023.
- Becker, Reiner (2016): Wenn abstrakte Items auf die Wirklichkeit der Stammtische treffen. Die lokale politische Kultur als begünstigender Faktor für die Herausbildung von Rechtsextremismus. In: Wolfgang Frindte u. a. (Hg.): Rechtsextremismus und „Nationalsozialistischer Untergrund“. Interdisziplinäre Debatten, Befunde und Bilanzen. Wiesbaden: Springer VS, 443-461.
- Begrich, David/Friedemann Bringt (2008): Transformationsprozesse des (ost-)deutschen Neonazismus. Wirkungen für die extreme Rechte in der BRD. In: Heinrich-Böll-Stiftung/Kulturbüro Sachsen (Hg.): Gefährliche Liebschaften. Rechtsextremismus im kleinen Grenzverkehr, Schriften zur Demokratie 10. Berlin: Eigenverlag, 44-60.
- Bruns, Lucia/Esther Lehnert (2023): Zur Entpolitisierung von Männlichkeiten im Kontext des sozialpädagogischen Handelns mit rechten Jugendlichen Anfang der 1990er-Jahre. In: ZRex 2/2, 251-267.
- Cantoni, Davide u. a. (2019): Persistence and Activation of Right-Wing Political Ideology. In: Rationality and Competition Discussion Paper Series 143, CRC TRR 190 Rationality and Competition. URL: rationality-and-competition.de/wp-content/uploads/discussion_paper/143.pdf, aufgerufen am 15.4.2024.
- Decker, Oliver u. a. (2022) (Hg.): Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus-Studie 2022. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Decker, Oliver/Elmar Brähler (2020) (Hg.): Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität. Leipziger Autoritarismus-Studie 2020. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Demirtas, Birgül u. a. (2023) (Hg.): Solingen, 30 Jahre nach dem Brandanschlag. Rassismus, extrem rechte Gewalt und die Narben einer vernachlässigten Aufarbeitung. Bielefeld: transcript.
- DLF (Deutschlandfunk) (2023): Polizei ermittelt gegen Jugendlichen nach Anfeindungen gegen Lehrer. In: Deutschlandfunk, 19.7.2023. URL: www.deutschlandfunk.de/polizei-ermittelt-gegen-jugendlichen-nach-anfeindungen-gegen-lehrer-100.html, aufgerufen am 24.11.2023.
- Fröhlich, Alexander (2023): Hitlergruß, Hakenkreuz, rechte Musik: Verschwieg die Schulleitung in Burg rechte Vorfälle? In: Tagesspiegel Online, 28.4.2023. URL: www.tagesspiegel.de/potsdam/brandenburg/hitlergruss-hakenkreuz-rechte-musik-verschwieg-die-schulleitung-in-burg-rechte-vorfaelle-9732935.html, aufgerufen am 24.11.2023.
- Halpick, Silke/Kathleen Weser (2023): Rechtsextremismus an Schulen: Darum riskieren die Brandbrief-Lehrer von Burg ihre Jobs. In: Lausitzer Rundschau, 9.5.2023. URL: www.lr-online.de/lausitz/

- cottbus/rechtsextremismus-an-schulen-darum-riskieren-die-brandbrief-lehrer-von-burg-ihre-jobs-70561353.html, aufgerufen am 24.11.2023.
- Heft, Kathleen (2018): Brauner Osten. Überlegungen zu einem populären Deutungsmuster ostdeutscher Andersheit. In: *Feministische* 36/2, 357-366.
- Heft, Kathleen (2020): *Kindsmord in den Medien. Eine Diskursanalyse ost-westdeutscher Dominanzverhältnisse*. Opladen: Budrich Academic Press.
- Heitmeyer, Wilhelm (2002–2012) (Hg.): *Deutsche Zustände. Folge 1–10*. Berlin: Suhrkamp.
- Heitzer, Enrico u. a. (2021) (Hg.): *Nach Auschwitz: Schwieriges Erbe DDR. Plädoyer für einen Paradigmenwechsel in der DDR-Zeitgeschichtsforschung*. Frankfurt/Main: Wochenschau.
- Jänicke, Christin/Benjamin Paul-Siewert (2017) (Hg.): *30 Jahre Antifa in Ostdeutschland. Perspektiven auf eine eigenständige Bewegung*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Jaschke, Hans-Gerd 2001 [1994]: *Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe. Positionen. Praxisfelder*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Kahane, Anetta (2004): *Ich sehe was, was du nicht siehst: Meine deutschen Geschichten*. Berlin: Rowohlt.
- Kollmorgen, Raj (2022): Radikale Rechte als ostdeutsches Problem? Zur langen Kultur- und Gesellschaftsgeschichte des Rechtspopulismus in Ostdeutschland. In: *ApuZ* 72/49-50, 33-38. URL: www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/rechte-gewalt-in-den-1990er-jahren-2022/515774/radikale-rechte-als-ostdeutsches-problem, aufgerufen am 19.11.2023.
- Kubiak, Daniel (2022): Rechts sind die anderen. Diskursives Verdrängen von rechtsextremer Vergangenheit und Gegenwart in einer ostdeutschen Großstadt. In: *Berichte. Geographie und Landeskunde* 96/2, 112-131.
- Leder, Stella (2021): *Meine Mutter, der Mann im Garten und die Rechten. Eine deutsch-jüdische Familiengeschichte*. Berlin: Ullstein.
- Lessenich, Stephan (2012): Brauner Osten? Wie neulich mal wieder die DDR besiegt wurde. In: *PROKLA* 42/1, 107-112.
- Lindner, Stefanie (2023): Parallelen und Differenzen im Umgang mit extrem rechten Jugendlichen im Ost-West-Verhältnis. Eine machtkritische Analyse des Diskurses um die akzeptierende ugenderarbeit und das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt. In: *ZRex* 3/1, 118-134.
- Marth, Julia u. a. (2010): Fremdenfeindlichkeit. Warum der lokale Kontext einen Unterschied macht. In: Wilhelm Heitmeyer (Hg.): *Deutsche Zustände, Folge 9*. Berlin: Suhrkamp, 61-81.
- Maurer, Susanne (2012): ‚Doppelspur der Kritik‘ – Feministisch inspirierte Perspektiven und Reflexionen zum Projekt einer ‚Kritischen Sozialen Arbeit‘. In: Roland Anhorn u. a. (Hg.): *Kritik der Sozialen Arbeit – kritische Soziale Arbeit. Perspektiven kritischer Sozialer Arbeit*. Wiesbaden: Springer VS, 299-323.
- Oschmann, Dirk (2023): *Der Osten: eine westdeutsche Erfindung*. Berlin: Ullstein.
- Pauli, Ralf (2023): Noch mehr Hitlergrüße im Unterricht. In Brandenburg werden immer mehr rechtsextreme Vorfälle an Schulen dokumentiert. Das Ministerium appelliert an Lehrkräfte, Probleme zu melden. In: *taz*, 16.7.2023. URL: taz.de/Rechtsextremismus-an-Schulen/!5944792/, aufgerufen am 24.11.2023.
- Quent, Matthias (2016): Sonderfall Ost – Normalfall West? Über die Gefahr, die Ursachen des Rechtsextremismus zu verschleiern. In: Wolfgang Frindte u. a. (Hg.): *Rechtsextremismus und „Nationalsozialistischer Untergrund“*. Interdisziplinäre Debatten, Befunde und Bilanzen. Wiesbaden: Springer VS, 99-117.
- Quent, Matthias/Peter Schulz (2015): *Rechtsextremismus in lokalen Kontexten*. Wiesbaden: Springer VS.
- Raab, Michael/Heike Radvan (2023): „Man muss lernen, sich zu bewegen“. Erfahrungen verschiedener Betroffenengruppen mit rechter Dominanz in Cottbus. Handlungsstrategien und Umgangsweisen. In: Gideon Botsch u. a. (Hg.): *Rechte Gewalt in Brandenburg*. Berlin: be:bra, 347-378.
- Radvan, Heike (2023): Rechtsextremismusforscherin Radvan zu Schulvorfällen in Burg – „Es gibt Milieus, in denen das rechte Weltbild an die Kinder weitergegeben wird“. Interview von Simon Wenzel in *rbb* 24, 28.4.2023.
- Radvan, Heike (2022): Interventionsmöglichkeiten in Stadtgesellschaften in Zeiten extrem rechter Mobilisierung. In: Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung des Vereins zur Förderung der Bildung – VFB Salzwedel (Hg.): *Niemanden zurücklassen. Herausforderungen und Chancen für Kommunen in Zeiten gesellschaftlichen Wandels*. Salzwedel: Eigenverlag, 22-30.
- RBB (2023): Kampf gegen Rechtsextremismus: Lehrer aus Burg erhalten Preis für Zivilcourage. In: *RBB Rundfunk Berlin-Brandenburg*, 3.7.2023.
- Rommelspacher, Birgit u. a. (2003): Die Evaluation des CIVITAS-Programms. In: Heinz Lynen von Berg/Roland Roth (Hg.): *Maßnahmen und Programme gegen Rechtsextremismus wissenschaftlich begleitet. Aufgaben, Konzepte und Erfahrungen*. Wiesbaden: Springer VS, 51-76.
- Schiller, Sebastian/Nico van Capelle (2023): Interview mit einer Lehrkraft zu rechten Vorfällen an Lausitzer Schule. „Das größte Problem ist, dass Straftaten begangen werden und weggesehen wird“.

- In: rbb 24, 27.4.2023.
- Schönborn, Lea (2023): Rechtsextremismus an Schulen: Wenn Nazis auf der Schulbank sitzen.
In: Zeit Online, 11.5.2023. URL: www.zeit.de/gesellschaft/schule/2023-05/rechtsextremismus-schule-burg-brandenburg, aufgerufen am 24.11.2023.
- Virchow, Fabian (2016): „Rechtsextremismus“: Begriffe, Forschungsfelder, Kontroversen.
In: Alexander Häusler u. a. (Hg.): Handbuch Rechtsextremismus. Wiesbaden: Springer VS, 5-41.
- Weser, Kathleen/Bodo Baumert (2023): Rechtsextremismus an Schulen: Jetzt spricht einer der Brandbrief-Lehrer aus Burg im Spreewald. In: Lasitzer Rundschau, 2.5.2023. URL: www.lr-online.de/lausitz/cottbus/rechtsextremismus-an-schulen-jetzt-spricht-einer-der-brandbrief-lehrer-aus-burg-im-spreewald-70503425.html, aufgerufen am 24.11.2023.
- Winker, Gabriele/Nina Degele (2010) (Hg.): Intersektionalität. Zur Analyse sozialer Ungleichheiten. Bielefeld: transcript.
- ZDF Heute (2023): Burg in Brandenburg: Nach rechtem Hass: Lehrer verlassen Schule.
In: ZDF, 13.7.2023.
- Zeit Online (2023): Nach rechten Vorfällen an Spreewald-Schule neue Leitung.
In: Zeit Online, 23.8.2023. URL: www.zeit.de/news/2023-08/23/nach-rechten-vorfaellen-neuer-schulleiter-an-schule-in-burg, aufgerufen am 24.11.2023.



Copyright: © 2025 The Author(s)



Impressum

Berliner Blätter. Ethnographische und ethnologische Beiträge
Herausgegeben von der Gesellschaft für Ethnographie (GfE)
und dem Institut für Europäische Ethnologie der Humboldt-
Universität zu Berlin
Heft 91/2025

ISSN (Online) 2702-2536
www.berliner-blaetter.de
DOI: 10.60789/91

Alle Ausgaben dieser Zeitschrift werden ab Heft 90 unter
den Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz CC BY 4.0
veröffentlicht.

Redaktion: Beate Binder (V.i.S.d.P.), Janine Hauer, Maren
Heibges, Alik Mazukatow, Klara Nagel, Christine Schmid,
Franka Schneider

Heftredaktion: Luise Böhm, Salome Boßmeyer, Urmila Goel
Lektorat: Barbara Driesen

Titelbild: Jean Duvin/Unsplash
Layout: Harry Adler
Satz: Fritz Jarmatz





Berliner Blätter 91/2025

ISSN (Online) 2702-2536
www.berliner-blaetter.de